

Demografie und politischer Reduktionismus – eine Diskursanalyse der Demografiepolitik in Deutschland

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades

„doctor rerum politicarum“ (Dr. rer. pol.)

eingereicht an der

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam

von

Thomas Kreitsch M. A.

(Humangeografie, Physische Geografie, Öffentliches Recht)

am

25. März 2015 in Wesseling

Disputation am 4. September 2015 in Potsdam

Prüfungskommission: Herr Prof. Dr. Wilfried Heller (Erstgutachter)
Herr Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner (Zweitgutachter)
Herr Prof. Dr. Jürgen Mackert (Vorsitz)
Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe (Protokollführung)

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
URN urn:nbn:de:kobv:517-opus4-80794
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-80794>

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Dissertation ohne fremde Hilfe angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Wesseling, 25. März 2015



Thomas Kreitsch

Inhaltsverzeichnis

Eidesstattliche Erklärung	2
Abkürzungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	6
Vorwort / Danksagung	7
1 Einführung	10
1.1 Relevanz des Themas	10
1.2 Stand der Forschung	15
1.3 Aufgaben und Ziele der Dissertation	31
1.3.1 Leitbegriffe und theoretischer Rahmen	31
1.3.2 Wissenschaftliche Problembereiche und Erkenntnisinteresse	36
2 Methodisches Vorgehen	41
2.1 Vorbemerkung	41
2.2 Literaturanalyse	42
2.3 Leitfadenorientierte Befragung	43
2.3.1 Durchführung, Gesprächspartner und Statistik	43
2.3.2 Kurzauswertung der Befragung	55
2.4 Beteiligung an Veranstaltungen	64
3 Entstehung des demografiepolitischen Diskurses	70
3.1 Mangel an einem institutionalisierten Bevölkerungsdiskurs	70
3.1.1 Inter- und Transdisziplinarität der Demografie	70
3.1.2 Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse	77
3.2 Gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels	87
3.3 Zwischenfazit	97
4 Neue Diskurskonjunktur	99
4.1 Gelegenheitsdemografie – Demografie als Universalargument	99
4.1.1 Rahmenbedingungen und Promotoren der Gelegenheitsdemografie	100
4.1.2 Demografie zur Orientierung in komplexen Gesellschaften	105
4.1.3 Demografie zur Durchsetzung von Interessen	112
4.1.4 Demografie als Beurteilungsmaßstab	125
4.2 Zur räumlichen Betrachtung des demografischen Wandels	133
4.2.1 Demografische Entwicklung aus regionaler Perspektive	133
4.2.2 Demografische Entwicklung aus globaler Perspektive	144
4.3 Zwischenfazit	149
5 Politisches Handeln und Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung	151
5.1 Kinderwunsch-Denken in der Gesellschaft	151
5.2 Ursachenbehandlung oder Folgenbewältigung	162
5.3 Zur Evaluierung und Wirksamkeit politischen Handelns	172
5.3.1 Vorbemerkungen	172

5.3.2	Zur Familien- und Sozialpolitik – Zielsetzungen und Erwartungen.....	177
5.3.3	Zur Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik – Zielsetzungen und Erwartungen.....	192
5.3.4	Handlungsansatz einer Demografiepolitik.....	201
5.4	Demografie und Gesellschaft – Systembedingte Inkompatibilitäten.....	212
5.5	Zwischenfazit	215
6	Schlussbetrachtung	218
6.1	Zusammenfassung und Fazit.....	218
6.2	Empfehlungen und Ausblick.....	227
	Literaturverzeichnis	236
	Anlagen.....	243
A.1	Anschreiben für die Gesprächspartner	243
A.2	Gesprächsleitfaden	244
A.3	Transkription der Gespräche aus der leitfadenorientierten Befragung	245
A.4	Schriftliche Befragung	246

Abkürzungsverzeichnis

a. D.	außer Dienst
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
AG	Aktiengesellschaft
Art.	Artikel
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dr.	Doktor
e. V.	eingetragener Verein
ehem.	ehemals, ehemalig
em.	emeritus (emeritiert)
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera (und die übrigen (Dinge))
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
h. c. mult.	honoris causa multiplex (mehrfacher Ehrendoktor)
i. V. m.	in Verbindung mit
Kap.	Kapitel
M. A.	Magister Artium
Nr.	Nummer
Prof.	Professor
rd.	rund
resp.	respektive
SE	Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
stellv.	stellvertretend
Tab.	Tabelle
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Gesprächspartner und ihre jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkte	47
Tab. 2: Schriftlich Befragte und ihre jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkte.....	53

Vorwort / Danksagung

Der demografische Wandel ist in aller Munde. Er wird nicht nur hierzulande in Wissenschaft thematisiert und in Politik und Publizistik diskutiert. Es handelt sich um ein Phänomen globalen Ausmaßes, das auf einen Bevölkerungsrückgang und eine Alterung der Bevölkerung gerichtet ist. Immer mehr Nationen, darunter Industrie- wie auch Entwicklungs- und die sog. Schwellenländer, werden von den demografischen Veränderungen erfasst, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen, aber mit derselben mittel- bis langfristigen Entwicklungstendenz. Damit beendet der demografische Wandel die seit Existenz des Menschen andauernde Phase eines starken, zuweilen exponentiellen Bevölkerungswachstums und läutet zugleich eine neue Epoche ein. Diese steht nicht nur für eine veränderte demografische Entwicklung. Sie steht vor allem für eine Gesellschaft¹, die sich verstärkt den Herausforderungen annimmt, die aus der sich wandelnden demografischen Entwicklung resultieren. Heute wird sich in nahezu jeden Bereichen der Gesellschaft mit den bereits eingetretenen und weiterhin absehbaren demografischen Veränderungen befasst. Dabei finden Akteure unterschiedlichster fachlicher Disziplinen zusammen und bringen ihre Sicht der Dinge, Perspektiven und Akzente ein. Inzwischen wird der demografische Wandel als umfassender und tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungsprozess verstanden, der zur zentralen Gestaltungsaufgabe von demokratischen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht freiheitlich organisierten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts avanciert ist.

Die vorliegende Dissertation knüpft an meine durch den Universitätsverlag der Universität Potsdam im Juli 2011 veröffentlichte Magisterarbeit „Nachwuchsschwäche und Nachwuchssicherung in Deutschland – Staat in der Verantwortung für eine aktive Bevölkerungspolitik?“ an, die in der Schriftenreihe „Praxis für Kultur- und Sozialgeografie“ (PKS), Band 50, erschienen ist.² Das Wissen um die demografischen Veränderungen, ihre Ursachen und Folgen für die Gesellschaft sowie die Handlungsmöglichkeiten, um diesen zu begegnen, erachte ich

¹ Die Definition des Begriffs ‚Gesellschaft‘ in der Soziologie ist umstritten (siehe weiterführende Literatur der soziologischen Theoretiker Pierre Bourdieu und Thomas Schwinn). In der vorliegenden Arbeit wird dem Begriff das konsensuale Verständnis der in der Wissenschaft existierenden system- (siehe hierzu Arbeiten von Talcott Parsons und Niklas Luhmann) wie handlungstheoretischen Ansätze (siehe hierzu Arbeiten von Anthony Giddens und Hartmut Esser) bzw. deren Kombinationen (siehe hierzu Arbeiten von Jürgen Habermas und Uwe Schimank) zugrunde gelegt. In Anlehnung an die verschiedenen Erklärungsansätze definiert die Soziologie die Gesellschaft allgemein als Zusammenfassung einer abgegrenzten Anzahl von Personen unterschiedlicher Merkmale, die als sozial handelnde Akteure sozial interagieren. Wird im Folgenden von Gesellschaft gesprochen, ist die deutsche Gesellschaft als räumlich abgegrenzter und strukturierter Zusammenhang zwischen den Menschen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gemeint. Wird von Gesellschaften gesprochen, geht die Betrachtung über die Ebene des Nationalstaates hinaus.

² Die vorliegende Arbeit erhebt daher nicht den Anspruch, eine Einführung in die Thematik der Bevölkerungsentwicklung zu geben und das Spektrum von deren Ursachen und Folgen für die Gesellschaft im Einzelnen zu behandeln. Insoweit wird auf die Erkenntnisse und Analysen der Magisterarbeit aufgebaut. Auf diese wird in der vorliegenden Arbeit argumentativ Bezug genommen, ohne sie nochmals hier im Detail zu diskutieren.

als Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts, die in allen Bereichen der Gesellschaft – wenn nicht schon heute, dann doch künftig – stark nachgefragt wird. Mich interessieren die thematischen, fachlichen und kommunikativen Schnittstellen, die demografische Veränderungen in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erzeugen, sowie das Spektrum der Meinungen, Argumentationen und Lesarten, die in der Auseinandersetzung mit der Entwicklung demografischer Kennziffern entstehen und bestehen.

Die Dissertation soll für ein verändertes Verständnis für demografische Veränderungen sensibilisieren, die nicht allein Ursprung der von Wissenschaft und Politik problematisierten gesellschaftlichen Entwicklungen sind. Stattdessen wird eine veränderte Perspektive eingenommen, welche den demografischen Wandel als Folge von soziokulturellen Veränderungen betrachtet. Ich möchte für eine neue Sicht auf das Verhältnis von Gesellschaft und Demografie plädieren. Diese beinhaltet, dass in Wissenschaft, Politik und Publizistik künftig Akzente gesetzt werden müssen, die nicht das Demografische in den Vordergrund stellen. Diente das Wissen um die Entwicklung der demografischen Kennziffern zu Beginn noch der Beschreibung der demografischen Veränderungen, werden demografische Entwicklungen heute oft in den Stand eines kausalen Faktors gehoben, mit dem gesellschaftliche Entwicklungen erklärt werden. Die Demografie findet in ihrer Funktion als leicht verständlicher und darstellbarer Indikator, der schwer fassbare gesellschaftliche und soziokulturelle Entwicklungen sichtbar macht, als Argument breite Verwendung.

Die Bedeutung der Demografie und die potentiellen Auswirkungen der demografischen Veränderungen, die für die Gesellschaft erwartet werden, sollen nicht infrage gestellt oder klein geredet werden. Es soll auch nicht die Bevölkerungswissenschaft bzw. die angewandte demografische Wissenschaft diskreditiert werden. Ebenfalls ist mir nicht an einer pauschalen Kritik an der bisherigen politischen Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel gelegen. Es soll vielmehr zu einem kritischen, reflektierten und objektiveren Umgang mit demografischen Veränderungen in der Gesellschaft angehalten werden. Hier ansetzend, möchte ich Impulse geben und aufzeigen, wie die Demografie wieder zu dem werden kann, was sie eigentlich ist bzw. wozu sie allenfalls herangezogen werden kann: eine beschreibende Wissenschaft mit einem begrenzten Erklärungsvermögen und kein politisches Argument, das nach Belieben instrumentalisiert und inszeniert werden sollte. Vorschläge und Empfehlungen werden gegeben, damit das Verhältnis von Demografie und Gesellschaft in Wissenschaft, Politik und Publizistik wieder realitätsnäher behandelt wird.

Die Dissertation ist in einer für mich sehr wichtigen Lebensphase entstanden. Rückblickend betrachtet, ist sie sogar zu dem einzig richtigen Zeitpunkt entstanden, wenn es solch einen

überhaupt geben sollte. Während ich mich auf dem Papier der Bevölkerungsentwicklung, dem Geburtenverhalten¹ und der Bedeutung von Kindern in unserer Gesellschaft widmete, habe ich mein persönliches Lebens- und Familienglück gefunden. Ich habe meine heutige Ehefrau und Mutter unseres gemeinsamen Sohnes kennengelernt und mich zur Inanspruchnahme einer einjährigen Väterzeit entschieden.

Ich danke meiner Frau für die unzähligen Gespräche, in denen wir uns über das Kinderkriegen, die Bedeutung und Erziehung von Nachwuchs auch im Hinblick auf unser künftiges Dasein als Eltern angeregt und inspirierend ausgetauscht haben. Weiterer Dank gilt ihrer unermüdlichen Unterstützungsbereitschaft beim Korrekturlesen, ihren kritischen Fragen und ihrem uneingeschränkten Verständnis für mein diszipliniertes Arbeiten bis in späte Abendstunden. Sie hat mir jedes Mal einen enormen Motivationsschub gegeben und darüber hinaus meine Arbeit um ihre eigenen interessanten Betrachtungsansätze bereichert.

Meine Eltern haben mir ebenfalls mit Rat zur Seite gestanden und auf mein körperliches und seelisches Wohl während der Arbeit an der Dissertation geachtet. Sie haben mir dabei geholfen, dass ich mich stets auf das Wesentliche fokussierte. Letztlich habe ich ihnen die zügige Bearbeitung der Dissertation neben meiner Erwerbstätigkeit in Vollzeit zu verdanken. Meinen Schwiegereltern danke ich dafür, dass ich in einem Kölner Büro die letzten Arbeiten an der Dissertation in Ruhe und mit voller Konzentration durchführen konnte.

Auch möchte ich meinem Erstgutachter Herrn Prof. em. Dr. Dr. h. c. mult. Wilfried Heller und meinem Zweitgutachter Herrn Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner für die konstruktive und wertschätzende Unterstützung, hilfreichen Anmerkungen sowie verständnisvolle Betreuung danken. Sie haben mir in den richtigen Momenten wichtige Impulse gegeben und Motivation geschaffen. Dank gilt dem Vertrauen, das sie mir entgegengebracht haben, damit ich meine Ideen realisieren konnte.

¹ Unter dem Begriff Geburtenverhalten wird in der vorliegenden Arbeit die in der Politik, ihren Ressortforschungseinrichtungen sowie in der Wissenschaft geläufige Bezeichnung verstanden, die das reproduktive Verhalten der Menschen in der Bevölkerungswissenschaft zum Gegenstand hat und auf das Gebärverhalten der Frauen bezogen wird.

1 Einführung¹

1.1 Relevanz des Themas

Im Folgenden wird die Bedeutung des demografischen Wandels in Deutschland in einem Abriss seit Beginn des 21. Jahrhunderts bis in die Gegenwart skizziert. Es wird dargelegt, wie der heute in allen Gesellschaftsbereichen intensiv geführte demografiepolitische Diskurs gewachsen ist. Dabei wird auf wesentliche Akteure in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingegangen, die als Promotoren maßgebenden Einfluss auf die Diskursentwicklung genommen haben. Die wechselseitigen Impulse zwischen einzelnen Akteuren im Diskursverlauf werden herausgearbeitet. Die Betrachtungen werden räumlich nach Aktivitäten und Initiativen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene gegliedert.

Der demografische Wandel gilt neben dem Klimawandel und der Energiewende als großräumiger, tiefgreifender Veränderungsprozess und als zentrale Herausforderung für Gesellschaften im ausgehenden 20. Jahrhundert. Die seit Beginn des neuen Jahrtausends gesteigerte Aufmerksamkeit für demografische Veränderungen im politischen, medialen und wissenschaftlichen Diskurs hat, anknüpfend an die von SPD-Altkanzler Gerhard Schröder ins Leben gerufene „Agenda 2010“, durch die Bundesregierung in schwarz-gelber Koalition mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Legislaturperiode zwischen 2009 und 2013 einen weiteren, enormen Aufmerksamkeitsschub erfahren. Inzwischen gilt der demografische Wandel als Zukunftsaufgabe jedes Einzelnen in der Gesellschaft. Er ist auf der politischen Agenda vollständig angekommen und von dort nicht mehr wegzudenken. Die Bundesregierung hat die Gestaltung des demografischen Wandels zur Chefsache gemacht.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels an den Einzelnen und die Politik, die sich insbesondere aus einer älter werdenden Gesellschaft ergeben, begann der Deutsche Bundestag mit einer eigens dafür eingerichteten Enquête-Kommission ab 1994 zu untersuchen. In einem Schlussbericht aus dem Jahre 2002 dokumentierte die Enquête-Kommission ihre achtjährige Arbeit.² In 2009 fasste die Bundesregierung den Beschluss, „einen interministeriellen Ausschuss ‚Demografie‘ zur Koordinierung von Programmen und Initiativen der Ressorts zur Gestaltung des demografischen Wandels auf Staatssekretärs-Ebene einzuberufen.“³ In Federführung und Koordination durch das Bundesministerium des Innern wurde 2011 ein Demografiebericht als Diskursbeitrag erarbeitet, um mit den Ländern und Kommunen sowie mit der

¹ Hinweis zur gendergerechten Formulierung: Soweit im Folgenden Berufs-, Gruppen- und / oder Personenbezeichnungen Verwendung finden, ist auch stets die jeweils weibliche Form gemeint. Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit steht für beide Geschlechter die männliche Form. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit sieht daher bewusst von einer genderneutralen Ausdrucksweise ab.

² Siehe Enquête-Kommission 2002.

³ BMI (2011), S. 8.

Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit in einen intensiven und künftig kontinuierlichen Dialog zu treten.¹ Aufbauend auf dem Demografiebericht, wurde in 2012 eine Demografiestrategie erarbeitet.² Mithilfe der Strategie sollen die demografiepolitischen Aktivitäten der Bundesregierung ressortübergreifend koordiniert werden.³ Die Demografiestrategie wurde auf dem ersten Demografiegipfel der Bundesregierung am 4. Oktober 2012 vorgestellt. Auf dem Gipfel wurden auf Grundlage der in der Demografiestrategie formulierten thematischen Schwerpunkte neun Arbeitsgruppen gebildet. Erste Ergebnisse aus dem Arbeitsgruppenprozess wurden erstmals auf dem zweiten Demografiegipfel am 14. Mai 2013 vorgestellt und diskutiert.⁴ Der Dialogprozess der Bundesregierung wird durch jährlich stattfindende Demografiegipfel weitergeführt. Zur weiteren Kommunikation des Themas wurde im Internet das Demografieportal des Bundes und der Länder eingerichtet, welches parallel zu den weitergeführten Demografiegipfeln den Online-Dialog befördern soll.⁵

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verfolgt den von Ursula von der Leyen seit 2005 und von Kristina Schröder seit 2009 – beide Fachministerinnen a. D. – eingeschlagenen Kurs, der Familie und den älteren Menschen bei der Gestaltung des demografischen Wandels einen besonderen Schwerpunkt einzuräumen. Diese Schwerpunktsetzung fand ihren besonderen Ausdruck in der vom BMFSFJ gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften gestarteten Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ und in dem in gemeinsamer Initiative mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gegründeten Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“. Seit 2012 wird zudem das Berliner Demografie Forum (BDF) durch das BMFSFJ und die Allianz SE gemeinsam veranstaltet. Die Allianz SE engagiert sich gesellschaftlich für die Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels.⁶ Im BDF diskutieren Spitzen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Handlungsmöglichkeiten zur Gestaltung des demografischen Wandels. Dabei sollen Impulse auf nationaler und internationaler Ebene gesetzt werden. Es besteht der Anspruch, die Bedeutung von demografischen Einflussfaktoren in einer breiteren Öffentlichkeit zu verankern.⁷ Der demografiepolitischen Agenda der Bundesregierung folgend, hat auch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in 2013 seine Forschungsschwerpunkte auf das generative Verhalten, den Wandel der Familien und Lebensformen und die private Lebensführung sowie auf die räumliche Mobilität

¹ Vgl. BMI (2011), S. 9.

² Siehe BMI (2012).

³ Vgl. BMI (2011), S. 8.

⁴ Siehe BMI (2013).

⁵ Siehe BiB (2013).

⁶ Allianz SE (Hrsg.) (2012): Global Demography. Generations and their Future. München.

⁷ Selbstdarstellung des BDF unter www.berlinerdemografieforum.org (Zugriff: 3. März 2014).

im Lebensverlauf ausgerichtet.¹ ‚Das Wissenschaftsjahr 2013‘ – eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) – stand unter dem Leitbild „Die demografische Chance“. Die Interessen von Senioren gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO) vertreten, welche durch die Bundesregierung gefördert wird. Die BAGSO sei die Lobby der älteren Menschen in Deutschland, berücksichtige dabei aber nachfolgende Generationen, und vereinigt unter ihrem Dach über 100 Verbände, in denen rd. 13 Mio. ältere und alte Menschen zusammengeschlossen sind.² Vorsitzende der BAGSO ist Ursula Lehr, Ministerin a. D.

Die Bundesinitiativen und Aktivitäten auf Bundesebene werden von weiteren Akteuren aus der Gesellschaft aufgegriffen, bewertet und untersetzt. So wurde der Generali Zukunftsfonds (GZF) in 2008 durch die Generali Deutschland Holding AG neu aufgestellt und fördert seither unter dem Leitthema „Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung“ bürgerschaftliches Engagement, insbesondere unter den älteren Menschen, in Deutschland. Der GZF „sieht zurzeit den größten gesellschaftlichen Handlungsbedarf bei den mit dem demografischen Wandel verbundenen sozialen Herausforderungen“.³ Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) bringt sich als bundesweit bedeutendstes privates Wirtschaftsforschungsinstitut mit großem Engagement in den demografiepolitischen Diskurs der Bundesregierung ein. Das IW regt im Rahmen des Dialogprozesses der Demografiestrategie ein Demografie-Benchmarking sowie die Einrichtung eines Nationalen Demografierates zur Definition politischer Fortschrittsziele und Demografiefolgenabschätzung neuer Gesetze an. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) greift die Demografiestrategie der Bundesregierung auf und bringt diese zur Fortführung und Weiterentwicklung von Engagementstrategien ein. Ein weiterer bedeutender Dialogpartner für die Bundesregierung ist die Deutsche Gesellschaft für Demographie e. V. (DGD). Die DGD ist in 2001 auf Initiative von Demografen der ehemaligen DDR aus der Verschmelzung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie hervorgegangen. Sie sei eine Diskussionsplattform zur Klärung von Fachfragen der Demografie, Förderung des wissenschaftlichen Gedankenaustausches, Pflege der wissenschaftlichen Beziehungen zur Fachwissenschaft und zu verwandten wissenschaftlichen Disziplinen, zur Unterstützung von akademischer Lehre und wissenschaftlicher Forschung sowie zur Förderung der Diskussion demografischer Fragestellungen.⁴

¹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2012): Forschungsprogramm 2013. Wiesbaden.

² Selbstdarstellung der BAGSO unter www.bagso.de (Zugriff: 2. März 2014).

³ Selbstdarstellung des GZF unter zukunftsfonds.generalideutschland.de (Zugriff: 2. März 2014).

⁴ Selbstdarstellung der DGD unter www.demographie-online.de (Zugriff: 2. März 2014).

Die Bundesinitiativen und Aktivitäten der genannten Akteure und Partner auf Bundesebene bauen zum Teil auf langjährige Aktivitäten der Länder und Kommunen auf. Letztere haben wichtige Impulse für die demografiepolitischen Aktivitäten der Bundesregierung und ihrer eingebundenen Partner gegeben. Sie sind weiterhin am Dialogprozess aktiv beteiligt und in die Umsetzung der Demografiestrategie eng eingebunden. Bundesländer, Landkreise und Kommunen haben Demografie-Konzepte erarbeiten lassen, Stabsstellen für Demografie eingerichtet, Demografie-Beauftragte und Demografie-Manager eingesetzt. Zum Beispiel führt das Land Thüringen eine eigene „Serviceagentur Demografischer Wandel“. Die Stadt Bielefeld hat den Posten einer Demografie-Beauftragten geschaffen und die Landeshauptstadt Potsdam ein Demografie-Check-Verfahren in das tägliche Verwaltungshandeln implementiert. Ideen und Lösungen für den Umgang mit dem demografischen Wandel werden auch in Wettbewerben mit Preisen ausgelobt, so beispielsweise der *Demographic Exzellenz Award* des Landes Baden-Württemberg für demografieorientierte Vorhaben in Unternehmen.

Im Weiteren ist die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) zu nennen. Die INQA wurde im Jahr 2002 gegründet und ist heute ein Netzwerk aus Unternehmern, Personalverantwortlichen, Arbeitnehmervertretern, Gesundheitsexperten, Wissenschaftlern sowie Kranken- und Unfallversicherungsträgern. Das Netzwerk verfolge Lösungen für eine sichere, gesunde und wettbewerbsfähige Arbeitswelt. Das Thema Demografie bilde einen inhaltlichen Schwerpunkt. Die INQA entwickle daher Strategien für eine demografiefeste Arbeitswelt.¹ Auf Initiative und mit Unterstützung der INQA wurde 2006 „Das Demographie Netzwerk“ (ddn) gegründet. Im ddn wirken Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen als Mitglieder und Multiplikatoren. Jedes Jahr wird ein Know-how-Kongress als bundesweites Demografieforum für Fachleute und Unternehmen veranstaltet. Der „Behörden Spiegel“ führt – ebenfalls seit 2006 – einen Demografie-Newsletter, der zum Demografie-Kongress informiert. Der Demografie-Kongress, zugleich als *best age conference* bezeichnet, wird in Initiative des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes seit 2006 jährlich veranstaltet. Für die Generationensolidarität und Generationengerechtigkeit setzt sich insbesondere die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ein.² Die SRzG lobt einen Demografie-Preis für Nachwuchswissenschaftler aus. Es werden innovative Lösungsvorschläge zum Umgang mit dem demografischen Wandel gesucht, die das Potential haben, eine politische Debatte anzustoßen. Schließlich ist auch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung zu nennen, das bereits 2000 als gemeinnützige Stiftung und unabhängiger *thinktank*

¹ INQA (o. J.): Mit Prävention die Zukunft gewinnen. Strategien für eine demografiefeste Arbeitswelt. Zweites Memorandum. Hrsg.: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Dortmund.

² Selbstdarstellung der SRzG unter www.generationengerechtigkeit.de (Zugriff: 2. März 2014).

gegründet wurde. Das Institut habe unter anderem die Aufgabe, das Bewusstsein der Gesellschaft für demografische Veränderungen zu schärfen, und bringe dabei Ideen und Konzepte in die Politik zur Gestaltung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen für die Gesellschaft ein.¹ Auch wenn das Institut maßgeblich daran beteiligt war, Politik und Gesellschaft für demografische Veränderungen zu sensibilisieren, und dadurch eine intensive öffentliche Debatte angestoßen hat, ist es im Kanon der Veranstaltungen und im Spektrum der Akteure und Partner des demografiepolitischen Diskurses der letzten Jahre in der politischen, wissenschaftlichen und medialen Wahrnehmung in den Hintergrund getreten. Schließlich beteiligt sich die Bertelsmann Stiftung mit der „Aktion Demographischer Wandel“ am demografiepolitischen Diskurs. Im Rahmen der Aktion wurde ein sog. Demografie-monitor entwickelt, der 59 Indikatoren ausweist, um die demografische Entwicklung in Deutschland transparenter zu machen.²

Die Aktivitäten der genannten Akteure behandeln auf allen räumlichen Ebenen im Wesentlichen die gleichen Kernthemen, die in Bezug auf die Gestaltung demografischer Veränderungen als besonders wichtig erachtet werden. Dazu gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von nachwachsenden, qualifizierten Fachkräften und einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung sowie die gesellschaftlich vollständig anerkannte Gleichstellung von Mann und Frau, die Generationensolidarität und Generationengerechtigkeit, die Potentiale des Alters und eines zunehmend gesunden Alterns, das ehrenamtliche Engagement sowie die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern bzw. Migranten. Einen weiteren bedeutenden Themenkomplex bildet die Sicherung der Daseinsvorsorge sowie die Anpassung von technischen und sozialen Infrastrukturen, insbesondere im ländlichen Raum und hier vor allem auf dem Gebiet der Neuen Bundesländer. Die Betonung liegt dabei auf der Vielfalt des demografischen Wandels. Herausforderungen, die aus seiner Gestaltung resultieren, werden nicht nur für den ländlichen Raum, sondern zunehmend auch für die Städte bzw. urbanen Zentren gesehen. Die angeführten Themen verbindet die Suche nach messbaren Einflussgrößen, um zu messbaren Handlungsprogrammen und spürbaren Erfolgen im politischen wie wissenschaftlichen Umgang mit demografischen Veränderungen zu gelangen.

¹ Selbstdarstellung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung unter www.berlin-institut.org (Zugriff: 2. März 2014).

² Siehe hierzu Bertelsmann Stiftung (2006).

ZUSAMMENFASSUNG

Der demografische Wandel wird als die wichtigste Zukunftsaufgabe und zentrale Herausforderung für Gesellschaften im 21. Jahrhundert erachtet. Auswirkungen und Implikationen des demografischen Wandels werden für nahezu alle Bereiche der Gesellschaft erwartet und untersucht. Länder und Kommunen sowie Forschungsinstitute, Stiftungen, Dachverbände und Bundesvereine haben wichtige Impulse für das bundespolitische Handeln gegeben. Das politische Handeln der Bundesregierung ist ressortübergreifend von einer Demografiepolitik geprägt, die als Dach aller Politikbereiche fungiert. Eine stärkere Koordinierung von aktorsbezogenen Einzelaktivitäten hat Einzug gehalten. Erste strategische Handlungsansätze wurden entwickelt. Das Demografie-Management ist in Wirtschaft und Gesellschaft angekommen. Immer mehr Akteure erachten es als unumgänglich, demografische Veränderungen in der Gesellschaft sozialverträglich und ökonomisch nachhaltig zu gestalten. Am aufgebrachten Engagement und Gestaltungswillen der Akteure aus allen Bevölkerungsgruppen und -schichten der Gesellschaft wird die Zukunftsfähigkeit des Landes gemessen.

1.2 Stand der Forschung

Die im vorangegangenen Kapitel dargestellte Entwicklung des demografiepolitischen Diskurses und die große gesellschaftliche Bedeutung von demografischen Veränderungen werden durch Erkenntnisse der Forschung gestützt. Wichtige Quelle sind die vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung, dem Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels, gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, dem *Vienna Institute of Demography* bzw. der *Austrian Academy of Sciences* sowie dem *Wittgenstein Center for Demography and Global Human Capital* herausgegebenen Publikationen, darunter auch die quartalsweise erscheinende „Demografische Forschung Aus Erster Hand“. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung versorgt als Ressortforschungsinstitut zudem die Bundesregierung mit aktuellen Erkenntnissen und Daten und veröffentlicht seine Forschungsergebnisse in der hauseigenen „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“.

In diesem Kapitel wird der Forschungsstand in chronologischer Abfolge der wichtigsten Literatur diskutiert, auf die sich die vorliegende Arbeit stützt. Es wird erklärt, welchen Beitrag die jeweilige Literatur für das Forschungsdesign, die Aufgaben und Ziele der Dissertation sowie den angestrebten Erkenntnisgewinn geleistet hat. Darüber hinaus werden die Anliegen der im Weiteren berücksichtigten Literatur kurz vorgestellt, die zur Untermauerung der eigenen Argumentation herangezogen wird. Diese Literatur wird aufgrund ihrer Fülle thematisch gruppiert.

Eine Diskursanalyse der Demografiepolitik in Deutschland existiert bislang nicht. Entweder setzen sich Arbeiten mit Diskursanalysen auseinander, oder es werden konzeptionelle und strategische Überlegungen für eine Demografiepolitik formuliert. Gleichwohl werden in bisherigen Arbeiten, die sich kritisch mit der Bedeutung des demografischen Wandels für die Gesellschaft und dem Umgang mit demografischen Veränderungen in der Politik auseinandersetzen, jeweils einige Aspekte in isolierter Betrachtung angerissen, die in der vorliegenden Dissertation vertieft behandelt und miteinander in einen Zusammenhang gebracht werden. Bedeutende Diskursanalysen, die für die vorliegende Arbeit wichtige Grundlagen enthalten, stellen die Arbeiten von HUMMEL (2000), KISTLER (2006), ETZEMÜLLER (2007), BARLÖSIUS und SCHIEK (2007) sowie insbesondere die von BIEBER (2008 und 2011) dar. Mit der aktuellen Demografiepolitik befassen sich HÜTHER und NAEGELE (2013) eingehend. Darüber hinaus ist eine reichhaltige Fülle von Arbeiten zum demografischen Wandel durch verschiedenste Akteure entstanden, die ebenfalls berücksichtigt werden.

Im Folgenden werden die wesentlichen Publikationen näher vorgestellt. Es werden die wesentlichen Aussagen und Thesen der jeweiligen Autoren herausgearbeitet. Diesen wird das Untersuchungsziel der vorliegenden Arbeit gegenübergestellt. Die weitere herangezogene Literatur wird skizziert, und es werden deren jeweilige Anliegen in knapper Form dargestellt.

- 1) HUMMEL (2000) ging, noch bevor der demografische Wandel hierzulande ein Megathema wurde und sich die Politik seiner Gestaltung annahm, bereits den Zusammenhängen zwischen demografischem Wissen und politischer Macht nach. Sie zeigt, dass demografische Fakten geeignet seien und genutzt würden, um politisches Handeln zu legitimieren.¹ Gegenstand ihrer Arbeit ist das Bevölkerungsproblem als Ergebnis eines Diskurses, der Bevölkerungswachstum und die Verteilung der Bevölkerung als wesentliche Ursachen von globalen und lokalen Krisen versteht². Die Konstitution von Bevölkerung, die bei HUMMEL einen zentralen Aspekt einnimmt, spielt in der vorliegenden Arbeit keine Rolle. Von Interesse sind einzelne Bevölkerungsgruppen, die durch demografische Merkmale voneinander abgegrenzt und politisch angesprochen werden.

HUMMEL setzt demografisches Wissen und politische Macht in Zusammenhang mit Bevölkerungswachstum, das als Problem erachtet wird. Die vorliegende Arbeit soll aufzeigen, dass in gleicher Weise auch der Bevölkerungsrückgang und die demografische Alterung als Argumente für politische Machtkalküle genutzt werden. HUMMEL

¹ Vgl. HUMMEL (2000), S. 11.

² Vgl. ebd.

konstatiert eine *Plausibilität* von demografischen Argumenten.¹ In der vorliegenden Arbeit soll aufgezeigt werden, wie sich diese Plausibilität wiederum auf den Diskurs auswirkt. Im Besonderen wird herauszustellen sein, dass die durch demografische Argumente transportierte Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit die Instrumentalisierung von demografischen Fakten durch die Politik antreibt.

HUMMEL stellt die Verflechtungen von Wissenschaft und Politik heraus und macht diese am Begriff der Bevölkerung deutlich, welcher im Spannungsfeld von „Politisierung“ und „Verwissenschaftlichung“ läge². In dieser Betrachtung wird Bevölkerung als vorrangig politische Kategorie verstanden. Die vorliegende Arbeit möchte ebenso diese Verflechtungen aufzeigen. Dabei wird im Gegensatz zu HUMMEL aber der Betrachtungsansatz gewählt, dass der demografische Wandel aus der Wissenschaft in die Politik getragen wurde und dadurch politisch genutzt wird. Es handelt sich also nicht um eine „Wissenschaftsanalyse mit politikwissenschaftlichen Schlussfolgerungen“³, wie sie HUMMEL betreibt. Die vorliegende Arbeit analysiert die Demografiepolitik in ihren Auswirkungen auf Wissenschaft und Publizistik. Die Interaktion zwischen politischen Aktivitäten und einem spezifischen wissenschaftlichen Diskurs, mit denen Hummel den Bevölkerungsdiskurs kennzeichnet, wird in ihrem Ansatz, den Bevölkerungsdiskurs als ein „bewegliches Feld, das durch spezifische Formen der Kontextualisierung, De- und Rekontextualisierung“ geprägt sei⁴, von der vorliegenden Arbeit übernommen. Eine Kontextualisierung des demografischen Wandels in der Gesellschaft soll unter den von HUMMEL abweichenden Betrachtungsansätzen, die oben dargelegt wurden, ebenfalls nachgewiesen werden.

- 2) KISTLER (2006) unterzieht die Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen einer kritischen Betrachtung. Er entlarvt von der Politik herbeigeredete Zusammenhänge und verweist auf fehlerhafte politische Anreize und Konstruktionsprinzipien der Gesellschaftssysteme⁵. Im Besonderen stellt KISTLER heraus, dass es keinen demografisch bedingten Arbeitskräftemangel gebe – im Gegenteil: Es bestehe auch auf absehbare

¹ Vgl. HUMMEL (2000), S. 11.

² Ebd., S. 11f.

³ Ebd., S. 12.

⁴ Ebd.

⁵ Unter Gesellschaftssystem wird in Anlehnung an das vorherrschende Verständnis in Soziologie, Politik- und Geschichtswissenschaft die historisch bedingte Struktur und soziale Organisationsform von Gesellschaften verstanden. Die Struktur und die Organisationsform werden durch die gesellschaftlichen Teilsysteme, darunter insbesondere die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem etc., gebildet.

Zeit weiterhin ein Überangebot an Arbeitskräften.¹ Während die Betrachtung von Arbeitskräften einen Kopfbildbezug herstelle, würden mit einem Fachkräftemangel hingegen vor allem Umstände adressiert, die im Bildungssystem und Arbeitsmarkt begründet lägen.² Kistler vertritt die Auffassung, dass infolge der demografischen Alterung von Beschäftigten keine Produktivitätsabnahme oder abnehmende Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten sei³. Vielmehr bereicherten alternde Belegschaften ihre Unternehmen.⁴ In der vorliegenden Arbeit sollen im Rahmen des zu erbringenden Nachweises, dass demografische Veränderungen häufig nicht immer die Ursache für gesellschaftliche Problemlagen sind, die Argumente von Kistler gestützt werden, dass Innovation und Produktivität nicht primär demografisch gesteuert würden. Im Bereich der Sozialsysteme weist KISTLER „politische Fehlentscheidungen“ nach, die zu finanziellen Problemen geführt hätten, welche nicht durch die demografische Alterung verursacht worden seien.⁵ Die vorliegende Arbeit greift diese fehlerhafte politische Gestaltung und Steuerung auf und differenziert darüber hinaus zwischen Handlungsversäumnissen und Wahrnehmungsdefiziten. Der Gedanke der Konstruktionsfehler wird übernommen, um aufzuzeigen, welche Faktoren die finanzielle Stabilität der Sozialsysteme stärker beeinflussen als die demografische Entwicklung.

Mit Blick auf das politische Handeln wird von KISTLER konstatiert, dass es integrierter Konzepte bedürfe⁶, welche mit der gesamten Gesellschaft abgestimmte Maßnahmen enthalten müssten⁷. In der vorliegenden Arbeit rücken die Aspekte der Interdisziplinarität und Implikationen von demografischen Veränderungen in den Mittelpunkt. An diesen lassen sich sowohl die Ursachen als auch die Folgen eines demografiepolitischen Diskurses aufzeigen, in dem demografische Argumente in nahezu alle Gesellschaftsbereiche eingebracht und mit denen nahezu alle gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemlagen erklärt werden. Weiterhin schlussfolgert KISTLER, dass Politik im Umgang mit dem demografischen Wandel häufig zu schnell auf die Unbeeinflussbarkeit und Unveränderlichkeit der demografischen Entwicklung abstelle und damit Herausforderungen demografischer Natur generiere.⁸ Dieser Gedanke wird vertieft und konkret anhand von einzelnen Politiken, ihren beanspruchten Zielsetzungen und

¹ Vgl. KISTLER 2006, S. 44ff.

² Vgl. ebd., S. 56ff.

³ Vgl. ebd., S. 79ff.

⁴ Vgl. ebd., S. 84ff.

⁵ Ebd. S. 209ff.

⁶ Vgl. ebd., S. 228ff.

⁷ Vgl. ebd., S. 236ff.

⁸ Vgl. ebd., S. 232ff.

entgegengebrachten Erwartungen untersucht. Dabei sollen Widersprüche zwischen den den jeweiligen Politiken zugrundeliegenden Erwartungshaltungen, öffentlich diskutierten und eigentlich beabsichtigten Zielsetzungen herausgearbeitet werden.

- 3) Die Arbeit von ETZEMÜLLER (2007) leistet einen weiteren wichtigen Beitrag für eine kritische Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel in der Gesellschaft. Die Wahrnehmung und Gestaltbarkeit der Herausforderungen, die der demografische Wandel für die Gesellschaft bringe, hingen davon ab, welches Verständnis dem Begriff der Bevölkerung und damit dem demografischen Wandel zugrunde gelegt werde.¹ ETZEMÜLLER liefert damit den wichtigen Hinweis darauf, dass die demografischen Veränderungen nicht naturgegeben und unbeeinflussbar sind und es eines einheitlichen Verständnisses im Umgang mit dem Begriff der Bevölkerung bedarf. Dem soll in der vorliegenden Arbeit nachgegangen werden. Hierzu wird der Begriff des demografischen Wandels einer genauen Betrachtung unterzogen, der ähnlich des Begriffs der Bevölkerung unterschiedlich ausgelegt werden kann.

ETZEMÜLLER bringt Argumente, warum eine aktive Bevölkerungspolitik trotz aller Vorbehalte und nachwirkender ideologischer Belastungen verfolgt werden könne und solle. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine Bevölkerungspolitik dazu verhandelt werden könne, nahezu sämtliche Bereiche der Gesellschaft und gesellschaftspolitische Problemlagen behandeln zu können, auch wenn diese mit ökonomischen Entwicklungen zusammenhängen und Auswirkungen der Sozialsysteme darstellten.² Mithilfe der demografischen Entwicklung werden Argumente geschaffen, mit denen nahezu jedes gesellschaftliche Problem erklärt werden kann, auch wenn kein kausaler Zusammenhang zwischen diesen und der Demografie besteht. An diesem Gedanken soll angesetzt und im Weiteren das Verhältnis von Demografie und Gesellschaft herausgearbeitet werden, das durch einen politischen Reduktionismus bestimmt wird, in dessen Zuge häufig demografische Entwicklungen als alleinige Ursache für gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Prozesse verhandelt werden. Den Schwerpunkt der Betrachtungen der vorliegenden Arbeit bilden der Prozess, wie es dazu gekommen ist, sowie die Rückwirkungen, die der Prozess im Ergebnis wieder auf sich selbst entfaltet. Dem wird – versinnbildlicht gesprochen – mit einem geschlossenen Argumentationskreislauf Rechnung getragen, der sich immer wieder aufs Neue aus sich selbst heraus generiert und bestätigt.

¹ Vgl. ETZEMÜLLER (2007).

² Vgl. ebd.

-
- 4) BARLÖSIUS und SCHIEK (2007) zeigen in ihrem Sammelband auf, dass ein Perspektivenwechsel stattgefunden habe, in dessen Folge nicht mehr von Bevölkerung, sondern von Gesellschaft und damit in Zusammenhang stehend nicht von einem gesellschaftlichen, sondern von einem demografischen Wandel gesprochen werde.¹ Dies sei Resultat der Auseinandersetzung mit den ideologischen Belastungen, welche der Bevölkerungslehre und folglich auch der mit ihr in Verbindung stehenden neuen demografischen Wissenschaft anhafteten. Im Ergebnis müsse eine „Demografisierung des Gesellschaftlichen“ – so der Titel des Sammelbandes – konstatiert werden.²

BARLÖSIUS und SCHIEK verbleiben dabei überwiegend in der Beschreibung des Perspektivenwechsels, der maßgeblich aus dem Spannungsfeld der Tabus vergangener Entwicklungen und der Brisanz heutiger gesellschaftlicher Problemlagen erwachsen sei³. Die Autorinnen liefern, ohne die Akteure der Gesellschaft einzubeziehen und deren Interessen und Motivlagen zu eruieren, keine umfassende Erklärung, warum eine solche Demografisierung geschieht. Die vorliegende Arbeit möchte daher von der ideologischen Belastung der Vergangenheit wegführen und aufzeigen, wie im Rahmen einer solchen Demografisierung die Demografie als Erklärungsfaktor und Argument verhandelt wird, dem eine zu starke Bedeutung zur Erklärung gesellschaftlicher Entwicklungen zugestanden wird. Darüber hinaus soll erforscht werden, dass die Demografie genutzt wird, um für gesellschaftspolitische Problemlagen zu sensibilisieren, sie zu adressieren und unter der Bevölkerung bzw. in der Gesellschaft für Akzeptanz für politische Einschnitte zu werben, um diesen Herausforderungen, die aus demografischen Erwägungen erwachsen, zum Wohle aller zu begegnen.

Die vorliegende Arbeit führt diese Demografisierung zudem nicht nur auf einen Perspektivenwechsel zurück, sondern legt ihr damit eine politische Absicht zugrunde. Es soll daher auch dargelegt werden, inwieweit demografische Entwicklungen als Argumente instrumentalisiert werden, um sowohl Untätigkeit als auch Handeln sowie vergangene demografische Veränderungen und aktuelle Situationen einerseits zu rechtfertigen und andererseits als Anlass zu nehmen, auf diese demografische Veränderungen, die eigentlich originär gesellschaftliche Wandlungsprozesse beschreiben, mit Nachdruck zu reagieren.

- 5) BIEBER (2008) widmet sich in seiner Projektarbeit den Perspektiven auf den demografischen Wandel. Er führt unter anderem aus, dass die Prognose von Bevölkerungspro-

¹ Vgl. BARLÖSIUS und SCHIEK (2007), S. 10.

² Vgl. ebd.

³ Vgl. ebd.

zessen mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet sei, weil zum einen weder vergangene demografische Entwicklungen bei der Bildung von Annahmen herangezogen noch neue Entwicklungen verlässlich antizipiert werden könnten, zumal demografische Entwicklungen zunehmend stärkeren Verflechtungen und Dynamiken auf lokaler bis globaler Ebene unterlägen. Für weitere Unsicherheit Sorge die zuweilen geringere Datenverfügbarkeit.¹ In Zusammenhang mit der Zuverlässigkeit von Prognosen spricht BIEBER auch die Interpretationsmöglichkeiten der zu Schau gestellten Entwicklungen an. Diese ermöglichten eine „Instrumentalisierung demografischer Erkenntnisse“², um beispielsweise politische Maßnahmen zu begründen. BIEBER stellt hierzu folgende Überlegungen für eine solche Instrumentalisierung an: Maßnahmen könnten aus anderen Gründen als wegen einer veränderten demografischen Entwicklung als sinnvoll erachtet werden. Das Wissen um demografische Veränderungen entfalte bzw. stütze nicht den von einer Interessengruppe erhofften oder behaupteten Effekt bzw. induziere nicht „in dem Maße Veränderungen wie das Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Interessen postulieren.“³

In der vorliegenden Arbeit soll eine Instrumentalisierung demografischer Fakten nicht nur in Zusammenhang mit der Interpretation und Wirkung von Bevölkerungsprognosen nachgewiesen werden. Die Dissertation soll belegen, dass auch ohne Annahmen zur weiteren demografischen Entwicklung sowie unter ausschließlichem Verweis auf vergangene demografische und gesellschaftliche Entwicklungen, die in einem kausalen Zusammenhang gedeutet werden und in einer auf die Demografie reduzierenden Betrachtungsweise gesellschaftspolitische Herausforderungen generiert hätten, die Demografie als politisches Argument zur Durchsetzung sachfremder Ziele und Interessen instrumentalisiert wird.

BIEBER vermutet hinter der Instrumentalisierung demografischer Fakten Vertreter der Demografieforschung, die lange Zeit kein Gehör in der Politik gefunden hätten und dies nun im Wege einer dramatisierten Betrachtung der im Weiteren zu erwartenden demografischen Veränderungen überkompensierten.⁴ In der vorliegenden Arbeit wird im Gegensatz zu BIEBER nicht nur auf die jahrzehntelange Vernachlässigung der demografischen Forschung, sondern auch auf die lange Zeit fehlende Beachtung der Warnrufe aus der Wissenschaft in der Politik verwiesen, um aufzuzeigen, wie ein neu-

¹ Vgl. BIEBER (2008), S. 16f.

² Ebd.

³ Ebd., S. 17.

⁴ Vgl. ebd.

es Klima einer Diskurskonjunktur entstanden ist, in der Wissenschaft, Politik und Publizistik demografischen Argumentationen aufgeschlossen gegenüberstehen.

Weiterhin vermutet BIEBER hinter der Dramatisierung und Zuspitzung der demografischen Entwicklung nicht zuletzt wirtschaftliche Erwägungen: Mit der neuen, gesteigerten Aufmerksamkeit könne Geld verdient werden.¹ Diesem Aspekt soll in der vorliegenden Arbeit vertiefend nachgegangen werden. Ausgehend von der interessegeleiteten Instrumentalisierung von demografischen Fakten und der großen Bereitschaft und Akzeptanz für ein demografieorientiertes Denken und demografisch motiviertes Handeln, soll belegt werden, wie demografische Merkmale einzelnen Bevölkerungsgruppen zugewiesen werden, um politisch ansprechbare und auf dem Markt bedienbare Zielgruppen zu bilden, die als Wähler bzw. Konsumenten oder Leistungserbringer der Verwirklichung der Interessen und Motive von Entscheidungsträgern dienen.

Ähnlich wie HUMMEL kommt auch BIEBER mit seinen Betrachtungen zur Instrumentalisierung zu der Schlussfolgerung, dass nicht nur eine „Demografisierung der Politik“, wie sie BARLÖSIUS (2007) und BOSBACH (2004) feststellen, bestehe, sondern auch eine „Politisierung der Demografie“ als Wissenschaft² anzunehmen sei. Schließlich könne die Wissenschaft auch als Fürsprecher von politischen Maßnahmen auftreten.³ In der vorliegenden Arbeit wird sowohl eine Demografisierung der Politik als auch eine Politisierung der Demografie in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt. Anders als BARLÖSIUS, BIEBER und BOSBACH wird jedoch der Blick geschärft für einen politischen Reduktionismus, der sich die Demografie und damit auch die Wissenschaft für Argumentationen ihrer politischen Vertreter bzw. Akteure zur Verwirklichung eigener Ziele und Zwecke sowie den davon berührten Interessen von betroffenen Dritten als Nutznießer zunutze macht. Die mit den prozessualen Begriffen der Demografisierung oder Politisierung transportierte Abfärbung und Anhaftung spielt in der vorliegenden Arbeit insofern eine untergeordnete Rolle, als dass beide Prozesse sich ohnehin wechselseitig durchdringen und auf einem beschreibenden Perspektivenwechsel beruhen, je nachdem welcher Standpunkt eingenommen wird. Dass die Demografie als Wissenschaft und die Politik sich seit Ende des Dritten Reichs voneinander entfernt und im Zuge der Öffnung für Bevölkerungsfragen und der damit verbundenen Thematisierung des demografischen Wandels wieder angenähert haben und heute fast zu einer Einheit verschmolzen sind, steht außer Frage. Diese Vermengung von Wis-

¹ Vgl. BIEBER (2008), S. 17.

² Ebd., S. 18.

³ Vgl. ebd.

senschaft und Politik erklärt jedoch nicht die Art und Weise des Umgangs mit der demografischen Entwicklung in der Politik, die Rolle der Wissenschaft und der Publizistik sowie die von diesem Umgang und den unterschiedlichen Rollen und Akteuren ausgehenden Wirkungen in der Gesellschaft. Es stehen nicht Disziplinen oder Akteure, sondern Argumentationen im Mittelpunkt der Betrachtung, die selbstverständlich Disziplinen und Akteuren zugeordnet werden.

- 6) Die größten Gemeinsamkeiten der vorliegenden Arbeit bestehen mit dem von BIEBER (2011) herausgegebenen Sammelband. In diesem hinterfragt er die Bedeutung und erklärende Kraft von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft und ihre Systeme. Auch wenn das Anliegen und die Botschaft beider Arbeiten gleich sein mögen, liegen die Unterschiede in den ihnen zugrundeliegenden konzeptionellen Ansätzen und methodischen Herangehensweisen begründet.

So erklärt BIEBER, dass das Thema nicht in seiner Gänze im Sammelband behandelt werden könne, wohl aber einschlägige Aspekte durch die Autoren der einzelnen Beiträge vertiefend betrachtet würden.¹ Diese Einschränkung kommt auch in dem von BIEBER formulierten Anspruch des Sammelbandes zum Ausdruck und bringt mit sich, dass zu manchen Zusammenhängen und Details nur Vermutungen angestellt werden können. Hierzu erklärt BIEBER:

„Die Aufsätze in diesem Buch legen deshalb nahe, sich intensiver mit der Reichweite und Erklärungskraft demografischer Argumentationsmuster zu beschäftigen. Damit wird dann auch die Deutungshoheit, die die Demografie in weiten Teilen der Öffentlichkeit gewonnen hat, infrage gestellt und auf ihren realen Kern zurückgeführt.“²

Die vorliegende Dissertation schafft die nötigen Voraussetzungen, damit die von BIEBER nahegelegte „Reichweite und Erklärungskraft demografischer Argumentationsmuster“³ verlässlich analysiert werden kann. So wird zum einen auf eine breite empirische Basis zurückgegriffen. Es werden vielfältige Gesprächspartner befragt, die zudem mehrheitlich Führungspositionen bekleiden, Gestalter und Entscheider sind. In diesen Positionen verfügen sie über nennenswerte Einflussmöglichkeiten, den demografiepolitischen Diskurs um neue Facetten und Perspektiven zu bereichern und dessen Ausrichtung grundlegend zu verändern. Zum anderen können auf diese Weise folglich Deutungsangebote und Interpretationsmöglichkeiten, welche die Demografie schafft und im Diskurs bei vielen Gelegenheiten offeriert werden, kritisch reflektiert

¹ Vgl. BIEBER (2011).

² Ebd., S. 14.

³ Ebd.

werden. In der vorliegenden Arbeit sollen daher die von BIEBER vermuteten Zusammenhänge genau untersucht werden. Beispielsweise würden kulturelle Aspekte vermutet, um zu erklären, warum Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Staaten trotz einer beispiellosen Familienförderung eine niedrigere Geburtenrate habe.¹ Die vorliegende Dissertation thematisiert diesen Aspekt und liefert hierfür einen Erklärungsansatz. Auch die von BIEBER aufgeworfene Frage soll beantwortet werden, warum die Kinderwünsche nicht in der Höhe des von Demografen berechneten Bestandserhaltungsniveaus von 2,1 Kindern pro Frau realisiert würden und welche Faktoren das Reproduktionsverhalten der Bevölkerung beeinflussen.

BIEBER konstatiert, dass der demografische Wandel als unaufhaltsam erachtet werde und dieser in nahezu allen Gesellschaftsbereichen zu Reformen zwingt. Daher würden Zugeständnisse von der Bevölkerung abverlangt, die mit dem individuellen Geburtenverhalten gerechtfertigt würden und akzeptiert werden müssten.² BIEBER kontrastiert diesen Befund mit der tatsächlichen Bedeutung der demografischen Entwicklung für die Gesellschaft, die geringer und zudem auch nicht in der Praxis der Politik und Unternehmen vorzufinden sei.³ Dies muss angesichts der zwischenzeitlich in Gang gekommenen Thematisierung einer Demografiepolitik einer aktualisierten Betrachtung unterzogen werden. In der vorliegenden Arbeit wird von einer in Wissenschaft, Politik, Publizistik und daher auch in Gesellschaft gleichermaßen vorhandenen starken Berücksichtigung der demografischen Entwicklung ausgegangen, die sich inzwischen eingestellt hat.

Übereinstimmend mit BIEBER wird in der vorliegenden Arbeit nicht davon ausgegangen, dass „gesamtgesellschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen“ aus Sicht der Politik konstant, unveränderbar oder statisch seien.⁴ BIEBER wertet dies als Versuche der Politik, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, indem auf das individuelle generative Verhalten der Bevölkerung verwiesen werde.⁵ Wie BIEBER wird auch in der vorliegenden Arbeit von einer versuchten, praktizierten Beeinflussung und gegebenen Veränderbarkeit der demografischen Entwicklung ausgegangen. Indizien und Argumente werden hierfür zusammengetragen. Im Gegensatz zu BIEBER, der das Argument der Politik widerlegen möchte, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die auf die demografischen Veränderungen Einfluss entfalteteten, gar nicht unbeeinflussbar

¹ Vgl. BIEBER (2011), S. 16.

² Vgl. ebd., S. 11.

³ Vgl. ebd., S. 12.

⁴ Ebd., S. 11f.

⁵ Vgl. ebd., S. 13.

seien¹, wird in der vorliegenden Arbeit aufbauend auf der gängigen politischen Argumentation einer Unveränderlichkeit der demografischen Entwicklung ausgeführt, dass sehr wohl Einfluss auf die Entwicklung von demografischen Kennziffern über die politische Ausgestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen genommen werden kann. Demografie sei zu einer „Leitwissenschaft“ geworden und überschreite dabei regelmäßig ihre Kompetenzen, wenn sie versuche, die Ursachen des demografischen Wandels zu erklären. Soziale Zusammenhänge müssten viel stärker berücksichtigt werden.² BIEBER vertritt die Position, dass es die Demografie selbst, also die wissenschaftlich arbeitenden Demografen wären, die ihre Kompetenzen aufgrund des enormen öffentlichen Interesses für demografische Veränderungen und politischen Drucks für ein Handeln überschreiten würden.³ In der vorliegenden Arbeit wird demgegenüber davon ausgegangen, dass nicht die Demografie oder die dieser Wissenschaftsdisziplin zufallenden Demografen ihre Kompetenz überschreiten. Vielmehr soll aufgezeigt werden, wie Politik und Medien die Demografie in ihrer Bedeutung überhöhen und ihr eine allumfassende Erklärungskraft für gesellschaftliche und soziale Entwicklungen attestieren.

Weiterhin kennzeichnet BIEBER den demografischen Wandel als „Problemverstärker“, der nur ein verschärfender Faktor für die problematischen gesellschaftlichen Entwicklungen sei, zu denen es auch ohne die eingetretene demografische Entwicklung gekommen wäre.⁴ Hierzu führt er aus: „Probleme, die wir jetzt schon haben, werden sich durch den demografischen Wandel verschärfen, wenn wir an den Problemen selbst jetzt nicht arbeiten.“⁵ In der vorliegenden Dissertation wird diese Eigenschaft als Katalysator-Funktion beschrieben. Darüber hinaus soll belegt werden, dass die Demografie in ihrem Gebrauch als Argument zudem die Funktionen als Indikator, Konstante und Etikett übernimmt: Wird im demografiepolitischen Diskurs von demografischen Entwicklungen gesprochen, sind häufig soziale, wirtschaftliche, kulturelle und/oder räumliche Prozesse gemeint, die aus Sicht der Demografie betrachtet und interpretiert, also demografisiert werden. Demografische Veränderungen sollen für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen stehen, können diese aufgrund des beschränkten Erklärungsvermögens der Demografie jedoch nicht in der vollen Komplexität ihrer

¹ Vgl. BIEBER (2011), S. 18.

² Vgl. ebd.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. ebd., S. 12.

⁵ Ebd., S. 13.

Wechselwirkungen mit anderen gesellschaftlichen Prozessen und Entwicklungen abbilden oder repräsentieren.

Nach BIEBER seien viele gesellschaftliche Problemlagen nicht durch den demografischen Wandel entfacht worden, und er gibt die Erkenntnisse wieder, die in den Aufsätzen des Sammelbandes zusammengestellt wurden: Innovationen würden nicht durch weniger Nachwuchs und Alterung gehemmt, konjunkturelle Entwicklungen weniger von demografischen Veränderungen betroffen. Vielmehr würden Dienstleistungen und Produkte am Markt vorbei gewirtschaftet.¹ Hinsichtlich der Folgen von demografischen Veränderungen für den Arbeitsmarkt resümiert BIEBER, dass eine Personalpolitik und betriebliche Strategien der „kurzfristigen Optimierungskalküle“² dominierten und es häufig keine langfristigen Strategien gebe, welche die demografische Alterung adäquat berücksichtigten. Regionale Disparitäten seien weniger auf demografische Entwicklungen und vielmehr auf wirtschaftliche Entwicklungen zurückzuführen.³ Diese Zusammenhänge werden in der vorliegenden Arbeit weiter untersetzt und als Argumente genutzt, um die eigene Argumentation zu untermauern.

An den oben aufgeführten beispielhaften Zusammenhängen, die zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen hergestellt werden, wird deutlich, welche Attraktivität die Auseinandersetzung mit Demografie aufgrund ihrer Zugänglichkeit, Darstellbarkeit und suggerierter Einfachheit entfalte⁴. Diese Anziehungskraft setzt BIEBER mit einer risiko- und problemorientierten Perspektive auf den demografischen Wandel in Zusammenhang. BIEBER spricht sich dafür aus, nicht nur vereinseitigend die Risiken und Probleme zu betonen, sondern auch für die Chancen zu sensibilisieren, die der demografische Wandel mit sich bringe. Schließlich seien demografische Veränderungen das Resultat des gesellschaftlichen Fortschritts und somit eine bewusst herbeigeführte, begrüßenswerte Entwicklung.⁵ Die vorliegende Arbeit spricht sich ebenfalls gegen eine haltlose Dramatisierung und unangebrachte fatalistische Ergebnisheit gegenüber demografischen Veränderungen aus und liefert hierfür modernisierungstheoretische Argumente, die den positiven Charakter des demografischen Wandels unterstreichen. Im Gegensatz zu BIEBER soll die problemorientierte Sichtweise dadurch erklärt werden, dass die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel nicht wertfrei und unvoreingenommen geführt wird. Dieser norma-

¹ Vgl. BIEBER (2011), S. 13f.

² Ebd., S. 13.

³ Vgl. ebd., S. 13f.

⁴ Vgl. ebd., S. 14.

⁵ Vgl. ebd., S. 14ff.

tive Eintrag im demografiepolitischen Diskurs soll nachgewiesen werden. Darüber hinaus soll die Dissertation auch für ein dialektisches Verständnis von Chance und Risiko bzw. Dramatisierung und Verharmlosung sensibilisieren, das aus polarisierenden demografischen Argumentationsmustern entstanden ist.

Auch stellt BIEBER zwar heraus, welche Marktpotentiale aus der Entwicklung neuer Angebote für eine alternde Gesellschaft entstehen könnten¹, bringt diese jedoch nicht in den Zusammenhang mit einem politischen Kalkül, auch hier demografische Fakten für eigene Zwecke und Interessen von Dritten zu instrumentalisieren. Dieses Vorgehen soll mit der vorliegenden Arbeit in einen weitaus größeren Kontext gestellt werden: Ein an demografischen Merkmalen ausgerichtetes Marketing soll in der Politik nachgewiesen werden, das darin bestrebt ist, die Demografie als Argument auf absehbare Zeit hochzuhalten und die gegenwärtige Diskurskonjunktur nicht abebben zu lassen.

Anders als BIEBER wird auch die Betrachtung auf den demografiepolitischen Diskurs gerichtet. Nach BIEBER werde zwar viel über das Thema Demografie und seine Auswirkungen geredet, aber nicht viel gehandelt. Die vorliegende Dissertation untersucht das demografiepolitische Handeln auf einen übersteigerten Aktionismus, der von einer Leichtgläubigkeit für demografisch begründete Probleme angetrieben wird. In diesem Zusammenhang kritisiert BIEBER den Umgang mit dem demografischen Wandel, der sich auf die Bewältigung von Folgen konzentriere.² Er regt stattdessen eine Ursachenbehandlung an: Es müsse einen „Diskurs über gesellschaftspolitische Weichenstellungen geben, wenn der demografische Wandel in seinen Ursachen angegangen werden sollte“³. Die vorliegende Arbeit greift diese Forderung auf und entwickelt aus der Betrachtung der Ursachen heraus, welche die demografischen Veränderungen bewirkt haben, Eckpfeiler für einen entsprechend zu konzipierenden Handlungsansatz.

- 7) Die Arbeit von HÜTHER und NAEGELE (2013) bietet die bislang einzige aktuelle Zusammenstellung aller Aufgaben und Handlungsfelder der Ressortpolitiken der Bundesregierung, die im Umgang mit dem demografischen Wandel in Erwägung gezogen werden. Die Autoren schärfen damit das Profil einer Demografiepolitik. Eine kritische Auseinandersetzung im Sinne einer Diskursanalyse und Demografisierung erfolgt nicht. In der vorliegenden Arbeit werden dennoch wichtige Verweise zum Werk von HÜTHER und NAEGELE hergestellt. So werden insbesondere die Erwartungshaltungen

¹ Vgl. BIEBER (2011), S. 16.

² Vgl. ebd., S. 15.

³ Ebd., S. 17.

und Zielsetzungen der Politiken diskutiert, die eine beabsichtigte Beeinflussung und damit angenommene, wenn auch nicht kommunizierte, Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung erkennen lassen. Warum diese nicht kommuniziert wird und welche Gründe für die Beeinflussbarkeit sprechen, wird ebenfalls zum Gegenstand der vorliegenden Arbeit gemacht.

Die Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft als Wissenschaftsdisziplin wurde bereits in zahlreichen Arbeiten untersucht.¹ Der Fokus dieser Arbeiten liegt auf Entwicklungen im 20. und 21. Jahrhundert.² Dabei spielen die ideologischen Belastungen, welche die Bevölkerungslehre im Dritten Reich erfahren habe, eine große Rolle.³ Auch heute noch werde von einer Tabuisierung der Bevölkerungspolitik und der damit verbundenen Terminologien und politischen Handlungsansätze gesprochen.⁴ Daher wird der Blick stärker auf die bevölkerungssoziologischen Grundlagen der Bevölkerungswissenschaft gerichtet.⁵ Das belastete Verständnis, das der Bevölkerungswissenschaft und auch dem Begriff der Bevölkerung anhafte⁶, unterliege in zunehmendem Maße einem Bewusstseinswandel⁷. So beginne sich auch das belastete Verhältnis von Bevölkerung und Politik zunehmend zu entspannen.⁸

Die Ursachen der demografischen Veränderungen werden ebenfalls in zahlreichen Arbeiten durch verschiedene Wissenschaftsdisziplinen behandelt.⁹ Die Folgen, die der demografische Wandel für die Gesellschaft haben werde, sowie die damit verbundenen Herausforderungen werden in einer interdisziplinären Perspektive breit diskutiert.¹⁰ Es werden insbesondere demografische Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie auf soziale und räumliche Entwicklungen thematisiert. Auffällig ist, dass die Ursachen – verglichen mit der umfangreichen Thematisierung der Folgen – meist nur am Rande behandelt werden. Eine ausschließliche und tiefgehende Behandlung der Ursachen ist vergleichsweise seltener vorzufinden.¹¹

Es herrschen verschiedentliche Auffassungen, die einerseits die Chancen in den Vordergrund stellen¹² und andererseits für die Risiken sensibilisieren¹³, die der demografische Wandel mit

¹ Siehe z. B. bei BROCKE (1998) und EHMER (2013).

² Siehe insbesondere MACKENSEN (1998, 2004 und 2006a).

³ Siehe z. B. RAMSDEN (2009).

⁴ Vgl. DEMENY (2003).

⁵ Siehe HENßLER und SCHMID (2007).

⁶ Vgl. MACKENSEN et al. (2009).

⁷ Vgl. REULECKE (2006).

⁸ Vgl. z. B. BONGAARTS (2008).

⁹ Siehe z. B. BECK und BECK-GERNSHEIM (1994), BECK-GERNSHEIM (2006), SENNETT (2005) und KAA (2004).

¹⁰ Siehe insbesondere KAUFMANN (2005), BIRG (2005a, b und 2006), FREVEL (2004), SWIACZNY (2010) und WALLA et al. (2006).

¹¹ Siehe z. B. bei SCHIMANY (2003) und SINN (2005).

¹² Siehe z. B. bei HONDRICH (2007) und ROLOFF (2003).

¹³ Siehe z. B. bei BIRG (2005a, b und 2006).

sich bringe. Zur Einschätzung werden häufig bevölkerungstatistische Prognosen¹ und Erkenntnisse aus empirischen Studien herangezogen². Die Betrachtung von Chancen und Risiken führt im Kern auf eine Auseinandersetzung mit Altersbildern und Potentialen des Alters zurück.³ Häufig werde der demografische Wandel in seinen vermuteten Auswirkungen auf die Gesellschaft dramatisiert.⁴ Das Zustandekommen, der Aussagegehalt und die Verlässlichkeit dieser Vorausberechnungen werden zum Teil hinterfragt.⁵

Aufbrechende Tabus, statistisch errechnete Szenarien und die diskutierten möglichen Folgen der demografischen Veränderungen haben inzwischen einen Handlungsdruck erzeugt, sodass die Demografie auf die politische Tagesordnung gelangte.⁶ Ebenso vielfältig wie die Herausforderungen werden auch die Handlungsoptionen in einem breiten Kanon der Ressortpolitiken bedacht. Besonders intensiv werden mit Blick auf die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt sowie die Lebensbedingungen in Kommunen und Regionen⁷ sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen diskutiert⁸. Zudem wird ein neues unbelastetes Verständnis für familienpolitische Maßnahmen entwickelt. Dabei rückt die Realisierung von Kinderwünschen durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt.⁹

Die ressortübergreifenden politischen Bemühungen¹⁰ haben infolge der gesteigerten und anhaltend großen öffentlichen wie fachlichen Aufmerksamkeit dazu geführt, dass seit 2011 die Entstehung einer koordinierenden Demografiepolitik intensiv diskutiert wird¹¹. Dabei wird die Wirksamkeit politischen Handelns bezogen auf den jeweiligen Handlungsansatz, entweder die Ursachen der demografischen Veränderungen zu beeinflussen¹² oder die aus den demografischen Veränderungen resultierenden Folgen zu gestalten¹³, zuweilen kontrovers diskutiert. Eine versuchte staatliche Einflussnahme auf das reproduktive Verhalten der Menschen bzw. die Geburtenrate wird hierzulande aufgrund der gemachten Erfahrungen immer noch als

¹ Siehe z. B. destatis (2009 und 2013b).

² Siehe hierzu LINDENBERGER et al. (2010) und DORBRITZ et al. (2005).

³ Siehe hierzu z. B. EHMER und HÖFFE (2009).

⁴ Vgl. hierzu BOSBACH (2006), BOSBACH und KORFF (2011), KREYENFELD (2004) und SCHIRRMACHER (2004).

⁵ Siehe insbesondere BINGLER und BOSBACH (2004) und auch BRETZ (2001).

⁶ Siehe hierzu z. B. MACKENSEN (2006b) und KULLER (2004).

⁷ Siehe z. B. bei KRÖHNERT et al. (2006 und 2008), BARLÖSIUS (2007), BOYLE (2003) sowie BARTL (2011a und b).

⁸ Siehe insbesondere BIEDENKOPF (1985 und 2011), NELL-BREUNING (1987), HEINZE et al. (1999), SCHMÄHL (2002), SINN (2007), WANGEN (2003) sowie MIEGEL (2005a und b).

⁹ Siehe hierzu z. B. BERTRAM und BUJARD (2012), BUJARD (2013), LÜSCHER (2003), RÜRUP und GRUESCU (2003) sowie WINGEN (2003).

¹⁰ Siehe hierzu Enquête-Kommission (2002).

¹¹ Siehe insbesondere BMI (2011, 2012 und 2013), MAYER (2012) und BiB (2013).

¹² Siehe z. B. bei GAUTHIER (2008) sowie GAUTHIER und PHILIPPOV (2008).

¹³ Siehe z. B. KAUFMANN et al. (1992), LUTZ (2007 und 2008), SIEBERT (2002), UN (2001) sowie SACKMANN und KOPYCKA (2010).

besonders brisant eingestuft. Aus diesem Grund wird eine chancenorientierte Politik im Umgang mit dem Bevölkerungsrückgang und der demografischen Alterung, die sich auf die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels stützt, mehrheitlich befürwortet.

FAZIT

Seit den 1990er Jahren ist eine nahezu unüberschaubare Fülle von Arbeiten entstanden, die sich mit dem demografischen Wandel befassen. Dabei werden ganz unterschiedliche Aspekte von demografischen Veränderungen thematisiert. Die Forschung zum demografischen Wandel ist stark vom gewachsenen interdisziplinären Denken in der Gesellschaft geprägt. Wirkungen von demografischen Veränderungen werden für nahezu sämtliche Lebensbereiche der Individuen in der Gesellschaft aus der jeweiligen Wissenschaftsperspektive heraus diskutiert. Vor allem Arbeiten von Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern bzw. Ökonomen, kaum jedoch von ausgebildeten Demografen bzw. Bevölkerungswissenschaftlern, haben einen großen Forschungsbeitrag geleistet und prägen den Diskurs und dessen Inhalte auch heute noch maßgeblich. Die Forschung verhaftete zunächst in Zustandsbeschreibungen, öffnete später aber zunehmend den Blick für Ursache- und Wirkungszusammenhänge des demografischen Wandels. Heute werden vornehmlich Erklärungen für das Zustandekommen der demografischen Veränderungen gegeben und die erwarteten Folgen für die Gesellschaft bedacht, die sich aufgrund einer gewandelten demografischen Entwicklung ergeben. Letztere kennzeichnen die Forschungsarbeit in besonderem Maße. Prognosen bilden ein wichtiges Instrument, um eine solche Folgenabschätzung vorzunehmen. Die Forschung knüpft dabei an die ersten Impulse der Nachkriegszeit an, die durch einzelne Wissenschaftler gesetzt wurden, die einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Gesellschaft, ihrer Systeme und demografischen Veränderungen andeuteten, jedoch aufgrund der ideologischen Belastung der Bevölkerungslehre in der Zeit des Nationalsozialismus in der Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unbeachtet geblieben sind.

Inzwischen wird selbstredend von einer demografischen Forschung gesprochen, die weit über das Verständnis der traditionellen Bevölkerungswissenschaft hinausgeht und als demografische Wissenschaft in alle Gesellschaftsbereiche dringt. Die politische Öffnung für Bevölkerungsfragen und die politische Thematisierung von demografischen Veränderungen haben die Forschung massiv begünstigt. Der politische Rückhalt zur Erforschung des demografischen Wandels hat aber auch dazu geführt, dass die Forschung eine öffentliche Meinungsbildung anstrebt und im aktuellen Diskurs mit einer Warn- und Sensibilisierungsfunktion befrachtet ist. Die mediale Berichterstattung hat dabei die Aufgabe, das Thema im öffentlichen Diskurs

präsent zu halten. Der Fokus des öffentlichen Interesses sowie die demografiepolitische Agenda haben auch die finanzielle Förderlandschaft nachhaltig beeinflusst. Die Durchführung von Forschungsarbeiten zum demografischen Wandel findet bei Fördermittelgebern großen Zuspruch und leitet wiederum politisches Handeln an bzw. steuert dessen Implementierung in der Praxis. Seit 2007 kommt zunehmend Kritik an der starken Ausrichtung der Forschung auf Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und demografischen Veränderungen auf, die immer stärker Eingang in die wissenschaftliche Forschung findet, aber im politischen wie medialen Diskurs noch weitgehend ausgeblendet bleibt.

1.3 Aufgaben und Ziele der Dissertation

In diesem Kapitel werden die Aufgaben und Ziele der Dissertation beschrieben. In einem ersten Unterkapitel werden zunächst die Leitbegriffe der Argumentation vorgestellt, die in die wissenschaftliche Debatte eingeführt werden. Zudem wird der theoretische Rahmen definiert, in dem die Diskursanalyse einzuordnen ist. Im zweiten Unterkapitel werden die wissenschaftlichen Problembereiche erfasst. Dabei wird der Bezug zum bisherigen Forschungsstand hergestellt. Die thematische Ein- bzw. Abgrenzung der Dissertation gegenüber bestehenden Arbeiten bzw. zu verwandten Themen wird vorgenommen. Es wird herausgearbeitet, wodurch sich die bisherige Forschung auszeichnet und wo die Dissertation ansetzt. Der thematische Gegenstand der Dissertation wird in die Forschungslandschaft eingeordnet bzw. in den Kontext der wissenschaftlichen Diskussion gestellt. Es werden die durch die Dissertation zu untersuchenden Aspekte aufgezeigt, die bisher in der Forschung etwas vernachlässigt worden sind. Die der Arbeit zugrunde liegenden Thesen und Hypothesen werden vorgestellt. Für deren Verifizierung werden Forschungsfragen entwickelt; das Erkenntnisinteresse wird herausgestellt.

1.3.1 Leitbegriffe und theoretischer Rahmen

In der vorliegenden Arbeit werden zwei verschiedene Begriffe von Demografie verwendet. Der Begriff der Bevölkerungswissenschaft steht für die Lehre von der formalen Demografie und damit für eine seriöse Wissenschaftsdisziplin, welche durch die Expertise in formal-demografischem Wissen bzw. entsprechende wissenschaftliche Qualifikationen gekennzeichnet ist.

Dieses Begriffsverständnis wird mit dem Begriff der Gelegenheitsdemografie kontrastiert. Der Begriff beschreibt die Interpretationsmöglichkeiten und Deutungsangebote im demografiepolitischen Diskurs, die eine auf wenige demografische Kennziffern oder sogar nur auf ei-

ne demografische Kennziffer beschränkende, interessegeleitete Argumentation zur Erklärung gesellschaftlicher Entwicklungen ermöglichen. Kennzeichnend für eine solche Gelegenheitsdemografie ist im Weiteren die weitgehend fehlende Evidenz eines kausalen Zusammenhangs zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Hinzu kommt, dass die Argumentation im Sinne einer Gelegenheitsdemografie durch Akteure erfolgt, die keine formalwissenschaftliche Qualifikation im Bereich der Demografie besitzen, und diese von fach- und sachfremden Erwägungen geleitet wird, um Eigeninteressen zu verwirklichen.

Wird im Folgenden auch von der demografischen Wissenschaft gesprochen, ist der intermediäre Übergang zwischen den beiden vorgestellten Begriffen von Demografie gemeint. Der Begriff beschreibt die Aneignungsräume der Methoden und Erkenntnisse aus der Bevölkerungswissenschaft in anderen Wissenschaftsdisziplinen. Die Herausbildung der demografischen Wissenschaft hat dazu beigetragen, dass die Bevölkerungswissenschaft im demografiepolitischen Diskurs begrifflich sehr stark mit der demografischen Wissenschaft assoziiert wird. Dies wird im weiteren Verlauf der Arbeit aufzuzeigen sein, und dem wird in den nachfolgenden Formulierungen Rechnung getragen.

Von zentraler Bedeutung für die vorliegende Arbeit ist weiterhin die Klärung der Begriffe Diskurs und Diskursanalyse. Diese werden im Folgenden anhand von diskurstheoretischen Ausführungen erklärt. Hierzu wird auf verschiedene theoretische Konzepte in der Wissenssoziologie Bezug genommen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen der Begriff des Diskurses und die Diskurstheorie nach FOUCAULT, die wissenssoziologische Diskursanalyse nach KELLER i. V. m. BERGER und LUCKMANN und die kritische Diskursanalyse nach JÄGER sowie der Begriff des Deutungsmusters und die entsprechende Deutungsmusteranalyse nach OEVERMANN.

Unter dem Begriff Diskurs ist nach FOUCAULT (1973) das sprachlich – schriftlich wie mündlich – erzeugte Wissen zu verstehen, das in einem bestimmten sozio-historischen Kontext existiere. Zu diesem Kontext gehörten insbesondere kollektive Akteure, Organisationen und weitere institutionelle Bereiche der Gesellschaft. Ein Diskurs zeige sich damit als Wissen zu einem Thema in einem definierten Kontext, das durch aufeinander folgende Sprechakte konstituiert werde.¹ In diesem Kontext bewirke das vorhandene Wissen eine „gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“². Dem „sprachlich produzierten Sinnzusammenhang“, der daraus entstehe³, lägen „Arrangements von (Be)Deutungen“ zugrunde¹. Diskurse können daher

¹ Vgl. DIAZ-BONE (2005).

² BERGER und LUCKMANN (2004); vgl. KELLER et al. (2001).

³ JÄGER (2012).

als aufeinander folgende Sprechakte charakterisiert werden, die in einem bestimmten Zusammenhang stehen.

Obwohl mit Deutungen im Grunde zugleich verschiedene Interpretationsmöglichkeiten gegeben sind², prägen die Sinnzusammenhänge die Wahrnehmung. Sie strukturieren und reduzieren die wahrgenommene Umwelt eines Individuums. Durch die Reduzierung wird eine Orientierung ermöglicht. OEVERMANN (2001a und b) prägte für diese Strukturen den Begriff des Deutungsmusters. Für die vorliegende Arbeit sind Deutungsmuster vor allem hinsichtlich der folgenden Aspekte relevant: Sie würden – nach OEVERMANN – diskursiv wie auch durch das Handeln von Individuen sozial konstruiert, seien ohne Ausnahme auf allen räumlichen und sozialen Ebenen in der Gesellschaft vorzufinden und unterlägen zeitgeschichtlichen Veränderungen.³ Deutungsmuster beschreiben darüber hinaus den strukturellen Verlauf von Diskursen.⁴ In der vorliegenden Arbeit wird in Anlehnung an den Begriff Deutungsmuster mit dem Begriff Deutungsangebot gearbeitet. Das Ergebnis der nachfolgenden Analysen soll nicht dadurch vorweggenommen werden, dass es sich um Muster bzw. Strukturen handelt. Der Blick soll auch für Sichtweisen und Interpretationen von Akteuren offen bleiben, die (bisher) nicht den Diskurs prägen.

Die Strukturen bzw. Deutungsmuster, die durch Akteure entstünden, kennzeichnet FOUCAULT (1978) als Wissens- und Machtdispositive. Diskurs und Akteure beeinflussten sich dabei wechselseitig.⁵ In einem gleichen funktionalen Verhältnis zueinander stünden der Diskurs und die Wirklichkeit.⁶ Diskurse konstruierten die Wirklichkeit, und die Wirklichkeit werde durch Diskurse konstruiert.⁷ In Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit steht der Konstruktivismus. Er wird als eine Philosophie verstanden, der Möglichkeiten schaffe, immer wieder neue Sichtweisen und Interpretationen anzubringen.⁸ Hier setzen die Betrachtungen einer Gelegenheitsdemografie an, durch welche Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen nahezu beliebig erzeugt bzw. konstruiert werden.

Die vorliegende Arbeit greift mit einer methodischen Verknüpfung sowohl auf die wissenssoziologische als auch auf die kritische Diskursanalyse zurück. D. h., es wird einerseits die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit durch handelnde Akteure untersucht, und ande-

¹ HITZLER und HONER (1997), S. 21.

² Vgl. hierzu auch ROSENTHAL (2005).

³ Vgl. OEVERMANN (2001a und b) und MEUSER (2006).

⁴ Vgl. KELLER et al. (2001), S. 133.

⁵ Vgl. FOUCAULT (1973 und 1978).

⁶ Vgl. ROSENTHAL (2005).

⁷ Vgl. JÄGER (2001), S. 98.

⁸ Vgl. PÖRKSEN (2008), S. 11ff.

rerseits werden die Machtinteressen und -strukturen in der Gesellschaft berücksichtigt. Die Diskursanalyse hat demnach das Ziel, die Argumentationsmuster in der Demografiepolitik zu untersuchen. Dies schließt eine Analyse der dazugehörigen Deutungsmuster ein.¹ Dabei wird auf die Orientierungsfunktion demografischen Wissens in der Gesellschaft Bezug genommen, in deren Rahmen ein Reduktionismus (siehe unten) nachzuweisen sein wird.

Der normative Eintrag, der im weiteren Verlauf der Arbeit ebenfalls belegt werden soll, sei wesentlich für die Verbindung von Diskurs und Erfahrung, die sich in „grundlegenden bedeutungsgenerierenden Regulationsmustern“ zeigten.² Diese Deutungsmuster seien für kollektive Akteure und politische Handlungsfelder diskurs- und handlungsleitend.³ Dies gilt bei der Betrachtung der Demografiepolitik in der vorliegenden Arbeit in ganz besonderer Weise. Bei der Analyse der Demografiepolitik werden die Betrachtungen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses mit nichtwissenschaftlichen Interdiskursen verbunden. Diskursive Ereignisse und Kontexte werden einbezogen, welche die Ausrichtung und Qualität des Diskurses maßgeblich beeinflussen. Die verschiedenen Diskursebenen, die den Akteuren in Wissenschaft, Politik und Publizistik zugeordnet werden können, sowie auch die Alltagsebene der Bevölkerung in der Gesellschaft werden bei der Analyse zusammengeführt. Ebenso werden mehrere Diskursstränge als Themenkomplexe bei der Analyse der Demografiepolitik betrachtet, so beispielsweise die Familien-, Sozial-, Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Der demografiepolitische Diskurs beinhaltet die ressortübergreifenden politischen Aktivitäten auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene für einen strategiegeleiteten Umgang mit dem demografischen Wandel in Deutschland anlässlich des Demografieberichts und der Demografiestrategie der Bundesregierung (siehe auch zum Begriff der Demografiepolitik unten). Er umfasst Akteure aus Wissenschaft, Politik und Publizistik, denen unterschiedlichste qualifikatorische, berufliche oder persönliche Erfahrungshorizonte zugrunde liegen, sowie Argumente und Argumentationen, die aus der Demografie bzw. der demografischen Entwicklung hergeleitet und zur Rechtfertigung von Handeln in allen Politikbereichen genutzt werden.

Unter Demografiepolitik wird die Summe aller ressortspezifischen, einzelfachlichen politischen Aktivitäten auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene verstanden, die den demografischen Wandel zum Anlass nehmen, auf eine Gestaltung von demografischen Veränderungen abzielen und aus der Demografiestrategie der Bundesregierung hergeleitet werden.

Mit der vorliegenden Diskursanalyse der Demografiepolitik werden mehrere verschiedene Diskurse zum Thema Demografie untersucht. Die dabei betrachteten Akteure werden aber

¹ Vgl. hierzu auch OEVERMANN (2001a und b) i. V. m. LÜDERS und MEUSER (1997).

² KELLER et al. (2001), S. 132.

³ Vgl. ebd.

nicht gleichbedeutend mit Diskursen zur Demografiepolitik gebraucht. Es handelt sich daher nicht zwangsläufig um politische, wissenschaftliche und publizistische bzw. mediale Diskurse zur Demografiepolitik, die einen Gesamtdiskurs bilden. So werden auch Betrachtungsperspektiven auf die Demografiepolitik analysiert. Dabei handelt es sich um Perspektiven, welche Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik einnehmen, wenn sie sich mit demografischen Veränderungen befassen und am Diskurs bzw. an der Demografiepolitik teilhaben. Diskurse und Perspektiven werden durch Argumentationsstrukturen bzw. -muster, Prozesse der Meinungsbildung und Handlungen sichtbar gemacht (siehe Kap. 1.3.2).

Mit dem Begriff der Diskurskonjunktur ist ein gesellschaftliches Klima gemeint, welches demografischen Veränderungen und demografischen Argumentationen und damit auch Gelegenheitsdemografen eine besondere Beachtung schenkt. Diese große Aufmerksamkeit für demografische Veränderungen zeigt sich in der Wissenschaft durch eine starke Ausrichtung der Forschung auf den demografischen Wandel, in der Politik durch Handlungsprogramme, die den demografischen Wandel zum Anlass für politisches Handeln nehmen, und in der Publizistik durch ein großes mediales Interesse an Berichterstattungen zum demografischen Wandel.

Der Begriff des Reduktionismus wird aus dem philosophischen Begriffsverständnis des Holismus abgeleitet. Der Reduktionismus versteht sich als Gegenbild zum Holismus und wird auf das politische Denken und Handeln mit Bezug zur Demografie übertragen. Ein politischer Reduktionismus besteht, wenn politisches Denken und Handeln der Veränderung von demografischen Kennziffern eine zu große Erklärungskraft für gesellschaftliche Entwicklungen zumutet, als diese tatsächlich haben, und damit eine gesellschaftliche Komplexitätsreduktion auf demografische Denkmuster und -kategorien vollzogen wird. Eine solche „Überführung allgemeiner Gesetze auf spezielle Gesetze“ sei kennzeichnend für den Reduktionismus in der Wissenschaftstheorie.¹

Der Begriff des Bevölkerungsmarketings wird aus dem wirtschaftswissenschaftlichen bzw. ökonomischen Begriffsverständnis des Marketings abgeleitet und auf den Bereich der Demografie übertragen. Ein Bevölkerungsmarketing liegt vor, wenn demografische Merkmale von Bevölkerungsgruppen im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung bewertet, ideologisiert und zur Schaffung von Akzeptanz und Handlungsbereitschaft instrumentalisiert werden.

Der in der vorliegenden Arbeit verwendete Begriff der Demografisierung wird in Anlehnung an BARLÖSIUS und SCHIEK (2007) definiert. Unter Demografisierung werde die Betrachtung von gesellschaftlichen Phänomenen und Entwicklungen aus einer demografischen Perspektive

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 3.

verstanden, in deren Folge gesellschaftliche Entwicklungen als Ausdruck des demografischen Wandels gedeutet werden.

Unter Implikationen werden Kausalbehauptungen und Deutungsangebote verstanden, die demografische Veränderungen und gesellschaftliche Entwicklungen in einen Zusammenhang setzen, dessen Realitätsgehalt fraglich ist und sich vielmehr als vermutete Bedingung zeigt und noch keinen belegbaren Ursache- und Wirkungszusammenhang darstellt. Davon zu trennen sind faktisch bestehende, nachweisbare und überprüfbare Kausalitäten. Im Weiteren wird hier zwischen monokausalen und multikausalen Zusammenhängen unterschieden.

1.3.2 Wissenschaftliche Problembereiche und Erkenntnisinteresse

Der demografische Wandel ist zu einer zentralen Größe bei der Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften geworden. Insbesondere in Deutschland werden mit großer Leidenschaft Diskurse um die Rettung einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung geführt. Entgegen den in der Wissenschaft bestehenden Diskursanalysen zur Bevölkerungsentwicklung, die aus der Perspektive einer Wissenschaftsdisziplin heraus sich als mehrheitlich kleinteilig erweisen, wird der demografiepolitische Diskurs in der vorliegenden Arbeit bewusster als bisher aus einem interdisziplinären Wissenschaftsverständnis heraus analysiert. Es soll reflektiert werden, inwieweit dem demografischen Wandel aufgrund der Inter- und Transdisziplinarität¹ der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft selbstredend eine gesamtgesellschaftliche Relevanz unterstellt werden kann.

Das Wissen über die Entwicklung und mögliche Wirkung von demografischen Kennziffern ist zu einer Schlüsselqualifikation von Gelegenheitsdemografen geworden. Der demografiepolitische Diskurs ist aus mehreren Gründen für Gelegenheitsargumentationen empfänglich: Hierfür sprechen zunächst die Komplexität des Zustandekommens und der vermuteten Implikationen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft sowie in diesem Zusammenhang die nicht genau zu verortenden Ursachen und kausal belegbaren Wirkzusammenhänge, denen eine gesamtgesellschaftliche Relevanz zugeschrieben wird. Im Weiteren ist die Langfristigkeit von erwarteten Auswirkungen zu nennen, die heute vielfach noch nicht eingetreten oder sichtbar sind. Der Prognosecharakter und die damit verbundenen Erkenntnisunsicherheiten bieten zusätzlich Anlässe für Gelegenheitsargumentationen. Schließlich finden Ge-

¹ Mit Interdisziplinarität ist im Kontext der vorliegenden Arbeit das wissenschaftliche Prinzip bzw. Vorgehen gemeint, den demografischen Wandel aus der theoretischen Einheit verschiedener Wissenschaftsdisziplinen heraus mit universellen bzw. allgemeingültigen beschreibenden und erklärenden Ansätzen zu betrachten. Im Gegensatz dazu verfolgt eine transdisziplinäre Betrachtung im gleichen Kontext das Ziel, den demografischen Wandel integriert, das heißt aus den jeweiligen Perspektiven, mit den jeweiligen Theorien und Methoden der herangezogenen Wissenschaftsdisziplinen, zu betrachten.

legenheitsargumentationen mit Demografie in einem den demografiepolitischen Diskurs befördernden gesellschaftlichen Klima statt, das durch eine große öffentliche Aufmerksamkeit für die Argumentation mit Demografie gekennzeichnet ist.

Die Dissertation analysiert die Demografie in ihrer Funktion als Argument. So kann die Demografie einerseits Begründungen liefern und Anlässe schaffen, um politisch tätig zu werden bzw. zu handeln. In dieser Perspektive gibt die Demografie allen Grund für Aktivität. Sie wird dazu benutzt, fachfremde Entwicklungen zu adressieren, sachfremde Erwägungen anzustellen oder für Interessen von Dritten einzustehen, für gesellschaftliche Problemlagen und mögliche Missstände zu sensibilisieren, die Bereitschaft für politisches Handeln zu steigern, die Akzeptanz der Menschen und damit Wählerstimmen zu sichern und letztlich durch einen mit der Demografie begründeten Handlungsdruck das weitere politische Handeln zu rechtfertigen bzw. zu legitimieren. Andererseits kann die Demografie zugleich auch ein passives Verhalten im Umgang mit demografischen Veränderungen entschuldigen. Bei dieser Argumentation wird politisches Handeln mit Verweis auf die Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung gerechtfertigt. Sie dient dazu, sich der Verantwortung für Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse in Vergangenheit und Gegenwart zu entziehen, einen möglichen Schaden für politische Parteien oder Einzelpersonen abzuwenden und Aufgaben auf Akteure in der Gesellschaft zu delegieren. Auch hierüber kann und soll die Bevölkerung aktiviert und dazu ermuntert werden, für entstandene gesellschaftliche Problemlagen selbst einzustehen bzw. diese selbst zu beseitigen.

Es wird mit der Demografie in unreflektierter Selbstverständlichkeit argumentiert, weil die Ausprägung demografischer Kennziffern als Indikator und Determinante für gesellschaftliche Entwicklungen fungiert. Die Entwicklung von demografischen Kennziffern wird mit der Komplexität differenzierter gesellschaftlicher Entwicklungen gleichgestellt und in einen logischen Zusammenhang gestellt, ohne einen Ursache- und Wirkungszusammenhang zu prüfen. Die gesellschaftliche Komplexität und ihre Mechanismen werden dadurch auf Wechselwirkungen mit vermuteten demografischen Einflüssen und Implikationen reduziert. In der vorliegenden Arbeit soll eine bisher etwas vernachlässigte differenzierte Betrachtung erfolgen und daher zwischen Implikationen des demografischen Wandels für die Gesellschaft einerseits und Kausalzusammenhängen zwischen Demografie und Gesellschaft andererseits unterschieden werden.

Der demografische Wandel ist zu einem Etikett für vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen und zu einem Selbstläufer für die Erklärung tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse geworden. Mit demografischen und demografisierten Begriffen ist daher untrennbar

eine Bewertung verbunden. Durch den normativen Eintrag im demografiefpolitischen Diskurs werden Semantiken erzeugt, die nebulös bleiben und eine objektive terminologische Aufklärungsarbeit erschweren. So wird dem demografischen Wandel per Definition ein Anfang und ein Ende zugrunde gelegt und damit ein Denken in großen Trends befördert, das den kontinuierlichen und vielfältigen zu differenzierenden Veränderungen in Bevölkerungszahl und -struktur häufig nicht gerecht wird.

Es sollen die ungeprüften Annahmen und Erwartungshaltungen diskutiert werden, die im demografiefpolitischen Handeln aufgehen. Aufgezeigt werden soll, dass Zweck und Ziel der von der Politik diskutierten Maßnahmen auf der Argumentation mit Demografie beruhen, obgleich ein Kausalzusammenhang zwischen Demografie und Handeln faktisch nicht besteht, sondern lediglich suggeriert wird. Zudem wird untersucht, welche Zwecke beabsichtigt und Ziele angestrebt werden, wenn mit Demografie argumentiert wird. Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind daher die im demografiefpolitischen Diskurs unter Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Publizistik geläufig gewordenen demografischen Argumentationsmuster.

Bisherige Diskursanalysen, welche die Art und Weise der Auseinandersetzung der Politik mit dem demografischen Wandel thematisieren, nehmen die Ressortpolitiken oder schwerpunktmäßig das Verhältnis und Verständnis von einer modernen Familien- oder ideologisch belasteten Bevölkerungspolitik in den Blick. Eine kritische Reflektion des noch vergleichsweise jungen demografiefpolitischen Diskurses in Deutschland fehlt in der wissenschaftlichen Forschung bislang. Ziel der Dissertation ist es, anhand der Diskursanalyse der Demografiefpolitik einen politischen Reduktionismus nachzuweisen, in dessen Rahmen ein Bevölkerungsmarketing betrieben wird. Hierzu werden folgende Thesen aufgestellt und Hypothesen gebildet:

- These 1: Die Demografisierung und die Gelegenheitsdemografie haben einen politischen Reduktionismus hervorgebracht.

Hypothesen: Je weniger die Demografielandschaft institutionalisiert ist und je mehr Gelegenheitsdemografen im demografiefpolitischen Diskurs auftreten, desto mehr werden bestehende und neue Forschungs- bzw. Wissenslücken mit Annahmen und Spekulationen ausgefüllt, die aus der demografischen Entwicklung hergeleitet werden. Je mehr Aufmerksamkeit den Zusammenhängen zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen geschenkt wird, desto weniger werden die Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Entwicklungen untereinander und die soziokulturellen Ursprünge einer veränderten demografischen Entwicklung beachtet. Je mehr Aufmerksamkeit dem demografischen Wandel zukommt, desto ausschließlicher werden gesellschaftliche Problemlagen durch demografische Verände-

rungen erklärt. Je komplexer Gesellschaften werden, desto mehr werden gesellschaftliche Entwicklungen und Probleme durch die Demografie erklärt. Je intensiver der demografische Wandel in Wissenschaft, Politik und Publizistik diskutiert wird, desto größer fällt die Bedeutung aus, die ihm für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften zugeschrieben wird.

- These 2: Die Demografiepolitik und die Diskurskonjunktur haben ein Bevölkerungsmarketing befördert.

Hypothesen: Je stärker das Bevölkerungsmarketing ist, desto stärker ist der politische Reduktionismus. Je mehr die gesellschaftliche Entwicklung demografisiert wird, desto besser kann ein Bevölkerungsmarketing betrieben werden, das heißt können bestimmte Bevölkerungsgruppen über demografische Merkmale für die Politik genutzt werden. Wenn der demografiepolitische Diskurs eine hohe Konjunktur besitzt, dann wird ein Bevölkerungsmarketing immer bedeutsamer. Über das Bevölkerungsmarketing wird gesteuert, ob der demografische Wandel in seinen Auswirkungen für die Gesellschaft sowie hinsichtlich der Handlungsoptionen in der Politik als Chance oder Risiko betrachtet wird.

Die Dissertation soll Impulse geben, den in der Wissenschaft bestehenden Gegendiskurs der Demografisierung zu einem Forschungszweig innerhalb der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft auszubauen, der eine „kritische Demografie“ begründet. Mit der Dissertation soll nicht die Existenz demografisch bedingter Entwicklungen in der Gesellschaft grundsätzlich und gänzlich infrage gestellt werden. Vielmehr soll für das Ausmaß, den Umfang und die Intensität demografischer Argumentationen sowie für die Bedeutung und das Geflecht von nicht weniger bedeutsamen, anderen entwicklungsbestimmenden Faktoren in der Gesellschaft sensibilisiert werden. Schließlich sind Forschungsbedarfe zu identifizieren, die Wissenslücken im Wirkungsverhältnis von Demografie und Gesellschaft schließen sollen. Deren Erforschung kann zusätzlich für einen kritischeren Umgang mit demografischen Veränderungen sorgen. Die vorliegende Dissertation setzt sich daher nicht dem Verdacht aus, selbst einer Demografisierung anheim gefallen zu sein oder auf diese hinzuwirken, auch wenn demografischen Veränderungen auf diese Weise noch mehr Raum in der Wissenschaft gegeben wird.

Um die vorangehend beschriebenen Aufgaben und gesetzten Ziele der Dissertation zu erreichen und die komplexen Argumentationsstrukturen und Mechanismen der Meinungsbildung sichtbar und nachvollziehbar zu machen, wird es im weiteren Verlauf der Arbeit immer wieder notwendig sein, neue Zusammenhänge mit Sachverhalten zu knüpfen, die an anderer Stel-

le der Dissertation bereits mehrfach in anderen Zusammenhängen behandelt wurden. Deshalb kann manches zunächst wie eine Wiederholung wirken. Die entsprechenden Textstellen sind durch Kapitelverweise kenntlich gemacht. Auf diese Weise wird der Komplexität der behandelten Thematik bewusst Rechnung getragen.

2 Methodisches Vorgehen

2.1 Vorbemerkung

In den folgenden Kapiteln werden das methodische Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfragen dargelegt und die verwendeten Erhebungsinstrumente im Einzelnen vorgestellt. Es wird auf die herangezogenen Quellen, das erhobene empirische Material sowie auf die Gesprächspartner der durchgeführten Befragung eingegangen. Um eine verlässliche Beantwortung der Forschungsfragen sicherzustellen und Argumentationen von Akteuren in Wissenschaft, Politik und Publizistik gleichermaßen einfangen zu können, wurden drei verschiedene Erhebungsinstrumente genutzt. Zunächst wurde eine Literaturanalyse durchgeführt (siehe Kap. 2.2). Auf der Grundlage der Analyseergebnisse wurden Gespräche¹ mit Akteuren in Wissenschaft, Politik und Publizistik geführt (siehe Kap. 2.3). Parallel hierzu erfolgte die Teilnahme an Veranstaltungen auf Bundesebene, die sich mit dem demografischen Wandel auseinandersetzten (siehe Kap. 2.4). Die herangezogenen Erhebungsinstrumente stellen die Konsistenz des methodischen Vorgehens und der Ziele der Dissertation sicher.²

Die Datenerhebung, -aufbereitung, -bereinigung und -analyse wurde in mehreren Arbeitsschritten durchgeführt. Im Folgenden wird der Umgang mit den Erkenntnissen aus der Literatur und den besuchten Veranstaltungen sowie dem erhobenen Material aus den empirischen Untersuchungen zusammenfassend dargestellt. Schwerpunkt der Betrachtungen bilden die Darstellung der Vorgehensweise zur Durchführung der leitfadenorientierten Befragung sowie das Verfahren der Datenanalyse.

Die aufgestellten Thesen und gebildeten Hypothesen (siehe Kap. 1.3.2) wurden durch die Auswertung von Literatur und infolge der Teilnahme an Veranstaltungen entwickelt. Wichtige Grundlagen hierfür hat die im Vorwort genannte Magisterarbeit geschaffen. Die leitfadenorientierten Gespräche wurden mehrheitlich als telefonische, in einigen Fällen auch als persönliche Gespräche durchgeführt. Die Gespräche wurden digital aufgezeichnet und zur Auswertung vollständig transkribiert. Relevante Informationen und Erkenntnisse aus den empirischen Erhebungen, die der Beantwortung der Forschungsfragen dienen, wurden einzelnen Thesen und Hypothesen zugeordnet. Auf dieser Grundlage wurde das empirische Material thematisch kategorisiert. Einzelne Aussagen wurden zu übergeordneten Themen zusammengefasst. Dadurch wurden Vergleiche zwischen einzelnen Aussagen in unterschiedlichen Gesprächen möglich sowie gesprächsübergreifende Unterschiede und Gemeinsamkeiten sicht-

¹ In den Fällen, in denen kein persönliches oder telefonisches Gespräch mit den vorgesehenen Gesprächspartnern zustande kam, konnte behelfsweise eine schriftliche Befragung durchgeführt werden.

² Vgl. hierzu SCHNELL et al. (2008), S. 211 ff.

bar. Das empirische Material wurde anhand der gebildeten Thesen und Hypothesen im Hinblick auf die Beantwortung der Forschungsfragen analysiert. Zusätzlich wurden die Ergebnisse aus der Literaturanalyse in Zusammenhang mit den erhobenen Daten gebracht, um Aussagen aus den Gesprächen der durchgeführten Befragung am gegenwärtigen Forschungsstand zu spiegeln. Auf diese Weise konnten die gebildeten Thesen und Hypothesen verifiziert werden, die eine theoriegeleitete Argumentation stützen und damit der Beantwortung der Forschungsfragen dienen. Darüber hinaus wurden in einigen Fällen die Thesen und Hypothesen am Ende eines Gesprächs mit den Gesprächspartnern reflektiert. Der Ansatz einer minimalistischen delphi-Befragung¹ wurde somit integriert.

2.2 Literaturanalyse

Der Auswahl der herangezogenen Literatur liegen mehrere Kriterien zugrunde, die nachfolgend im Einzelnen dargelegt und jeweils im Hinblick auf das Ziel der Dissertation bzw. die Beantwortung der Forschungsfragen begründet werden.

Die Literaturanalyse wird vorrangig auf Monografien und Aufsätzen von Autoren in Sammelbänden gestützt. Dabei handelt es sich überwiegend um Primärliteratur. Für eine Diskursanalyse ergeben sich hieraus die Vorteile, von einzelnen Autoren getragene Argumentationen und für den demografiepolitischen Diskurs bedeutende Einzelpersonen sichtbar zu machen und damit verschiedenen Meinungen Rechnung tragen zu können. Auf diese Weise wird auch die für eine Diskursanalyse wichtige Zuordnung von Argumentationen und Auffassungen zu den betrachteten Akteuren in Wissenschaft, Politik und Publizistik möglich. Das somit erzielte breitere Spektrum an Auffassungen dient darüber hinaus einer besseren Vergleichbarkeit und Einordnung von einzelnen Meinungen und Argumentationen.

Die Profession, fachliche Herkunft und gegenwärtige Tätigkeit der Autoren ist ein weiteres wichtiges Kriterium für die Literatúrauswahl. So wurden Werke von Autoren mit fachlicher Expertise als Vertreter der formalen Demografie und Bevölkerungswissenschaft sowie der angewandten demografischen Wissenschaft, insbesondere der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, aber auch von fachfremden Gelegenheitsdemografen als Instrumentalisten in Politik und Publizistik, die mit Demografie argumentieren, behandelt.

Untrennbar mit den Autoren verbunden, wurden die zur Beantwortung der Forschungsfragen in der Literatur behandelten Themen mit Bezug zum demografischen Wandel eingegrenzt. Die Literaturanalyse stützt sich insbesondere auf gesellschaftspolitische Betrachtungen zum demografischen Wandel, auf kritische Ansätze zum Nachweis einer Demografisierung des

¹ Vgl. hierzu SCHNELL et al. (2008), S. 319ff.

Gesellschaftlichen, auf Diskursanalysen zum Umgang mit demografischen Veränderungen in der Gesellschaft, auf Betrachtungen zur Evaluierung eines bevölkerungsorientierten politischen Handelns sowie auf Forschungsaufsätze mit Forschungsergebnissen zu Theorie, Methodik und Zusammenhängen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und demografischen Veränderungen. Autorenbedingt dominieren dabei sowohl sozial- als auch wirtschaftswissenschaftliche Betrachtungsperspektiven.

Schließlich ist die Aktualität der verwendeten Literatur als Auswahlkriterium zu nennen. Den in der Literatur behandelten Themen entsprechend, werden wissenschaftliche Erkenntnisse, politische Diskursbeiträge und Werke mit journalistischem Hintergrund seit der zu Beginn des 21. Jahrhunderts eingesetzten, großen medialen und politischen Aufmerksamkeit für demografische Veränderungen fokussiert.

2.3 Leitfadenorientierte Befragung

In diesem Kapitel wird zunächst das methodische Vorgehen zur Durchführung der leitfadenorientierten Befragung beschrieben (siehe Kap. 2.3.1). Eine statistische Auswertung der Befragung wird gegeben. Die Gesprächspartner werden vorgestellt. Anschließend wird eine Kurzauswertung der Befragung vorgenommen (siehe Kap. 2.3.2). Die wesentlichen Erkenntnisse, die gewonnen werden konnten, werden vorgestellt. In den Kapiteln 3 bis 5 werden die Gespräche einer detaillierten Auswertung unterzogen. Dort werden die Erkenntnisse aus den Gesprächen in Zusammenhang mit den in der wissenschaftlichen Literatur vertretenen Auffassungen und vorliegenden Erkenntnissen ausführlich diskutiert.

2.3.1 Durchführung, Gesprächspartner und Statistik

Die Gesprächspartner für die Befragung wurden durch eine umfassende Literatur- und Medienrecherche ausgewählt. Es wurden 754 potentielle Gesprächspartner ermittelt und näherungsweise als Grundgesamtheit der empirischen Erhebung definiert¹. Darunter wurden 280 Akteure identifiziert, die befragt werden sollen. Weitere 232 Akteure wurden optional für eine Befragung vorgesehen, sofern in der erstgenannten Gruppe Gespräche nicht in ausreichender Zahl zustande kämen. Es wurde angestrebt, mindestens 45 Gespräche zu führen. Für die 280 Akteure wurden die Kontaktdaten recherchiert. 249 der 280 zu befragenden Akteure wurden per E-Mail angeschrieben. Im Anschreiben wurden der Anlass der Befragung und die Ziele der Dissertation dargelegt sowie das Forschungsthema im Überblick skizziert.² Mit 56 der

¹ Vgl. hierzu SCHNELL et al. (2008), S. 265ff.

² Siehe Anlage A.1.

249 kontaktierten Gesprächspartner konnten – zum Teil nach mehrmaligem Kontakt – Befragungen durchgeführt werden. Dies entspricht einer Rücklauf- bzw. Erfolgsquote von rd. 23 %.

Die Gespräche wurden als leitfadenorientierte „Experteninterviews“ durchgeführt. Zur Gesprächsführung wurde ein Leitfaden entwickelt.¹ Dieser enthielt ein Set an gemeinsamen Fragen. Thematisiert wurden

- die Demografie als Raummerkmal und Bewertungskategorie,
- die demografische Ursachen- und Folgenforschung,
- demografische Kennziffern, Begriffs- und Argumentverwendung sowie
- demografische Argumentationsmuster.

Die Themen wurden aus den aufgestellten Thesen und Hypothesen entwickelt. Der Gesprächsleitfaden wurde dabei flexibel eingesetzt. Fragestellungen zu einzelnen Themen wurden den Gesprächspartnern entsprechend variiert. Der Gesprächsleitfaden wurde mit konkreten Fragestellungen untersetzt, die vor dem Hintergrund des beruflichen bzw. fachlichen Kontextes und der persönlichen Vorlieben der Gesprächspartner entwickelt wurden. Damit wurden die Fragestellungen auf die jeweilige Profession, den Tätigkeitsschwerpunkt sowie auf das individuelle berufliche und persönliche Interesse der Gesprächspartner zugeschnitten.

Zielgruppe der Befragung waren Akteure als Personen und nicht als Institutionen. Die Vermittlung von persönlichen Ansichten, Meinungen und Überzeugungen stand im Vordergrund – nicht solche, die den jeweiligen Institutionen zugehörig sind bzw. diese repräsentieren. Die Gesprächspartner wurden daher nicht in ihrer Eigenschaft als Vertreter von Institutionen befragt. Mit der Befragung wurde angestrebt, eine persönliche Einschätzung zum und Perspektive auf den demografischen Wandel und demografiepolitischen Diskurs zu erhalten.² Auf diese Weise haben sich die Gesprächspartner dem Forschungsthema angenommen und sich in diesem wiedergefunden. Der Einstieg in die Befragung konnte dadurch erleichtert werden. Das gewählte Vorgehen ermöglichte es auch, durch die Gespräche vor allem jene Meinungen und Auffassungen zu eruieren, die nicht bereits in der Literatur vertreten sind.

Unter den Gesprächspartnern befanden sich Wissenschaftler, forschende und meinungsbildende Institute, *think tanks*, die Verbandspolitik und Vereine, Bundesminister a. D., Referenten auf Bundes- und Landesebene, Kommunalvertreter und Verwaltungsangestellte sowie Autoren, Redakteure und Herausgeber. Die Gesprächspartner wurden – wie oben bereits erwähnt – drei Akteursgruppen zugeordnet. Es wird zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Politik und

¹ Siehe Anlage A.2.

² Damit ist eine Abgrenzung zum Gegenstand der Diskursanalyse nach SCHWAB-TRAPP (2006) gegeben, die sich auf die „öffentlich diskutierten, miteinander konkurrierenden und mehr oder weniger kollektiv geltenden Deutungen für politische und soziale Handlungszusammenhänge“ (vgl. ebd., S. 39) beschränkt.

Publizistik unterschieden. Die Zuordnung zu einer dieser Gruppen wurde durch die befragten Gesprächspartner selbst vorgenommen. War nach Selbstauskunft der befragten Gesprächspartner eine Zuordnung zu mehreren dieser genannten Akteursgruppen zutreffend, wurden diese behelfsweise einer vierten, heterogenen Gruppe zugeordnet.

In diesem Zusammenhang betrachtet, war es zudem keine Bedingung, dass die Gesprächspartner einen fachlichen oder beruflichen Schwerpunkt in der demografischen Wissenschaft bzw. der Bevölkerungswissenschaft aufweisen mussten. Dem Interesse galt neben Fach- und Expertenwissen auch einer weitgehend unbelasteten Einschätzung und Wahrnehmung von Akteuren und Argumentationen im demografiepolitischen Diskurs, die nicht durch eine langjährige Berufserfahrung oder Profession auf dem Gebiet des demografischen Wandels dahingehend vorbelastet ist, eine einseitig gefestigte Perspektive auf demografische Veränderungen vorzuzeichnen. Solche Ansichten sollen nicht ausgeblendet werden. In diesem Zusammenhang fanden neben prominenten fachlichen Vertretern und Akteuren des demografiepolitischen Diskurses auch jene Gesprächspartner Berücksichtigung, deren Auffassungen im Diskurs unterrepräsentiert sind und deren Argumentationen angesichts der vorherrschenden Lesart prominenter Akteure kritisiert werden. Ziel der Befragung war es, der derzeit beigemessenen Bedeutung des demografischen Wandels als großes Gesellschaftsthema entsprechend, ein breites Meinungsspektrum einzufangen, das populären wie auch weitgehend unbekanntem Ansichten und Argumentationen Rechnung trägt.¹

Durchführungs- bzw. Erhebungszeitraum der Befragung war Oktober 2011 bis Februar 2012. Die Gespräche wurden mehrheitlich telefonisch, in einigen Fällen auch persönlich vor Ort geführt. Jedes Gespräch wurde mit Zustimmung der Gesprächspartner digital aufgezeichnet und anschließend transkribiert². Die Gesprächspartner erklärten sich mehrheitlich damit einverstanden, Aussagen und Erkenntnisse aus den Gesprächen direkt und indirekt zitieren zu dürfen, sofern keine personelle oder institutionelle Zuordnung von Aussagen zu einzelnen Gesprächspartnern möglich ist. Um die Gesprächsbereitschaft zu sichern, wurde den Gesprächspartnern dies zugesichert. Für die vorliegende Arbeit ergibt sich daraus die Konsequenz, dass Ergebnisse und Erkenntnisse aus den empirischen Erhebungen in den Kapiteln drei bis fünf anonymisiert wiedergegeben werden. Um dennoch eine Zuordnung von Erkenntnissen zu einzelnen Gesprächspartnern zu gewährleisten und somit Einzelaussagen in ihrer Authentizität zu erhalten, wurden die Gespräche in chronologischer Abfolge ihrer Durchführung fortlaufend nummeriert. Die vergebenen Nummern 1 bis 56 repräsentieren die persönlich bzw. tele-

¹ Auf diese Weise sollen vor allem auch konträre Auffassungen sowie Widersprüchlichkeiten in Deutungen und Argumentationen herausgearbeitet werden. Vgl. hierzu OEVERMANN (2001a), S. 66, und (2001b).

² Siehe Anlage A.3.

fonisch Befragten¹ und die Nummern 57 bis 69 die schriftlich Befragten². Zudem sind die Gesprächspartner einer der drei unterschiedenen Akteursgruppen zugeordnet. Für die Zitierweise ergibt sich somit folgendes Schema: ‚vgl. Befragung, Akteursgruppe(n), Gesprächsnummer(n)‘. Um eine anonymisierte Zitierung zu gewährleisten, aber dennoch die Gesprächspartner namentlich benennen und zu können (siehe unten), sind die in alphabetischer Reihenfolge vorgestellten Gesprächspartner nicht mit den in chronologischer Abfolge fortlaufend nummerierten Gesprächen der nicht veröffentlichungsfähigen Anlagen A.3 und A.4 verknüpft.³ Dies stellt für die Erforschung des Themas der vorliegenden Arbeit die einzig praktikable methodische Vorgehensweise dar, die zur Beantwortung der aufgeworfenen Forschungsfragen zielführend ist. Die Bedingung einer anonymisierten Zitierweise deutet darauf hin, dass eine Diskursanalyse, die Akteure als Entscheidungsträger und deren Argumentationen im demografiepolitischen Diskurs in den Blick nimmt, als politisch wie gesellschaftlich sensibles Thema eingestuft wird, das nicht weniger sensible wissenschaftliche Erkenntnisse liefert.

Bei der Auswahl der Gesprächspartner wurden eine ausgewogene Herkunft der Akteure bzw. fachliche Ausrichtung, ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis sowie eine ausgewogene Altersstruktur angestrebt. Die Gesprächspartner wurden am Gesprächsende zu ihren persönlichen demografischen Merkmalen befragt; die Beantwortung wurde freigestellt. Gefragt wurde vor allem nach der Zuordnung zu einer Akteursgruppe, nach dem Lebensalter und der Kinderzahl. Die nachfolgende statistische Auswertung der empirischen Erhebungen stellt die Ergebnisse im Einzelnen dar:

- Akteursgruppe: Von den 56 Gesprächspartnern sind ca. 67 % der Akteursgruppe Wissenschaft, ca. 12 % der Akteursgruppe Politik und ca. 8 % der Akteursgruppe Publizistik zuzuordnen. Etwa 13 % der Gesprächspartner sind mehreren Akteursgruppen zuzuordnen. Durch die Unterscheidung der Gesprächspartner nach Akteursgruppen sollen mögliche akteursspezifische Argumentationsmuster sichtbar werden. Eine namentliche Auflistung der Gesprächspartner in alphabetischer Reihenfolge mit ihren jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkten ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

¹ Siehe Anlage A.3.

² Siehe Anlage A.4.

³ Die Anlagen A.3 und A.4 sind als digitale Datenträger, welche die transkribierten Gespräche bzw. schriftlich beantworteten Fragen enthalten, daher nicht Bestandteil dieser Veröffentlichung. Siehe hierzu auch die Hinweise zu den Anlagen A.3 und A.4 in dieser Veröffentlichung. Für jeden Gesprächspartner bzw. jede schriftlich befragte Person wurde eine Nummer vergeben. Um die Anonymität der Befragten zu wahren, kann die Nummerierung nicht publiziert werden. Listen der nummerierten Gespräche sind dem digitalen Datenträger mit den nicht veröffentlichungsfähigen Anlagen A.3 und A.4 zu entnehmen.

Tab. 1: Gesprächspartner und ihre jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkte

Gesprächspartner	Tätigkeiten
Bartl, Walter	Dozent am Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Biedenkopf, Kurt	Ministerpräsident a. D., ehem. Generalsekretär der CDU und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Forschungsprofessur am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Borchert, Jürgen	Sozialrichter am Hessischen Landessozialgericht, Politikberater
Bosbach, Gerd	Professor für Statistik, Mathematik und Empirie an der Fachhochschule Ansbach und Koblenz
Buck, Hartmut	Leiter Kompetenzmanagement am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
Conrad, Christoph	Professeur d'histoire contemporaine, Université de Genève, Département d'histoire générale
Crone, Petra	Bundestagsabgeordnete der SPD, Mitglied im Bundesvorstand der SPD
Dettling, Daniel	Geschäftsführer, re:publik – Institut für Zukunftspolitik
Diekmann, Andreas	Professor für Soziologie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich
Ebert, Thomas	Ehem. Rentenexperte der SPD-Bundestagsfraktion, ehem. Leiter der Abteilung Sozialversicherung im ehem. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Engstler, Heribert	Leiter Wissenschaftliche Informationssysteme am Deutschen Zentrum für Altersfragen
Fasshauer, Stephan	Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, ehem. Leiter des Referats „Finanzielle Grundsatzzfragen der Sozialpolitik“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Frevel, Bernhard	Professor für Sozialwissenschaft an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen
Große Starmann, Carsten	Senior Project Manager im Programm „LebensWerte Kommune“ bei der Bertelsmann Stiftung

Günter, Markus	Referatsleiter Familie und Senioren in der Abteilung Soziales und Gesundheit beim Deutschen Caritasverband
Haug, Sonja	Professorin an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg, Leitung des Kompetenzzentrums „Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung“
Höhn, Charlotte	Ehem. Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
Hölterhoff, Marcel	Senior Projektleiter im Bereich „Public Management“ bei Prognos AG Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung
Höpflinger, Francois	Ehem. Titularprofessor für Soziologie an der Universität Zürich, Ehrenmitgliedschaft der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie, Vontobel-Preis für Altersforschung
Hülskamp, Nicola	Projektleiterin der Projektgruppe Hochschulentwicklung beim Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Hummel, Diana	Mitglied der Institutsleitung, Institut für sozial-ökologische Forschung, ehem. Leiterin des Forschungsschwerpunktes „Bevölkerungsentwicklung und Versorgung“
Katzenstein, Bernd	Sprecher des Deutschen Instituts für Altersvorsorge
Kaufmann, Franz-Xaver	Ehem. Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld
Korff, Jens Jürgen	Historiker, Werbe- und Webtexter, Sachbuch- und Lexikonautor
Kreyenfeld, Michaela	Deputy Head der Forschungsgruppe Lebenslauf, Sozialpolitik und Familie am Max-Planck-Institut für Demografische Forschung
Kröhnert, Steffen	Professor mit dem Lehr- und Forschungsgebiet „Demografischer Wandel und Soziale Arbeit“ an der Hochschule Koblenz, Projektleiter des Forschungsprojekts „Geschlechterunterschiede in Bildungsverhalten und Bildungserfolg – Zur Relevanz von familiären und regionalen Bedingungen im innerdeutschen Vergleich“ am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Leisering, Lutz	Professor für Sozialpolitik, Direktor des Instituts für Weltgesellschaft und der Bielefeld Graduate School in History and Sociology an der Universität Bielefeld
Lüscher, Kurt	Ehem. Professor für Soziologie an der Universität Konstanz
Marbach, Jan	Sozialwissenschaftler am Deutschen Jugendinstitut
Mendius, Hans Gerhard	Ehem. Wissenschaftler am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V. (ISF München), Vorstandsmitglied bei der Deutschen Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) e. V.
Mersch, Peter	Geschäftsführer der Mersch Online AG, Systemanalytiker und Zukunftsforscher, Leiter Systemtechnik Deutsche Wertpapierdaten-Zentrale, Projektleiter Systemtechnik Ticker Plant Frankfurt bei der Deutschen Börse, Projektleiter Systemtechnik beim Bau des Rechenzentrums der Deutschen Börse, Mitarbeit an der Konzeption von Xetra
Miegel, Meinhard	Vorsitzender des Vorstands des Denkwerks Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung, ehem. Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e. V. (IWG Bonn), ehem. Leitung des Zentrums für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Leipzig, ehem. Vorsitzender der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, ehem. Wissenschaftlicher Leiter des Ameranger Disputts der Ernst Freiberger-Stiftung, ehem. Mitglied der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages
Müller, Christa	Ehem. familienpolitische Sprecherin der Linken im Saarland
Nave-Herz, Rosemarie	Ehem. Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Familie, Jugend und Freizeit an der Universität Oldenburg
Nowossadeck, Sonja	Wissenschaftliche Mitarbeiterin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialberichterstattung zu Altersthemen sowie Demografie und regionale Aspekte des demografischen Wandels unter anderem am Deutschen Zentrum für Altersfragen
Nullmeier, Frank	Leiter der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen

Plünnecke, Axel	Stellv. Leiter des Wissenschaftsbereichs „Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik“ am Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Reulecke, Jürgen	Professor für Zeitgeschichte mit den Arbeitsschwerpunkten in Stadt- und Urbanisierungsgeschichte, Geschichte sozialer Bewegungen sowie Geschichte von Jugend und Alter, insbesondere Generationengeschichte, an der Universität Gießen
Roloff, Juliane	Ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Rösler, Wiebke	Projektmitarbeiterin „Der zweite demographische Übergang: seine sozioökonomischen, kulturellen und regionalen Ursachen“ am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin
Sackmann, Reinhold	Professor für Soziologie mit den Forschungsschwerpunkten Umgang mit dem demografischen Wandel, Geburtenentwicklung, Generationen auf dem Arbeitsmarkt und Lebensläufe bei gesellschaftlichem Wandel unter anderem an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Schimany, Peter	Leitung des Forschungsfeldes „Internationale Forschungskontaktstelle“ am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Schlemmer, Elisabeth	Professorin für Allgemeine Pädagogik und ehem. Direktorin des Forschungszentrums für Sekundarbildung und Ausbildungsfähigkeit (ZeSA) an der Pädagogischen Hochschule Weingarten
Schmähl, Winfried	Ehem. Leiter der Abteilung „Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung“ am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, ehem. Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung, ehem. Mitglied der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“
Schmidt, Renate	Ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Bundesministerin a. D. für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ehem. stellv. Vorsitzende der Bundes-SPD, ehem. Präsidentin des Bayerischen Jugendrotkreuzes, ehem. Präsidentin des Deutschen Familienverbandes

Sinn, Hans-Werner	Präsident und Vorstandsmitglied des ifo Instituts, Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Direktor des Center for Economic Studies (CES), Geschäftsführer der CESifo GmbH, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und 1. Klasse
Sohn, Manfred	Landesvorsitzender der Linkspartei in Niedersachsen sowie haushalts-, finanz-, tourismus- und wohnungspolitischer Sprecher und Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Steinführer, Annett	Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Lebensverhältnisse und demografischer Wandel in ländlichen Räumen“ am Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts (vTI), Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Swiaczny, Frank	Wissenschaftlicher Mitarbeiter / wissenschaftlicher Rat im Fachgebiet Weltbevölkerung mit dem Forschungsschwerpunkt „Dauerbeobachtung demografischer Trends“ am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Lehrbeauftragter am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Information (IMBEI) der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Lehrbeauftragter am Institut für Geowissenschaften und Geographie der Martin-Luther-Universität Halle
Trappe, Heike	Professorin für Soziologie am Institut für Soziologie und Demografie der Universität Rostock mit dem Schwerpunkt Familiendemografie, stellv. Institutsprecherin
Trauth-Koschnik, Martina	Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt sowie Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros
Vogt-Janssen, Dagmar	Bereichsleiterin „Kommunaler Seniorenservice“ im Fachbereich Senioren der Landeshauptstadt Hannover
Wahl, Stefanie	Geschäftsführung des Denkwerks Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung, ehem. Geschäftsführung des IWG Bonn e. V.

Werding, Martin	Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen in der Sektion Sozialpolitik und Sozialökonomie an der Ruhr-Universität Bochum
Winkelmann, Ulrike	Inlandsredakteurin sowie ehem. Inlandsressortleiterin, Sozialredakteurin und Parlamentskorrespondentin bei der „taz, die tageszeitung.“
Wolf, Jürgen	Professor für Alternswissenschaft im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Mitglied der Lenkungsgruppe „Demografischer Wandel“ am Wissenschaftszentrum Wittenberg (WZW), Mitglied im Demografie-Beirat des Landes Sachsen-Anhalt

- Gesprächsdauer: Die durchschnittliche Gesprächsdauer beträgt ca. 54 Minuten. Das kürzeste Gespräch dauerte ca. 20 Minuten und das längste Gespräch ca. 90 Minuten. Die Dauer der Gespräche hat ausgereicht, um das komplexe Thema einer Diskursanalyse zum demografischen Wandel in gebührendem Umfang zu behandeln und zu fundierten Erkenntnissen zu gelangen.
- Geschlechterverhältnis: Unter den Gesprächspartnern nehmen Männer einen Anteil von rd. 66 % (37 Gesprächspartner) und Frauen einen Anteil von rd. 34 % (19 Gesprächspartner) ein. Durch die Erfassung des Geschlechts der Gesprächspartner sollen mögliche geschlechtsspezifische Argumentationsmuster sichtbar werden. Obwohl das Kinderkriegen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Gesellschaft eher als Thema der Frauen verortet bzw. verstanden werden, bedingen leitende berufliche Positionen einen höheren Männeranteil unter den Gesprächspartnern.
- Lebensalter: Das Alter des jüngsten und ältesten Gesprächspartners zum Zeitpunkt der Erhebung betrug 32 bzw. 82 Jahre. Das Durchschnittsalter der Gesprächspartner betrug rd. 55 Jahre. Auf die Altersgruppe der unter 40-Jährigen entfallen sechs Gesprächspartner (rd. 11 %) und auf die Altersgruppe der über 60-Jährigen siebzehn Gesprächspartner (rd. 33 %). Die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen bildet mit rd. 56 % den größten Anteil. Die altersstrukturelle Zusammensetzung der Gesprächspartner soll mögliche altersspezifische Argumentationsmuster sichtbar machen.
- Kinder: Der Anteil der Eltern unter den Gesprächspartnern zum Zeitpunkt der Erhebung betrug 75 % und der Anteil der Kinderlosen 25 %. Die durchschnittliche Kinderzahl je Gesprächspartner betrug 1,85 Kinder. Die höchste Kinderzahl eines Ge-

sprächspartners war sechs. Die Differenzierung der Gesprächspartner nach Eltern und Kinderlosen soll zeigen, ob sich die von ihnen vorgetragenen Argumentationen voneinander unterscheiden. Die Altersverteilung der Gesprächspartner deutet bereits auf eine Besonderheit des demografiepolitischen Diskurses hin, die darin besteht, dass dieser von Argumentationen, Auffassungen und Meinungen dominiert wird, die von Akteuren eines höheren Lebensalters und damit auch eines in der Nachkriegszeit besonders geprägten Erfahrungshorizontes stammen. Den soziokulturellen Praktiken dieser gesellschaftlichen Epoche entsprechend, sind die Gesprächspartner mehrheitlich selbst Eltern.

Zu weiteren dreizehn vorgesehenen Gesprächspartnern, mit denen aus unterschiedlichen Gründen kein Gespräch zustande kam, konnte dennoch der Kontakt hergestellt und eine schriftliche Thematisierung bzw. Beantwortung von einzelnen oder mehreren Themen bzw. Fragestellungen der vorliegenden Arbeit vereinbart werden. Eine namentliche Auflistung dieser Kontakte in alphabetischer Reihenfolge mit ihren jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkten ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Tab. 2: Schriftlich Befragte und ihre jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkte

Schriftlich Befragte	Tätigkeiten
Dienel, Christiane	Präsidentin der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim / Holzminden / Göttingen, Sprecherin der niedersächsischen Fachhochschulen, ehem. Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
Fuchs, Johann	Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Prognosen und Strukturanalysen, Arbeitsgebiet „Analyse und längerfristige Vorausschätzung des Arbeitsangebots (Erwerbspersonenpotential)“ sowie „Schätzung der Stillen Reserve“, am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
Gans, Paul	Professor in der Abteilung Volkswirtschaftslehre am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie mit dem Forschungsschwerpunkt in Bevölkerungs- und Stadtforschung, Mitglied im Lenkungsausschuss „Demographischer Wandel der Metropolregion Rhein-Neckar“, ehem. Kuratoriumsmitglied des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, ehem. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Grohmann, Heinz	Ehem. Professor für Statistik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, ehem. Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft, ehem. Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung beim Statistischen Bundesamt, ehem. Kuratoriumsmitglied des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
Krüger, Roland	Ehem. Leiter des Generali Zukunftsfonds bei der Generali Deutschland Holding AG
Krüger-Potratz, Marianne	Ehem. Professorin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Forschungsschwerpunkte auf interkulturelle Bildung, Integrationspolitik und Migration
Lehr, Ursula	Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e. V., Bundesministerin a. D. für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, ehem. Leitung des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg, ehem. Professorin für Pädagogik und Pädagogische Psychologie an der Universität zu Köln, für Psychologie an der Universität Bonn und für Gerontologie an der Universität Heidelberg, ehem. stellv. Vorsitzende der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages, ehem. Mitglied und Wissenschaftlicher Beirat der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“, ehem. akademische Direktorin des Deutschen Zentrums für Altersfragen, ehem. Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie
Metz-Göckel, Sigrid	Ehem. Professorin am Zentrum für Hochschulbildung der Technischen Universität Dortmund, ehem. Aufbaubeauftragte und Leiterin des Hochschuldidaktischen Zentrums der Universität Dortmund und wissenschaftliche Leiterin der Frauenstudien, Gründerin der Stiftung „Aufmüpfige Frauen“, ehem. Vorsitzende der Kommission zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an Baden-Württembergischen Hochschulen, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes

Rößner, Tabea	Sprecherin für Medienpolitik und Demografie der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, ständiges Ausschussmitglied für Kultur und Medien, Obfrau im Unterausschuss Neue Medien sowie stellv. Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ehem. Landesvorstandssprecherin des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz, ehem. Vorstandsmitglied des Verbandes allein erziehender Mütter und Väter (VAMV)
Schmid, Josef	Ehem. Professor am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Schmidt, Uwe	Leiter des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung und der Geschäftsstelle des Hochschulevaluierungsverbundes an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte in Hochschul- und Evaluationsforschung sowie Familiensoziologie und soziologische Theorie
Sittler, Loring	Leiter des Generali Zukunftsfonds bei der Generali Deutschland Holding AG, ehem. Geschäftsführer beim Fortbildungswerk für Studenten und Schüler e. V., Bonn, ehem. Verwaltungsleiter beim Bundesverband privater Altenheime, Gründungsmitglied des Vereins zur Förderung politischen Handelns e. V., Gründungsvorsitzender des e. V. „Jugend streitet“ und Initiator des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“, Träger des Bundesverdienstkreuzes
Voß, Heinz-Jürgen	Professor am Institut für Angewandte Sexualwissenschaft im Fachbereich „Soziale Arbeit, Medien, Kultur“ an der Hochschule Merseburg

2.3.2 Kurzauswertung der Befragung

Nachfolgend werden die wesentlichen Erkenntnisse wiedergegeben, die aus der leitfadensorientierten und schriftlichen Befragung gewonnen wurden. Es werden die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Positionen der drei betrachteten Akteursgruppen (Wissenschaft, Politik und Publizistik) herausgearbeitet. Dabei wird differenziert zwischen grundsätzlichen Unterschieden der Positionen dieser Gruppen und unterschiedlichen Gewichtungen der Positionen bzw. Auffassungen, die innerhalb der einzelnen Gruppen bestehen.

Akteursübergreifend werden im demografiapolitischen Diskurs zum Umgang mit dem demografischen Wandel zwei Zielsetzungen diskutiert: Es sollen Ideale gesetzt und Stabilitätsvor-

stellungen verwirklicht werden. Diese seien jedoch veraltet, um den Wandel als einen Veränderungsprozess zu gestalten, der auch eine mentalitätsbezogene Änderung der Einstellung und Erwartungshaltungen in einer Gesellschaft erfordere. Die Stabilitätsbemühungen lassen sich aus dem Theorie-Verständnis des demografischen Übergangs, der einen Wandel beschreibt, herleiten. Es existieren unter den Gesprächspartnern unterschiedliche Bedeutungen, was unter Stabilisierungsbestrebungen der Politik im Umgang mit dem demografischen Wandel zu verstehen ist. Ein Teil der Gesprächspartner weist die Stabilisierung demografischer Kennziffern als absolute *Zielgröße* aus. Ein anderer Teil identifiziert eine Stabilisierung der durch die demografische Entwicklung herbeigeführten unerwünschten Gesellschaftsentwicklungen als *Rahmenbedingung* der Folgenbewältigung. Ein dritter Teil fokussiert eine Stabilisierung der von demografischen Kennziffern ableitbaren relativen Größen und Strukturen als *Faktoren*.

Im demografiepolitischen Diskurs überprüfen die betrachteten Akteure Erwartungshaltungen und Zielsetzungen anhand von Erfahrungen, die in der Vergangenheit infolge der ideologischen Belastung der Bevölkerungswissenschaft gemacht wurden. Die Ideale im Bereich der Demografie bzw. Bevölkerungsentwicklung werden daher immer noch durch das Verhältnis von Biologismen und biologischer Reproduktion bestimmt. Ziel sei es, neue Altersbilder und Vorstellungen zu vermitteln, die gegen Biologismen angingen. Welcher Beurteilungsmaßstab herangezogen wird, um verlässlich zu ermitteln, wann eine Bevölkerungsentwicklung als ideal gilt, muss unter dem Aspekt untersucht werden, für wen eine bestimmte demografische Entwicklung als ideal bzw. optimal angesehen wird. Von den Gesprächspartnern werden übereinstimmend vor allem die *Individuen*, der *Staat* und das *System* der sozialen Sicherung benannt, die zur Beurteilung herangezogen werden.

Mit dieser Zuordnung ist zugleich die Rolle bzw. Bedeutung von Nachwuchs bzw. eines Menschenlebens angesprochen. Es wird Nachwuchs in der Rolle als Wähler, als Humanvermögen bzw. Arbeitskraft und Produktionsfaktor, als Konsument, als Beitragszahler und Leistungsempfänger betrachtet. Die Politik adressiert diese *Rollenbilder*, indem die betreffenden Bevölkerungsgruppen über gemeinsame demografische Merkmale als Generation angesprochen werden. Der Rollenbezug führt dazu, dass in der Demografiepolitik mit verschiedenen *Zielgruppen* gearbeitet wird, die mit dafür jeweils entwickelten Handlungsansätzen, -instrumenten und -zielen erreicht werden sollen. Hier schließt sich wieder der Kreis der Argumentation der Gesprächspartner und führt zum Ausgangspunkt der Bestimmung von Zielsetzungen im Umgang mit dem demografischen Wandel in der Politik zurück.

Der demografiepolitische Diskurs ist ein Meinungsdiskurs. Er geht maßgeblich von der *Politik* aus und wird durch diese *rhetorisch* gestaltet. Erkenntnisse aus der *Wissenschaft* werden

selektiv herangezogen, um mit dem Argument Demografie Handlungsnotwendigkeiten zu begründen und zu verhandeln. Die Selektivität besteht darin, dass die demografische Entwicklung auf eine Weise instrumentalisiert wird, damit sie der eigenen Argumentation, den bestehenden Überzeugungen und durchzusetzenden Interessen dient. Über die *Medien* wird die Öffentlichkeit bzw. Bevölkerung erreicht und für Handlungsnotwendigkeiten sensibilisiert, die mit der Demografie begründet werden. Dabei wird der demografische Wandel als Argument *manipulativ* eingesetzt, um eine individuelle Betroffenheit auszulösen. Emotionen werden geweckt und Ängste geschürt.

Der *Meinungsdiskurs* ist dadurch gekennzeichnet, dass sich Meinungen durchsetzen, die nicht wissenschaftlich belegbar sind, und diese zu Handlungen führen, die nicht hinterfragt werden. Die befragten Akteure bemühen häufig populistische und überzeichnende Darstellungen im Diskurs zum demografischen Wandel. Der demografiepolitische Diskurs besitzt einen wissenschaftlich belegbaren, objektiven Kern und eine meinungsbildende, subjektive Hülle. Wie von dem Großteil der Gesprächspartner erklärt und auch von der vorliegenden Arbeit beansprucht, geht es nicht darum, Kausalitäten und mögliche Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen grundsätzlich infrage zu stellen. Es soll vielmehr dargelegt werden, wie durch den Umgang mit Demografie in der Gesellschaft der Eindruck erweckt wird, die Demografie sei der Ausgangspunkt und das zentrale Beurteilungskriterium, und dadurch der Demografie eine Bedeutung zugeschrieben wird, die als Ursache aller Gesellschaftsprobleme gehandelt wird. Beschreibende wie erklärende Theorien des demografischen Wandels haben dazu geführt, dass die Demografie selbst zur Erklärung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse genutzt wird. Stattdessen müssten gesellschaftliche Entwicklungen zur Erklärung der demografischen Veränderungen genutzt werden. Dies brächte mit sich, eine Behandlung der Ursachen von demografischen Veränderungen gegenüber der Bewältigung der Folgen, die sich für die Gesellschaft aus der demografischen Entwicklung ergäben, vorzuziehen. Dieses Verständnis ist am ehesten unter Akteuren aus der Wissenschaft, vereinzelt auch in der Politik gegeben.

Die Bereitschaft unter den befragten Gesprächspartnern, die der Politik zuzuordnen sind, eine maßlose *Instrumentalisierung* der demografischen Entwicklung anzuerkennen, ist naturgemäß und grundsätzlich nicht gegeben, weil die breite gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel politisches Handeln legitimiert. Interessen von Lobbyisten und die Gunst der Wähler spielen eine besondere Rolle. Unter den befragten Gesprächspartnern aus der Wissenschaft wird eine solche Instrumentalisierung in Ansätzen am ehesten in

den Bereichen der sozialen Sicherung und der Auseinandersetzung mit den räumlichen Auswirkungen demografischer Veränderungen vermutet.

Eine akteursbezogene Argumentation ist grundsätzlich nicht auszumachen. Die *Gelegenheitsdemografie* durchzieht alle betrachteten Akteursgruppen. In Wissenschaft, Politik und Publizistik werden die gleichen Argumente vorgetragen. Die Debatten kreisen häufig um die gleichen Zukunftsthemen der Gesellschaft, die mit dem demografischen Wandel und seiner Bewältigung verbunden werden. Unterschiede zwischen den einzelnen Akteuren ergeben sich allerdings in Hinblick auf ihre *Funktion*, die sie im demografiepolitischen Diskurs ausüben, um das Thema Demografie hochzuhalten und zu einer vereinseitigenden dramatisierten Darstellung beizutragen, welche insbesondere die Risiken und Herausforderungen in den Blick nimmt. In gleicher Weise und über die selben funktionalen Stellungen der Akteure im Diskurs werden von der Politik und Wissenschaft *Strömungen* eingebracht, die ein positives Licht auf demografische Veränderungen werfen. Beide Strömungen vermischen sich im Diskurs und schlagen sich in einem ambivalenten Altersbild nieder, das vermehrt Potentiale und Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Während aber die befragte Wissenschaft mehrheitlich um eine Positivdarstellung des demografischen Wandels und der damit verbundenen Auswirkungen für die Gesellschaft bemüht ist, machen sich die befragten Politiker sowohl die diskutierten Chancen als auch die erwarteten Risiken für ihr Handeln zunutze. Die befragten Akteure, die vor allem oder ausschließlich publizistisch tätig sind, räumen hingegen ein, notwendigerweise, branchenbedingt vereinseitigend negativ über den demografischen Wandel zu berichten. *Aufmerksamkeit* mit Negativschlagzeilen zu erzeugen ist für die *Publizistik* in der Berichterstattung über den demografischen Wandel kennzeichnend. Die *Wissenschaft* sollte zwar von einer *Pluralität* geleitet sein, agiere im demografiepolitischen Diskurs aber zunehmend normativ, stellen die Befragten aus der Wissenschaft fest. Sie bezieht Positionen, die weniger auf belastbare Erkenntnisse und mehr auf Überzeugungen beruhen. Die *Politik* wird von Erwägungen, das eigene Ansehen bzw. einen guten Ruf zu wahren, dominiert. Die sog. *political correctness* lässt keine offene Diskussionskultur zu und setzt der Ausrichtung des demografiepolitischen Diskurses häufig Grenzen. Diese Zwänge, von denen die Gesprächspartner aller Akteursgruppen berichten, sorgen für zwei Einschränkungen: Zum einen sorgen sie dafür, dass die Diskurskonjunktur aufrechterhalten wird und der demografische Wandel als Gesellschaftsaufgabe präsent bleibt. Zum anderen beschränken sie den Raum für eine kritische Reflexion des Umgangs mit den demografischen Veränderungen in Wissenschaft, Politik und Publizistik.

Eine altersspezifische Argumentation der Gesprächspartner ist akteursübergreifend nicht direkt gegeben. Wird über Möglichkeiten und Grenzen des Alters diskutiert, zeigt sich keine Abhängigkeit vom Lebensalter. Werden jedoch die alternden Babyboomer¹ als politische Entscheidungsträger betrachtet, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Jene Bevölkerungsgruppe ist darin bestrebt, die Möglichkeiten des Alters in besonderer Weise aufzuzeigen, und wirbt um die Unterstützung, Integration und Qualifizierung der nachwachsenden Generationen.

Eine geschlechtsspezifische Argumentation unter den Gesprächspartnern ist akteursübergreifend gegeben. Diese äußert sich in den gesetzten Schwerpunkten der vorzugsweise behandelten Themen und Aspekte im demografiepolitischen Diskurs. So spiegeln die befragten Frauen das bestehende allgemeine Rollenbild der Frau in der Gesellschaft an dem der Mutter. Eine solche Feminisierung des demografischen Wandels ist stärker für befragte Akteure aus der Wissenschaft gegeben. In Politik sind zwar weibliche Gesprächspartner für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker sensibilisiert. Dennoch werden von ihnen in der Befassung mit dem Vereinbarkeitsaspekt zunehmend auch Rollenbilder des Mannes berücksichtigt und hinterfragt. Eine stärkere Einbeziehung des männlichen Geschlechts in die Thematisierung von demografischen Veränderungen findet sich nicht in der Publizistik wider, deren Akteure befragt wurden.

Die Argumentationen von Eltern und Kinderlosen unterscheiden sich nicht voneinander. Selbst Kinder zu haben oder nicht, ist beispielsweise keine Voraussetzung dafür, stärker oder weniger für eine sozialpolitische Behandlung dieser und ihrer Eltern in den Sozialsystemen sensibilisiert zu sein oder einzutreten. In der Debatte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dominieren wirtschaftliche Ziele und Erfordernisse des Arbeitsmarktes, die vordergründig mit familien- und sozialpolitischen Erwägungen zur Unterstützung von Familien bei der Realisierung vorhandener Kinderwünsche begründet werden. Es entsteht der Eindruck, dass unabhängig von der Einstellung zu Kindern und unabhängig davon, ob diese Bestandteil des selbstgewählten Lebensentwurfes sein sollten, Kinder im Grundsatz nicht wünschenswert für das eigene Familien- und Lebensglück, sondern arbeitsmarkt- und sozialpolitisch geboten sind, um eine solidarische Finanzierung der staatlichen Sozialsysteme sicherzustellen.

Kinderwünsche stellen den zentralen Aspekt der Argumentationen unter Akteuren in Wissenschaft, Politik und Publizistik dar. Es wird darauf verwiesen, dass die Kinderwünsche größer als die realisierten Kinderzahlen seien. Es bedürfe geeigneter Strukturen zur Erleichterung der Realisierung der unerfüllten Kinderwünsche. Die Familienpolitik setze sich daher das Ziel, diese größte Gruppe nicht beabsichtigt kinderlos gebliebener Menschen, in deren Lebenspla-

¹ Mit Babyboomern wird allgemein die Bevölkerungsgruppe bzw. Generation bezeichnet, die im Nachkriegsdeutschland zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1960er Jahre geboren wurde.

nung Kinder vorgesehen würden, aber nicht realisiert werden könnten, zu unterstützen. Es wird auf strukturelle Rahmenbedingungen verwiesen, die auf den Kinderwunsch einwirkten. Verwiesen wird auf Ergebnisse von Befragungen unter der Bevölkerung, die zeigten, dass mit zunehmendem Alter der Kinderwunsch abnehme und dies für Strukturen in der Gesellschaft spreche, die dessen Realisierung zunehmend entgegen stünden. Dies legt nahe, dass Kinderwünsche gesellschaftlich und politisch beeinflusst werden. Vom Wunsch auf Strukturen in der Gesellschaft zu schließen, wie es die befragten Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik machen, greift zu kurz. Die eigene Einstellung zu Kindern von der Wirkung der Strukturen zu trennen ist nötig, um sichere Kenntnis darüber zu erlangen, wie Kinderwünsche zustande kommen. Die befragten Akteure sprechen sich zwar mehrheitlich für den psychologischen, emotionalen Nutzen von Nachwuchs aus, was die Annahme der Natürlichkeit von Kinderwünschen stützt. In der Betrachtung der Gesellschaft und ihrer staatlich organisierten Sozialsysteme wird jedoch mittelbar auf den rationalen, fiskalischen Nutzen verwiesen. Dies spricht für einen gesellschaftlich erzeugten Kinderwunsch. Erkennbar wird, dass sich Kinderwünsche den jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen. In dem Maße wie der Kinderwunsch als zentraler Aspekt verhandelt wird, bezweckt die Demografiepolitik eine tragfähige Finanzierung des Solidarwesens und damit die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates. Die befragten Akteure aus der Politik sorgen somit selbst für eine Planbarkeit der Realisierung von Kinderwünschen. Auf diese Weise werden Kinderwünsche rational. Von der beteuerten Natürlichkeit der Kinderwunsch-Argumentation verbleibt nicht viel an glaubwürdiger Substanz.

Auffällig ist, dass Gesprächspartner, die aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung, wissenschaftlichen Expertise oder ihres politischen Werdegangs über eine fundierte Kenntnis der formalen Demografie verfügen, stärker eine Ursachenbehandlung im Umgang mit dem demografischen Wandel einfordern. Dennoch finden sich Gelegenheitsdemografen auch unter den befragten Wissenschaftlern, die aus einer anderen Wissenschaftsdisziplin heraus als die Bevölkerungswissenschaft demografische Fragestellungen untersuchen. Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik sorgen heute gleichermaßen für eine Konjunktur von demografischen Veränderungen im politischen Diskurs, wenngleich in der anfänglichen Auseinandersetzung mit den sich angekündigten demografischen Veränderungen die Wissenschaft zu sensibilisieren versuchte, aber politisch kein Gehör fand.

Eine fehlende kritische Reflexion der Argumentationen, die gesellschaftliche Entwicklungen mit demografischen Veränderungen selbstredend in einen kausalen Zusammenhang setzen, auch wenn dieser nur auf Vermutungen und Annahmen basiert, ist für alle betrachteten Ak-

teursgruppen auszumachen. Im demografiepolitischen Diskurs ist Wissenschaft kein Garant (mehr) dafür, dass demografische Veränderungen durch die Politik objektiv betrachtet werden. Offensichtlich besitzt die Wissenschaft wenige Einflussmöglichkeiten. Demgegenüber nimmt die Politik massiv Einfluss auf Forschungsgegenstände, -inhalte und -ergebnisse der Wissenschaft.

Unabhängig vom Alter, Geschlecht und von der Akteursgruppe werden von den Gesprächspartnern im demografiepolitischen Diskurs schwerpunktmäßig die demografische Alterung und die Folgen des demografischen Wandels für die Gesellschaft thematisiert. Selbst Betrachtungen zur Familienpolitik und zum Vereinbarkeitsaspekt von Familie und Beruf werden häufig im Kontext des Alterungsprozesses in der Gesellschaft diskutiert. Die Ursachen der Geburtenabnahme sowie Handlungsansätze, die für mehr Nachwuchs sorgen könnten, gehen in diese Betrachtungen zwar ein. Allerdings werden diese nur als Umstände und Randbedingungen einer unaufhaltsamen demografischen Alterung unausgewogen und distanziert behandelt. Die Gesprächspartner erheben akteursübergreifend den Anspruch, dass die Folgen des demografischen Wandels gemildert werden könnten. Ein kleiner Teil der Gesprächspartner ist darüber hinaus davon überzeugt, dass die Konsequenzen gar verhindert werden könnten. Der Folgenbewältigung liegt der Gedanke zugrunde, die abnehmende quantitative Kraft der Bevölkerungszahl durch eine verbesserte Qualifizierung der verbleibenden Bevölkerung zu kompensieren. Diesen Auffassungen zufolge sei die Demografie ein wesentlicher Faktor, der auf gesellschaftliche Entwicklungen einwirke und Probleme erzeuge. Aus der Wirkung der demografischen Veränderungen, problematische Entwicklungen in der Gesellschaft sichtbar zu machen und diese zu verstärken, wird auf eine Kausalität geschlossen. Der *Faktor* unter vielen wird damit zur primären *Ursache*. Auf diese Weise wird von den befragten Akteuren versucht, die gesellschaftliche Komplexität zu reduzieren.

Dahinter steht der Gedanke, einen verständlichen *Erklärungszugang* zu den großen gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart und Zukunft zu liefern. Dieser wird durch *Wirtschaftlichkeitsargumente* glaubhaft und nachvollziehbar – die Ökonomisierung und Fiskalisierung des demografischen Wandels zeugen davon. Indem die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Gesellschaften, die sich Wachstumsideologien verschrieben haben, an der demografischen Entwicklung festgemacht werden, wird durch die *Demografisierung* politisches Handeln *legitimiert*. Die interdisziplinäre Betrachtung des demografischen Wandels zur Analyse, Beschreibung und Erklärung von gesellschaftlichen Veränderungen übersteigt dabei das Erklärungsvermögen der Bevölkerungswissenschaft. An ihre Stelle tritt eine angewandte demografische Wissenschaft. Sie prägt den demografiepolitischen Diskurs und liefert plausible

Argumente, die von den befragten Akteuren insbesondere aus der Politik aufgegriffen werden. Eine kritische Betrachtung wird zudem verhindert, indem sowohl die demografische Entwicklung an sich als auch der gesellschaftliche Kontext, innerhalb der sie sich vollzieht, als beispiellos und ohne Vorbild verhandelt werden. Die Einzigartigkeit der demografischen Entwicklung hierzulande macht die Vergleiche, die mit anderen europäischen Ländern angestellt werden, fragwürdig.

Prognosen zur künftigen demografischen Entwicklung spielen im demografiepolitischen Diskurs eine wichtige Rolle. Die befragten Akteure, die der Wissenschaft zuzuordnen sind, hinterfragen die Prognosefähigkeit der Demografie, aus der vorausgerechneten Bevölkerungsentwicklung sogleich Folgen für die Gesellschaft abzuleiten und zu deuten, mehr als die befragten Akteure aus der Politik. Letztere nutzen demografische Prognosen als Argumente zur Begründung und Rechtfertigung von politischen Handlungen, die eigentlich aus gesellschaftlichen Entwicklungen ohne Einfluss der Demografie erwogen werden. Im demografiepolitischen Diskurs wird unter den befragten Gesprächspartnern folgendes Argumentationsmuster sichtbar: Die durch Prognosen vermittelte Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung schafft eine fatalistische Haltung gegenüber der Bevölkerungsentwicklung, die von Emotionen, Ängsten und Zwängen bestimmt wird. Anpassungsmaßnahmen zur Gestaltung der absehbaren Folgen des demografischen Wandels für die Gesellschaft werden unter Verweis auf die damit verbundenen Risiken befürwortet. Auf diese Weise, aber auch dadurch, dass zunehmend Chancen und konstruktive Gestaltungsmöglichkeiten gesehen werden, um die Folgen von demografischen Veränderungen zu bewältigen, wird Akzeptanz für ein an der demografischen Entwicklung orientiertes Handlungs- bzw. Forschungsprofil in der Politik bzw. Wissenschaft geschaffen. Die große öffentliche Aufmerksamkeit und hohe Sensibilität für demografische Fragestellungen befördert eine Instrumentalisierung, die darin besteht, problematische gesellschaftliche Entwicklungen selbstredend und über jeden Zweifel erhaben in demografischen Veränderungen kausal zu verorten. Dies schafft ein Diskursklima, in dem die Überzeugung von der Unbeeinflussbarkeit, vom Anpassungszwang und von der fatalistischen Haltung ständig Bestätigung findet. Ursache- und Wirkungszusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen werden nicht infrage gestellt. Eine weitere Instrumentalisierung der Bevölkerungsentwicklung wird dadurch ermöglicht.

Die Folgenbewältigung demografischer Veränderungen wird durch die Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik vor allem in einer sozialpolitischen Dimension diskutiert: Die Sozialsysteme gewährten einerseits rechtliche Ansprüche und Garantien für ihre Leistungs-

empfänger. Andererseits forderten sie, die Verpflichtungen zur Leistungserbringung einzuhalten. Damit dieses wechselseitige System des Gebens und Nehmens in der sozialen Sicherung funktioniere, sei das quantitative Verhältnis aus Beitragszahlern und Leistungsempfängern entscheidend. Dieses Verhältnis beruht letztlich auf dem freiwilligen generativen Verhalten der Menschen, ohne dass bestimmte Reproduktionsniveaus angenommen oder vorgegeben werden könnten. Der Staat spekuliert auf Kinderwünsche, die vorhanden seien und – wenn dem nichts im Wege stehe – von den Menschen auch realisiert würden. Das individuelle generative Verhalten, das als Freiheitsrecht geschützt ist und sich einer staatlichen Einflussnahme entziehe, bildet durch den Kopfbzahlbezug sowie die fertilitäts- und kindbezogene Ausgestaltung dennoch das zentrale Konstruktionselement der Sozialsysteme.

Das heißt, dass nicht die demografische Entwicklung an sich für die Sozialsysteme problematisch sein kann. Es ist vielmehr der Konstruktionsgedanke. Die Familienpolitik versucht diese Abhängigkeit zu verteidigen: Die Realisierung von vorhandenen Kinderwünschen solle erleichtert werden. Es sollen Anreize generiert werden, welche die Lebensbedingungen für Familie verbesserten. Auf diese Weise sollen auch die Sozialsysteme wieder finanziell stabilisiert werden. Dadurch wird zugleich deutlich, dass familienpolitische Maßnahmen in ihrer Wirkung auf eine Steigerung der Kinderzahl und damit auch der Geburten abzielen, weil die quantitativen Stabilitätskriterien für das Funktionieren der Sozialsysteme bedient werden. Dies bleibt im Diskurs unbeachtet. In der sozialpolitischen Dimension dient die Familienpolitik der Generierung von Geburten und müsste daher eigentlich als pronatalistisch gelten. Auch hieran zeigt sich, wie sich die Politik eine rhetorische Argumentation mit Demografie zunutze macht, um Handlungsbereitschaft zu schaffen.

Das bedeutet, dass insgeheim in die Familienpolitik Erwartungen gesetzt werden, die sie nicht erfüllen kann und aufgrund ihrer Zielsetzungen auch nicht beansprucht, erfüllen zu wollen. Familienpolitik ziele nicht auf die Stabilisierung von demografischen Indikatoren – sie verfolge gesellschaftliche Zielsetzungen. Die Familienpolitik wird mit diesem Anspruch heute im demografiepolitischen Diskurs zur Demografiepolitik entwickelt. Hinter diesem Terminus verbirgt sich eine Familienpolitik mit gesellschaftlichen Zielsetzungen. Damit ist die Erwartungshaltung eine andere als die Zielsetzung, ohne dass dies im Diskurs hinreichend deutlich kommuniziert wird. Eine Beeinflussbarkeit des Geburtenverhaltens und damit der Geburtenrate ist gegeben.

2.4 Beteiligung an Veranstaltungen

In diesem Kapitel werden Eindrücke und Bewertungen aus der Teilnahme an Veranstaltungen, die sich mit dem demografischen Wandel beschäftigen, wiedergegeben. Es wird dargelegt, mit welchem Ziel die Teilnahme an Veranstaltungen erfolgte, an welchen Veranstaltungen teilgenommen wurde und welche Erkenntnisse aus den Veranstaltungen gewonnen werden konnten. Zudem wird darauf hingewiesen, wie die Erkenntnisse bei der Auswertung der Gespräche aus der Befragung verwertet wurden. Es werden drei Veranstaltungen hinsichtlich Anlass und Ziel beschrieben. Für jede Veranstaltung werden die im Hinblick auf die Beantwortung der Forschungsfragen bzw. Verifizierung der gebildeten Thesen und Hypothesen relevanten Erkenntnisse, Eindrücke und Beobachtungen dargestellt und einer Kurzbewertung unterzogen. Die Betrachtungen im Kapitel werden mit einer für alle besuchten Veranstaltungen zutreffenden Einschätzung abgeschlossen.

- Die Fachtagung „Antworten auf den demografischen Wandel – Möglichkeiten politisch-sozialer Gestaltung“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 6. Juli 2012 in München verfolgte das Ziel, „die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels systematisch darzulegen und die Möglichkeiten politisch-sozialer Gestaltung aufzuzeigen“¹. Akteure aus Wissenschaft und Politik diskutierten das demografiepolitische Handeln auf Bundes- und Landesebene und rückten dabei die Demografiestrategie der Bundesregierung sowie die demografische Zukunftsstrategie des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in den Mittelpunkt der Betrachtungen.

Dem Anspruch der Diskussion konnte die Fachtagung gerecht werden, das eigentliche Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Unausgesprochen geblieben ist, dass strategische Überlegungen zur Gestaltung des demografischen Wandels hinreichend konkreter Ziele bedürfen, die evaluiert werden können, bevor eine Wirksamkeit politischen Handelns überhaupt sinnvoll in den Blick genommen werden kann. Diese Ziele sind in Teilziele zu untergliedern und mit Maßnahmen zur Zielerreichung zu untersetzen. Meilensteine sind zu formulieren. Die bloße Benennung von Handlungsfeldern und einer Strategie greift zu kurz; vage formulierte Ziele können für jede Gesellschaft erstrebenswert sein, ohne dass eine konkrete demografisch bedingte Problemlage vorliegt. Konkrete demografiepolitische Zielsetzungen setzen voraus, dass eine Trennung von demografisch relevanten Entwicklungen *für* die Gesellschaft und eine mit Demografie angereicherte Perspektive *auf* die Gesellschaft herbeizuführen ist. Demgegen-

¹ Aus dem Programm der Fachtagung entnommen.

über werden familienpolitische Maßnahmen nicht alleine aufgrund der Entwicklung der Geburtenrate als erforderlich erachtet – dennoch wird gleichzeitig der Effekt politischen Handelns an demografischen Kennziffern festgemacht. Familienpolitische Regimetyper werden mit demografischen Regimetyper, in Gestalt der Geburtenrate, assoziiert und korreliert. Bezogen auf den Anspruch der Tagung, der sich im Tagungstitel zeigt, wird daher versucht, politische Antworten auf eine von Akteuren in der Gesellschaft nur vage formulierte Frage zu geben. Unklar ist, ob eine Beeinflussung der Entwicklung von demografischen Kennziffern angestrebt wird oder die Probleme in den durch demografische Veränderungen inkompatibel gewordenen Gesellschaftssystemen kuriert werden sollen. Voraussetzung für die Evaluierung politischen Handelns ist die Klärung dieser Frage. Daher wird eine Demografiestrategie, die keine hinreichend konkrete Zielorientierung vornimmt, wenig erfolgversprechend und im Hinblick auf politisches Handeln auch nicht gesellschaftlich wirksam sein können. Schließlich stellt eine Demografiestrategie keine echte Strategie dar – sie kann lediglich Dach bzw. disziplinübergreifende Klammer von sektoral angelegten Ressortpolitiken sein und sollte in dieser Eigenschaft nicht dazu führen, Gesellschaftsbereiche mit einer demografischen Perspektive anzureichern.

Die oben dargelegten Einschätzungen werden im weiteren Verlauf der Arbeit bei Betrachtungen zur Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung herangezogen. Es wird untersucht, welche Erwartungen an politisches Handeln im Umgang mit dem demografischen Wandel gestellt werden und wie es um die Wirksamkeit politischen Handelns und dessen Evaluierung bestellt ist. Die Diskussion dieser Aspekte liefert Erkenntnisse, um sich der Frage anzunähern, inwieweit die demografische Entwicklung naturgegeben oder Ausdruck der soziokulturellen Praktiken ist, die durch die politische Ausgestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt werden.

- Das Forum des Bundesinnenministeriums und der Deutschen Gesellschaft für Demografie zur „Demografie-Strategie der Bundesregierung in der Diskussion“ am 11. Oktober 2012 in Berlin diente der Diskussion der vorgelegten Demografiestrategie. Anhand der Beiträge der geladenen Diskutanten ist zu konstatieren, dass die Demografiestrategie der Bundesregierung aus der Diskurskonjunktur entstanden ist. Sie rückt demografische Veränderungen als Maßstab für politisches Handeln in den Mittelpunkt und meint eine stärkere Koordinierung für ein abgestimmtes zuständigkeits- und ressortübergreifendes Handeln in der Politik. Die Demografiestrategie nimmt insbesondere Familien als idealisierten Kern der Gesellschaft und demgemäß institutionelle

und monetäre Fertilitätsanreize in den Blick, ohne einen kulturellen Paradigmenwechsel bzw. einen Wandel von Leitbildern des politischen Handelns zu diskutieren. Strategische Überlegungen werden auf die Kinderwunsch¹-Argumentation reduziert und die Betrachtung von kinder- oder familienfreundlichen Lebensbedingungen auf finanzielle Aspekte und Zeitaspekte sowie institutionalisierte Unterstützungsangebote im Rahmen des Vereinbarkeitsparadigmas von Familie und Beruf zur Realisierung von Kinderwünschen verkürzt.

Die Demografiestrategie ist bislang nicht mehr als eine Mobilisierungsstrategie zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Diskurskonjunktur für die Zukunft und zur Gewährleistung der Legitimation von demografiepolitischem Handeln. Die thematische Breite der Strategie, für nahezu jeden Gesellschaftsbereich Implikationen zu vermuten, die anzunehmende Folgen von demografischen Veränderungen sind bzw. in einen Ursache- und Wirkungszusammenhang mit den demografischen Veränderungen gedeutet werden, geht zu Lasten der Konkretheit: Visionäre, vage gesellschaftspolitische Ziele dominieren; konkrete, messbare Zielsetzungen fehlen hingegen weitgehend. Die Perspektive demografiepolitischen Handelns wird dabei durch eine Folgenbewältigung bestimmt. Die Anpassung von Gesellschafts- resp. Sozialsystemen sowie von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge an veränderte demografische Verhältnisse steht im Vordergrund. Eine Korrektivfunktion im Sinne einer Ursachenbehandlung werde nicht bedacht.²

Aus den Einschätzungen ergibt sich die Konsequenz, dass das Zustandekommen der Diskurskonjunktur einer genauen Betrachtung zu unterziehen ist. Die Argumentation mit Kinderwünschen soll auf ihren Realitätsgehalt überprüft werden. Zudem ist zu analysieren, inwieweit Lebensformen zur finanziellen Stabilisierung der Gesellschaftssysteme idealisiert werden, um diese zukunftsfähig zu erhalten, und idealisierte Lebensformen Ausdruck eines politischen Konservatismus sind. Eine um Konservatismus bemühte Politik nutzt demografische Bestandserhaltungsniveaus, welche demografische Kennziffern mit Lebensformen verknüpfen. Gleichzeitig distanziert sich die Politik von einer Einflussnahme auf die demografische Entwicklung, Kinderwünsche und das reproduktive Verhalten. Dieser Widerspruch ist im Folgenden zu untersuchen. Dabei soll der Zusammenhang zu den Implikationen des demografischen Wandels hergestellt werden. Die Deutungsangebote und Interpretationsmöglichkeiten,

¹ Dem Begriff Kinderwunsch wird das in Wissenschaft und Politik vorherrschende, in der Gesellschaft verbreitete und unter der Bevölkerung geläufige Verständnis zugrunde gelegt. Der Begriff bezeichnet demnach den Wunsch einer Frau bzw. eines Paares, sich fortzupflanzen bzw. ein Kind zu bekommen.

² Vgl. MAYER (2012).

die demografische Kennziffern und daher auch die Auswirkungen ihrer veränderten Entwicklung für die Gesellschaft offerieren, veranlassen die Politik zu einer umfangreichen Folgenbewältigung. Dass eine Behandlung der Ursachen eher zielführend, weil folgerichtig ist, wird im weiteren Verlauf der Arbeit herausgestellt.

- Das seit 2012 jährlich stattfindende Berliner Demografie Forum (BDF) diene dem Austausch von Politik, internationalen Organisationen, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien, um den Diskurs zur Demografie zu verbreitern und zu vertiefen.¹ Das zweite BDF vom 9. und 10. Januar 2013 in Berlin mit dem Themenkreis „Generationen – Lernen – Wohlstand“ konnte dem Anspruch eines generationenübergreifenden Austausches nur im statistischen Sinne gerecht werden. Das BDF war mit einem politisch wie fachlich hochkarätigen und heterogenen Teilnehmerkreis besetzt, der sich auf Veranstaltungen zum demografischen Wandel zunehmend heterogenisiert. Hierfür spricht auch die gegenüber vergleichbaren Veranstaltungen deutlich stärkere Präsenz der Frauen und ausgewogenere Altersstruktur der Teilnehmer und Diskutanten. Das *Young Experts Panel* enttäuschte allerdings aufgrund der fehlenden Authentizität der geladenen „jungen Experten“. Die in der Generationen-debatte viel beredete eigene Identität, eigenen Vorstellungen und Meinungen der jungen Generation kamen nicht zum Ausdruck. Stattdessen wurden vielfach gesellschaftspolitische Allgemeinplätze formuliert, denen es in der Diskussion an einem stärkeren Praxisbezug mangelte. Das *Young Experts Panel* konnte insgesamt das BDF nicht um neue Ansichten und Denkweisen bereichern; bestehende Meinungen und Erkenntnisse der *Senior Experts* wurden repliziert. Unter diesen befand sich – auf dem Panel Berliner Impuls vertreten – zudem kein ausgewiesener Demograf oder Bevölkerungswissenschaftler, der die Diskussion zwischen den Gelegenheitsdemografen bereichert hätte.

Das BDF versteht sich als Impulsgeber für konkrete Lösungsansätze im Umgang mit dem demografischen Wandel. Diesem handlungsorientierten Verständnis zur Anpassung von Gesellschaftsstrukturen und -systemen an demografische Veränderungen mangelt es an einem prozessorientierten Verständnis für das Zustandekommen und Wirken von demografischen Veränderungen. Letzteres zeigt auf, dass demografische Veränderungen nicht „lösbar“ sind und dementsprechend der demografische Wandel durch demografiepolitisches Handeln nicht „gelöst“ werden kann. Noch bevor sich Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auf eine demografische Entwicklung oder einen

¹ Dem Begleitmaterial zum zweiten Berliner Demografie Forum in 2013 entnommen.

demografischen Zustand eingestellt haben, muss weiter- und ggf. wieder um- oder gar neugedacht werden. Bei allen politischen Maßnahmen, die derzeit und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten diskutiert und realisiert werden, ist daher eine ausreichende Handlungsflexibilität zu gewährleisten, um handlungsfähig zu bleiben – eine Voraussetzung, die bei demografiepolitischen Antworten auf demografische Veränderungen aufgrund der Persistenz von Gesellschaftsstrukturen und der häufig langen politischen Entscheidungs- und Reaktionswege künftig zu beachten ist.

Die Rahmenbedingungen und Promotoren einer Gelegenheitsdemografie sollen im weiteren Verlauf der Arbeit herausgearbeitet werden. Der Blick wird dabei auf eine gesellschaftliche Kontextualisierung und interessegeleitete Instrumentalisierung der Demografie gerichtet. Weiterhin ist für ein prozesshaftes Verständnis für den demografischen Wandel zu sensibilisieren und darzulegen, wie sich demografische Veränderungen als Resultat des bewusst herbeigeführten gesellschaftlichen Fortschritts vollziehen. Die gegenwärtige Dramatisierung der demografischen Entwicklung und ihrer erwarteten Folgen für die Gesellschaft wird vor diesem Hintergrund hinterfragt. Es soll aufgezeigt werden, dass von einem demografischen Zustandsdenken Abstand zu nehmen ist und demgegenüber das Bewusstsein für kontinuierlich ablaufende demografische Veränderungen zu schaffen ist, die durch den demografiepolitischen Diskurs und die Diskurskonjunktur eine kontextuale Zuspitzung erfahren.

Eine wesentliche und für alle Veranstaltungen gleichermaßen gemachte Beobachtung war und ist die Tatsache, dass junge Menschen auf Veranstaltungen zum demografischen Wandel stark unterrepräsentiert waren und sind. Es wird über die Gestaltung der Gesellschaft angesichts demografischer Veränderungen diskutiert und über mögliche Maßnahmen nachgedacht, ohne dass sich jene Bevölkerungsgruppe entsprechend einbringt, welche vom politischen Handeln maßgeblich betroffen sein wird. In einer Gesellschaft, die Nachwuchs als ihr wertvollstes Gut deklariert, in der nachwachsende Generationen jedoch nicht in dem Maße an der Diskussion der mit dem demografischen Wandel in Zusammenhang gebrachten Zukunftsfragen teilhaben können, die maßgeblich von Entscheidungsträgern aus der Politik geführt wird, verbleibt der Diskurs auch zu sehr in der Gedankenwelt der gealterten politischen Entscheidungsträger verhaftet. Geladene Referenten, Impulsgeber und Diskutanten variieren wenig und repräsentieren den Gedankenhorizont der Entscheidungsebene in der Politik und der meinungsbildenden, forschenden Institute in der Wissenschaft. Dies führt dazu, dass bezogene Positionen geschärft und zunehmend voneinander abgegrenzt werden sowie die Diskussion des demografischen Wandels häufig entlang der gleichen gesellschaftlichen Konfliktlinien, Themen und Entwick-

lungen geführt wird, die in Zusammenhang mit den demografischen Veränderungen als wichtig erachtet werden. Auf diese Weise wird der Diskurs zur monologartigen Abfolge von Einzelstatements. Eine Gesellschaft, die auf die gleichen oder einige wenige Schlüsselakteure und Botschafter setzt, die veranstaltungsübergreifend ihr Anliegen in gleicher Weise mit denselben Argumenten vorbringen, trägt zu einer Meinungskonsolidierung bei. Die gedankliche Flexibilität, eine veränderte Perspektive auf den demografischen Wandel einzunehmen, kann dadurch verloren gehen. In der Folge bleiben alternative bzw. kritische Betrachtungsweisen, die für einen veränderten Umgang mit demografischen Veränderungen in der Gesellschaft plädieren könnten, im Diskurs weitgehend ausgeblendet. Beispielsweise wird im weiteren Verlauf der Arbeit aufzuzeigen sein, wie Akteure in der Politik die Demografie als Argument und damit die Bedeutung des demografischen Wandels verteidigen und auf die Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung verweisen, zugleich mit ihr aber Erwägungen zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme anstellen, die auf Konstruktionsmechanismen dieser zurückzuführen sind, um eigene Interessen oder die von Dritten durchzusetzen.

Auffassungen nachwachsender Generationen, welche Betrachtungsansätze für einen veränderten Umgang mit demografischen Veränderungen einbringen könnten und sich in konstruktiver Kritik mit der gegenwärtigen Demografiepolitik auseinandersetzen, kommen aufgrund der fehlenden Präsenz bzw. Unterrepräsentanz nicht in ausreichendem Maße zur Geltung. Sie finden kein Gehör, weil sie nicht vorgetragen werden. Ein Diskurs der wiederholten gegenseitigen Selbstbestätigung unter Verwendung der gleichen Argumentationszusammenhänge wird einem modernen, permanent im Wandel befindlichen Verständnis für demografische Veränderungen nicht gerecht. Die Wirkungen dieses Diskurses sind zunehmend ambivalent und nicht genau berechenbar. Sie werden von anderen gesellschaftsbestimmenden Kräften überlagert und zeigen sich häufig nicht in der vermittelten Eindeutigkeit und Kausalität. Mehr Abwechslung und ein echter Dialog täten einer befruchtenden Diskussion im Sinne der Meinungsvielfalt einer ebenso vielgestaltigen Gesellschaft gut.

Durch die Teilnahme an den Veranstaltungen wurden Beobachtungen gemacht und Fragestellungen aufgeworfen, die im weiteren Verlauf der Arbeit zur Beantwortung der Forschungsfragen bzw. Verifizierung der Thesen und Hypothesen herangezogen werden. Sie fließen in die nachfolgend wiedergegebene Auswertung der durchgeführten Befragung ein.

3 Entstehung des demografiepolitischen Diskurses

3.1 Mangel an einem institutionalisierten Bevölkerungsdiskurs

3.1.1 Inter- und Transdisziplinarität der Demografie

Im Folgenden wird der demografiepolitische Diskurs von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart behandelt. Ausgehend von der ideologischen Belastung der Bevölkerungslehre in der Zeit des Nationalsozialismus und der dadurch bedingten Tabuisierung von bevölkerungspolitischen Fragestellungen in der Nachkriegszeit wird aufgezeigt, welche Folgen die Nicht-Thematisierung und Nicht-Behandlung von Bevölkerungsfragen für die institutionalisierte Wissenschafts-, Forschungs- und Meinungslandschaft in Deutschland hatte und heute auch noch besitzt. Die Konsequenzen werden anhand der strukturellen Beschaffenheit der institutionalisierten Demografielandschaft in Deutschland sowie anhand des Umgangs mit bevölkerungswissenschaftlichen Begriffen, statistischen Definitionen und demografischen Terminologien dargestellt. Der Gegenwartsbezug wird durch die Herausstellung des demografischen Wandels als Phänomen einer interdisziplinären Denkweise und der Transdisziplinarität von Wissenschaft hergestellt. Von Bedeutung sind hier vor allem die breite gesellschaftliche Aneignung der demografischen Wissenschaft und die Entkoppelung von Politik und Wissenschaft.

Um den oben skizzierten Werdegang der bevölkerungswissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel anschaulich zu machen, wird eine Auswahl wesentlicher Entwicklungen ins Feld geführt.

Ein Blick auf den geschichtlichen Werdegang der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland zeigt, dass die Bevölkerungslehre aufgrund der in der Zeit des Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen ideologisch belastet worden ist.¹ In der Nachkriegszeit wurden daher bevölkerungspolitische Fragen bekanntlich tabuisiert. Da die Politik somit keinerlei Impulse für die Weiterentwicklung resp. Neuausrichtung der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft liefern konnte, blieben demografische Fragen in der Nachkriegszeit nachweislich weitgehend unbeachtet.² Belegt ist, dass die Nicht-Thematisierung dazu geführt hat, dass auch Impulse aus dem Ausland keinen Anstoß für eine Auseinandersetzung mit demografischen Fragen unter anderen Aspekten liefern konnten. Wird die demografische Forschungslandschaft zur damaligen Zeit betrachtet, ist zu konstatieren, dass folglich die Bevölkerungswissenschaft kaum bzw. unzureichend institutionell vertreten blieb und in der wissenschaftlichen Forschung kaum eine Rolle spielte. Eine institutionalisierte Demografieland-

¹ Vgl. hierzu RAMSDEN (2009), S. 853ff., und MACKENSEN (2004).

² Vgl. z. B. MACKENSEN (1998).

schaft – darunter sind vor allem forschende und sich mit Bevölkerungsfragen beschäftigende öffentliche wie private Einrichtungen zu verstehen – konnte sich dementsprechend kaum etablieren. Vereinzelt Versuche deutscher Demografen seien fehlgeschlagen, Bevölkerungsfragen wieder gesellschaftskonform zu diskutieren und in den politischen Diskurs und das politische Handeln einzubringen – der Forschungs- und Handlungsbedarf sei seinerzeit nicht erkannt worden (siehe Kap. 3.1.2).¹

Stattdessen hätten sich aus den Nachbardisziplinen der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft wie insbesondere der Soziologie in Auseinandersetzung mit den soziokulturellen Veränderungen und sich wandelnden Geschlechterrollen Impulse entwickelt, die zunehmend demografische Entwicklungen berührt hätten.² Diese verblieben allerdings terminologisch im Kreise dieser Disziplinen und bereiteten weitgehend unbemerkt den Weg für eine sich anbahnende und längst überfällige Auseinandersetzung mit Bevölkerungsfragen. Zu beobachten war, dass neben der Soziologie viele weitere Wissenschaftsdisziplinen mit ihren Erkenntnissen über den Wandel der Lebensformen sowie der Geschlechterrollen und ihren Auswirkungen für die Gesellschaft und Wirtschaft in den Fokus des öffentlichen Interesses rückten. Die Politik nahm sich den Themen an, ohne eine demografische Komponente dieser „neuen“ Entwicklungen zu erkennen. Ein Gesprächspartner kritisiert in diesem Zusammenhang: „Eine völlige Freiheit oder Unabhängigkeit vom demografischen Wandel gibt es eigentlich nirgends.“³ Er führt weiter aus: „Diese langfristigen soziokulturellen Trends spielen [...] in sämtliche Politikfelder hinein; sie sind quasi ubiquitär, sowohl zeitlich als auch geografisch wirken sie in die Politik, Wirtschaft, Gesellschaft hinein.“⁴ So begann das Tabu zunehmend aufzuweichen, je mehr Politik und Gesellschaft weitreichende gesellschaftliche Veränderungen infolge der zwischenzeitlich eingetretenen demografischen Veränderungen vermuteten.⁵

Während das gesellschaftliche wie politische Klima eine zögerliche Behandlung von demografischen Fragestellungen erlaubt hätte und sich inzwischen ein Diskussions- und Handlungsstau in vielen Gesellschaftsbereichen infolge der Vernachlässigung von Bevölkerungsfragen ergeben hätte, sei es um den Entwicklungsstand der demografischen Forschung bzw. der Bevölkerungswissenschaft und der ihnen zugrunde liegenden formalen Theorien, Begrifflichkeiten und Kennziffern schlecht bestellt gewesen.⁶ Die wissenschaftliche und politische

¹ Vgl. MACKENSEN (2006a).

² Vgl. hierzu HENBLER und SCHMID (2007).

³ Befragung, Publizistik, Nr. 41.

⁴ Ebd.

⁵ Für das Verhältnis von Demografie und Politik vgl. BIRG (2005b), S. 194ff.

⁶ Vgl. z. B. bei MACKENSEN et al. (2009).

Behandlung und Aufmerksamkeit für den demografischen Wandel entwickelte sich dichotom zu den tatsächlich ablaufenden demografischen Veränderungen in der Gesellschaft. Die inzwischen konstatierten akuten Wissensdefizite und fehlende Kompetenzbasis sowie die aufgelaufenen Handlungsnotwendigkeiten – so die Wissenschaftler, die sich mit der geschichtlichen Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft eingehend auseinandersetzen – erforderten eine Neubelebung der demografischen Forschung. Die Befunde in der Literatur lassen darauf schließen, dass die Genese der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft in Form einer nachholenden fragmentarischen Substitution aus benachbarten Wissenschaftsdisziplinen geschah. Jene Wissenschaftsdisziplinen wollten mithilfe der erkannten soziokulturellen und sozioökonomischen Veränderungen demografische Ursache- und Wirkungszusammenhänge dieser Entwicklungen offenlegen. Bereits zu diesem Zeitpunkt sei mit der Aufmerksamkeitsgenerierung¹ und Thematisierung demografischer Veränderungen durch eine Fremddisziplin die Grundlage für die heutige Demografisierung gelegt worden².

Da auf diese Weise insbesondere Wissenschaftler aus anderen Wissenschaftsdisziplinen aus dem Druck des gesellschaftspolitischen Diskurses heraus die demografischen Wissenschaft geformt hätten, hätten viele Begrifflichkeiten und Theorien aus Nachbardisziplinen Eingang in das formale Grundgerüst der „neu“ entstehenden Wissenschaft gefunden.³ Dies hat dazu geführt, dass selbst heute noch – so die Erkenntnis aus der durchgeführten Befragung – demografische Begriffe und Kennziffern vielseitig ausgelegt und interpretiert werden und bleiben, da ihnen kein einheitliches Verständnis zugrunde liegt. Die Befragung offenbarte, dass mangels einer ausreichend institutionalisierten Demografielandschaft mit Wissenschaftlern und Forschern, die eine formaldemografische Qualifikation besitzen, dieser Befund in absehbarer Zeit keine wesentliche Änderung erfahren wird. Wenn heute im Diskurs vom demografischen Wandel die Rede ist, ist weithin unklar, welche Bedeutung dieser Begriff besitzt. Im demografiepolitischen Diskurs wird durch die befragten Akteure eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungen und Veränderungen von Kennziffern unter diesem dehnbaren Begriff subsumiert. Gegenwärtig wird unter negativem Vorzeichen eine tendenzielle Abnahme in der Geburtenzahl und eine kollektive Alterung der Bevölkerung mit dem demografischen Wandel assoziiert, wobei sich die Bedeutung des Begriffs erst im Kontext seiner dazugehörigen Argumentation erschließt. Zwar leitet sich der demografische Wandel aus der formalen Demografie ab und sei den modellhaften Vorstellungen des demografischen Übergangs entlehnt⁴, jedoch ist er keineswegs selbstverständlich, sondern hochgradig erläuterungs- und interpreta-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 60.

² Vgl. BARLÖSIUS und SCHIEK (2007) sowie auch SACKMANN und BARTL (2008), S. 2627ff.

³ Vgl. z. B. BROCKE (1998).

⁴ Vgl. hierzu KAA (2004), S. 4ff.

tionsbedürftig. Der sog. zweite demografische Übergang gehe davon aus, „dass es zu einer Fertilität unterhalb des Reproduktionsniveaus kommt als Folge von gesellschaftlichem Wandel, Modernisierung, Säkularisierung der Gesellschaft, höherer Bildung, höherer Beteiligung der Frau am Bildungssektor und auch am Arbeitsmarkt.“¹ Die Demografie kann als Folge dieser schwer fassbaren und vermittelbaren Entwicklungen nur ein einfach zugänglicher, leicht verständlicher Indikator sein, um jene Entwicklungen sichtbar zu machen, ohne sie erklären zu können. Der Begriff demografischer Wandel finde in der formalen Demografie dementsprechend keine äquivalente Entsprechung durch demografische Kennziffern und bleibe weitgehend undefiniert bzw. sei nicht vorgesehen.² Er erfährt im demografiepolitischen Diskurs unter den Befragten in Abhängigkeit vom Erfahrungshorizont, (Vor-)Verständnis, von der eigenen Wissensbasis und den Interessen einzelner Akteure themenspezifische Dehnungen und Aufweitungen. Während der demografische Wandel in seinem Bedeutungskanon zahlenmäßige wie strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung auf Grundlage der Betrachtung von einzelnen oder zusammengesetzten demografischen Kennziffern umfassen kann, herrscht hinsichtlich der Richtung der Veränderung im demografiepolitischen Diskurs unter den Befragten Konsens: Der demografische Wandel wird mit Bevölkerungsrückgang und Geburtenrückgang, kollektiver Bevölkerungsalterung, einer steigenden Lebenserwartung sowie im Zuge von sich verstärkenden überregionalen bis globalen Migrationsprozessen auch mit einer zunehmenden Heterogenisierung bzw. Internationalisierung nationaler Bevölkerungen assoziiert.

Die definitorische Flexibilität erleichtert zwar eine disziplinübergreifende Anwendung und befördert so den fachlichen Austausch zwischen einzelnen und verwandten Wissenschaftsdisziplinen. Sie führt jedoch auch dazu, dass die Demografie aus ihrer genetisch bedingten Inter- und Transdisziplinarität heraus eine ebenso breite Anwendung zur Erklärung und Analyse von Entwicklungen in nahezu allen Gesellschaftsbereichen findet, auch wenn diese ihren Ursprung nicht in demografischen Veränderungen haben. Die Inter- und Transdisziplinarität der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft³ verstellt den Blick auf die tatsächliche Natur von gesellschaftlichen Veränderungen. Sie ist Resultat einer in der Nachkriegszeit und bis heute in formaldemografischer bzw. qualifikatorischer Sicht unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft. Aus ihr schöpft der heute intensiv diskutierte demografische Wandel seine themen- und akteursübergreifende gesellschaftliche Beachtung. Dabei ist die Bedeutung der demografischen Veränderungen nicht aus der Auseinanderset-

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

² Vgl. ebd., Nr. 6, 14, 31, 40 und 45, Politik / Publizistik, Nr. 12.

³ Vgl. LIU (2005), S. 308ff.

zung mit der wissenschaftlichen Forschung gewachsen, wie die durchgeführte Befragung ergeben hat. Vielmehr hat das Agenda-Setting der Politik eine Entscheidung herbeigeführt, in deren Folge die gesellschaftliche Befassung mit dem demografischen Wandel auf die Tagesordnung gelangte und als solche daher als Resultat eines entscheidungsorientierten Diskurses zu begreifen ist. Dieser Befund wird auch durch die Literatur gestützt, die sich den seit 2011 verstärkt unternommenen politischen Aktivitäten der Bundesregierung im Umgang mit dem demografischen Wandel widmet.

Dem Konjunkturthema Demografie mangelt es in Deutschland weiterhin an einem entsprechend institutionalisierten Boden bzw. Rückhalt in Form von bevölkerungswissenschaftsorientierten Forschungseinrichtungen. Am augenfälligsten zeigt sich dies an der von der Politik vermittelten Intention des Begriffs des demografischen Wandels in der Gesellschaft. Indem mit dem demografischen Wandel eine ganz bestimmte Entwicklungsrichtung demografischer Kennziffern verbunden werde¹, gestalte die Politik die Demografie normativ, obgleich Wissenschaft plural sein und nicht zwischen richtig und falsch urteilen solle². Diese Diskursfärbung rührt von der von Beginn an vorherrschenden und heute immer noch entscheidenden Bedeutung der Geburtenrate, die als wichtige Beurteilungsgröße des Verlaufs, der Konsequenzen und des politischen Handelns im Umgang mit dem demografischen Wandel fungiere³. Zu schlussfolgern ist: Die institutionalisierte Interessenlandschaft spielt hierzulande eine wichtige Rolle hierfür sowie auch dafür, dass im demografiepolitischen Diskurs Meinungen, die nicht institutionalisiert sind oder durch einen Interessenverband aufgefangen werden, nur schwerlich in einem konstruktiven Licht in den gesellschaftspolitischen Diskurs Eingang finden und ernstzunehmende Beachtung entfalten können. Eine interessegeleitete Argumentation mit demografischen Kennziffern wird dadurch ermöglicht.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich weitere Schlüsse ziehen. Eine Instrumentalisierung von demografischen Veränderungen wird durch die Inter- und Transdisziplinarität der Demografie befördert. Die demografische Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft ist als inter- und transdisziplinäre Disziplin von verwandten Wissenschaftsdisziplinen nicht einfach abzugrenzen. Dies zeigen die Literatur und die befragten Akteure gleichermaßen auf. Dementsprechend sind auch die von ihr behandelten Querschnittsaufgaben schwierig zu definieren. Der demografische Wandel wird vor allem aus Querschnittsbereichen verschiedener wissenschaft-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 3, 5, 6, 16, 17, 19, 20, 21, 26, 36, 37, 39, 43, 48 und 50, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8 und 44, Politik, Nr. 9, 10, 11 und 13, Publizistik, Nr. 28, Politik / Publizistik, Nr. 52; vgl. auch DEMENY (2003), S. 91ff.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 43.

³ Diese Erkenntnis wurde aus der durchgeführten Befragung, übereinstimmend für alle befragten Akteure, gewonnen.

licher (Teil-)Disziplinen heraus betrachtet, so eine weitere Erkenntnis aus der Literatur und Befragung. Hinzu kommt, dass demografische Entwicklungen von gesellschaftlichen Entwicklungen, die nicht demografisch gesteuert sind, nicht leicht voneinander abgrenzbar sind. Dennoch werde die demografische Entwicklung anhand von Indikatoren genau definiert.¹ Im demografiepolitischen Diskurs der befragten Akteure gerät aus dem Blick, dass es vielmehr die vermuteten Implikationen bzw. Konsequenzen für die Gesellschaft sind, die nicht genau fassbar, weil unklar, sind. Es werden von den Befragten Vermutungen und Spekulationen über die Demografie Relevanz angestellt. Erkennbar wird, dass eine interdisziplinär angelegte Bevölkerungswissenschaft bzw. demografische Wissenschaft für interdisziplinäre Betrachtungsperspektiven auf demografische Veränderungen in der Gesellschaft empfänglich ist. Demografische Fakten werden je nach befragtem Akteur und dessen Zugehörigkeit zu einer wissenschaftlichen bzw. fachlichen Disziplin unterschiedlich interpretiert und interessegeleitet instrumentalisiert. Die dadurch erzeugte Meinungsvielfalt geht jedoch unter, weil die befragten Akteure im Diskurs durch das Denken in großen zusammenhängenden gesellschaftlichen Entwicklungstrends bestimmt werden. Auf diese Weise wird die Aufmerksamkeit auf inter- und transdisziplinäre Zusammenhänge gerichtet. In Kap. 4.1 wird aufgezeigt, wie die Problemorientierung der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft auf inter- und transdisziplinäre Zusammenhänge die demografische Entwicklung zum Universalargument gemacht und eine Gelegenheitsdemografie befördert hat. Die demografische Entwicklung besitzt allerdings nicht naturgemäß, aus ihrer Genese bedingt auch hinsichtlich der von ihr ausgehenden Konsequenzen für die Gesellschaft einen Querschnittscharakter. Eine solche Betrachtung sei der heute populären Interdisziplinarität entsprungen, weil interdisziplinäres Denken zu einer Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts geworden sei.² Die Demografie wird auf diese Weise als eigenständige Wissenschaft vergesellschaftet, mit manipulierender Absicht laienhaft behandelt und daher instrumentalisiert. Jedoch sind nicht alle Gesellschaftsthemen in ihrer Natur interdisziplinär angelegt. Die Befunde aus der Literatur und der Befragung legen nahe, dass der Betrachtungsgegenstand demografischer Wandel als Thema unverändert erhalten bleibt – vielmehr wird lediglich die Betrachtungsperspektive geändert. Aufgrund der lange Zeit kaum institutionalisiert gewesenen Demografielandschaft kommt es auch heute noch zu einer unkontrollierten Vergesellschaftung der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft. Bislang konnte diese nicht in geordnete Verhältnisse

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 3, 14, 18, 29, 35, 38, 40, 42 und 51, Politik, Nr. 9 und 46, Wissenschaft / Politik, Nr. 49, Publizistik, Nr. 41 und 53.

² Vgl. hierzu EHMER (2013) und Befragung, Wissenschaft, Nr. 57.

überführt und die richtige Anwendung von demografischem Wissen gesteuert werden, verdeutlicht die durchgeführte Befragung.

Nach wie vor suggeriert die Demografie – sowohl in der Literatur als auch unter den befragten Akteuren – einen Erklärungs-, Verständnis- und Analysezugang zu den großen gesellschaftlichen Themen der Gegenwart. Dabei seien Demografen lediglich dazu in der Lage, die Veränderungen in den demografischen Kennziffern zu beschreiben. Eine Erklärung der Entwicklung der demografischen Kennziffern könne nicht von ihnen geleistet werden.¹ Mit Blick auf die Ursachen des demografischen Wandels wird konstatiert: „[...] warum das alles geschieht, ist [...] außerhalb des Horizonts der Demografie.“² Weder die Bevölkerungswissenschaft noch die demografische Wissenschaft begründeten eine erklärende Leitwissenschaft.³ Im demografiepolitischen Diskurs bleibt in der betrachteten Literatur und unter den befragten Akteuren zudem unbeachtet, dass der Querschnittscharakter auch Kristallisationskern und Anhaltspunkt für gesellschaftliche Entwicklungen ist, die von größerer Bedeutung als der demografische Wandel sind und nicht der Steuerung durch demografische Veränderungen obliegen.

ZUSAMMENFASSUNG

Infolge der ideologischen Belastung der Bevölkerungslehre im Dritten Reich ist die Bevölkerungswissenschaft heute unzureichend institutionalisiert. Modellhafte Vorstellungen und Theorien wie die des demografischen Übergangs könnten die eingetretenen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse weder beschreiben noch erklären.⁴ Dadurch gehen Minderheitenmeinungen schnell in Mehrheiten auf und werden gesellschaftlich mobilisierbar und politisch verhandelbar. Interessengemeinschaften für vielerlei Gesellschaftsbereiche, die in Institutionen organisiert sind, sind Zeugnis dafür, dass nur Themen mit ausreichendem institutionellen Rückhalt zum einen in der Gesellschaft beachtet werden und zum anderen einer interessegeleiteten Instrumentalisierung durch Politik, Wissenschaft und Publizistik widerstehen können. Letztere führt dazu, dass in der Gesellschaft ein verzerrtes Bild vom demografischen Wandel vermittelt wird. Die demografische Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft erhebt zwar nicht den Anspruch, Leitwissenschaft gegenüber anderen Wissenschaftsdisziplinen zu sein. Sie wird durch Akteure in Politik, Wissenschaft und Publizistik aufgrund des wenig sorgsam und inflationären Umgangs mit demografischen Argumenten aber unbewusst in diesen Bedeutungsstand gehoben. Aufgrund des unzureichenden institutionellen Rückhalts der De-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 1 und 60.

² Ebd.

³ Vgl. ebd., Nr. 2.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 14.

mografie können sich Gelegenheitsdemografen einer kritischen Überprüfung ihrer Argumentation durch ausgebildete Demografen weitgehend entziehen. Dies führt dazu, dass der demografische Wandel in der Gesellschaft und insbesondere im täglichen Handeln der Politik als großes gesellschaftliches Querschnittsthema mit manipulierender Absicht laienhaft dargestellt und nicht als Untersuchungsgegenstand von Spezialisten behandelt wird. Die fachliche Transdisziplinarität des demografischen Wandels steht zugleich für eine Disziplinlosigkeit des demografiepolitischen Diskurses. Ausdruck dieser Disziplinlosigkeit ist, dass die Demografie vom Fach- zum Sachbegriff degradiert und letztlich zum laienhaften Allgemeingut der Gesellschaft erklärt wird – ein Zustand, der als demografischer Ubiquitarismus zu betrachten ist.

Anstelle eines institutionalisierten wissenschaftlichen Diskurses zum demografischen Wandel ist ein kurzschlussartiger handlungs- und entscheidungsorientierter Diskurs getreten, der von politischen Interessen dominiert wird. Dieser ist von einer Vermengung verschiedener Fachbegriffe, begrifflichen Definitionsunsicherheiten und unerschöpflichen Interpretationsmöglichkeiten von demografischen Kennziffern geprägt. Aus dem Blick gerät, dass einzelne demografische Kennziffern geringe, bisweilen unklare Aussagekraft besitzen. Besonders markant ist die Bedeutungsreduzierung der Bevölkerungswissenschaft und demografischen Wissenschaft auf wenige oder gar eine demografische Kennziffer sowie eine vermeintliche Selbsterklärung der Demografie durch demografische Kennziffern.

3.1.2 Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse

Das folgende Kapitel behandelt eine weitere, den demografiepolitischen Diskurs prägende Folge einer unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft. Bezugnehmend zu der im vorangegangenen Kapitel skizzierten Vernachlässigung und Tabuisierung werden die Wahrnehmung und das Handeln von Akteuren in Wissenschaft, Politik und Publizistik in Deutschland bis in die Gegenwart untersucht. Bestehende Wahrnehmungsdefizite und daraus resultierende Handlungsversäumnisse werden eingehend betrachtet. Es wird herausgearbeitet, wie ein gesellschaftliches Klima und eine Konjunkturbewegung zugunsten einer Notwendigkeit der Thematisierung des demografischen Wandels in relativ kurzer Zeit entstehen konnten. Dabei wird die Rolle der Wissenschaft, der Umgang mit Demografie und demografischen Kennziffern in der Politik und Publizistik sowie die Prognosefähigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen, die auf demografischen Annahmen und Projektionen beruhen, betrachtet.

Herausgestellt werden soll, welche Assoziationen die aus der Bevölkerungswissenschaft stammenden Begriffe in der Gesellschaft erzeugen und wie diese genutzt werden, um Teile

der Bevölkerung, darunter einzelne Generationen, für einen demografisch begründeten Problem- und Handlungsdruck zu sensibilisieren. Im Vordergrund der Betrachtung steht hierbei, wie Akzeptanz in der Öffentlichkeit geschaffen werden kann, indem Betroffenheit unter der Bevölkerung generiert und mit Emotionen gearbeitet wird.

Der gegenwärtige demografiepolitische Diskurs sei die zwingende Konsequenz, heute mit Nachdruck auf gewachsene Problemlagen in der Gesellschaft zu reagieren, die vorher vernachlässigt worden seien.¹ Im Diskurs bestünden dennoch nach wie vor Wahrnehmungsdefizite, und politisches Handeln sei durch Handlungsversäumnisse gekennzeichnet.² So erschwerte die sog. *political correctness* eine Öffnung für das Thema Demografie. Sie werde als eine „politische Klugheit“ umschrieben, „die nicht das widerspiegelt, was vielleicht in breiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung ist“³. Sie habe sich mit Ankündigung der demografischen Veränderungen in den 1970er Jahren etabliert⁴, und seit diesem Zeitpunkt hätten Auftraggeber auch Einfluss auf die Ergebnisse von Forschung genommen⁵. Dass diese Entwicklungen zeitlich zusammenfallen ist insofern interessant, als dass dies nahe legt, dass die sich anbahnenden demografischen Veränderungen zwar registriert, ihnen dennoch keine Beachtung geschenkt wurde.

Die Thematisierung des demografischen Wandels in der Politik ist zudem weniger eine Frage der objektiv als gesellschaftlich notwendig erachteten Auseinandersetzung: „Das Demografische spielt eine Objektivität vor, weil es nämlich zahlenmäßig ausgedrückt werden kann, und solch eine scheinbare Objektivität oder eindeutige Umschreibung von Realitäten, solche einfachen Zuschreibungen sind natürlich im politischen Diskurs sehr erwünscht.“⁶ Die Thematisierung sei häufig vielmehr Ausdruck der persönlichen Schwerpunktsetzung einzelner meinungs- und diskursbildender Politiker.⁷ Dies hat Konsequenzen für die Publizistik und Wissenschaft. Denn zum einen wird vor allem nur über das medial berichtet, was auch in der Politik diskutiert wird. Zum anderen erfährt wissenschaftliche Forschung einen Teil seiner – auch in fördertechnischer bzw. finanzieller Hinsicht – Legitimation aus der politikberatenden Auftragsforschung⁸ für die Bundesressorts. Die persönliche Schwerpunktsetzung eines Politikers, dem demografischen Wandel in einer Legislaturperiode keinen besonderen Stellenwert bei-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, und auch z. B. MACKENSEN (2006a).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 58, 61 und 63.

³ Befragung, Politik, Nr. 13.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 10.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 65.

⁶ Ebd., Nr. 47.

⁷ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 9 und 46, Wissenschaft, Nr. 18, 24 und 51. Von den befragten Gesprächspartnern werden Renate Schmidt, Ursula von der Leyen und Kristina Schröder, alle drei Fachministerinnen a. D., sowie die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel als meinungs- und diskursbildende Politiker identifiziert.

⁸ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 65 und 68.

zumessen, bildet sich auch in der Wissenschaft und Publizistik dahingehend ab, dass das Thema als Ganzes oder in Einzelaspekten unterbelichtet und unbeachtet geblieben ist bzw. bleibt (siehe Kap. 3.1.1). Die persönliche Schwerpunktsetzung von Politikern im Sinne einer Profilierung habe bislang häufig zu einem Bruch in der kontinuierlichen politischen Bearbeitung des Themas Demografie geführt.¹

Weiterhin werde innerhalb der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft regelmäßig der Blick auf den demografischen Wandel gerichtet – die allgemeine demografische Entwicklung bleibe dabei außen vor.² Im demografiepolitischen Diskurs existieren dahingehend unterschiedliche Auffassungen, ob der Bevölkerungs- oder Geburtenrückgang, die demografische Alterung oder die Migration die Komponente sei, welche die größte Bedeutung und Aufmerksamkeit haben sollte³. Den Befragten gerät im Hinblick auf den Umgang mit demografischen Veränderungen häufig aus dem Blick, dass nicht zu wenige Menschen geboren werden, sondern mehr Menschen viel länger leben. Zu häufig wird der Geburtenrückgang als Ausgangspunkt der Argumentation gewählt. Der Gestaltung der steigenden Lebenserwartung wurde und wird auch heute noch in ihrer Eigenschaft als positive gesellschaftliche und angestrebte Entwicklung kaum Beachtung geschenkt, da Politik problemorientiert agiere und diesem Problemverständnis folgend diesem Aspekt der demografischen Entwicklung zunächst keine Gestaltungskraft widmete, weil kein Handlungsbedarf registriert worden sei⁴. Zu jenem Zeitpunkt sei nicht erkannt worden, dass es insbesondere auch einer Gestaltung von gewonnenen Lebensjahren zum Nutzen der Gesellschaft bedurft hätte⁵, wie es auch heute und in Zukunft noch bedarf.

Insgesamt ist eine fehlende kritische (Selbst-)Reflexion der im Diskurs auftretenden Akteure auszumachen.⁶ Die nach außen demonstrierte und teils inszenierte Geschlossenheit der Akteure in öffentlichen Meinungsdiskursen⁷ entspricht nicht der Vielfalt der differenzierten Betrachtungen demografischer Veränderungen, die in spezifischen Fachdiskursen zum demografischen Wandel in der Literatur aufgegriffen werden. Letztere gelangen jedoch kaum in das öffentliche Bewusstsein, wie die Befragung zeigt. Es werden stattdessen mit Verweis auf all-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18. Für das Verhältnis von Demografie und Politik vgl. BIRG (2005b), S. 194ff.

² Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 28.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 1, 15, 32, 37, 40, 42, 43 und 45, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 10, Publizistik, Nr. 41, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 38, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 16 und 20, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁶ Vgl. hierzu auch BIEBER (2008).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 42 und 45.

gemeine Trends der Bevölkerungsentwicklung nach Zahl und Struktur¹ insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme demografiepolitische Handlungsnotwendigkeiten begründet, obwohl beabsichtigte Maßnahmen nur spezifische Teilbevölkerungen erfassen, die einer demografischen Entwicklung unterworfen sein können, die gegenläufig zum allgemeinen Trend verlaufen kann. Die unzureichende Betrachtung und Vermittlung der Betroffenheit von Teilbevölkerungen sowie die pauschale Rückführung und Begründung von Handlungsansätzen mit Effekten für die Gesamtbevölkerung, ohne teilbevölkerungsspezifische demografische Entwicklungen und sozialstaatliche Kontexte zu berücksichtigen, befördert einen politischen Reduktionismus. So wird in Kap. 4.1.4 aufgezeigt, dass die Funktionsfähigkeit der staatlichen Sozialsysteme anhand der demografischen Entwicklung, aber nicht anhand der Konstruktionsmechanismen dieser Systeme beurteilt wird. Dabei ist aus dem Blick geraten, dass diese Mechanismen zum Problem für die Gesellschaft geworden sind und Probleme in den Sozialsystemen nicht auf die demografische Entwicklung zurückgeführt werden können. Die aktuell erfahrenen demografischen Veränderungen offenbaren daher Konstruktionsfehler der Sozialsysteme. Die Politik versuche, „die Effekte der Demografie [...] in den Vordergrund zu stellen, weil Demografie etwas wie ein schicksalhafter Prozess ist, damit nicht politische Fehlentscheidungen begründet werden müssen.“² Es ist zu konstatieren, dass der demografische Wandel weder zur Diagnose von gesellschaftlichen Problemen tauglich noch für diese ursächlich ist (siehe Kap. 4.1.4).

Da dieses Verständnis nicht gereift ist, ist der demografische Wandel zum Mode- resp. Konjunkturthema avanciert. Als solches sei er Resultat einer politisch generierten hohen Sensibilität wie auch ausgeprägten medialen Wahrnehmung für demografische Entwicklungen.³ Die Konjunktur wird durch eine demografische Perspektive auf gesellschaftliche Entwicklungen und Probleme begründet. Sie hat dafür gesorgt, dass inzwischen wieder über eine politische Einflussnahme und Steuerung der Realisierung von Kinderwünschen im Wege einer zu etablierenden Demografiepolitik gesprochen wird⁴. Während der Begriff der Bevölkerungspolitik aus historischen Gründen heute immer noch ideologisch belastet sei und eine staatlich-politische Einflussnahme auf das individuelle Geburtenverhalten suggeriere⁵, hielten Bezeichnungen wie eine bevölkerungsbewusste oder bevölkerungsorientierte Familien-, Genera-

¹ Vgl. hierzu MACKENSEN et al. (2009).

² Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

³ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 4 und 27, Wissenschaft, Nr. 6, 17, 25, 29, 35 und 56, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 9, und vgl. BECK-GERNSHEIM (2006), S. 7ff.

⁴ Vgl. hierzu BMI (2011, 2012 und 2013), HÜTHER und NAEGELE (2013) und REULECKE (2006), S. 13ff.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 1, 5 und 42, Politik, Nr. 10, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33; vgl. auch RAMSDEN (2009), DEMENY (2003) und MACKENSEN (2004).

tionen- oder Sozialpolitik Einzug in den politischen Alltag¹, die unter dem Dach der Demografiepolitik vereint werden².

Einen weiteren konjunkturellen Schub hat die Auseinandersetzung mit demografischen Veränderungen und ihren Kennziffern in der Gesellschaft durch den auch in der Wissenschaft zu beobachtenden Trend zur Quantifizierung erhalten, der von den Befragten angeführt wird. Parallel hierzu werden Qualitäten betont (siehe Kap. 4.1.3); dies sei Ausdruck einer mehr rhetorischen und weniger realen Politik, die sich vermehrt sozialinvestiven Bereichen des Humanvermögens annehme³. Zurückliegende demografische und gesellschaftliche Entwicklungen belegen, dass quantitative und qualitative Merkmale einer Bevölkerung bereits in den 1960er Jahren sehr bedeutsam waren. Sie wurden jedoch mangels Interesse durch Akteure aus der Gesellschaft bewusst aus dem damaligen Diskurs herausgehalten (siehe Kap. 3.1.1).⁴ Dies und so auch die Erkenntnisse aus der Befragung zeigen, dass die Dynamik des demografiepolitischen Diskurses und die Intensität der Auseinandersetzung mit demografischen Veränderungen nicht vom demografischen Zustand einer Gesellschaft abhängig sind, sondern Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik als Katalysatoren wirken und durch die Instrumentalisierung der demografischen Fakten und der im Weiteren zu erwartenden demografischen Veränderungen der Gelegenheitsdemografie einen Bedeutungszuwachs in der Gesellschaft verschaffen. Zwar wird dadurch generell die Aufmerksamkeit auf demografische Veränderungen in der Gesellschaft gelenkt, die lange Zeit vernachlässigt wurden. Allerdings geht diese Art der nachholenden, dringlichen Behandlung der demografischen Entwicklung damit einher, unsachgemäße Erwägungen anzustellen, indem kausale Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen hergestellt werden, die nicht geprüft bzw. belegt sind. Der derzeitige demografiepolitische Diskurs ist demnach ein akteursgesteuerter, von einzelnen Akteuren initiiertes resp. erzeugter Diskurs, der sich nicht allein aus dem demografischen Zustandsbild ergeben hat und ergibt. Durch die Befragung konnte belegt werden, dass die Politik Einfluss auf Diskursschwerpunkte sowie auf die gesellschaftlich-öffentliche Bedeutung des demografischen Wandels und insbesondere auf die demografische Forschung nimmt. Wissenschaftliche Betrachtungen zu demografischen Veränderungen würden auf diese Weise politisiert.⁵ Eine stärkere Verantwortung der Nachbardis-

¹ Vgl. z. B. WINGEN (2003).

² Vgl. hierzu BMI (2011, 2012 und 2013) sowie HÜTHER und NAEGELE (2013).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Wissenschaft, Nr. 43, Wissenschaft / Politik, Nr. 55; vgl. auch LUTZ (2008), S. 17ff.

⁴ Siehe z. B. auch bei EHMER (2013).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 58.

ziplinen der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft ist folglich dahingehend einzufordern, sich darin bewusst zu sein, perspektiven- und meinungsbildend zu sein. Literatur und Befragung zeigen, dass Prognosen einen großen Stellenwert bei der Bildung von Perspektiven und Meinungen im demografiepolitischen Diskurs einnehmen. Sie sind Ausdruck des Trends zur Quantifizierung. Es herrscht unter dem Großteil der Befragten sowie auch in der wissenschaftlichen Literatur ein nahezu unerschütterliches Vertrauen in demografische Prognosen, Vorausberechnungen, Projektionen und Annahmen. Die Prognosefähigkeit müsse allerdings angezweifelt werden¹, da sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen, in deren Rahmen sich demografische Entwicklungen vollzögen, als dynamisierende Faktoren mehrheitlich ausgespart blieben². Jene Prognosen versuchten, den demografischen Wandel durch demografische Kennziffern zu erklären, nicht jedoch durch die jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.³ Dennoch wird die Prognosefähigkeit der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft zum Großteil bejaht. Es herrscht eine Prognosegläubigkeit unter den befragten Akteuren, die mit Verweis auf sich kaum verändernde demografische Kennziffern nicht hinterfragt wird. Dabei projizieren Prognosen die zukünftige demografische Entwicklung und mit ihr einhergehende Konsequenzen für die Gesellschaft auf die Gegenwart. Dadurch wird die Gegenwart mit der Zukunft belastet, ohne genau zu wissen, welche Auswirkungen tatsächlich eintreten werden. Die Belastbarkeit von Trendfortschreibungen der Vergangenheit in die Zukunft auf Basis unzureichend getroffener Annahmen müsse in Zweifel gezogen werden.⁴ Aus unklaren Einzelentwicklungen würden (Makro-)Trends abgeleitet, die weitgehend ungewiss seien.⁵ Auf diese Weise werden im demografiepolitischen Diskurs Prognosen, Annahmen und Vermutungen zu Fakten, die Handlungsgrundlagen der Politik werden⁶ und politisches Handeln rechtfertigen.

Der Aussagegehalt von Prognosen sowie die Prognosegläubigkeit müssen kritisch hinterfragt werden.⁷ Die Befragten zeigen große Unsicherheiten hinsichtlich der erwarteten Auswirkungen auf die Gesellschaft auf, die von demografischen Veränderungen ausgingen. Es existiert eine Vielzahl und Vielfalt an gesellschaftsstrukturellen Kräften und Entwicklungen, die nicht demografiebedingt sind, einen vergleichbaren oder größeren Einfluss als demografische Veränderungen besitzen und sich nicht projizieren lassen. Das versuchte Antizipieren von vermu-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38 und 60, Wissenschaft / Politik, Nr. 54, und vgl. auch BRETZ (2001), S. 906ff.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 42, sowie BOSBACH und KORFF (2011).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17 und 20, Politik, Nr. 22, und vgl. auch bei EHMER (2013).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Publizistik, Nr. 28, sowie BOSBACH und KORFF (2011).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

⁶ Vgl. hierzu BINGLER und BOSBACH (2004), S. 725ff.

⁷ Vgl. auch BRETZ (2001), S. 906ff.

teten Folgen birgt daher mehr Spekulation als Wahrheit und zeugt von einem politischen Reduktionismus. Der spekulative Charakter wachse mit der Ausweitung des zeitlichen Betrachtungshorizonts.¹ Zugleich würden erst in einer langfristigen Perspektive die Auswirkungen des demografischen Wandels sichtbar und eine handlungsverändernde Wirkung politischen Handelns erreicht.² Der Blick in die Zukunft könne „allenfalls nach Kräften fragen, [welche] die künftige Entwicklung beeinflussen könnten, oder nach erkennbaren Veränderungen von Interessenstrukturen.“³

„Das heißt, es gibt eine ganze Menge von Dingen, die wir nicht wissen, aber im Grunde auch nicht wissen können, weil der Prozess ohne Vorbild ist. Wir erleben da auch was Neues als Gesellschaften, die davon betroffen sind. Das erzeugt natürlich Unsicherheiten, dann gibt es Unheilspredigten, Schwarz-Weiß-Malerei.“⁴

Der demografische Wandel wird in der Gesellschaft entsprechend negativ konnotiert. Den mit den demografischen Veränderungen in Verbindung stehenden geläufigen und im demografiepolitischen Diskurs häufig verwendeten Begriffen lägen überwiegend negative Assoziationen zugrunde.⁵ Dies hat die Befragung in weiten Teilen bestätigen können. Lediglich ein geringer Teil der Befragten kann dem demografischen Wandel etwas Positives abgewinnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass erst aus der negativen Assoziation von Bevölkerungsrückgang und -alterung eine breite gesellschaftliche und damit auch politische Aufforderung zur Auseinandersetzung mit demografischen Veränderungen entstanden sei.⁶ Indes würden in der Politik jüngst zunehmend die mit dem demografischen Wandel sich bietenden Chancen und Potentiale gesehen, die es verstärkt zu nutzen bzw. zu heben gelte.⁷ Dieser Versuch, eine negativ angesehene demografische Entwicklung als Chance zu begreifen und damit gesellschaftspolitisch zu fokussieren, ist als Bevölkerungsmarketing zu qualifizieren.

Im Wege des Bevölkerungsmarketings kann die Politik das immer noch bestehende moralische Problem umgehen, demografische Probleme mit bevölkerungsorientierten politischen Maßnahmen direkt zu adressieren. Wie die Befragung gezeigt hat, ist politisches Handeln jedoch nur vordergründig auf die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ausgerichtet. Es zielt hintergründig auf eine aktive, beeinflussende Gestaltung der demografischen Entwicklung. Der demografische Wandel bietet als gesellschaftliche Aufgabe und tiefgreifender Veränderungsprozess großes Potential zur politischen Legitimation weitreichender

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, Politik, Nr. 22.

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11 und 13, Wissenschaft, Nr. 15, 16, 17, 24 und 32.

³ Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁴ Befragung, Wissenschaft, Nr. 43.

⁵ Vgl. hierzu DEMENY (2003), S. 91ff.

⁶ Vgl. hierzu RAMSDEN (2009), S. 853ff., und auch bei MACKENSEN (1998).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft Nr. 6, 18, 20, 32, 38 und 56, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8 und 9, Politik, Nr. 23.

Handlungsprogramme, die nicht immer etwas mit Demografie zu tun haben.¹ Ein Gesprächspartner konstatiert für das Verhältnis von Politik und Wissenschaft im Umgang mit demografischen Veränderungen: „Mit dem Wissen von demografischen Indikatoren haben sie eine höhere Legitimation bezüglich Planung, Politikberatung, wissenschaftliche Publikation.“² Ein anderer Gesprächspartner schlussfolgert eine „falsche Indienstnahme der Demografie für politisch legitime Zwecke.“³ Demnach werden abstrakte, vom demografischen Wandel ausgehende Gefährdungslagen gezeichnet, die von der Bevölkerung als Handlungsgrundlage akzeptiert und legitimiert werden. Warum dies so ist, analysiert ein Gesprächspartner wie folgt: „Abstrakte Probleme sind für Menschen einfacher auszuhalten als konkrete Probleme.“⁴ Die Abstraktheit des soziokulturellen Wandels der Gesellschaft wird im demografiepolitischen Diskurs in die Konkretheit der Entwicklung und Ausprägung demografischer Kennziffern überführt. Die gesellschaftliche Komplexität wird vereinfacht, indem der komplexe soziokulturelle Wandel anhand von demografischen Veränderungen beschrieben und erklärt wird, und auf diese Weise eine Instrumentalisierung der Demografie ermöglicht. Die interessegeleitete Instrumentalisierung demografischer Fakten dient dazu, mediale Stimmungslagen zu genieren und Rückhalt unter der Bevölkerung für die politische Ideologie einer modernen Familienpolitik zu schaffen.

Die Warn- und Dramatisierungsfunktion von Prognosen kommt hierbei der Demografiepolitik zugute, denn: Politik mit Demografie zu machen ist nur dann sinnvoll resp. erfolgreich, wenn die Projektionen die Fiktionen so real werden ließen, dass Legitimität geschaffen werde⁵. Hierfür spielten Emotionen eine besondere Rolle.⁶ Akzeptanz für eine Demografiepolitik, die vor allem nachwachsende Generationen betrifft, kann über das Schüren von Ängsten geschaffen werden. Da der demografische Wandel überwiegend negativ konnotiert wird, sind der demografiepolitische Diskurs sowie das demografiepolitische Handeln zur Plattform für das Spiel mit unbestimmten Zukunftsängsten geworden. Demografische Kennziffern würden benutzt, „um [...] Gesellschaftsperspektiven durchzubringen, und zum Teil wurden demografische Entwicklungen immer mit kulturpessimistischen Trends, mit apokalyptischen Trends in Verbindung gebracht [...]. Alles, was demografisch geschieht, wurde eigentlich immer seit dem achtzehnten Jahrhundert sehr stark negativ mitinterpretiert.“⁷ Dadurch wird ein Angst-

¹ Für das Verhältnis von Demografie und Politik siehe auch BIRG (2005b), S. 194ff.

² Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

³ Ebd., Nr. 36.

⁴ Ebd., Nr. 35.

⁵ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 21 und 35, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 65.

⁷ Ebd., Nr. 35.

bild der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft gezeichnet¹, welches dazu führt, dass politische Handlungsnotwendigkeiten, die mit demografischen Veränderungen begründet werden, Akzeptanz unter der Bevölkerung finden, auch wenn diese gar nicht demografiebedingt sind. Die Identifikation der Bevölkerung mit demografischen Fragestellungen ist hierbei sehr wichtig.² Der demografische Wandel wurde durch die Politik und Medien als Problem der Gesellschaft bis zur Akzeptanz vermarktet. Von derartigen „populistischen und überzeichnenden Darstellungen“ sollte Abstand genommen werden³, fordert ein Gesprächspartner. Ein anderer Gesprächspartner konstatiert: „Also nur eine Bedrohungslage zu erkennen, ist für mich eine Engführung des Themas, sondern wir müssen auch schauen, welche Chancen damit verbunden sind, um dann einen mehr oder minder objektiven Diskurs über das Thema demografischer Wandel überhaupt führen zu können.“⁴ (siehe Kap. 4.1.1).

Die Demografie ist durch die vereinseitigende Darstellung und Wahrnehmung zu einem Katalysator geworden, um die Aufmerksamkeit und Zustimmung der Bevölkerung für andere bislang wenig akzeptierte, demografieferne politische Zielsetzungen zu gewinnen.⁵ Demografische Veränderungen sind jedoch weit mehr ein Resultat von unsachgemäßen politischen Erwägungen, Entscheidungen und Konstruktionsmechanismen der sozialen Sicherungssysteme, wie die Befragung größtenteils erkennen lässt. Eine Aufklärung hierüber unterblieb, weil diese als brisant einzustufen war und ist und folglich kein Interesse daran entstehen konnte. Inzwischen sei der demografische Wandel mit einer Geschwindigkeit und Intensität vorangeschritten, dass auf die Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung unter Heranziehung des Arguments, dass das individuelle Geburtenverhalten nicht beeinflusst werden dürfe, hingewiesen werde.⁶ Dadurch kann die Politik zum einen ohne Widerstand aus der Gesellschaft aus ihrer wissentlichen Verantwortung zur rechtzeitigen Anpassung der Konstruktionsmechanismen der Sozialsysteme treten. Zum anderen können mit Verweis auf die Entwicklung demografischer Kennziffern gesellschaftliche Handlungsnotwendigkeiten ohne Widerstand begründet und umgesetzt werden.

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 64 und 65.

² Siehe z. B. auch bei BROCKE (1998).

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 15.

⁴ Ebd., Nr. 24.

⁵ Siehe auch die Ergebnisse der *Population Policy Acceptance Study* in Deutschland bei DORBRITZ et al. (2005).

⁶ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 17, 48 und 50; siehe auch MAYER (1999).

ZUSAMMENFASSUNG

Infolge der unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft der Nachkriegszeit und Gegenwart sind Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse entstanden. Aus der Vernachlässigung – als Unterthematization und Nicht-Wahrnehmung der demografischen Entwicklung sowie ideologische Abneigung und Tabuisierung verstanden – hat sich dennoch ein beachtlicher Meinungs- und Medienkurs entwickelt, der für eine gesteigerte Aufmerksamkeit für den demografischen Wandel gesorgt hat. Das Thema Demografie ist auf die Tagesordnung der Gesellschaft gelangt und in der politischen Agenda angekommen.

Die Demografie ist selbst zum Katalysator geworden; der Diskurs wird von einem mittels demografischer Prognosen und Annahmen aufgezeigten, wachsenden gesellschaftlichen Problem- und Handlungsdruck angetrieben. Die zugrundeliegenden Prognosen und Annahmen weisen jedoch vielfach Unsicherheiten auf und sind vielmehr bloße Spekulation und darüber hinaus Zeugnis eines Trends zur Quantifizierung in der Wissenschaft.

Die Auseinandersetzung mit demografischen Veränderungen im demografiepolitischen Diskurs hat Konjunktur (siehe Kap. 4). Im Rahmen einer solchen Diskurskonjunktur wird die Demografie instrumentalisiert. Die Instrumentalisierung führt dazu, dass selbst die Vielfalt der terminologischen Argumentationsbasis, welche die demografischen Wissenschaft und Bevölkerungswissenschaft bieten, auf einige wenige, rudimentäre demografische Kennziffern eingeebnet bzw. reduziert wird. Die Diskurskonjunktur ist nicht wissenschaftlich gewachsen, sondern durch ein politisches und medial inszeniertes Bevölkerungsmarketing erzeugt worden. Meinungsdiskurse dominieren, Fachdiskurse treten in den Hintergrund bzw. werden durch Erstere nahezu vollständig überdeckt. Betroffenheit und Akzeptanz in der Bevölkerung werden durch die gesellschaftliche Kontextualisierung der demografischen Entwicklung (siehe Kap. 3.2) geschaffen, wie im Weiteren aufzuzeigen sein wird. Die Demografie sei zur Gesellschaftsperspektive geworden und diene als Projektionsfläche für unbestimmte Zukunftsängste (siehe Kap. 4.1.1).¹ Die demografische Entwicklung bzw. demografische Kennziffern werden instrumentalisiert, um Akzeptanz zu schaffen sowie Bestätigung und Legitimation zu sichern. Voraussetzung hierfür sind entsprechende gesellschaftliche Stimmungslagen. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass sich in ihnen Assoziationen manifestieren, welche dem demografischen Wandel eine übergesteigerte Bedeutung für die Gesellschaft zusprechen. Sie zeugen darüber hinaus von einer inszenierten, realitätsfernen monopolistischen Geschlossenheit der Akteure in der Gesellschaft und deren Meinungen.

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

Die Instrumentalisierung zeugt zugleich von der Aufarbeitung des infolge der Zeit des Nationalsozialismus belasteten Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Individuum. Die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel bietet die nötige Plattform, Staat und Individuum als kleinste Einheit der Gesellschaft einander wieder anzunähern. Die Gesellschaftssysteme sind dabei Ankerthema und Medium zur Verhandlung und Adressierung von Demografie in der Gesellschaft. Konstruktionsfehler in den Gesellschaftssystemen sind auf die unzureichend institutionalisierte Demografielandschaft zurückzuführen, die als Prüfungs- und Kontroll- sowie disziplinwahrende Instanz wirkt. Zwar hat die Auseinandersetzung mit der demografischen Entwicklung dazu beigetragen, bedeutende Fachthemen der Gegenwart und Zukunft gesellschaftsfähig zu machen. Die Demografie ist aber für Diagnosen untauglich. Es mangelt den Akteuren in der Politik an der nötigen kritischen (Selbst-)Reflexion ihrer Argumentation, um zu erkennen, dass der demografische Wandel vielmehr perspektivisches denn kausales Potential für etwaige Zukunftsprobleme der Gesellschaft birgt.

3.2 Gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels

In diesem Kapitel werden Mechanismen behandelt und Befunde zusammengetragen, die für eine gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels sprechen. Es wird aufgezeigt, welche Bedeutung der jeweilige gesellschaftliche Kontext für die Art und das Ausmaß der Behandlung der demografischen Entwicklung besitzt. Ausgangspunkt der Betrachtung bilden die Zusammenhänge zwischen Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und Bevölkerungsalterung. Es wird zunächst der Frage nachgegangen, wie sich Geburtenrückgang und Bevölkerungsalterung zueinander verhalten, um anschließend zu klären, welche demografischen Ursachen und Folgen des demografischen Wandels auszumachen sind. Im weiteren Verlauf des Kapitels wird der demografische Wandel als Prozess charakterisiert. Im Besonderen wird herausgearbeitet, inwiefern der Wandel als stetiger Veränderungsprozess und als Umbruchsituation wahrzunehmen und zu bezeichnen ist. Den Kern der Argumentation bildet die Funktion der Prognose, mit der die Diskurskonjunktur im Spannungsverhältnis von Faktizität und Perspektive belegt wird. Dabei wird Bezug genommen auf die im vorangegangenen Kapitel behandelten Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse. Es wird aufgezeigt, dass die unzureichend institutionalisierte Demografie einer Gelegenheitsdemografie und einem Lobbyismus Vorschub leisten, in deren Zuge demografische Entwicklungen und Kennziffern als Universalargument in die Gesellschaft eingebracht werden.

In Reaktion auf die Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse, die mit sich brachten, dass demografische Veränderungen in der Gesellschaft lange Zeit überhaupt nicht thema-

tisiert wurden, werden heute nahezu alle Gesellschaftsbereiche nach Auswirkungen und Entwicklungen abgesehen, für die der demografische Wandel als Ursache in Betracht kommt¹. Dieses Vorgehen darf jedoch nicht dazu führen, dass – so hat die Befragung ergeben – Gesellschaftssysteme und -bereiche überwiegend unter dem Blickwinkel der Demografie betrachtet werden, um eine demografische Kausalität nachzuweisen resp. zu konstruieren. Dies hat zur Folge, dass, wenn über gesellschaftliche Entwicklungen in der Literatur und von den Befragten gesprochen wird, stets der demografische Wandel betrachtet wird. Dadurch wird der Weg für eine demografische Kontextualisierung in der Gesellschaft bereitet. Stattdessen ist dafür zu sensibilisieren, dass „die gesellschaftlichen Veränderungen und auch die Entwicklungen der vergangenen fünfzig Jahre, also seit vor allem den 60ern mit den Babyboomer-Jahrgängen, [...] sich jetzt eigentlich in der demografischen Entwicklung [manifestieren], die wir haben.“²

Die Bedeutung der demografischen Entwicklung für eine Gesellschaft ergebe sich somit nicht allein aus der Ausprägung einzelner demografischer Kennziffern. Sie sei vielmehr vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext und Entwicklungsstand eines Landes abhängig, so der Großteil der Befragten.³ Die demografische Entwicklung selbst sei Ausdruck der individuellen Mentalität eines Landes und dessen historisch-gesellschaftlicher Entwicklung.⁴ Dies soll an folgendem Beispiel veranschaulicht werden: Hierzulande werden im gegenwärtigen demografiepolitischen Diskurs der Bevölkerungsrückgang und die Bevölkerungsalterung in ihren möglichen Auswirkungen für die Gesellschaft problematisiert. In den Entwicklungsländern hingegen zeigt sich eine problematische Bevölkerungsentwicklung bekanntlich durch starkes Bevölkerungswachstum und eine Verjüngung der Bevölkerung. Letztere Entwicklungen bezeichnen aber nicht den demografischen Wandel. Obwohl ein Geburtenrückgang und die demografische Alterung nachweislich das Ergebnis des medizinischen Fortschritts sind und als solche moderne Gesellschaften charakterisieren, sind diese Entwicklungen in den Industrienationen erfahrungsgemäß negativ und in den Entwicklungsländern ohne Zweifel positiv konnotiert. Diese Konnotationen können nicht unter Heranziehung des Arguments, dass in den Industrienationen die Geburten nicht mehr ausreichen, die Sterbefälle zu kompensieren, um den Bevölkerungsbestand zu erhalten⁵, erklärt werden. Zum einen werde von einer Politik, die das Ziel verfolgt, einen erreichten Bevölkerungsbestand zu erhalten, Abstand genommen.⁶

¹ Vgl. hierzu insbesondere BIRG (2005a) und KAUFMANN (2005).

² Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

³ Vgl. hierzu auch BIEBER (2011).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 29 und 39; vgl. hierzu auch HENBLER und SCHMID (2007).

⁵ Vgl. BIRG (2005b und 2006), KAUFMANN (2005) und HELLER (2007), S. 190ff.

⁶ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13 und 23, Wissenschaft, Nr. 15, 38, 40, 43 und 48.

Zum anderen sei es nicht realistisch, die nicht erfolgten Geburten durch vermehrte Zuwanderung auszugleichen.¹ Zwar werde die Entwicklung der Geburtenrate als naturgegeben und unbeeinflussbar akzeptiert.² Jedoch habe die Politik in der Vergangenheit über die Sozialsysteme faktisch Einfluss auf das generative Verhalten genommen.³ Zudem bleibt in diesem Zusammenhang unschlüssig, wieso ein Zustand beklagt werden sollte, der nicht beeinflusst werden könne, wenn die Bedeutung der quantitativen Kraft der Bevölkerung im demografiepolitischen Diskurs durch Betrachtungen und Handlungsstrategien ersetzt werde, die Qualitäten betonten und damit einhergehend eine stärkere Aktivierung und Qualifizierung der verbleibenden Bevölkerung einforderten⁴. Dies bedeutet, dass die unterschiedlichen Konnotationen von Geburtenrückgang und demografischer Alterung, die in den Industrienationen und Entwicklungsländern bestehen, nicht in entscheidendem Maße davon abhängen können, ob angesichts dieser demografischen Entwicklungen Sterbefälle ausgeglichen werden und damit der Bevölkerungsbestand erhalten bleibt oder nicht.

Die vorangehend dargestellten Befragungsergebnisse und Zusammenhänge weisen darauf hin, dass nicht die demografische Entwicklung selbst als problematisch für eine Gesellschaft anzusehen ist. Sie erhält erst im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturen ihre positive oder negative Bedeutung, die ihr Akteure im Diskurs zuschreiben.⁵ Mit der Bewertung der demografischen Entwicklung und insbesondere der Geburtenentwicklung wird die normative Aufladung des demografiepolitischen Diskurses deutlich. Da die demografische Entwicklung somit erst in der Perspektive des jeweiligen nationalstaatlichen Kontextes als Chance oder Risiko wahrgenommen wird, muss die Wahrnehmung und Thematisierung von demografischen Veränderungen im demografiepolitischen Diskurs als „Betrachterproblem“ kategorisiert werden. Dies spricht für eine Kontextsensitivität und Kontextualität der demografischen Entwicklung, wenn Ursachen und Folgen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft eruiert werden sollen⁶. Zum Beispiel könnten anhand von Veränderungen in der Zahl der Geburten mögliche Folgen für die Gesellschaft nicht verlässlich ermittelt werden, wenn nicht auch die Geburtenrate ins Verhältnis mit der zum Zeitpunkt vorherrschenden Zahl an gebärfähigen Frauen gesetzt werde.⁷ So kann sich die Geburtenrate

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 15, 19, 24, 32, 36 und 45, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 13 und 23.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20, 21, 24 und 32, Politik, Nr. 22 und 23.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 21, 34, 35, 39, 43 und 56, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13 und 69, Wissenschaft, Nr. 18, 26, 35, 36, 50, 64 und 68, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, 50, Wissenschaft / Politik, Nr. 55, und insbesondere HONDRICH (2007).

⁵ Vgl. analog z. B. bei GANS (2011) oder RAMSDEN (2009), S. 853ff.

⁶ Vgl. hierzu z. B. SCHIMANY (2003).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 25, 37 und 43.

zwar verringert haben, allerdings können gesellschaftliche Veränderungen angestoßen worden sein, die die Geburtenrate im gesellschaftlichen Kontext völlig anders interpretieren lassen. Derzeit werden der Vergleich von Geburtenraten und die Entwicklung dieser häufig allein an Kennziffern festgemacht, ohne die Kontextualität des Zustandekommens, also die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zu erfassen.

Unter Ursachen und Folgen des demografischen Wandels werden im demografiepolitischen Diskurs unterschiedliche Sachverhalte verstanden. Die Befragung hat ergeben, dass Ursachen häufig als Folgen begriffen werden, und umgekehrt.¹ Die Befragten lassen erkennen, dass es eine Frage des Betrachtungsansatzes ist, was unter Ursachen und Folgen zu verstehen ist. Auf die Frage nach den Ursachen des demografischen Wandels wird einerseits auf die Entwicklung der demografischen Kennziffern verwiesen. Dadurch wird der Versuch unternommen, die demografische Entwicklung durch die Entwicklung ihrer zugrundeliegenden Kennziffern zu erklären.² Die Kennziffern können jedoch allenfalls einer quantitativen bzw. rechnerischen Beschreibung des demografischen Wandels dienen. Andererseits werden unter Ursachen jene gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen verstanden, die nicht auf die Entwicklung demografischer Kennziffern zurückgeführt werden könnten, sondern selbst Ursache für die veränderte demografische Entwicklung seien.³ Ein unterschiedliches Verständnis hat auch die Frage nach den Folgen des demografischen Wandels unter den Befragten offenbart. So werden zum einen unter den Folgen die erwarteten Auswirkungen der demografischen Veränderungen für die Gesellschaft und ihre Sozialsysteme begriffen. Zum anderen wird in dem Verständnis, dass dem demografischen Wandel eine Veränderung der demografischen Kennziffern zugrunde liege, unter Folgen einerseits der Geburtenrückgang, der aus einer niedrigen Fertilität resultiere, und andererseits eine demografische Alterung, die auf den Geburtenrückgang und eine verlängerte Lebenserwartung zurückzuführen sei, verstanden. Der Begriff des demografischen Wandels ist somit nur eine abstrakte Umschreibung dessen, dass sich demografische Kennziffern verändern.⁴ In der Literatur und unter den Befragten suggeriert der Geburtenrückgang eine Betrachtung der Ursachen und die demografische Alterung eine Betrachtung der Folgen des demografischen Wandels. Beide Befunde umschreiben aber die Folgen der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen lediglich in einer die demografische Entwicklung hervorhebenden Sprache. Der Geburtenrückgang und die demografische Alte-

¹ Vgl. z. B. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44, Wissenschaft, Nr. 45.

² Vgl. z. B. Befragung, Wissenschaft, Nr. 14, 34, 42 und 45.

³ Vgl. ebd., Nr. 17, 20, 31, 36, 37, 40, 42, 47, 48 und 56, Publizistik, Nr. 41, Wissenschaft / Politik, Nr. 53 und 55.

⁴ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 47.

rung werden dadurch als Betrachtungsansätze miteinander vermengt.¹ Im Diskurs werde die demografische Alterung auf den Geburtenrückgang reduziert.² Der Geburtenrückgang sei jedoch nicht die gewichtigste Ursache der demografischen Alterung.³ Zu nennen sind hier im Weiteren die steigende Lebenserwartung und zunehmende Wanderungsbewegungen. Eine steigende Lebenserwartung ist sowohl für die niedere als auch die fernere Lebenserwartung kennzeichnend, wie Statistiken belegen.⁴ So haben die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit und die gewonnenen Lebensjahre im Alter zur demografischen Alterung beigetragen. Ebenso könne die Bevölkerung hierzulande auch durch eine gesteigerte Zuwanderung altern, da vor allem Menschen im erwerbsfähigen Alter zuwanderten und mit ihrem Altern den Anteil älterer und alter Menschen steigerten.⁵ Darüber hinaus stellt der kausale Zusammenhang zwischen Geburtenrückgang und demografischer Alterung eine geläufige Argumentation dar, die auf der vermeintlich logischen Annahme beruht, dass, nur wer geboren wurde, auch altern kann. Ausbleibende Geburten führen zwar vorübergehend zu einem, gemessen am Anteil der Kinder und Jugendlichen, wachsenden Anteil alter Menschen. Eine demografische Alterung ist damit jedoch nur in Relationen bzw. die Altersstruktur betreffend temporär, aber nicht in absoluter Hinsicht für das native Alter der Bevölkerung dauerhaft gegeben. Geburtenrückgang und demografische Alterung sind daher voneinander zu trennen. Die Befragung offenbart: Im demografiepolitischen Diskurs wird hier die unzureichende Kenntnis der formalen Demografie sichtbar. Dies ist auf die unzureichend institutionalisierte Demografielandschaft und in deren Folge auf die Vielzahl von im Diskurs auftretenden Gelegenheitsdemografen zurückzuführen. Letztere reduzierten demografisch bedingte Ursachen und deren Folgen für die Gesellschaft auf einen demografischen Kern und eine demografisierte Peripherie.⁶

Darüber hinaus werde im demografiepolitischen Diskurs der demografische Wandel durch Prognosen als nicht beherrschbare Größe kommuniziert, indem vorrangig längerfristige Zeithorizonte vermittelt würden.⁷ Die Langfristigkeit vermittelt mangels konkreter Vorstellungen und Annahmen über künftige gesellschaftliche Verhältnisse eine Unbeherrschbarkeit. Diese Unbeherrschbarkeit ist Ausdruck der Dramatisierung⁸, durch die demografische Veränderungen als zentrales Gesellschaftsthema im öffentlichen Diskurs hoch gehalten werden. Es ist

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17, 25, 37 und 42, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39.

³ Vgl. SCHIMANY (2003).

⁴ Siehe auch bei destatis (2013b).

⁵ Vgl. HELLER (2007), S. 194f.

⁶ Vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, sowie BOSBACH und KORFF (2011).

⁸ Vgl. hierzu auch BINGLER und BOSBACH (2004), S. 725ff. sowie BOSBACH (2006), S. 96ff.

daher keine spezifische Eigenart des demografischen Wandels, als schleichender Veränderungsprozess zu gewaltigen Auswirkungen zu führen, und auch nicht, dass er schleichend beginne und mit zunehmender Zeit immer deutlichere Spuren in der Gesellschaft hinterlasse¹. Vielmehr ist es eine allgemeingültige statistische Tatsache, die einer jeden Prognose oder Vorhersage zu eigen wird. Prognosen belasten die Gegenwart mit der Zukunft, und mögliche Auswirkungen, die von einer sich ändernden demografischen Entwicklung ausgehen, werden als Umbrüche auf das Hier und Jetzt projiziert. Aus Prognosen schöpft die Demografie ihre große Aufmerksamkeit in der Gesellschaft. Mit der Kennzeichnung als Umbruch werde den demografischen Veränderungen und ihren erwarteten mittel- und langfristigen Auswirkungen für die Gesellschaft eine Plötzlichkeit attestiert, obwohl demografische Veränderungen in der gesellschaftspolitischen Diskussion vormals kaum beachtet worden seien.² Die Politik nutzt die Aufmerksamkeit für die sich plötzlich ankündigenden Auswirkungen, um sich aus der Verantwortung zu ziehen, Handlungsversäumnisse insbesondere im Bereich der Ausgestaltung der Gesellschaftssysteme einzugestehen, die zu Inkompatibilitäten mit der demografischen Entwicklung geführt haben (siehe Kap. 5.4). Stattdessen wird auf die Unbeeinflussbarkeit und Unbeherrschbarkeit der demografischen Veränderungen verwiesen und das individuelle Geburtenverhalten verantwortlich gemacht.

Entgegen dieser hinsichtlich der Folgen transportierten Umbruchsituation, die mit dem demografischen Wandel verbunden wird, verlaufen demografische Veränderungen kontinuierlich und stetig³. Heute werde die demografische Entwicklung als Synonym für den demografischen Wandel genutzt, der eine kontextuale Zuspitzung transportiere, die eigentlich die Entwicklung des Geburtenrückgangs und der demografischen Alterung meine.⁴ Der demografische Wandel beschreibe ein Zeitintervall aus der allgemeinen demografischen Entwicklung und definiere zwei Zeitpunkte, zu denen die jeweiligen demografischen *Zustandsbilder* zueinander in Beziehung gesetzt würden.⁵ Insofern ist der demografische Wandel eine Frage der Perspektive und seines Betrachters⁶, die allgemeine demografische Entwicklung in eine Entwicklungsrichtung zu beschränken. Der demografische Wandel definiere Umstände und Entwicklungsrichtungen einer bestimmten Entwicklung von demografischen Kennziffern unter negativem Vorzeichen und sei insofern Ausdruck der Dramatisierung im Diskurs.⁷ Im demografiepolitischen Diskurs wird eine Eindimensionalität bzw. Tendenz der Entwicklungsrich-

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 9 und 11, Wissenschaft, Nr. 45.

² Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 4 und 28, Wissenschaft, Nr. 6 und 15.

³ Vgl. hierzu auch Befragung, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft, Nr. 65.

⁴ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁵ Vgl. BIRG (2006) und Befragung, Wissenschaft, Nr. 50.

⁶ Siehe auch bei BIEBER (2008).

⁷ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 28; siehe insbesondere ETZEMÜLLER (2007).

tung des Wandels suggeriert.¹ So wird beispielsweise – das hat auch die Befragung ergeben – eine rückläufige Lebenserwartung oder ein Wiederanstieg der Geburtenrate nicht unter dem Begriff subsumiert. Es ist daher zu schlussfolgern, dass der Begriff demografischer Wandel normativ aufgeladen ist, weil er nicht nur eine veränderte Entwicklung von demografischen Kennziffern beschreibt. Er macht darüber hinaus eine Umbruchsituation mit Konsequenzen für die Gesellschaft deutlich, die bewertet wird.

Der demografische Wandel unterliegt als Gegenüberstellung von zwei ausgewählten demografischen Zustandsbildern, um demografische Veränderungen und gesellschaftliche Umbrüche sichtbar zu machen, selbst dem Wandel. Damit ist die Schwierigkeit verbunden, den demografischen Wandel in Ausgangs- und Endzustand in einem breiten gesellschaftlichen Konsens zu definieren. Die Zeitpunkte der Betrachtung können beliebig gesetzt werden; dementsprechend fallen auch die darauf basierenden Analysen und Befunde unterschiedlich aus. Da der begrifflichen Bedeutung des demografischen Wandels der menschliche Erfahrungszeitraum zugrunde liege², ist der demografische Wandel eine Ansichtssache und Ausdruck eines gesellschaftlichen Wertewandels und nicht einer tendenziell richtungsweisenden Veränderung von einzelnen demografischen Kennziffern. Er ist somit eine Definitionsfrage in Abhängigkeit vom betrachteten Zeitraum. Realistischer sei es, demografische Veränderungen als sich normalisierende, einpendelnde und wellenartige, zuweilen zyklische Entwicklungen zu fassen.³ Nach einer Veränderung wird kurzzeitig ein neues quasi-stationäres Niveau erreicht, bis sich eine erneute demografische Veränderung als Welle vollzieht. Demografische Wellen als *Veränderungsphasen* korrelieren mit den Diskursen, die in der Gesellschaft geführt werden. Es handle sich um Aufmerksamkeitswellen bzw. -spannen im Diskurs⁴, in die sich auch die aktuelle Diskurskonjunktur demografiepolitischer Fragestellungen einordnen lässt.

Mit Blick auf die zu erwartenden Auswirkungen ist die sich verändernde demografische Entwicklung nicht das eigentliche Problem der Gesellschaft – es ist vielmehr der gesellschaftliche Kontext, innerhalb der sich die demografische Entwicklung vollzieht.⁵ Auf diese Weise werde die Demografie zum Indikator für fehlerhafte Konstruktionsmechanismen und zum sichtbaren Ausdruck gesellschaftlicher Probleme.⁶ Die sich kontinuierlich vollziehende demografische Entwicklung wurde – das belegt ein Blick zurück auf die Entwicklung der Gesellschaft in Deutschland – von gesellschaftspolitischen Umbrüchen begleitet. Gesellschafts-

¹ Siehe z. B. BMI (2011).

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18 und 34, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft / Politik, Nr. 49 und 55.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18, 19, 34 und 60, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft / Politik, Nr. 49 und 55.

⁵ Vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 38.

⁶ Vgl. ebd., Nr. 24 und 34.

systeme waren und sind im Zeitverlauf erwiesenermaßen revolutionären Veränderungen unterworfen. In diesem Zusammenhang sei es auch nicht gerechtfertigt, von *dem* demografischen Wandel zu sprechen. Dadurch werde der demografische Wandel zu einer Ausnahmesituation deklariert.¹ Historisch gesehen gab es jedoch immerzu demografische Veränderungen, die teils größere quantitative Verschiebungen in der Entwicklung demografischer Kennziffern bewirkt haben als aktuell prognostiziert werden².

Die konjunkturellen Wellen im Diskurs beschrieben in chronologischer Abfolge eine Phase der Nicht-Wahrnehmung, der Unterthematisierung, die durch Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse geprägt ist, und die aktuell stattfindende Überthematisierung, die durch eine Instrumentalisierung demografischer Veränderungen gekennzeichnet ist.³ Dramatisierung und Verharmlosung im Diskurs resp. polarisierende Argumentationsmuster resultieren aus den unterschiedlichen Phasen der Thematisierung des demografischen Wandels. Die Politik verhindert, dass der dramatisierende Diskurs ermattet, indem die gesellschaftliche Bedeutung von demografischen Veränderungen aufs Neue bekräftigt wird.⁴ Beispielsweise würden plastische Szenarien aufgezeigt, die schwerwiegende Konsequenzen für die Gesellschaft aus demografischen Prognosen herleiteten.⁵ Dadurch wird ein Diskursklima der Akzeptanz für politisches Handeln geschaffen, welches auf demografischen Argumenten beruht. Die Demografiepolitik habe das Übergangsmanagement von einem zum anderen demografischen Zustand zum Ziel.⁶ Mit dem Betrachtungsansatz der Demografisierung reagiert die Wissenschaft kritisch auf die Überthematisierung von demografischen Veränderungen⁷, die im Rahmen eines politischen Reduktionismus betrieben wird.

Der Reduktionismus besteht darin, dass in vielen gesellschaftlichen Sachverhalten und individuellen Erfahrungshorizonten des Lebens „demografische Grunderfahrungen“ gesucht würden⁸. Die Befragung hat gezeigt, dass der demografische Wandel als Konjunkturthema zum Forum von Interessen geworden ist, die in der Gesellschaft vorherrschen. Dabei sind demografische Veränderungen nicht aufgrund von zu beobachtenden gesellschaftlichen Veränderungen in den Fokus politischen Handelns gerückt. Sie seien vielmehr Abbild der medialen

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 40.

² Siehe hierzu z. B. EHMER (2013).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5 und 21, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁴ Vgl. hierzu auch ETZEMÜLLER (2007).

⁵ Vgl. hierzu auch BINGLER und BOSBACH (2004), S. 725ff. sowie BOSBACH (2006), S. 96ff.; siehe zudem BOSBACH und KORFF (2011).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17, 24 und 32, Publizistik, Nr. 28.

⁷ Siehe insbesondere BARLÖSIUS und SCHIEK (2007) und BÜRKNER (2011) sowie vgl. auch SACKMANN und BARTL (2008), S. 2627ff.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 29.

Aufmerksamkeit.¹ Die Faktizität der demografischen Entwicklung spielt eine bedeutende Rolle für die Nachvollziehbarkeit und Erlebbarkeit von demografischen Veränderungen. Da die Befragten betonen, dass im Vergleich zu den in Prognosen dargestellten zu erwartenden umbruchartigen Veränderungen heute noch vergleichsweise günstige demografische Verhältnisse herrschten und die größten Auswirkungen der demografischen Veränderung noch bevorstünden², ist von einer gegenwärtig noch fehlenden Faktizität des demografischen Wandels und der durch ihn bedingten Problemlagen auszugehen³. Die Politik handelt heute strategisch mit Verweis auf die anstehenden demografischen Veränderungen. Ihre Aufgabe ist es, mithilfe des Bevölkerungsmarketings zu sensibilisieren, vermitteln und gestaltend zu agieren. Dadurch soll verhindert werden, dass sich der demografische Wandel künftig überhaupt auswirkt. Ermöglicht wird dieses Vorgehen durch eine Lobby, die unterschiedlichste gesellschaftspolitische Interessen mit demografischen Argumentationen durchsetzen will.⁴ In der durch Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse gekennzeichneten Zeit vor der Diskurskonjunktur existierte eine solche Lobby nicht, sodass die demografische Entwicklung nicht in den Fokus des breiten gesellschaftlichen Interesses gelangen konnte und daher auch nicht durch politisches Handeln adressiert wurde.⁵

ZUSAMMENFASSUNG

Die formale Demografie ist aufgrund der unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft aus dem Blick geraten. Zusammenhänge zwischen Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und Bevölkerungsalterung werden in ihrer Zuordnung als Ursachen und Folgen des demografischen Wandels widersprüchlich diskutiert. Es ist keine saubere Trennung zwischen demografisch und gesellschaftlich bedingten Entwicklungen und Wirkungen möglich. Gesellschaftsbereiche werden nach Entwicklungen abgesucht, für die der demografische Wandel als Ursache infrage kommt. Der Reduktionismus stellt eine verkürzte Argumentation dar, die das Demografische als das Ursächliche betrachtet.

Dramatisierung und Verharmlosung im Diskurs sowie die ihnen zugrundeliegenden polarisierenden Argumentationsmuster resultieren aus unterschiedlichen Phasen der Thematisierung des demografischen Wandels, der sehr lange unterthematziert war und seit der Jahrtausendwende überthematziert wird. Ausdruck der Überthematizierung ist die Demografisierung, die als Reaktion auf die Unterthematizierung zu deuten ist. Besondere Bedeutung für die Thema-

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Publizistik, Nr. 4, und BECK-GERNSHEIM (2006), S. 7ff.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Wissenschaft, Nr. 26 und 32.

³ Vgl. hierzu auch BINGLER und BOSBACH (2004), S. 725ff.

⁴ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 30, 37 und 65.

⁵ Siehe auch BROCKE (1998).

tisierung besitzen Prognosen. Die in der Prognose aufgezeigte weitere demografische Entwicklung wird zu einem Faktum, dem gesellschaftliche Auswirkungen in der Gegenwart attestiert werden.

Auf diese Weise sollen die Versäumnisse der Vergangenheit, die demografische Entwicklung nicht bzw. nur vernachlässigt behandelt zu haben, bewältigt werden, für die bislang keine Lobby existierte. Jedoch wird der demografische Wandel von der Politik gegenwärtig mit manipulierender Absicht mehrheitlich laienhaft ohne die nötige wissenschaftliche Profession dargestellt bzw. behandelt. Die interessegeleitete Instrumentalisierung der demografischen Entwicklung bildet den Kern einer Diskurskonjunktur, die viele Gelegenheiten schafft, um mit Demografie zu argumentieren und zu beeindrucken. Diese wird in Kap. 4 in ihren vielen Facetten eingehend untersucht.

Eine weitere Funktion der Prognose ist, die stetige demografische Entwicklung als Wandel- und Umbruchsituation in der Gesellschaft sichtbar zu machen. Mit Wandel wird Langfristigkeit und Unbeherrschbarkeit transportiert und letztlich eine Unbeeinflussbarkeit signalisiert. Der mit dem Wandel verbundene Umbruch wird dramatisiert und die Demografie weiter als zentrales Problem der Gesellschaft im Diskurs hoch gehalten. Zugleich lenkt diese Lesart der demografischen Entwicklung von Konstruktionsfehlern in den Gesellschaftssystemen ab. Es ist keine spezifische Eigenart des demografischen Wandels, als schleichender Veränderungsprozess zu gewaltigen Auswirkungen zu führen, und auch nicht, dass er schleichend beginnt und mit zunehmender Zeit immer deutlichere Spuren in der Gesellschaft hinterlässt. Vielmehr ist es eine allgemeingültige statistische Tatsache, die jeder Prognose oder Vorhersage zu eigen wird.

Die demografische Entwicklung ist nicht als gesellschaftliche Wandel- oder Umbruchsituation zu qualifizieren, sondern als stete und kontinuierlich ablaufende Veränderung von demografischen Kennziffern zu begreifen. Wird von einem Wandel gesprochen, muss ein Anfangs- und Endzeitpunkt definiert werden. Der Begriff des demografischen Wandels kennzeichnet daher ein Zustandsdenken, das von einem Ausgangs- und Endzustand ausgeht. Dieses Denken in demografischen Zustandsbildern einer Gesellschaft ist eine Definitionsfrage nach Raum und Zeit. Damit wird der demografische Wandel zu einem temporären Phänomen. Als Modewort zeugt der Begriff Wandel zudem vom normativen Eintrag im Diskurs. Der demografische Wandel ist Ausdruck konjunktureller Wellen bzw. Aufmerksamkeitswellen im Diskurs und damit Spiegel von Interessen, die in der Gesellschaft vorherrschen.

Die demografische Entwicklung läuft immer ab – der demografische Wandel meint ganz bestimmte gesellschaftliche Umstände einer Entwicklungsrichtung. Die Wirkung und Bedeu-

tung der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft ist abhängig vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext und Entwicklungsstand eines Landes. Erst in diesem Kontext wird die Zuschreibung einer positiven oder negativen Bedeutung demografischer Veränderungen möglich. Daher ist nicht die demografische Entwicklung das eigentliche Problem, sondern vielmehr der gesellschaftliche Kontext, innerhalb der sich die demografische Entwicklung vollzieht.

3.3 Zwischenfazit

Die ideologische Belastung der Bevölkerungslehre im Dritten Reich wirkt bis heute immer noch nach. Dies hat eine politische wie wissenschaftliche Neubelebung der institutionalisierten Wissenslandschaft im Bereich der Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik verhindert. Demografische Veränderungen wurden seither in der Gesellschaft tabuisiert. Folglich war es auch um die Forschungslandschaft und die Wissenschaften, die sich mit der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland auseinandersetzten, schlecht bestellt. Es mangelte an einem ausreichend institutionalisierten Bevölkerungsdiskurs. Auch ein medialer Diskurs zu demografischen Veränderungen konnte sich auf diese Weise nicht etablieren. Während die Bevölkerungsentwicklung in Zahl und Struktur zunehmend größeren Veränderungen unterlag, blieben die möglichen Folgen für die Gesellschaft unbeachtet. Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse kennzeichnen diese Periode politischen Denkens und Handelns. Es bestand kein gesellschaftliches Interesse daran, sich mit Bevölkerungsfragen zu beschäftigen. Dies änderte sich mit den zunehmend in der Gesellschaft aufgekommenen und sichtbar gewordenen grundsätzlichen Wandlungen der Lebensformen und Lebensstile bzw. soziokulturellen Praktiken. Diese äußerten sich in einer zunehmenden Individualisierung und Neuordnung der geschlechtlichen Rollenbilder. Für jene Entwicklungen interessierten sich zunächst insbesondere die Sozialwissenschaften. Die Wirtschaftswissenschaften untersuchten die Konsequenzen dieser Veränderungen für den Arbeitsmarkt und die ökonomische Entwicklung. Dabei berührten diese Wissenschaften demografische Komponenten und arbeiteten zunehmend demografische Veränderungen als vermutete Ursachen für die beobachteten Entwicklungen heraus. Im Ergebnis der Beschäftigung unterschiedlicher Wissenschaften mit demografischen Fragestellungen, die ursprünglich in einem anderen wissenschaftlichen Kontext betrachtet und gedeutet worden sind, entstand ein neues Selbstverständnis der Bevölkerungswissenschaft bzw. demografischen Wissenschaft in Deutschland. Dieses war und ist bis heute durch eine Inter- und Transdisziplinarität geprägt, die aus den unterschiedlichen Betrachtungsperspektiven der beteiligten Wissenschaftsdisziplinen entstanden ist. Auf diese Weise ist

die Demografie zu einem Sammelbecken und Platzhalter für vielerlei gesellschaftliche Entwicklungen geworden, die in einem kausalen Zusammenhang mit demografischen Veränderungen gedeutet werden. Das hat heute zu einer weitreichenden gesellschaftlichen Kontextualisierung des demografischen Wandels geführt, in dessen Zuge die Inhalte, Methoden und Ziele der Bevölkerungswissenschaft bzw. demografischen Wissenschaft weniger von qualifizierten Demografen und mehr von Gelegenheitsdemografen konstituiert werden.

4 Neue Diskurskonjunktur

4.1 Gelegenheitsdemografie – Demografie als Universalargument

Die folgenden Abschnitte des Kapitels zeigen auf, wie aus der Diskurskonjunktur heraus in einer kaum institutionalisierten Demografielandschaft, die eine gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels begünstigt, viele Gelegenheiten geschaffen werden, mit Demografie zu argumentieren. Es werden Befunde zusammengetragen, wie die Demografie als Universalargument von Akteuren in der Wissenschaft, Politik und Publizistik genutzt wird und demografische Fakten für ein politisches Handeln instrumentalisiert werden. Es wird herausgestellt, warum die Demografie für die Politik als Argument attraktiv sei¹. Ursachen und Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen werden auf ihre Demografierelevanz überprüft. Fokus der Betrachtung wird sein, inwiefern gesellschaftlichen Veränderungen häufig eine demografische Komponente zugesprochen wird. Darüber hinaus werden Forderungen nach einem veränderten Umgang mit dem demografischen Wandel und dessen Herausforderungen für die Gesellschaft gestellt.

Zunächst werden der Ursprung, die Promotoren und Rahmenbedingungen einer sog. Gelegenheitsdemografie behandelt (siehe Kap. 4.1.1). Im Weiteren wird herausgestellt, wie die disziplineigene Konzentrationswirkung der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft dazu führt, sich mithilfe der Demografie in komplexen Gesellschaften zu orientieren. Es werden die Folgen für den Umgang mit der demografischen Entwicklung aufgezeigt, wenn durch demografische Faktoren ein stark vereinfachtes Verständnis für die entwicklungsbestimmenden Steuerungsmechanismen in der Gesellschaft vermittelt wird (siehe Kap. 4.1.2). Dabei wird der Zusammenhang zwischen der Orientierungsfunktion und den durchzusetzenden Interessen untersucht. Im Besonderen wird auf die Durchsetzung von Interessen unter Zuhilfenahme einer demografisch begründeten Argumentation eingegangen. Dabei werden die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen, die sich hinter demografischen Argumenten verbergen, herausgearbeitet (siehe Kap. 4.1.3). Schließlich werden Zusammenhänge zwischen demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen darauf untersucht, ob es sich bei diesen um Korrelationen, Kausalbehauptungen, Deutungsangeboten, Spekulationen oder Kausalitäten handelt. Um eine Betrachtung von gesellschaftlichen Entwicklungen aus einer demografischen Perspektive nachzuweisen, werden ausgewählte Bereiche in der Gesellschaft betrachtet. Der Nachweis wird exemplarisch anhand der Konstruktionsprinzipien und Wirkungsweise der Gesellschafts- resp. Sozialsysteme sowie anhand von

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 60.

Betrachtungen zur Innovations-, Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft und Wirtschaft geführt (siehe Kap. 4.1.4).

4.1.1 Rahmenbedingungen und Promotoren der Gelegenheitsdemografie

Der demografische Wandel besitzt heute allerhöchste politische Aufmerksamkeit. In Reaktion auf die jahrzehntelange Vernachlässigung und Nichtbeachtung der sich vollziehenden demografischen Veränderungen werden heute umso intensiver die von ihnen ausgehenden Folgen für die Gesellschaft problematisiert.¹ Unter der Bevölkerung hat sich ein Bewusstsein für demografische Probleme entwickelt. Es werden immer wieder aufs Neue Reize und Impulse zur Auseinandersetzung mit den erwarteten und teilweise bereits eingetretenen demografischen Veränderungen gesetzt. Aktuell muss daher von einer Diskurskonjunktur gesprochen werden.²

Da der demografische Wandel auf die Steigerung der Lebenserwartung, die für die demografische Alterung sorgt, sowie einen Sterblichkeitsrückgang bei Neugeborenen und Kindern, der maßgeblich zum Geburtenrückgang beigetragen hat, zurückzuführen ist, sei er als Resultat des medizinischen resp. gesellschaftlichen Fortschritts zu betrachten³. Er ist insofern positiv zu werten. Dennoch neige der heutige demografiepolitische Diskurs zur Dramatisierung⁴; demografische Veränderungen würden mit Blick auf die erwarteten Folgen für die Gesellschaft als Problem deklariert⁵. Eine echte Gegenbewegung im Diskurs fehlt, weil die dramatisierende und problemorientierte Sicht auf den demografischen Wandel in Reaktion auf die vormalige Vernachlässigung als legitim eingeschätzt wird und gesellschaftsfähig geworden ist. Die häufig angeführte Beispiellosigkeit der demografischen Veränderungen bzw. die fehlenden Erfahrungen in Politik und Wirtschaft im Umgang mit den mit dem demografischen Wandel in Zusammenhang stehenden, erwarteten Konsequenzen für die Gesellschaft⁶ schaffen Unsicherheiten, die den Boden für eine weitere Instrumentalisierung und Dramatisierung bereiten. Die Befragung hat ergeben, dass im Rahmen einer dramatisierenden Betrachtung die Risiken des demografischen Wandels betont werden und die demografische Entwicklung negativ bewertet wird. Kennzeichnend sei auch ein Pessimismus, vor den anstehenden Veränderungen und identifizierten Aufgaben zurückzuschrecken.⁷ Ein Gesprächspartner resümiert: „Die Demografie war [Anm. d. Verf.: und ist] die Projektionsfläche für kultur- und struktur-

¹ Siehe bei EHMER (2013), MACKENSEN (2006a) und BMI (2011, 2012 und 2013).

² Vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 9, 32 und 61.

³ Vgl. ebd., Nr. 5, 34, 36, 42 und 45.

⁴ Siehe ETZEMÜLLER (2007).

⁵ Vgl. BINGLER und BOSBACH (2004), S. 725ff. sowie BOSBACH (2006), S. 96ff.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15 und 43, Politik, Nr. 22.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18 und 35.

pessimistische Zukunftsängste.“¹ Mit der demografischen Entwicklung würden Emotionen geweckt und Ängste geschürt (siehe Kap. 3.1.2).² Beispielsweise werden trotz der Chancen, die das Alter und Altern berge, Notstände und Herausforderungen der demografischen Alterung adressiert.³ Risiken würden zu Problemen und Chancen zu Herausforderungen.⁴ Verstärkt wird die Dramatisierung durch die Zentralstellung der demografischen Entwicklung und ihrer zugeschriebenen Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft⁵. Demografische Kennziffern, deren Entwicklung unausweichlich sei, würden zu allgemeingültigen Indikatoren der gesellschaftlichen Entwicklung erhoben.⁶

Im demografiepolitischen Diskurs treten aber auch zunehmend Verfechter eines Gegendiskurses zur Dramatisierung auf. Seinen Ursprung habe dieser in der sozialwissenschaftlichen Gerontologie, und würde aus dem Konzept des erfolgreichen Alterns hergeleitet.⁷ Der Gegendiskurs zeichnet sich durch eine Verharmlosung der mit den demografischen Veränderungen eingehenden Auswirkungen auf die Gesellschaft aus. Die Chancen, die der demografische Wandel mit sich bringe, werden betont und dessen Folgen positiv gesehen. In dieser Perspektive würden demografische Veränderungen von einem Problem zu einer neuen Möglichkeit für gesellschaftlich nachhaltiges Handeln verhandelt. Der Optimismus, dem demografischen Wandel zu begegnen, zeige sich darin, dass schwerwiegende Konsequenzen zu Gestaltungsmöglichkeiten würden.⁸ Beispielsweise werde verstärkt ein gesellschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement von der älteren Bevölkerung gefordert.⁹ Durch diese Forderung würden die Chancen des Alters und Alterns schön geredet, denn die Forderung nach Unterstützung könne auch Notstände im Gemeinwesen aufgrund der demografischen Entwicklung adressieren, das deshalb auf die ältere Bevölkerung angewiesen sei, weil es zu wenig junge Menschen gebe.¹⁰ Ein Gesprächspartner warnt vor einem überschwänglichen Optimismus: „Wenn wir uns jetzt einer gesellschaftlichen Debatte hingeben, die Alterung und damit die massive Kinderlosigkeit nur als Chance zu definieren, dann haben wir endgültig verloren.“¹¹

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 10 und 13, Wissenschaft, Nr. 16, 18, 24, 29 und 64.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 16, 18, 19, 32, 35 und 43, Politik, Nr. 9, 13 und 23, Wissenschaft / Politik, Nr. 49, 53, 54 und 55.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5; siehe auch bei WALLA et al. (2006) und FREVEL (2004).

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 35, 40, 57, 63 und 65, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44; siehe hierzu auch KRÖHNERT et al. (2008 und 2006) und BIRG (2006).

⁶ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11 und 13, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 16, 19 und 40, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44, Wissenschaft, Nr. 56.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 19 und 35.

⁸ Vgl. ebd., Nr. 5, 18, 19, 24, 30, 32, 35 und 36, Politik, Nr. 9 und 23.

⁹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 69.

¹⁰ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 57, i . V. m. Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

¹¹ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

Beide Strömungen, Dramatisierung und Verharmlosung, vermischten sich im demografiepolitischen Diskurs und seien als dialektische Reaktionen zu verstehen.¹ Die Dialektik bestehe im Wechselspiel von Überzeichnen und Nivellieren.² Ausgehend von der Problemdeklaration der von den demografischen Veränderungen ausgehenden Folgen für die Gesellschaft wird im demografiepolitischen Diskurs nach Chancen und Risiken gefragt. Den demografischen Wandel als Chance zu betrachten, stellt eine optimistische, lösungsorientierte Sichtweise dar – ihn als Risiko zu begreifen, zeugt von einer pessimistischen, problemorientierten Sichtweise. Diese beiden Diskursstrukturen bzw. Argumentationslinien unter den Befragten zeugen von einer normativen Aufladung des demografiepolitischen Diskurses. Im Diskurs werden Maßstäbe generiert, um die demografische Entwicklung bzw. einen demografischen Zustand gesellschaftlich zu bewerten. Mithilfe von normativ aufgeladenen demografischen Kennziffern würden Stimmungslagen erzeugt, Deutungen vorgegeben und Werte geschaffen.³ Der demografiepolitische Diskurs werde dort demagogisch, wo damit begonnen werde, demografische Kennziffern anhand eines Maßstabs zu beurteilen, der nicht objektiv sei⁴, und versucht wird, die Bevölkerung von Werturteilen zu überzeugen, um politische Handlungsprogramme zu rechtfertigen. Die demagogisch-medialen Versuche, mithilfe von Demografie Meinungen und Sensationen zu schaffen und politische Bewegungen anzustoßen⁵, sind als Instrument des Bevölkerungsmarketings zu qualifizieren. Die Wertung der demografischen Entwicklung kommt auch in dem Verständnis, kontinuierlich ablaufende demografische Veränderungen als einen umbruchartigen Wandlungsprozess zu deuten (siehe Kap. 3.2), zum Ausdruck. Eine Aufklärung der Bevölkerung über die Natur demografischer Veränderungen durch eine differenzierte Urteilsbildung unterbleibt indes, stellen die Befragten fest. Es sollte nicht versucht werden, demografische Veränderungen nach den Kategorien positiv oder negativ zu bewerten⁶, sondern sie neutral als Resultat einer Phase der Nicht-Wahrnehmung bzw. Unter-Thematisierung sowie Wahrnehmung bzw. Thematisierung anzuerkennen⁷. Beide Wahrnehmungen seien im demografiepolitischen Diskurs gegenwärtig existent.⁸

Die Wirkungsweise eines an der Bevölkerung orientierten Marketings sowie diese Wahrnehmungen kommen in den vorherrschenden Altersbildern am sichtbarsten zum Ausdruck. Das

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11, Wissenschaft, Nr. 15, 18, 19 und 68, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 20.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 29 und 36.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 17, 29 und 42.

⁵ Siehe BOSBACH und KORFF (2011).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17, 18, 19, 32 und 38; siehe hierzu auch ETZEMÜLLER (2007).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁸ Vgl. ebd.

Altern gelte heute als Chance und Problem zugleich.¹ Indem die Konsequenzen des demografischen Wandels für die Sozialsysteme eindringlich aufgezeigt, negativ konnotiert und dramatisiert werden, werden Ängste und Emotionen in der Gesellschaft adressiert, um Akzeptanz und Bereitschaft für demografiepolitisches Handeln zu erzeugen. Ein Gesprächspartner stellt mit Blick auf die dramatisierte demografische Entwicklung und die Legitimation demografiepolitischen Handelns fest: „Wenn ich ein Horrorszenario skizziere, [...] dort kann ich gleichzeitig verkaufen, dort müsst ihr euch auf alles mögliche Fürchterliche gefasst machen, ihr müsst das auch akzeptieren, weil sonst geht alles den Bach hinunter.“² Aber auch die Positivdarstellung eines gesunden, juvenilen Alterns, das großes Potential für bürgerschaftliches Engagement, ehrenamtliche Tätigkeiten und die Erwerbsarbeit berge³, vermittelt Chancen, schafft Akzeptanz und Bereitschaft und ermutigt zum Handeln.

Das Konzept der Ambivalenz ist für das Verständnis des Alterns und des Wandels von Altersbildern hilfreich. Das Konzept sage aus, dass Altern immer zwiespältig gewesen sei und es auch immer sein werde.⁴ Die Befragungsergebnisse lassen darauf schließen, dass durch das Bevölkerungsmarketing die Menschen in die Lage versetzt werden, die „Ambivalenzerfahrungen“⁵ auszuhalten. Literatur und Befragung belegen, dass in den letzten Jahrzehnten infolge der steigenden Lebenserwartung und des medizinischen Fortschritts sowie der zunehmenden öffentlichen Aufklärung über das Altern ein „Wandel der Altersbilder“⁶ stattgefunden hat (siehe Kap. 4.1.3). Es werden verstärkt die Chancen und Möglichkeiten des Alters gesehen⁷, wobei die Frage nach dem sinnvollen, aktiven Altern von großer Bedeutung sei⁸. Hierfür werden den alten Menschen verschiedene Vorschläge und Angebote unterbreitet. Das früher mehr schicksalhafte bzw. als schicksalhaft wahrgenommene Altern habe sich heute zu einem bewussten Altern entwickelt.⁹ Die Befragung zeigt, dass das Bewusstsein für ein gesundes, juveniles Altern durch das Bevölkerungsmarketing vermittelt wird. Die mit der demografischen Alterung verbundenen Konsequenzen für die Gesellschaft und die Sozialsysteme hätten keine ausreichende Berücksichtigung in den Konstruktionsprinzipien der Sozialsysteme gefunden und seien nicht ernsthaft bedacht worden.¹⁰ Zudem stellt das Altern als Ausdruck einer

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 19, 24, 25, 30, 32, 35 und 47, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft / Politik, Nr. 53.

² Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

³ Siehe z. B. BMI (2011, 2012 und 2013).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 35 und 47.

⁵ Ebd., Nr. 47.

⁶ Ebd., Nr. 30.

⁷ Vgl. insbesondere bei LINDENBERGER et al. (2010).

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5 und 47, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36 und 47; siehe auch LINDENBERGER et al. (2010).

¹⁰ Vgl. Befragung, Nr. Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, 8 und 44, Politik, Nr. 11 und 22, Wissenschaft, Nr. 16, 19, 20 und 30, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33 und 44; vgl. auch bei BIRG (2005b), S. 170ff.

steigenden Lebenserwartung unbestritten eine angestrebte gesellschaftliche Entwicklung des Fortschritts dar. Beide Befunde lassen darauf schließen, dass der mit dem demografischen Wandel einhergehende Altersbildwandel als nicht bedachte Auswirkung einer bewusst herbeigeführten Entwicklung zu verstehen ist.

ZUSAMMENFASSUNG

Dramatisierung und Fatalismus kennzeichnen den demografiepolitischen Diskurs und sind zum einen als Resultat der Vernachlässigung demografischer Veränderungen zu betrachten. Zum anderen werden Dramatisierung und Verharmlosung im Diskurs als dialektische Reaktionen gesehen. Das Konzept der Dialektik besagt, dass sich zu jedem Diskurs auch ein Gegen-Diskurs organisiert. Dramatisierung und Verharmlosung schlagen sich in Diskursen in Möglichkeiten und Grenzen bzw. Chancen und Risiken des demografischen Wandels nieder. Es bilden sich gegensätzliche Argumentationsmuster heraus, in denen die Betrachtung des Risikos als problemorientierte Sichtweise und die Betrachtung der Chance als lösungsorientierte Sichtweise erkennbar wird.

Chancen und Risiken des demografischen Wandels äußern sich an augenfälligster Stelle im demografiepolitischen Diskurs in der Vermittlung eines ambivalenten Altersbildes. Dieses werde durch natürliche Grenzen eines grundsätzlich juvenilen, mit Potentialen versehenen Alters charakterisiert.¹ In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert hingegen ein juveniles Altersbild, das von Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens transportiert wird, die im Fokus des fachlichen Interesses stehen und verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit erfahren. Weitgehend ausgeblendet im Diskurs bleiben dabei unzählige anonyme Fälle eines gebrechlichen Alterns. Im Diskurs werde die Auflösung des Widerspruchs dadurch herbeigeführt, individuelles Altern als juveniles Altern und kollektives Altern als degenerativen Prozess zu verstehen.² Eigen- und Fremdwahrnehmung des Alterns vermischen üblicherweise. In deren Folge werden jedoch verzerrte Altersbilder im demografiepolitischen Diskurs transportiert.

Die Dialektik von Dramatisierung und Verharmlosung als Wechselspiel von Überzeichnen und Nivellieren zeugt in seinem Verständnis als Ursache- und Wirkungszusammenhang von einer normativen Aufladung des demografiepolitischen Diskurses, der durch Wertungen, Deutungen und Stimmungslagen geprägt ist. Daher ist eine Betrachtung vorzuziehen, welche das Verhalten von Akteuren und die Behandlung von Themen im demografiepolitischen Dis-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 16, 24, 32, 35 und 36, Politik, Nr. 11, Wissenschaft / Politik, Nr. 53 und 55.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 59.

kurs als gleichzeitig zu jeder Zeit vorherrschende Phasen einer unterschiedlichen Wahrnehmung versteht.

Im demografiepolitischen Diskurs verhindern jedoch demagogische Einflüsse, die emotionale Aufgeladenheit und der starke normative Eintrag einen objektiven resp. objektivierten Umgang mit demografischen Veränderungen in der Gesellschaft. Mit demografischen Fakten werden Werte geschaffen und Interessen durchgesetzt. Demografische Prognosen zeigen bedeutende gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven auf. Die Demografie hat im Zuge der Demografisierung, Emotionalisierung und Dramatisierung eine Diskurskonjunktur erfahren, in der Angstzustände und Bedrohungsszenarien gezeichnet werden und die demografische Entwicklung in Gestalt des Geburtenrückgangs und der demografischen Alterung zum Feindbild der westlichen Gesellschaft erklärt wird.

Die konjunkturelle Behandlung der demografischen Entwicklung hierzulande ist Zeugnis dafür, dass die Demografie ihren nationalsozialistischen Schrecken verloren hat und die ideologische Belastung der Vergangenheit zusehends abnimmt. Es sind viele Gelegenheiten entstanden, mit Demografie zu argumentieren. Wo Forschungsbedarf und Wissenslücken vorhanden sind, ergeben sich Gelegenheiten, eine demografische Argumentation bzw. Erklärung anzubringen. Im Folgenden werden Gelegenheiten dargestellt, die Belege dafür sind, wie der demografische Wandel als Ursache für unerwünschte gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich gemacht wird.

4.1.2 Demografie zur Orientierung in komplexen Gesellschaften

Die anfänglich vernachlässigte Auseinandersetzung der Politik mit den demografischen Veränderungen (siehe Kap. 3.1.1 und 3.1.2) habe dazu geführt, dass die erwarteten gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Veränderungen heute als komplex erachtet würden.¹ Nicht die Gesellschaft und ihre Teilsysteme sind jedoch zu komplex geworden. Demografische Veränderungen, die in frühen Stadien noch gestaltbar gewesen seien², hätten inzwischen unüberschaubare Problemlagen und Entwicklungen für die Gesellschaft geschaffen bzw. gebracht, die in weitere Bereiche der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme getragen worden seien³. In Reaktion darauf wird die Demografie von der Politik aber nicht nur als wesentliches gesellschaftliches Gestaltungselement anerkannt, stellen Literatur und Befragte fest. Es werden Kausalbehauptungen aufgestellt und Deutungsangebote geschaffen.⁴ So hat die Befragung

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 24.

² Vgl. ebd., Nr. 15, 17, 20, 24 und 25.

³ Vgl. ebd., Nr. 25.

⁴ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 67.

auch ergeben, dass auf diese Weise ein unmittelbarer, teilweise monokausaler Ursache- und Wirkungszusammenhang zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen suggeriert und hergestellt wird. „Man vermischt dann soziale Phänomene und demografische Entwicklungen oder demografische Fakten.“¹ Auf diese Weise wird der Faktor Demografie überbetont.² Beim demografischen Faktor handle es sich vielmehr um einen „basalen Faktor, der von vielen anderen überlagert wird.“³

Die Vielschichtigkeit und Komplexität der vermuteten gesellschaftlichen Implikationen von demografischen Veränderungen⁴ vermitteln und bewirken, dass demografischen Kennziffern eine zu große Erklärungskraft zugeschrieben werde. Sie erheben den Anspruch, einen universellen Erklärungsansatz für die beobachteten und künftig zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklungen liefern zu können.⁵ Dabei wird über Folgen, die demografische Veränderungen für die Gesellschaft haben, spekuliert. Gesellschaftliche Entwicklungen und soziokulturelle Praktiken werden auf demografische Einflüsse untersucht. Das Denken in quantifizierbaren demografischen Entwicklungstrends (siehe Kap. 3.1.2) vermittele ein vereinfachtes und leicht zugängliches Verständnis für die komplexen Konstruktionsmechanismen von Gesellschaften.⁶ Die Argumentation mit Demografie komme gelegen, um sich in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft zurechtzufinden. Indem die gesellschaftliche Komplexität auf eine einfache demografische Gleichung gebracht wird, würden Orientierungsmarken geschaffen, welche die gesellschaftliche Handlungsbereitschaft steigerten und die politische Entscheidungsfindung erleichterten⁷. Der politische Reduktionismus entfaltet somit Orientierungsfunktion in einer komplexen Gesellschaft. „Politik und Medien haben immer die Tendenz zu vereinfachen. Das wurde mal Reduktion von Komplexität genannt.“⁸ Demografische Argumentationen seien somit als Ausdruck der Suche nach einem Orientierungsrahmen bzw. modellhaften, gesetzmäßigen Erklärungsmustern in immer komplexer werdenden Gesellschaften zu deuten.⁹

Altersstereotypen und negative Assoziationen seien Ausdruck der Tendenz, vermutete Auswirkungen von demografischen Veränderungen zu vereinfachen bzw. vereinseitigend darzu-

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

² Siehe z. B. bei ROLOFF (2003).

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 1.

⁴ Vgl. SWIACZNY (2010), S. 193ff.; siehe KAUFMANN (2005), BIRG (2005a) und WALLA et al. (2006).

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11, Wissenschaft, Nr. 48.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 6, 20, 21, 29, 48 und 68, Politik, Nr. 13, Publizistik, Nr. 41, Wissenschaft / Politik, Nr. 49; vgl. auch MACKENSEN (2006b), S. 181ff.

⁸ Befragung, Wissenschaft, Nr. 19.

⁹ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 41.

stellen.¹ Stereotypisierungen sind dem Bestreben nach Vereinfachung entsprungen, um sich in einer komplexer werdenden Gesellschaft leichter orientieren zu können. Demografische Indikatoren beanspruchten auf diese Weise, die Realität abzubilden.² Wissenschaft und Publizistik wirkten hier in besonderer Weise zusammen: Es sei „sehr schwierig, komplexe Sachverhalte publizistisch zu transportieren.“ Wissenschaftler seien häufig darin bestrebt, „die ganze Komplexität darzustellen, und [...] die Auswahl dessen, was weiter kommt, bleibt dem Publizist überlassen.“³ Grundsätzlich gibt es ein großes Bedürfnis an publizistisch wertvollen, sprich Aufmerksamkeit erregenden Aussagen. Da taugt die Demografie natürlich ganz hervorragend.⁴ Da die Publizistik zu einer vereinseitigenden dramatisierten Berichterstattung neige, weil Negativschlagzeilen stärker beachtet würden⁵, werde ein „falsches Bild der Demografie“ gezeichnet, „das aber breiten Zugang in die Öffentlichkeit findet.“⁶ Es ist zu schlussfolgern, dass der demografische Wandel von der Politik als Marketinginstrument zur Sensibilisierung und Herausbildung der Notwendigkeit genutzt wird, sich gesamtgesellschaftlichen Aufgaben anzunehmen.

In Zusammenhang mit dem Vereinfachungsmechanismus stehend, entfaltet die demografische Wissenschaft bzw. die Bevölkerungswissenschaft aufgrund ihrer Inter- und Transdisziplinarität eine Konzentrationswirkung. Damit ist die Eigenschaft gemeint, dass infolge der großen Akzeptanz und gesteigerten Handlungsbereitschaft im Umgang mit demografischen Veränderungen die Demografie Akteure unterschiedlichster Wissenschaftsdisziplinen und politischer Ressorts sowie Professionen zusammenführe und konsensuale Vorstellungen für ein kollektives Handeln bereithalte, um Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten zu schaffen⁷. Um überhaupt einen Konsens über die an sich sehr komplexe demografische Wissenschaft und die Auswirkungen von demografischen Veränderungen auf die Gesellschaft zu erzielen und zu vermitteln, müssten zwangsläufig feine Differenzierungen außen vor gelassen werden.⁸ Im Zuge dieser Generalisierung werden Befunde aus der Erforschung des demografischen Wandels verallgemeinert.⁹

Feine Differenzierungen in der Wirkungsweise von demografischen Veränderungen und die Widersprüchlichkeiten in den Zusammenhängen zwischen der Entwicklung von demografi-

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 17, 20 und 47.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 14.

³ Befragung, Politik, Nr. 13.

⁴ Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 38, i. V. m. Wissenschaft / Politik, Nr. 59.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 17.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 40; siehe insbesondere auch Enquête-Kommission (2002) und BMI (2011).

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20, Publizistik, Nr. 41.

⁹ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 20, und MACKENSEN (2006b), S. 181ff.

schen Kennziffern und gesellschaftlichen Veränderungen würden dabei vernachlässigt.¹ Da in diesen Trends vor allem demografische Kennziffern herangezogen werden und diese Grundlage der Szenarienbildung sind, wird die fehlerhafte Annahme getroffen, dass die demografische Entwicklung als Determinante für die weitere gesellschaftliche Entwicklung wirke². Der demografische Wandel wird als überwölbender Wandel und Megatrend dargestellt, in dessen Zuge sich Entwicklungstrends für nahezu alle anderen Gesellschaftsbereiche ableiten ließen und der demografischen Entwicklung insofern unterstellt seien bzw. ihr unterlägen.³ In dieser Argumentation werden unter dem Dach von demografischen Veränderungen sektorale Entwicklungstrends in verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen vereinigt. Der demografische Wandel wird im demografiepolitischen Diskurs als tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungsprozess beschrieben.⁴ Die Demografie werde benutzt, um in Wissenschaft und Forschung beachtet zu werden. Demografische Kennziffern seien zu einfach handzuhabenden medienwirksamen Indikatoren geworden, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und Themen zu befördern.⁵ Es wird auf ein „Meinungsmachgeschäft“ verwiesen, das aus Partnerschaften zwischen wissenschaftlichen Instituten und den Medien entstehe.⁶

Kausalbehauptungen und vermutete Implikationen von demografischen Veränderungen kommen zustande, weil häufig aus der statistischen Korrelation auf eine Kausalität geschlossen werde, die allenfalls in Teilen oder gar nicht existiere⁷. Bei diesen suggerierten Kausalzusammenhängen sei nicht hinreichend klar, inwiefern tatsächlich eine Kausalität gegeben sei⁸ oder allenfalls Spekulation betrieben wird. Sofern nachweislich Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen bestehen, gestalteten diese sich vielmehr kaskadenartig und multifaktoriell⁹. Die Argumentation, dass die Demografie „nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Prozessen“ betrachtet werden könne und es sich um Prozesse handelte, die sich wechselseitig durchdringen¹⁰, ist nur teilweise nachzuvollziehen, denn: Gesellschaftliche Entwicklungen, die vor Jahrzehnten eingesetzt hätten, seien damals nicht hinsichtlich ihrer potentiellen Auswirkungen auf die demografische

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 6, Politik, Nr. 9.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16, 19, 20, 35 und 51, Publizistik, Nr. 41.

³ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 41.

⁴ Siehe z. B. HÜTHER und NAEGELE (2013) sowie BMI (2011).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 6 und 18, Politik, Nr. 9.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 3 und 21, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 20 und 39, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Befragung, Wissenschaft, Nr. 15.

Entwicklung betrachtet worden.¹ Zudem waren seinerzeit andere gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen bekanntlich drängender.

Es würden häufig die Wechselwirkungen zwischen den demografisch bedingten Auswirkungen und den Konsequenzen aus der Entwicklung in verschiedenen Gesellschaftsbereichen zu wenig beachtet.² Dies hat dazu geführt, dass unter dem Deckmantel der Demografiepolitik eigentlich eine demografisierte Gesellschaftspolitik betrieben werde³. Demografische Kennziffern werden in ihrer Bedeutung derart überhöht, sodass sie eine Stellvertreterfunktion gegenüber anderen Einflussfaktoren einnehmen⁴. Es darf dabei nicht darauf geschlossen werden, dass die demografische Entwicklung auch der treibende Faktor von Entwicklungen in diesen Bereichen ist.⁵ Vielmehr entfaltet das vielschichtige menschliche Verhalten Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die durch demografische Veränderungen beeinflusst werden. Ein Gesprächspartner argumentiert hierzu, dass „meistens zwischen demografischem Wandel und Folge irgendeiner institutionellen Kodierungen von demografischem Wandel stattfinden, wo das bestehende Gesellschaftssystem die Auswirkungen entweder verstärkt oder abschwächt.“⁶

Die Befragung hat gezeigt, dass die Schwierigkeit, demografiebedingte und demografieferne multikausale Zusammenhänge systematisch sichtbar zu machen, Anlass für auf die Demografie abstellende Argumentationen gibt, die Kausalbehauptungen und der Vermutung weitreichender Implikationen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft Vorschub leisten. Diese Argumentation widerspricht nicht den vielfältigen vermuteten Implikationen, die der demografische Wandel für andere Gesellschaftsbereiche haben sollte⁷. Es bleibt aber die Frage unbeantwortet, was demografisch relevante und was nicht-demografisch relevante Faktoren und Entwicklungen sind. Demografischen Veränderungen wird eine gesamtgesellschaftliche Relevanz unterstellt. Eine systematische Überprüfung dieser vermuteten gesellschaftlichen Implikationen fehle.⁸ So fordert ein Gesprächspartner eine „systematische Aufarbeitung und Bewertung vorliegender Ergebnisse unter einer bestimmten Zielperspektive“⁹.

Die derzeit diskutierte Breite der gesellschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels ist also noch mit vielen Unsicherheiten behaftet. Zusammenhänge existierten noch nicht

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

² Vgl. ebd., Nr. 3, 5, 17 und 62, Politik, Nr. 9.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Wissenschaft, Nr. 24, 25 und 35, Publizistik, Nr. 28.

⁴ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

⁵ Siehe hierzu bei ROLOFF (2003).

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

⁷ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 24 und 61, Publizistik, Nr. 28 und 41, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18 und 24, sowie SACKMANN und BARTL (2008), S. 2627ff.

⁹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

und seien unklar, nur sehr schwach oder spekulativ.¹ Wo Forschungsbedarf vorhanden ist, wird versucht, Wissenslücken mit Annahmen der Demografisierung zu schließen. Es wird zwar argumentiert, dass meist erst mit Zeitablauf erkennbar werde, welche Auswirkungen demografisch bedingt sein werden². Dem muss entgegen gehalten werden, dass auch dann aufgrund der schwierigen Messbarkeit multikausaler Zusammenhänge in einem komplexen Geflecht von gesellschaftlichen Wechselwirkungen häufig wenig verlässliche Erkenntnisse vorlägen³. Somit bleibt die Demografie auch künftig ein Spekulationsobjekt⁴, das vielen Interpretationen und Deutungsmöglichkeiten durch verschiedenste Akteure offen steht. Dadurch und aufgrund der Dominanz und Konjunktur des Themas im gesellschaftlichen Diskurs wird ein weiterhin anhaltender politischer Reduktionismus befördert.

Die Betrachtung der Gesellschaft unter dem Aspekt der Demografie müsse aber nicht zwangsläufig eine Demografisierung oder einen Reduktionismus bedeuten⁵, sofern andere Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklungen in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. Ein Gesprächspartner führt hierzu aus: „Es ist nicht gesagt, dass sie [Anm. d. Verf.: die demografischen Veränderungen] keine Bedeutung haben, aber die Bedeutung ist [...] immer im Wechsel zu sehen mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.“⁶ Das gedankliche Konzept zum Nachweis eines Reduktionismus darf daher nicht dazu führen, demografisch bedingte Entwicklungen grundsätzlich infrage zu stellen. Der Blick müsse immer noch dahingehend offen und differenziert genug sein, demografisch bedingte Auswirkungen anzuerkennen und diese von nicht demografisch bedingten Entwicklungen zu trennen.⁷ Ein Gesprächspartner resümiert: „Die demografischen Entwicklungen sind nicht nur Marketing, Konstruktionen und Fantasieprodukte, sondern basieren teilweise zumindest auf harten Fakten. Natürlich kann man das eine oder andere überbetonen, und Wertungen spielen eine Rolle.“⁸ Mit dem Beleg eines politischen Reduktionismus ist folglich nicht die Forderung verbunden, die Demografie bei gesellschaftlichen Entwicklungen zu ignorieren bzw. außen vor zu lassen.⁹ Sie ist auf das tatsächlich notwendige Maß belegbarer kausaler Zusammenhänge zu beschränken. Der Gesellschaft gelingt es nicht, die demografische Entwicklung einerseits nicht von anderen Ent-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 3 und 45, Politik, Nr. 10, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

³ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁴ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 23, Wissenschaft, Nr. 64.

⁵ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 21, sowie SACKMANN und BARTL (2008), S. 2627ff.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 21.

⁸ Ebd., Nr. 3.

⁹ Vgl. hierzu auch STEINFÜHRER (2008), S. 2653, welche die Demografisierung aus stadtsoziologischer Perspektive auch als Chance begreift und sich damit gegen eine überbetont kritische Betrachtung ausspricht.

wicklungen völlig isoliert und herausgelöst zu betrachten, ihr aber andererseits keine allzu umfassende Erklärungskraft zuzuschreiben.¹

ZUSAMMENFASSUNG

Durch Vernachlässigung ist die demografische Entwicklung zu einem gesellschaftlichen Problem komplexen Ausmaßes gereift. Die Komplexität liegt zudem in der durch Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik gedeuteten Inter- und Transdisziplinarität der demografischen Wissenschaft und Bevölkerungswissenschaft begründet. Zwar werden Themen und Akteure unterschiedlicher Fachrichtungen und Professionen zusammengebracht. Dabei werden aber Informationen aggregiert und der Informationsgehalt reduziert. Informationen gehen auf diese Weise verloren. Im Zuge dieser Generalisierung bleiben feine Differenzierungen in der Betrachtung von demografischen Veränderungen weitgehend ausgeblendet.

Der politische Reduktionismus ist Resultat der zunehmenden Komplexität in der Gesellschaft, in der verstärkt Vereinfachungen gesucht und Generalisierungen vorgenommen werden. Die Erklärung durch Demografie schafft Orientierung in einer komplexen Gesellschaft. Sie dient der Konsensbildung und Entscheidungsfindung. Die Demografie dient dazu, Handlungsbereitschaft zu erzeugen, den Handlungsdruck zu erhöhen und mit ihr als Argument entsprechende Handlungsnotwendigkeiten zu begründen und umzusetzen. Altersstereotypen, Altersbilder und Generationenbetrachtungen belegen das Bedürfnis, Orientierung in einer komplexen Gesellschaft zu geben. Dem Wunsch nach Wirklichkeitswahrnehmung und Differenzierung steht der Wunsch nach Verständlichkeit entgegen.

Der politische Reduktionismus ist durch eine monokausale, weitgehend auf die demografische Entwicklung beschränkte Argumentation gekennzeichnet. Gesellschaftliche Entwicklungen werden durch den Glauben, einen universellen Erklärungsansatz gefunden zu haben, aus einer demografischen Perspektive betrachtet. Verwiesen wird auf quantifizierbare demografische Trends, die gesellschaftliche Entwicklungen repräsentierten. Dementsprechend werden mit der Demografie Deutungsangebote geschaffen und Kausalbehauptungen aufgestellt. Dabei wird über mögliche Folgen und Implikationen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft spekuliert. Im Verständnis von Gelegenheitsdemografen wird die Gestaltung des demografischen Wandels mit Gesellschaftspolitik gleichgesetzt. Es ist ein Fehlschluss, anzunehmen, dass die demografische Entwicklung als Determinante für die (weitere) gesellschaftliche Entwicklung wirkt.

¹ Siehe hierzu auch GANS (2011) und Befragung, Publizistik, Nr. 41.

Aus Vermutungen und Annahmen über möglicherweise bestehende Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen werden Korrelationen gebildet. Aus diesen werden automatisch Kausalitäten hergeleitet. Es handelt sich jedoch vielmehr um nicht klar belegbare und schwache Zusammenhänge. Gesellschaftliche Entwicklungen und demografische Veränderungen kommen multifaktoriell zustande. Wechselwirkungen zwischen Demografie und Gesellschaft einerseits sowie zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen andererseits werden in der Argumentation mit Demografie häufig nicht bedacht. Die Demografie ist Ursache, Etikett und Perspektive zugleich. Der Blick muss dahingehend offen und differenziert genug sein, demografisch bedingte Entwicklungen anzuerkennen und diese von nicht demografisch bedingten Entwicklungen zu trennen. Die Demografierelevanz ist jeweils genau zu untersuchen.

4.1.3 Demografie zur Durchsetzung von Interessen

Über die Formulierung von Chancen und Risiken des demografischen Wandels und die Vermittlung von Altersbildern (siehe Kap. 4.1.1) werden Bevölkerungsgruppen für die aus der demografischen Entwicklung hergeleiteten Handlungsnotwendigkeiten ansprechbar gemacht und adressiert. Der Bevölkerung werden vertraute, miteinander vergleichbare Bilder des Alters an die Hand gegeben, um sich mit diesen zu identifizieren. In demografischer Hinsicht sei lange Zeit die junge Bevölkerung überwiegend positiv und eine alte Bevölkerung mehrheitlich negativ konnotiert worden.¹ Diesen Zustand bezeichnen die Befragten als Jugendkult oder Jugendwahn.² Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführten empirischen Erhebungen haben gezeigt, dass heute eine unterschiedliche Wahrnehmung von gezeichneten Altersbildern herrscht. Dass die demografische Alterung sehr differenziert ablaufe³, wird im demografiepolitischen Diskurs nicht ausreichend gewürdigt und kommuniziert. Es sei zwischen dem individuellen und kollektiven Altern zu unterscheiden, welche normativ verschiedenen besetzt seien. Die demografische Alterung könne positiv sein, indem sie Chancen für den Einzelnen berge; sie könne aber auch negativ sein, indem sie zum Risiko für die gesamte Gesellschaft werde. Gesund oder gebrechlich zu altern, sei eine Frage des bewussten und unbewussten Alterns.⁴ Die Chancen, die das Alter haben könne, seien nicht voraussetzungslos gegeben.⁵ Sie müssten vielmehr selbst herbeigeführt werden, beispielsweise durch ein gesund-

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 46.

² Vgl. ebd., Nr. 23, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft, Nr. 36.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 53, und BMI (2011, 2012 und 2013).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36 und 47.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 5 und 32.

heitsförderliches Präventivverhalten, damit das Altern für den Einzelnen nicht als degenerativer Prozess verlaufe.¹

In welches Verhältnis Chancen und Risiken des Alters und Alterns letztlich zu bringen sind, kann durch eine differenzierte Betrachtung von Subdiskursen zum demografischen Wandel beantwortet werden. Der breite gesellschaftliche Diskurs folge den negativen Konnotationen, die den demografischen Veränderungen anhafteten.² In spezialisierten Einzel- und Fachdiskursen würden hingegen oftmals positive Effekte der demografischen Alterung in Stellung gebracht.³ Letztere erreichen aufgrund ihrer fachlichen Spezifik und Detaillierung keine vergleichbare öffentliche bzw. mediale Aufmerksamkeit; sie werden daher auch kaum von der breiten Bevölkerung und der Politik wahrgenommen. Es existieren aber auch Auffassungen in der Literatur, die das kollektive Altern mehrheitlich mit Chancen betrachten.⁴ Dabei wird ein Altersbild auf die Gegenwart projiziert, das hauptsächlich aus der Zukunft und den zugrunde liegenden Annahmen eines weiter vorangeschrittenen medizinischen Fortschritts resp. einer weiteren Steigerung der Lebenserwartung hergeleitet wird.⁵ Es werden der heutigen Generation der Alten die Chancen eines juvenilen Alterns mit vielfältigen biografischen Möglichkeiten attestiert, welche für die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nachwachsenden Generationen erwartet werden.⁶ Drei Überlegungen sind anzuführen, die dies infrage stellen, im Diskurs aber häufig untergehen.

Zunächst ist zu konstatieren, dass prominente Einzelfälle eines gesunden, juvenilen Alterns nicht nur im demografiepolitischen Diskurs, sondern auch naturgemäß viel stärker wahrgenommen werden und im Fokus des öffentlichen Interesses stehen.⁷ Bei der großen Mehrheit der gebrechlichen Alten, die das Altern als degenerativen Prozess erfahren, ist dies nicht der Fall. Auf Tagungen und Kongressen zum demografischen Wandel treten vor allem Referenten auf, die auch in hohem Alter noch sehr aktiv, gesellschaftlich engagiert und gesund sind. Sie machen die Chancen des juvenilen Alterns aus der eigenen Erfahrung zu einem spürbaren Erlebnis für das Plenum (siehe Kap. 2.4). Dagegen stelle sich die Alterung – so zeigen Literatur und Befragung – für den Großteil der Bevölkerung als degenerativer Prozess dar, der grundsätzlich mit dem Verlust von biografischen Optionen einhergehe.⁸ Die prominenten Einzelfälle werden im demografiepolitischen Diskurs in besonderer Weise sichtbar und wahrgenom-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 53 und 59.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 9 und 13, Wissenschaft, Nr. 19, 20 und 36, Publizistik, Nr. 27.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19 und 45.

⁴ Vgl. z. B. EHMER und HÖFFE (2009).

⁵ Siehe hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 5.

⁶ Siehe hierzu bei LINDENBERGER et al. (2010).

⁷ Vgl. auch Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 46.

⁸ Vgl. Lindenberger et al. (2010) und Befragung, Wissenschaft, Nr. 32, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

men – die vielen pflegebedürftigen alten Menschen werden hingegen weniger wahrgenommen. Diese Menschen sind nicht auf den Straßen zu sehen, sie könnten daher nicht in vergleichbarem Maß in das Bewusstsein des öffentlichen Interesses dringen und folglich auch nicht mit einer vergleichbaren Präsenz an der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken¹. Es ist daher dafür zu sensibilisieren, dass das Bild von einer überwiegend juvenil alternden Bevölkerung aus denjenigen besonderen Einzelfällen entsteht, die sich öffentlich präsentieren und von der Allgemeinheit wahrgenommen werden. Sie erlangen deshalb eine besondere Aufmerksamkeit im demografiepolitischen Diskurs. Das prominenteste Beispiel einer solchen Person ist Ursula Lehr, Bundesministerin a. D. Im demografiepolitischen Diskurs sollte mit Blick auf die Thematisierung der Solidarität zwischen einzelnen Generationen und dem, was alte Menschen für die Gesellschaft leisten könnten und vielleicht auch sollten², nicht suggeriert werden, dass es heute und künftig kaum nennenswerte Fälle gebrechlicher, dementer Personen in den höheren Altersgruppen in großer Zahl gebe und geben werde³.

Der zweite Aspekt, der mit der Realität der diskutierten Potentiale des Alters zu tun hat, betrifft die biografischen Optionen im Alter. Im demografiepolitischen Diskurs wird mit einer Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, dass sich gesund alternde Menschen bei Vorhaltung oder Schaffung der entsprechenden Angebote gesellschaftlich engagierten resp. ehrenamtlich einbringen⁴. Dabei wird vernachlässigt, dass die gewonnenen Opportunitäten im Alter Handlungs- und Gestaltungsspielräume böten⁵, durch die private Eigeninteressen realisiert werden könnten, die nicht einen Dienst an der Gesellschaft vorsähen⁶. Diese Räume sind offen zu halten; sie können von der Politik nicht in suggestiver Vorwegnahme beschlagnahmt werden. Senioren, die Aktivität suchen, müssten diese zwangsläufig nicht im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement finden. Daher würden die Potentiale des Alters für die Gesellschaft häufig leicht überschätzt werden.⁷ Diese Beispiele zeigen, dass Eigen- und Fremdwahrnehmung des Alterns vermischt werden. Die Altersbilder beruhen vorrangig auf einer Zuschreibung von Fremdwahrnehmungen durch dialektisch gegenüberstehende Bevölkerungsgruppen. Schließlich sei zu berücksichtigen, dass die biografischen Möglichkeiten im Alter allenfalls vorübergehend erhöht werden. Das Hochbetagtenalter werde infolge der zunehmenden Le-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 53.

² Vgl. LÜSCHER et al. (2010).

³ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 32, Wissenschaft / Politik, Nr. 49. Für das Verhältnis von empirischen Informationen und politischem Handeln siehe auch MACKENSEN (2006b).

⁴ Vgl. z. B. Enquête-Kommission (2002).

⁵ Vgl. LINDENBERGER et al. (2010).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 53.

⁷ Vgl. ebd.

benserwartung lediglich hinausgeschoben.¹ Die soziokulturelle Verjüngung der Alten könne nicht dafür sorgen, dass die mit dem Hochbetagtenalter verbundenen Gebrechen und auftretenden Alterserkrankungen abnähmen. Langfristig gesehen erhöhe sich daher die Zahl der Altersdementen und Alterskranken durch die demografische Alterung.² Ein Gesprächspartner diskutiert die Potentiale des Alters und stellt fest: „Auf der anderen Seite haben wir aber nun diese Alterserkrankungen oder diese Demenzerkrankungen mit zunehmendem Alter. Die ist [sic!] nicht wegzureden, die Pflegefälle auch nicht. Das kann man auch nicht schön reden.“³ Die Altersbilder werden im demografiepolitischen Diskurs sehr stark in Zusammenhang mit der Betrachtung von Generationen diskutiert.⁴ Generationenbetrachtungen helfen, Altersbilder zu zeichnen und in der Gesellschaft zu vermitteln. Der Begriff der Generation wird dabei selbstverständlich gebraucht, ohne dass auf die bestehenden begrifflichen Unsicherheiten aufmerksam gemacht wird. Er wird in einem demografischen Kontext verwendet, obwohl dieser keinen demografischen Begriff darstellt. Mit ihm werden heterogene Geburtsjahrgänge zu homogenen Alters- bzw. Bevölkerungsgruppen zusammengefasst. Diesen würden nicht nur gemeinsame demografische Merkmale zugeschrieben.⁵ Mit dem Konstrukt der Generation würden Attribute und Charakterisierungen geschaffen, über die die einzelnen Geburtsjahrgänge häufig nicht verfügten.⁶ Der Begriff zielt auf eine Solidarität, die angesichts Individualisierung⁷, Segregation und Disparitäten das Bild einer zusammenhaltenden und zusammenwachsenden Gesellschaft transportieren sollte⁸. Der Generationenbegriff diene dazu, einzelnen, sich heterogenisierenden Alters- bzw. Bevölkerungsgruppen gemeinsame Identitäten zuzuschreiben⁹, damit demografiepolitische Handlungsnotwendigkeiten umgesetzt werden können. Es soll Akzeptanz für das demografiepolitische Handeln geschaffen und im Weiteren die Wählermehrheit einer künftig zur Bevölkerungsmehrheit wachsenden Bevölkerungsgruppe der Alten gesichert werden.¹⁰ Die Ansprache von einzelnen Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen durch eine Politik für Generationen wird daher immer wichtiger.¹¹ Das Denken in demografischen Wandlungsprozessen hat zu einer ausgeprägten vergleichenden Generationenbetrachtung geführt.

¹ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 24, 32 und 35.

² Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 32.

³ Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

⁴ Siehe bei LÜSCHER et al. (2010).

⁵ Vgl. hierzu RIORDAN und WAYNE (2008), S. 562ff.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19.

⁷ Siehe hierzu insbesondere BECK und BECK-GERNSHEIM (1994).

⁸ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 41.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 47; siehe auch bei LÜSCHER et al. (2010).

¹⁰ Vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 30 und 60; siehe z. B. auch HUMMEL (2000).

¹¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22, und WILKOSZEWSKI (2004); siehe auch LÜSCHER et al. (2010).

Das Interesse der Entscheider in Politik an einem verstärkten intergenerationellen Zusammenhalt¹ wird vom Großteil der Befragten und auch in der Literatur als erfolgreiches Aufeinanderzubewegen gewertet. Dass die alternde Babyboom-Generation, die selbst weniger Kinder als ihre Eltern bekommen habe, ihren Wohlstand und komfortable Lebensbedingungen im Alter sichern wollten², bleibt hierbei häufig unbeachtet. Die junge Generation, die sich eigentlich für ihre Interessen im Erwerbsleben und im Alter bereits heute stark machen und sich Gehör im demografiepolitischen Diskurs verschaffen müsse³, ist vollauf mit der erfolgreichen Organisation und Bewältigung des Alltags, mit der Vereinbarung von Partnerschaft, Kind und Beruf unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, beschäftigt⁴. Es sei kaum Zeit vorhanden, sich in die Gestaltung von Zukunftsfragen der Gesellschaft einzubringen⁵, die sie selbst betreffen. Dabei verlange der demografische Wandel ab, bereits heute auf noch nicht und erst langfristig eintretende Zukunftsfragen zu reagieren, deren Ausgang auch bereits heute bestimmt würde.⁶ Indem die junge Generation überwiegend inaktiv bleibe, könne sich diese auch nicht ausreichend Gehör zur Beachtung und Durchsetzung ihrer eigenen Interessen bei den alternden Entscheidungsträgern verschaffen.⁷ Dadurch gerate die alternde Babyboomer-Generation in eine Entscheidungsgewalt, die es ermögliche, zugunsten eigener Interessen zu handeln.⁸ Auf öffentlichen Veranstaltungen zum demografischen Wandel ist die junge Generation, die als Zielgruppe einer umfassenden Gesellschaftspolitik adressiert wird, zahlenmäßig unterrepräsentiert (siehe Kap. 2.4). Auf diese Weise werden Handlungsansätze und Maßnahmen stark von den Interessen einer Altersgruppe gefärbt bzw. durch die alternden Babyboomer konzipiert, die nicht Adressaten der Politik sind.⁹

Alte und alternde Generationen, die als Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen künftig zur Bevölkerungsmehrheit werden, können sich somit die Solidarität und Unterstützung der zahlenmäßig abnehmenden jungen Bevölkerung sichern, um im Alter auszukommen. Eine echte intergenerationelle Solidarität wird daher nur dann entstehen können, wenn die Babyboomer-Generation sich selbst auch im Alter für die Gesellschaft, insbesondere für junge und jüngere Generationen, engagiert. Andererseits muss auch die junge Generation auf die alternde zuge-

¹ Vgl. Enquête-Kommission (2002), LÜSCHER et al. (2010) und BMI (2011, 2012 und 2013).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Wissenschaft, Nr. 19, 26, 29, 35 und 37, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44; vgl. hierzu auch SCHIRRMACHER (2004).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

⁴ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 34, 36 und 37, Politik, Nr. 10, 13 und 22, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38.

⁶ Vgl. ebd., Nr. 37 und 56.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 37.

⁸ Vgl. ebd., Nr. 35; siehe hierzu auch SCHIRRMACHER (2004).

⁹ Siehe auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 37; vgl. in Analogie hierzu auch das Verhältnis von empirischen Informationen und politischem Handeln bei MACKENSEN (2006b), S. 181ff.

hen. Dadurch kann möglichen Generationenkonflikten vorgebeugt werden. Dass die Stärkung der außerfamilialen Generationenbeziehungen die innerfamilialen sozialen Beziehungen schwächen könne¹, findet im demografiepolitischen Diskurs bislang keine Beachtung. Um bei einer fortschreitenden demografischen Alterung die Behauptung der Interessen der jungen gegenüber der alten Bevölkerung zu gewährleisten, werde über ein Wahlrecht für Kinder unter achtzehn Jahren nachgedacht.² Ein Gesprächspartner resümiert: „Die Kinder, die nicht geboren werden, haben keine Stimme, und die Kinder, die geboren sind, haben bis zum achtzehnten Lebensjahr auch keine Stimme. Ihre Eltern sind als Unterhaltsverpflichtete in der Minderzahl. Deswegen haben wir eine Situation, wo das Wahlsystem nicht mehr richtig funktioniert.“³ Mit einem Wahlrecht für Kinder soll es gelingen, die Interessenbildung der jungen Bevölkerung zu stärken und ihren Interessen politisch Gehör bei den alternden Babyboomern zu verschaffen. Dies ist umso wichtiger, je mehr die künftigen Alten leistungs- und handlungsfähig seien und ihre Interessen aktiv kommunizieren und durchsetzen könnten⁴ sowie die junge Bevölkerung zahlenmäßig rückläufig ist. Der demografiepolitische Diskurs bleibt gegenwärtig jedoch ein Abbild der Interessen und Ziele einer gealterten Entscheidungsebene.

Mit der Betrachtung der Generationenbeziehungen bzw. Generationensolidarität und den quantitativen Verhältnissen von Generationen untereinander eng verknüpft sind mögliche Formen der Anpassung an demografische Veränderungen (siehe Kap. 5.3.4).⁵ Quantitative demografische Entwicklungen führten zur Betonung der Qualitäten und zu Aktivitäten zur Qualifizierung der verbleibenden Bevölkerung.⁶ Dahinter stünden der Gedanke und Anspruch, quantitative demografische Veränderungen durch eine stärkere Integration und höhere Qualifizierung des Humanvermögens – auch im Alter – zu kompensieren.⁷ Wichtiger als die in quantitativer Hinsicht demografisch bedingte Verfügbarkeit von Nachwuchs sei die Qualifizierung und Integrierung des Humanvermögens auf dem Arbeitsmarkt.⁸ Qualitatives Wachstum sei nicht demografisch gesteuert; es setze einen intelligenten Umgang mit Ressourcen und hohe innovatorische Ansprüche voraus.⁹ Dieses Bestreben wiege umso schwerer, je mehr die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft ohne diese Innovationen infolge von demografischen

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 46, Politik / Publizistik, Nr. 52.

³ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16, 18, 32 und 39, Politik, Nr. 46, Wissenschaft / Politik, Nr. 54; siehe auch z. B. EHMER und HÖFFE (2009).

⁵ Siehe bei LÜSCHER et al. (2010).

⁶ Vgl. insbesondere HONDRICH (2007) sowie Befragung, Politik, Nr. 10 und 13, Wissenschaft, Nr. 20, 24, 26, 36, 43 und 64, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20 und 35, Wissenschaft / Politik, Nr. 55; vgl. auch LUTZ (2008), S. 17ff.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 18, 19, 20, 26, 30, 36, 39 und 48, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 22, Publizistik, Nr. 41, Wissenschaft / Politik, Nr. 55; vgl. auch LUTZ (2008), S. 17ff.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34, Wissenschaft / Politik, Nr. 54; siehe hierzu auch bereits BIEDENKOPF (1985).

Veränderungen nachhaltig geschwächt oder gestört werde.¹ Eine vermehrte Investition in die verbleibende Bevölkerung verfolge daher das Ziel, die ursprüngliche quantitative Kraft einer Bevölkerung durch Qualitätssteigerungen seiner Individuen – im Sinne von höheren Qualifikationsniveaus – zu ersetzen.² Dabei lenkten quantitative Entwicklungen wie der Geburtenrückgang und ein Mangel an Nachwuchs den Blick der Gesellschaft auf gesellschaftliche Missstände und Problemlagen. Davon zeugt die folgende Feststellung eines Gesprächspartners:

„Jetzt merkt man also, dass man nicht nur an Quantitäten nicht genügend Nachwuchs hat, sondern auch an Qualitäten. Der Nachwuchs ist nicht qualifiziert genug, um die Aufgaben zu übernehmen, die jetzt anstehen. Das ist ein abermaliges riesen Versäumnis. Man hat die sich ändernden Quantitäten in den 70er Jahren unbeachtet gelassen, man hat das Wegrutschen der Qualitäten in den 90er Jahren und mit dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schleifen lassen, und jetzt ist man mit dem doppelten Problem konfrontiert, kleine Quantitäten bei schlechten Qualitäten. [...] Wenn wir schrumpfende Quantitäten haben, dann lasst uns wenigstens diese schrumpfenden Quantitäten so qualitativ voll wie irgend möglich entwickeln.“³

Je mehr Bedeutung die demografische Entwicklung im gesellschaftlichen Diskurs also erlangt, desto mehr Aufmerksamkeit und Handlungsdruck wird letztlich in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen und den Sozialsystemen erzeugt, demografische Veränderungen zumindest abzumildern oder gar zu kompensieren.⁴ Ein Bevölkerungsrückgang wird akzeptiert und nicht problematisiert, weil in dessen Folge eine bessere Qualifizierung des Humanvermögens erhofft wird. Mit diesem Handlungsansatz zur Bewältigung des demografischen Wandels geht dennoch eine unzulässige Vermengung von demografischen Faktoren mit der Beschaffenheit des Humanvermögens einher, wie die Befragung zeigt. Handlungsnotwendigkeiten für eine stärkere Qualifizierung des Humanvermögens werden mit demografischen Veränderungen begründet.⁵ Sie ließen sich aber nicht aus der demografischen Entwicklung kausal herleiten.⁶ Diese Substitutionsstrategie, in demografischer Hinsicht verloren gegangene Köpfe durch höher qualifiziertes Humanvermögen zu ersetzen, finde im demografiepolitischen Diskurs vor allem angesichts der Aufgabe des Wachstumspostulats in der Bevölkerungsentwicklung verbreitet Anwendung.⁷

Hinter der demografiepolitischen Betrachtung von Generationen stehen demnach auch wirtschaftliche Interessen. Diese bestünden darin, eine alternde Bevölkerung nicht zu einem Ver-

¹ Vgl. BIEDENKOPF (1985).

² Vgl. hierzu insbesondere HONDRICH (2007) und auch Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

⁴ Siehe hierzu auch KISTLER (2006).

⁵ Vgl. LUTZ (2008), S. 17ff.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 5, 15, 16, 19 und 56, Politik, Nr. 10; vgl. auch LUTZ (2008), S. 17ff., und BIRG (2005b), S. 42ff. und 53ff.

marktungsproblem und damit zu einem wirtschaftlichen Risiko für den Standort hierzulande werden zu lassen¹, zumal politisches Hadeln mit den herrschenden institutionalisierten Wirtschaftsinteressen der Lobbyisten eng verzahnt ist². Der Bevölkerungsrückgang und die demografische Alterung ließen hierzulande die Sorge entstehen, dass sie schwerwiegende wirtschaftskonjunkturelle Folgen für die Binnennachfrage hätten.³ Da das Wirtschaftssystem auf Wachstum ausgerichtet sei⁴, werde auch ein weiteres Wirtschaftswachstum durch den demografischen Wandel erschwert⁵. Ein Gesprächspartner stellt fest: „Aus dem zunehmenden Anteil Älterer wird natürlich ökonomisch von vielen eine Wachstumsbremse gesehen.“⁶ Demografisch wachsende Märkte im Ausland seien zwar von Bedeutung.⁷ Da die Exportorientierung der Wirtschaft aber künftig nicht ausreichen werde, um für eine gute Konjunktur zu sorgen⁸, wird vor allem auf endogenes Wachstum des Binnenmarktes durch eine steigende Produktivität sowie vermehrte Innovationen und Kreativität gesetzt⁹. Von zentraler Bedeutung seien hierfür die Chancen und Potentiale, die mit neuen Altersbildern verbunden werden.¹⁰ Eine Stärkung des Binnenmarktes und der Konjunktur könne angesichts der voranschreitenden demografischen Alterung vor allem durch das Bedienen von Konsummustern einer wachsenden und zunehmend juvenil alternden Bevölkerung gelingen. Sie könne als neue kaufkräftige Zielgruppe vermittelt werden, um neue Märkte zu erschließen.¹¹ Der größere Wohlstand der alten Bevölkerung soll hierzu genutzt werden; der Dienstleistungsfokus der Wirtschaft auf eine alternde Gesellschaft zeugt davon.¹² Dadurch soll nicht nur der demografisch alternde und schrumpfende Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleiben. Auf diese Weise könne zudem die demografische Alterung selbst eine weitere „soziokulturelle Verjüngung“¹³ bzw. Juvenilisierung der alten Bevölkerung bewirken. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung werden Lebensphasen in hohen Lebensaltern ab 65 Jahren ausdifferenziert.¹⁴ In Anlehnung an diese Abgrenzung und Neudefinition von Altersgruppen werden neue Gene-

¹ Vgl. BIRG (2006), S. 134ff.

² Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 65.

³ Vgl. HELLER (2007), S. 198ff.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 6 und 40, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 9, 10 und 11, Wissenschaft, Nr. 32.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 18.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 20.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 43.

¹⁰ Vgl. BIRG (2006), S. 134ff., und SIEBERT (2002).

¹¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 18, 26, 30, 32, 35, 36, 38, 42 und 47, Publizistik, Nr. 27, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft / Politik, Nr. 54. Zur Entwicklung vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat siehe HEINZE und SCHMID (1999).

¹² Siehe hierzu auch SIEBERT (2002).

¹³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

¹⁴ Siehe z. B. bei HUMMEL (2000).

rationen kreiert. Durch die Bildung von Generationen kann das neue Altersbild als Lebensgefühl vermarktet werden, um neue Zielgruppen als Konsumenten zu erreichen. Bevölkerungsgruppen, die statistisch definiert werden, sollen also auch wirtschaftlich verwertet werden. Diese Vermarktung einzelner Bevölkerungsteile liege in der Logik der Marktwirtschaft.¹ Der „Einheitskonsument“ werde durch die Betrachtung und Unterscheidung von Generationen und Lebensstilen in eine „differenzierte Konsumentenlandschaft“ aufgespalten.² „Das ist [...] eine Differenzierung, die [...] der Logik dieses Grundsatzrends der Umwandlung von Lebenswelt in Markt gehorcht.“³

Angebot und Nachfrage in der Wirtschaft sowie die Geschäftstätigkeit von Unternehmen im In- und Ausland würden in eine zu starke Abhängigkeit von der Bevölkerungsgröße – genauer Kopffzahlen – gestellt.⁴ Hinzu kommt, dass veränderte Konsumgewohnheiten, Lebensstile und Bedürfnisse zu stark auf die demografische Alterung zurückgeführt werden.⁵ Weiterhin wird darauf verwiesen, dass der demografische Wandel vielmehr das Ergebnis des arbeitsmarktpolitischen Handelns sowie der gelebten Rollen- und Familienbilder sei, die eine zögerliche Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt vorgesehen hätten.⁶ Auch die für die Konjunktur maßgebliche Verfügbarkeit von Arbeits- und qualifizierten Fachkräften wird in seiner Abhängigkeit von demografischen Veränderungen überbetont (siehe Kap. 5.3.3). So wird darauf verwiesen, dass ein demografisch bedingter Fachkräftemangel als Argument genutzt werde⁷, beispielsweise um die Position der Gewerkschaften zu stärken, die in der Vergangenheit einen Bedeutungsverlust erlitten hätten⁸. Die Arbeitnehmervertretung führe eine demografische Arbeitskräfteverknappung an, um Reallohnverluste des letzten Jahrzehnts zu verbessern.⁹ Das Bild eines Fachkräftemangels kann im Diskurs aber auch eingestreut werden, um die Kapazitäten und unerschlossenen Potentiale der Wirtschaft darzustellen und die Finanzmärkte zu beruhigen. Denn ein Fachkräftemangel kann auch die positive Botschaft transportieren, dass mehr qualifizierte Arbeit als Fachkräfte vorhanden ist, es qualifizierter Fachkräfte bedarf und ökonomisches Wachstum weiterhin möglich ist. Bedarf und Nachfrage in der Wirtschaft transportieren eine positive und positivere Botschaft als Marktsättigung und Personalabbau. Diese Überlegungen sprechen dafür, dass sich wirtschaftskonjunkturelle Entwicklungen weitgehend unabhängig von demografischen Veränderungen vollziehen. Mit Blick auf die herge-

¹ Vgl. SIEBERT (2002).

² Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 51; siehe hierzu auch FREVEL (2004).

⁵ Siehe bei WALLA et al. (2006), BIRG (2005a und b) und KAUFMANN (2005).

⁶ Vgl. FREVEL (2004).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39, 61 und 62, Politik, Nr. 69.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

⁹ Vgl. ebd.

stellten Zusammenhänge zwischen ökonomischer und demografischer Entwicklung mahnt ein Gesprächspartner an: „Unsere eigentlichen Probleme sind Arbeitsmarktprobleme. Wenn der Arbeitsmarkt läuft, dann sind eigentlich die demografischen Verschiebungen nicht wirklich problematisch.“¹ Auch in der Literatur findet sich die Auffassung wieder, dass trotz demografischer Veränderungen ökonomisches Wachstum möglich sei. Gemäß dem demografisch-ökonomischen Paradoxon sei Wirtschaftswachstum nicht zwangsläufig auf eine stabile demografische Entwicklung angewiesen.² Ein Teil der Befragten weist darauf hin, dass dieses Wachstum auch lediglich einen Verzögerungseffekt darstellen könne, der sich aus der zeitlichen Differenz zwischen dem Einstellen einer veränderten demografischen Entwicklung und ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung ergebe³. Die Bevölkerungsentwicklung könne daher zur Blaupause für die wirtschaftliche Entwicklung werden, die aufzeige, dass nicht immer mit einem Wachstum zu rechnen sein werde.⁴ Dies kommt in der folgenden Analyse eines Gesprächspartners zum Ausdruck:

„Die Wirtschaft ist auf Wachstum hin geprägt. Die Akteure in der Wirtschaft sind das in ganz besonderer Weise. Sie haben gar nicht gelernt, anders als mit Wachstumskonzepten umzugehen. [...] die Politik sieht sich mit dem Phänomen konfrontiert, dass die sichere Formel der Vergangenheit, nämlich Wachstum schafft Wohlstand, Wohlstand schafft Lebensqualität, nicht mehr aufgeht, die Bevölkerung ganz offensichtlich andere Dinge zunehmend präferiert, andere Dinge als Wohlstand und materielle Wohlstandsmehrung. Darauf versucht sich die Politik einzustellen. Die Wirtschaft wird dem eines Tages folgen. Dafür gibt es auch erste Anzeichen, dass sich da Veränderungen anbahnen. Aber in diesen Punkten ist die Wirtschaft Nachzüglerin aufgrund ihrer 200-jährigen Prägung.“⁵

Die Befragung hat somit auch gezeigt, dass Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum durchaus in einem gleichgerichteten Zusammenhang zueinander gesehen werden.⁶ Auch dies wird in der Literatur vertreten: Nur mit einer demografisch wachsenden bzw. zumindest stabilen Bevölkerung könne auch ein ökonomisches Wachstum herbeigeführt werden.⁷

Darüber hinaus berühren Politik und Wirtschaft die Interessen von Familien. Mit der Aufgabe des quantitativen Wachstumspostulats in der Bevölkerungsentwicklung⁸ und der Betonung von Qualitäten geraten potentielle Eltern heute unter einen enormen gesellschaftlichen Druck. Dabei ist es nicht immer und ausschließlich der gesellschaftliche Druck, der auf Familien lastet und zur Kinderlosigkeit führt (siehe Kap. 4.1.4). Im demografiepolitischen Diskurs sollten vielmehr jene Fälle Beachtung finden, in denen die individuelle Erwartungshaltung der Eltern

¹ Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

² Vgl. BIRG (2005b), S. 42ff., und Befragung, Wissenschaft, Nr. 18, 21 und 32.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 37.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft / Politik, Nr. 54, Politik, Nr. 67.

⁵ Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

⁶ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 9, 10 und 11, Wissenschaft, Nr. 32.

⁷ Vgl. z. B. bei HUMMEL (2002) und KISTLER (2006).

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15 und 19.

bestehe, dass die Bildung der eigenen Kinder mindestens den gleichen oder einen höheren materiellen Lebensstandard ermöglichen solle¹. Der Druck auf der Makroebene der Gesellschaft werde durch die Eltern und Familien internalisiert und an nachwachsende Generationen weitergegeben.² Die hohen Leistungsanforderungen an Eltern, die beispielsweise aus dem Erziehungsauftrag und der Arbeitswelt resultierten, führten bei potentiellen Eltern zum Aufschieben der Realisierung von Kinderwünschen, bis diese endgültig nicht mehr realisierbar würden.³ In Zusammenhang mit den Anforderungen an Eltern und der Vereinbarung von Familie und Beruf erhält die institutionalisierte Kinderbetreuung eine wichtige Bedeutung (siehe Kap. 5.3.2). Akteure aus der Politik und Wissenschaft stellen nicht ausreichende Betreuungskapazitäten fest, so die übereinstimmende Erkenntnis in Literatur und aus der Befragung. Die Politik hat dies erkannt und reagiert mit der vermehrten Schaffung von Betreuungseinrichtungen für Kinder.⁴ Auf diese Weise sollen Familien und potentielle Eltern entlastet werden. Dabei gerät aus dem Blick, dass – ähnlich dem Verhältnis von inner- und außerfamilialen Generationenbeziehungen und dem Einfluss der sozialen Sicherungssysteme auf deren Ausgestaltung und Bedeutung (siehe Kap. 5.3.2) – fehlende Betreuungsangebote die Bedeutung der Familie stärken können, weil Aufgaben und Pflichten einer umfassenden Erziehung weitgehend oder gar ausschließlich auf den Eltern und dem Familienverband ruhen. Das heißt, dass die politischen und wirtschaftlichen Interessen, das verbleibende Humanvermögen besser zu qualifizieren und mehr institutionalisierte Betreuungsangebote für Kinder vorzuhalten, dem Interesse der Familien und der Gesellschaft entgegenstehen können, kinderfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die unterschiedlichen Auffassungen in Literatur und Befragung zeigen, dass die Demografie letztlich als plausibles Argument zum Gegenstand verschiedener Interessen werden kann, die durchgesetzt werden sollen. Der Zusammenhang zwischen Demografie und Wirtschaft sei zwar plausibel, aber nicht klar belegbar.⁵ Die Argumentation mit Demografie wird begünstigt, weil an ökonomisches und demografisches Wachstum machtpolitische Fragestellungen geknüpft würden⁶. Die Interessen der Politik, Wirtschaft und der Familien sind dabei eng miteinander verbunden. Politik und Wirtschaft haben folglich kein Interesse daran, an tradierten Altersbildern festzuhalten. Die alte Bevölkerung wird als politisch wie wirtschaftlich interessante Zielgruppe begriffen. Die Definition einer Generation wird somit zu einer Frage des

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

² Vgl. ebd., Nr. 50.

³ Vgl. ebd., Nr. 36 und 50.

⁴ Siehe z. B. BMI (2011, 2012 und 2013).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

verfolgten Interesses. Über das *label* Generation werden kollektive Interessen-, Erfahrungs- und Wertegemeinschaften erzeugt. Diesem vorherrschenden Verständnis zugrunde liegend, ist der Begriff Generation positiv besetzt und wird im demografiepolitischen Diskurs nicht wertneutral gebraucht; er ist zu einer Marke geworden. Er habe die kommerzielle, mediale und politische Vermarktung einzelner Bevölkerungs- und Altersgruppen stark befördert.¹ Damit beispielsweise die Bestrebungen einer vermehrten Altersbeschäftigung von der Bevölkerung akzeptiert werden, werden mithilfe eines Bevölkerungsmarketings die entsprechenden Altersgruppen durch positive Altersbilder als sozioökonomisch bedeutende Bevölkerungsgruppe gekennzeichnet und adressiert.

Ob die demografische Entwicklung dramatisiert oder verharmlost wird, ist daher auch abhängig vom Anteil der alten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, Wohlstand der alten Bevölkerung² und Erfolg des Bevölkerungsmarketings, alte Bevölkerungsgruppen marktfähig und ansprechbar zu machen. So ist die Betrachtung von Generationen zugleich Ausdruck des menschlichen Bedürfnisses, Orientierung in einer komplexen Gesellschaft zu geben, und zeuge vom Wunsch nach Verständlichkeit³ (siehe Kap. 4.1.2). Da mit der Marktfähigkeit zugleich Verständlichkeit gegeben sei, sei der Begriff der Generation auch ein von der Bevölkerung verstandener und gebrauchter Begriff.⁴ Generationen werden somit zu Etiketten mit Wiedererkennungswert. Darüber hinaus legen die dargestellten Überlegungen des Kapitels nahe, dass die Demografie keine Frage des gesellschaftlichen Betrachtungsgegenstandes ist. Dieser variiert ständig. Daher handle es sich um einen ubiquitären, beliebigen Betrachtungsgegenstand unter der Perspektive der Demografie.⁵ Die Demografie ist vielmehr zum Gegenstand der betrachteten, zu bedienenden Zielgruppe geworden, unter der für Akzeptanz geworben werden soll.

Die Befragung hat in diesem Zusammenhang auch offenbart, dass die Politik und Wissenschaft gegenüber demografischen Argumentationen und Erklärungsansätzen aufgeschlossen sind. Sie seien für demografische Sachverhalte und demografisch motivierte Handlungsnotwendigkeiten empfänglich.⁶ Akteure, die versuchen, gegen demografische Argumente anzugehen, die im demografiepolitischen Diskurs hochgehalten werden, erführen starken Widerstand und Kritik.⁷ Es ist daher zu konstatieren, dass die Gesellschaft hierzulande besonders

¹ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12; siehe hierzu auch KISTLER (2006).

² Vgl. hierzu auch BIRG (2006), S. 110ff.

³ Vgl. Befragung, Nr. 41; siehe hierzu auch bei DORBRITZ et al. (2005).

⁴ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 41.

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. ebd., Nr. 28, Wissenschaft, Nr. 29, 30 und 45.

⁷ Vgl. insbesondere HUMMEL (2000) und Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

demografieaffin geworden ist. Eine demografieaffine Gesellschaft steht demografischen Argumenten und Erklärungsansätzen aufgeschlossen gegenüber.

ZUSAMMENFASSUNG

Die demografische Alterung birgt sowohl Chancen als auch Risiken für die Gesellschaft. Sie läuft sehr differenziert ab. Die Chancen sind nicht voraussetzungslos gegeben. Sie müssen aktiv herbeigeführt werden. Prominente Einzelfälle eines juvenilen Alterns, die im Fokus des öffentlichen Interesses stehen, verzerren das Bild. Diejenigen, die gebrechlich altern, gelangen aufgrund ihrer stark eingeschränkten Handlungsoptionen kaum in das öffentliche Bewusstsein. Die Potentiale des Alters dürfen auch deshalb nicht überschätzt werden, da zum einen das Hochbetagtenalter nach wie vor mit Gebrechen einhergeht. Zum anderen kann nicht von jedem gesund alternden Menschen verlangt werden, seine Handlungsmöglichkeiten und Leistungsfähigkeit in späten Lebensphasen zum Wohl der Gesellschaft durch ein ehrenamtliches Engagement einzubringen.

Das Denken in demografischen Wandlungsprozessen hat zu einer ausgeprägten vergleichenden Generationenbetrachtung geführt und die kommerzielle, mediale und politische Vermarktung einzelner Bevölkerungs- und Altersgruppen befördert. Das Konzept der Generation wird durch Merkmalszuschreibungen von einer Generationenpolitik stereotypisiert, für welche die Generation als Etikett genutzt wird und in dieser Eigenschaft der Adressierung und Verhandlung demografischer Sachverhalte dient.

Im Zuge dieser handlungsverändernden Demografiewahrnehmung trifft die politische Entscheidungsgewalt der alternden Babyboomer auf eine junge Generation, die mit der Organisation des Alltags ausgefüllt ist und der eine intensive Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen der Gesellschaft kaum möglich ist. Eine Stärkung der Interessenvertretung der jungen Generation gegenüber der gealterten Entscheiderebene ist notwendig. Um den Solidaritätsgedanken bzw. Generationenzusammenhalt zu stärken, wird das Altern als degenerativer Prozess vermittelt. Dabei wird der demografische Wandel instrumentalisiert, indem über die Herstellung von Generationensolidarität sachfremde Ziele erreicht werden sollen. So wird eine vorteilhafte Ausgestaltung künftiger Generationenbeziehungen beabsichtigt. Aus dem Blick ist dabei geraten, dass intergenerationelle Solidarität nicht von außen durch die Politik eingefordert und mit demografischen Grunderfahrungen gerechtfertigt werden muss, sondern eine ökonomische Notwendigkeit darstellt, derer sich die Bevölkerung wieder bewusst zu werden ist.

Für das Bevölkerungsmarketing sind Generationen als kollektive Interessen-, Wert- und Erfahrungsgemeinschaften interessant. Neue Altersbilder werden als Lebensgefühl vermarktet,

neue Zielgruppen als Konsumenten angesprochen und neue Generationen als Marke etabliert. Politische und wirtschaftliche Interessen haben eine weitere Differenzierung von Altersbildern zum Ziel. Alternde Bevölkerungen resp. neue Generationen werden für die Wirtschaft zur Sicherung von ökonomischem Wachstum und Stabilisierung der Konjunktur und für die Politik zur Legitimierung von Handlungsprogrammen attraktiv. Alte und alternde Bevölkerungen werden als wirtschaftlich und politisch interessante Zielgruppen angesprochen. Demografische Merkmale werden dabei benutzt. Den demografischen Wandel als Chance zu betrachten bedeutet, ihn als Resultat einer Marketingstrategie zu begreifen.

Während die Wirtschaftsentwicklung immer noch durch eine Ideologie des Wachstums geprägt ist, sind die handelnden Akteure in der Politik im Umgang mit der Bevölkerungsentwicklung von einem Wachstumsgedanken abgerückt. Der demografische Wandel wird weniger als Problem und stattdessen zunehmend als neue Möglichkeit für ein nachhaltiges Handeln erörtert. Eine verstärkte Qualifizierung des Humanvermögens wird verfolgt.

Die Demografie ist keine Frage des ohnehin ständig variierenden gesellschaftlichen Betrachtungsgegenstandes, sondern eine Frage der zu bedienenden Zielgruppen, unter denen für Akzeptanz geworben werden soll. Der demografischen Entwicklung wird dabei leichtfertig Einfluss auf ökonomische Entwicklungen bescheinigt, ohne dass ein Kausalzusammenhang klar belegbar ist und eine Demografierelevanz geprüft wird. Die Gesellschaft ist demografieaffin geworden; die Bevölkerung ist leicht für demografische Sachverhalte und Handlungsprogramme der Politik einzunehmen. Die Entwicklung demografischer Kennziffern ist zum Argument geworden, um einen Handlungsbedarf aufzuzeigen, die Handlungsbereitschaft zu erzeugen und den Handlungsdruck zu erhöhen. Dies habe Folgen für die „Moralökonomie“¹, denn durch Akzeptanz wird der Gesellschaft resp. Bevölkerung Käuflichkeit unterstellt und Zumutbarkeit abgerungen.

4.1.4 Demografie als Beurteilungsmaßstab

Sozialpolitische Fragestellungen und Erwägungen für ein sozialpolitisches Handeln werden vorrangig in einen Zusammenhang mit demografischen Veränderungen gesetzt.² Infolge von ausbleibenden Geburten und einer zur Mehrheit wachsenden Bevölkerungsgruppen der Alten werden Maßnahmen zur finanziellen Stabilisierung und damit zur Sicherung der Funktionsfä-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 30: Unter Moralökonomie werde das Konzept gefasst, nachdem die Wirtschaft in „soziale Regulationen“ eingebettet sei und ihrerseits moralisch bewertet werde. Sie beschreibe die „Grenzen [...] der Käuflichkeit [und] Zumutbarkeit von wirtschaftlichen Härten.“

² Vgl. z. B. SCHMÄHL (2002), S. 106ff.; siehe auch Enquête-Kommission (2002), bei SINN (2007) sowie BMI (2011 und 2012).

higkeit der Sozialsysteme diskutiert.¹ So wird der demografische Wandel für die finanziellen Problemlagen in der Rentenversorgung und weiteren öffentlichen Kassen verantwortlich gemacht.² Die Potentiale des Alters spielten für die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme eine besondere Rolle.³ Relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Faktoren, die nicht durch demografische Veränderungen verursacht werden oder deren Einfluss unterliegen⁴, bleiben dabei weitgehend ausgeblendet.

Im demografiepolitischen Diskurs wird die Rentenhöhe in der gesetzlichen Alterssicherung diskutiert. Für eine auskömmliche Alterssicherung und eine etwaige Altersarmut⁵ werden zwei demografische Entwicklungen als wesentliche Faktoren angeführt: die steigende Lebenserwartung und der wachsende Bevölkerungsanteil alter Menschen gegenüber dem Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung⁶. Viel bedeutender sei jedoch der rasch steigende Lebensstandard.⁷ Die Öffentlichkeit glaube, es bestünde immer noch das „frühere System der lebensstandardsichernden Versorgung“ in der Alterssicherung.⁸ Diese sei mit der Riesterreform abgeschafft worden, ohne dass dies in das öffentliche Bewusstsein gedrungen sei.⁹ Die Abkehr von einer lebensstandardsichernden Rente, die durch eine existenzsichernde Altersversorgung für nachkommende Generationen ersetzt worden sei¹⁰, wird als eine demografiebedingte Altersarmut verhandelt. Im Diskurs wird das Bild einer aus demografischen Gründen zu fordernden Rentenanpassung vermittelt. Dabei sei aus dem Blick geraten, dass Staat und Gesellschaft seit den 1970er Jahren über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Es sei versucht worden, permanent mehr zu konsumieren als in gleicher Zeit erwirtschaftet worden sei. Die Anpassung des Rentenniveaus sei daher vielmehr die unvermeidliche Konsequenz des Wohlstandsverzehr.¹¹ Hinzu komme der elterliche Anspruch, dem eigenen Kind „entweder einen besseren oder doch mindestens den gleichen Lebensstandard wie die Eltern haben“¹² zu ermöglichen. Dieser verstärkt den Anpassungsdruck in den Rentensystemen zusätzlich. Auch die damalige (und heute in Teilen immer noch praktizierte) Frühverrentungspolitik sowie eine fehlende Steuerung und Anpassung über Jahre und Jahrzehnte hätten den Weg für

¹ Vgl. hierzu z. B. Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft, Nr. 43 und 63.

² Vgl. SINN (2005), S. 53ff., und Enquête-Kommission (2002).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39.

⁴ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 1.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 21, 24 und 30, Publizistik, Nr. 27, Politik, Nr. 46.

⁶ Vgl. hierzu z. B. Befragung, Wissenschaft, Nr. 48.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 19 und 51, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft / Politik, Nr. 53.

⁸ Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 66.

¹² Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

die heutigen Probleme des Rentensystems bereitet.¹ Heute begründet die Politik ihre Forderungen, das gesetzliche und damit auch das reale Renteneintrittsalter anzuheben, mit den absehbaren demografischen Veränderungen. Die Anhebung wird als notwendige Reaktion auf den demografischen Wandel verhandelt.² Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sei aber zum Beispiel vielmehr aufgrund der nicht gegebenen Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu fordern, die häufig eine dauerhafte oder vorübergehende Erwerbslosigkeit zur Folge hätten.³ „Solange wir nennenswerte Teile davon [Anm. d. Verf.: der erwerbsfähigen Bevölkerung] arbeitslos lassen, kann nicht von zu wenigen Jungen gesprochen werden.“⁴, vertritt ein Gesprächspartner seine Auffassung. Hinzu kommt, dass die Erziehungsleistungen von Eltern im Rentensystem vergesellschaftet würden (siehe Kap. 5.3.2)⁵. Ein Gesprächspartner konstatiert: „Wir haben eine Vollkasko-Versicherung gegen Kinderlosigkeit aufgebaut mit unserem Rentensystem. Das erzeugt eine Vollkasko-Mentalität.“⁶ Zudem werde die geschlechterspezifische Ausgestaltung der Sozialsysteme durch eine fertilitätsspezifische verdrängt und nahezu ersetzt.⁷ Dies zeugt nicht nur von einer Demografisierung der Geschlechterrollen. Damit wird auch eine verstärkte Betrachtung der Sozialsysteme unter demografischen Gesichtspunkten befördert.

Die Veränderungen in den quantitativen Verhältnissen in den Sozialsystemen hätten sich bereits in den 1970er Jahren angekündigt bzw. seien zum Teil eingetreten und wirkten heute fort.⁸ Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass heute noch vergleichsweise günstige demografische Verhältnisse herrschten⁹. Dies deutet darauf hin, dass die im demografiepolitischen Diskurs diskutierten Probleme in den sozialen Sicherungssystemen nicht demografisch bedingt waren und sind.¹⁰ Sie gehen vielmehr auf Konstruktionsmechanismen und politische Entscheidungen der Vergangenheit zurück. Ein Gesprächspartner mahnt an: „Die ganze Rentendiskussion ist in einer [...] intellektuell unerträglichen Weise missbraucht worden und wird weiter missbraucht für sehr vordergründige politische Ziele.“¹¹ Anhand der dargestellten Entwicklungen und Zusammenhänge ist zu schlussfolgern, dass sich eine Anpassung der Sozialsysteme heute insbesondere aus der Notwendigkeit zur Gestaltung der Auswirkungen ei-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 19, 20, 34 und 39.

² Vgl. ebd., Nr. 16, 19 und 39, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39 und 43, Publizistik, Nr. 41.

⁴ Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 7, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁶ Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 48.

⁸ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 4, Wissenschaft, Nr. 5, 15, 18, 19, 24, 29, 32, 34, 35 und 37, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 26 und 51.

¹⁰ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 48.

¹¹ Befragung, Politik, Nr. 11.

nes fortschreitenden sozioökonomischen Wandels ergibt. Der inzwischen gewachsene Handlungsbedarf resultiert somit vor allem aus anderen gesellschaftlichen Entwicklungen und ist dort zu verorten.¹

Die Instrumente der sozialen Sicherung bzw. Alterssicherung hätten den Diskurs zum demografischen Wandel hervorgebracht und das demografiepolitische Handeln befördert.² Diese Argumentation wird mit Blick auf die Entscheidungen des BVerfG zu den Sozialversicherungen im sog. „Trümmerfrauenurteil“ von 1992 und im sog. „Beitragskinderurteil“ von 2001³ sowie mit den vorliegenden Ergebnissen der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ im Jahr 2002 vertreten⁴. „Sämtliche Rechtsentwicklungen der letzten zehn Jahre, die unter dem Stichwort demografische Entwicklung laufen, [könnten] keine taugliche Diagnose der zu lösenden Probleme, der zu behandelnden gesellschaftlichen Notstände beinhalten, weil die demografische Entwicklung als Diagnose vollkommen untauglich ist“.⁵ Das bedeutet, dass demografische Veränderungen zum einen für die Diagnose von unzureichend konzipierten Konstruktionsmechanismen der Sozialsysteme untauglich sind.⁶ Zum anderen sei die Demografie darüber hinaus zur Erklärung von gesellschaftlichen Notständen auch wenig geeignet.⁷ Die heute erfahrenen und künftig erwarteten Probleme in den Sozialsystemen⁸ seien vor allem systemisch.⁹ Für die Finanzierung und Funktionsfähigkeit der Alterssicherung sind folglich andere Faktoren von größerer Bedeutung.¹⁰ Es sind somit systembedingte und demografiebedingte Effekte in den sozialen Sicherungssystemen zu unterscheiden.

Der demografische Wandel hat in den Sozialsystemen durch die Betrachtung und Ausgestaltung von Generationenbeziehungen in der Gesellschaft den Anstoß zur Auseinandersetzung mit materiellen Verteilungskonflikten und sozialen Ungleichheiten gegeben.¹¹ Dies bringen zwei Gesprächspartner wie folgt zum Ausdruck: „Für mich ist Demografie ein ganz zentrales Thema. Es geht um die Verteilung menschlicher Kompetenzen, und Wohlstand basiert letztlich auf nichts anderem.“¹² „Letztendlich sind alle politischen Fragen Umverteilungsfra-

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 24.

² Vgl. ebd., Nr. 19.

³ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁴ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 4.

⁵ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁶ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 19.

⁷ Vgl. BARLÖSIUS und SCHIEK (2007) sowie Befragung, Politik, Nr. 67.

⁸ Vgl. hierfür z. B. BIRG (2005b), S. 170ff., und siehe SINN (2007).

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Publizistik, Nr. 41.

¹⁰ Zur Alterssicherungspolitik einer alternden Bevölkerung vgl. auch SCHMÄHL (2002), S. 106ff.

¹¹ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 11 und 22, Wissenschaft, Nr. 16, 18, 19, 30, 32 und 43, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Publizistik, Nr. 41, Politik / Publizistik, Nr. 52, HÜTHER und NAEGELE (2013), LÜSCHER et al. (2010) und BMI (2011).

¹² Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7.

¹³ Befragung, Publizistik, Nr. 41.

Die Betrachtungsdimension der Verteilung ist im Diskurs infolge der Tendenzen zur Demokratisierung und Befriedung in modernen Gesellschaften gewachsen, hat die Befragung ergeben. In diesem Rahmen werden auch soziale und räumliche Disparitäten gesellschaftlich breit thematisiert (siehe Kap. 4.2.1). Jene Gesellschaften ermöglichten eine vermehrte Anhäufung von Vermögen über einzelne Generationen hinweg. Es wird argumentiert, dass dieses angehäufte Vermögen helfen könne, die Konsequenzen des demografischen Wandels zu bewältigen.¹ Im öffentlichen wie politischen Raum steht daher die Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit.² Dahinter stehen systemimmanente Effekte, die als Katalysator und Einfallstor für demografisch bedingte Effekte auf den Gerechtigkeitsaspekt wirkten³. Der demografische Wandel wird daher in der Perspektive der Sozialsysteme als Verteilungs- und Gerechtigkeitsdefizit problematisiert.⁴ Die finanzielle Umverteilung und Neuordnung sozialer Verhältnisse anlässlich demografischer Veränderungen⁵ machten es erforderlich, Interessen von Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen zu verhandeln und auszubalancieren⁶. Es sei dabei nicht auszuschließen, dass die demografische Entwicklung zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte instrumentalisiert werden könne.⁷ Dies spricht für einen interessegeleiteten demografiepolitischen Diskurs, der sich des Bevölkerungsmarketings bedient. Defizite in der sozialen Verteilungs-, Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit sowie deren Einforderung seien aber nicht demografisch bedingt.⁸ Dies bekräftigt ein Gesprächspartner wie folgt: „Umverteilung ist sicherlich ein Problem, aber nicht wegen des demografischen Wandels, sondern wegen unserer Institutionen, die nicht darauf eingestellt waren.“⁹

Gleichwohl nehmen die Debatten über Gerechtigkeits- und Verteilungsaspekte großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Demografie in der Gesellschaft.¹⁰ So hat das Thema Demografie auch in diesem Bereich der Gesellschaft eine unheimliche Wertschätzung und Würdigung erfahren. Die Entscheidung zur Realisierung eines Kinderwunsches wird in einem solchen Diskursklima mit der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft gleichgesetzt¹¹, indem „das Schicksal der Nation an der [...] Geburtenrate festgemacht wird“¹² (siehe Kap. 5.1). Potentielle

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

² Vgl. z. B. BIRG (2006), S. 120ff., und auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 42, Politik, Nr. 67.

³ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 41.

⁴ Siehe z. B. bei SINN (2007), Enquête-Kommission (2002) und BMI (2011); vgl. auch BIRG (2006), S. 120ff.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 35, Publizistik, Nr. 41, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁶ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 47.

⁷ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 36, 37 und 42.

⁸ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 56.

⁹ Ebd., Nr. 43.

¹⁰ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 67.

¹¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 35 und 56; siehe bei KRÖHNERT et al. (2008 und 2006) und BIRG (2006).

¹² Befragung, Wissenschaft, Nr. 40.

Eltern seien auf diese Weise einem enormen gesellschaftlichen Druck ausgesetzt, ihren Nachwuchs möglichst optimal zu qualifizieren.¹ Ein Gesprächspartner führt hierzu aus:

„Es gibt [...] eine kinderfreundliche Tendenz trotz dieser Kinderfeindlichkeit der technischen Zivilisation, die sich gewahr ist, dass Kinder ein knappes Gut geworden sind im Gegensatz zu früher und Kinder, um in der Gesellschaft zu bestehen, einer intensiven Betreuung bedürfen, angefangen von der Frühförderung bis hin zu gehobener Bildung, und Eltern sehr viel investieren, viel mehr als früher, viel mehr Zeit, psychischem Aufwand, Geld [...], um aus ihren Kindern Persönlichkeiten zu machen, die sich in der [Anm. d. Verf.: komplexen] Gesellschaft bewegen können.“²

Dies kann dazu führen, dass Eltern von der Realisierung eines Kinderwunsches absehen, weil sie dem aufgebauten Druck nicht standhalten bzw. dem Kind möglicherweise nicht die Bedingungen bieten können wie es die Erwartungen der Gesellschaft suggerieren. Zukunftsängste können geburtenmindernd wirken, und die alleinige Vorstellung einer unsicheren und nicht planbaren Zukunft kann von der Realisierung eines Kinderwunsches abhalten.

Die Ausführungen zur Bedeutung von Nachwuchs legen auch hier nahe, dass die demografische Entwicklung ein Katalysator für gesellschaftliche Veränderungen ist. Ein Gesprächspartner schlussfolgert hierzu, dass „der demografische Trend nie ein für sich stehender Trend ist, aber ein wichtiger Trendverstärker für vorhandene gesellschaftliche Trends.“³ Der starke mediale Bedeutungszuwachs des Diskurses ist somit von der großen faktischen Bedeutung der demografischen Entwicklung für die Gesellschaft zu trennen, die ihr Akteure im demografiepolitischen Diskurs zuschreiben.

In Zusammenhang mit der Beurteilung einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Entwicklung wird auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft an demografischen Veränderungen festgemacht (siehe auch Kap. 4.1.3).⁴ Aussagen über eine nicht leistungs- und handlungsfähige Gesellschaft alter und alternden Menschen beruhen auf statischen Annahmen⁵, welche die Sensibilisierung, Adressierung und Aktivierung der Potentiale einer alten Bevölkerung häufig unberücksichtigt lassen (siehe hierzu Kap. 4.1.3). Die demografische Alterung sei in dieser Perspektive nicht grundsätzlich mit einem Verlust an gesellschaftlicher Handlungs- und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbunden.⁶ Ein Gesprächspartner geht noch weiter und konstatiert: „Wir sind eine Gesellschaft geworden, die - überspitzt gesagt – keine Jugend braucht, um innovativ zu sein, weil wir Innovationen in der wettbewerbsorien-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 32.

² Ebd., Nr. 36.

³ Ebd., Nr. 56.

⁴ Siehe BARLÖSIUS und SCHIEK (2007), BIRG (2005a und b, 2006), SINN (2005) sowie HÜTHER und NAEGELE (2013).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 42, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5 und 35; siehe hierzu insbesondere LINDENBERGER et al. (2010).

tierten Marktwirtschaft eingebaut haben.“¹ Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hänge von vielen anderen Rahmenbedingungen in der Gesellschaft ab.² Demgegenüber wird argumentiert, dass sich zwar mit einer wachsenden Bevölkerungszahl die statistische Wahrscheinlichkeit erhöhe, dass sich unter ihr auch innovative und produktive Köpfe befänden³. Ob die demografische Alterung aber letztlich zu einer abnehmenden Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit führt oder nicht, wird mit Verweis auf die Chancen und Risiken des Alters kontrovers diskutiert (siehe Kap. 4.1.1).⁴ Eine tendenzielle, pauschale Einschätzung der Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft einerseits sowie der gesellschaftlichen Handlungs- und Leistungsfähigkeit andererseits sei nicht möglich.⁵ So müssten vor allem auch soziale Innovationen wie neue Wohnformen oder vermehrte Anstrengungen für lebenswertere Lebensbedingungen bedacht werden.⁶ Es könne vielmehr der folgende Zusammenhang in der Realität beobachtet werden: „Eine Gesellschaft [macht] große innovatorische Anstrengungen vor allem dann, wenn sie feststellt, dass sie andernfalls nachhaltig leidet.“⁷

Ein weiterer Faktor ist anzuführen, der bei der Beurteilung des demografischen Wandels in seinen möglichen Auswirkungen auf die Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit im demografiepolitischen Diskurs aus dem Blick gerät. In Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel können hierzulande Kompetenzen aufgebaut und Fähigkeiten entwickelt werden, demografische Veränderungen nachhaltig zu gestalten, die auch für andere Länder interessant sein und durch diese nachgefragt werden können. Dies legt die Argumentation eines Gesprächspartners nahe, dass das Land, das die Rentenversicherung erfunden habe und am meisten darunter leide auch das erste Land sein müsse, welches eine Lösung finden müsse, und andere Länder die Lösung übernehmen könnten⁸. Aus dem Vorbildcharakter und durch die Implementierung dieser Ideen und Impulse in anderen Ländern kann eine neue ökonomische Vitalität und ein neuerliches Wirtschaftswachstum geschöpft werden. Auf diese Weise kann Demografie motivierend und inspirierend sein und ganz zum Gegenteil einer handlungsunfähigen und nicht wettbewerbsfähigen Gesellschaft werden.

Dennoch sollte die demografische Entwicklung nicht als Maßstab zur Beurteilung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung herangezogen werden und folg-

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 26, Publizistik, Nr. 27.

³ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 26, 35, 42 und 43, Wissenschaft / Politik, Nr. 54 und 55.

⁴ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 35 und 42.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 48 und 68, Wissenschaft / Politik, Nr. 55; siehe weiterführend hierzu HEINZE und SCHMID (1999).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34 und 56.

⁷ Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

lich auch nicht anlassgebend für gestalterische Anpassungen politischer Art sein. Vielmehr sollte die gesellschaftliche Entwicklung an sich Betrachtungsgegenstand sein und ihre Gestaltung hinsichtlich von Einflüssen und Auswirkungen auf die demografische Entwicklung analysiert werden. Der politische Reduktionismus ist durch eine veränderte Betrachtungsperspektive abzulegen, welche die demografische Entwicklung nicht als den Ursprung von allem versteht, sondern als Folge und Randbedingung der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung begreife¹. Ein Gesprächspartner bringt diesen Anspruch auf den Punkt: „Ich würde mich erst mal dagegen wehren, alles aus der Perspektive der Demografie zu begucken, aber ich glaube, wir sollten alles begucken unter Berücksichtigung von Demografie.“²

ZUSAMMENFASSUNG

Der demografische Wandel wird in der Perspektive der Gesellschaftssysteme in Debatten zu sozialen Ungleichheiten und materiellen Verteilungskonflikten hinsichtlich des Gerechtigkeits- und Verteilungsaspekts diskutiert. Dabei wird die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme über den Kopffzahlbezug von der demografischen Entwicklung abhängig gemacht. Gesellschaftliche Entwicklungen und soziokulturelle Praktiken werden aus einer demografischen Perspektive betrachtet und Geschlechterrollen in den Sozialsystemen demografisiert. Eine Unterscheidung zwischen systembedingten und demografiebedingten Effekten unterbleibt hierbei.

Die demografische Entwicklung ist zum Beurteilungsmaßstab der gesellschaftlichen Entwicklung avanciert. Nachwuchs wird mit der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gleichgesetzt und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit von demografischen Veränderungen abhängig gemacht. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft sowie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sind jedoch nur teilweise und in schwachem Maße von der demografischen Entwicklung abhängig. Das Alter der Bevölkerung ist kein verlässlicher Indikator zur Beurteilung der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Im Umgang mit dem demografischen Wandel kann hierzulande Wissen entwickelt werden, das als begehrte Erfahrung von anderen Nationen nachgefragt werden kann. Von der Art und Weise des Umgangs wird abhängen, ob der demografiepolitische Diskurs Vorbildcharakter entfalten können wird.

Die demografische Wissenschaft und Bevölkerungswissenschaft besitzen eine geringe Erklärungskraft zur Erklärung gesellschaftlicher Notstände. Der Demografie wird aus der Diskurskonjunktur heraus eine analytisch überragende Bedeutung beigemessen, durch die andere gesellschaftsstrukturbestimmende Faktoren ausgeblendet werden. Demografische Verände-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38.

² Ebd., Nr. 24.

rungen können als Indikator für gesellschaftliche Entwicklungen fungieren. Sie sind aber nicht zur Diagnose tauglich. Die demografische Entwicklung wirkt daher vielmehr als Katalysator für gesellschaftliche Veränderungen.

Der Reduktionismus ist durch eine veränderte Betrachtungsperspektive abzulegen, welche die demografische Entwicklung nicht als den Ursprung gesellschaftlicher Entwicklungen versteht, sondern als Folge und Randbedingung der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung begreift. Die demografische Entwicklung kann nicht als Beurteilungsmaßstab einer zukunftsfähigen, nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Dennoch ist sie anlassgebend für gestalterische Anpassungen politischer Art. Vielmehr sollte aber die gesellschaftliche Entwicklung an sich Betrachtungsgegenstand sein und ihre Gestaltung hinsichtlich der Auswirkungen und Einflüsse auf die demografische Entwicklung betrachtet werden.

4.2 Zur räumlichen Betrachtung des demografischen Wandels

4.2.1 Demografische Entwicklung aus regionaler Perspektive

Gegenstand der räumlichen Betrachtungen des demografischen Wandels sind die Anordnung der Menschen und die Verteilung von Gütern und Leistungen im Raum. Anhand von Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozessen sowie Betrachtungen der Raumordnung aus der Perspektive der Planungspraxis zum Umgang mit ländlichen und städtischen Räumen und dem Anspruch, gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten, wird aufgezeigt, wie demografische Kennziffern im demografiepolitischen Diskurs zur Raum- und Bewertungskategorie gereift sind. Die Entstehung von regionalen Disparitäten wird auf demografiebedingte Ursachen geprüft. Im Weiteren werden Zusammenhänge zwischen Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozessen und demografischen Veränderungen untersucht. Der Anspruch der Raumordnung, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, wird hinsichtlich seiner Realisierbarkeit in der Praxis betrachtet. Schließlich wird die Bedeutung der demografischen Entwicklung für die Vorhaltung von Infrastrukturen in Regionen analysiert. Dabei werden Betrachtungen zum Wettbewerbsgedanken in der Wirtschaft auf die demografische Entwicklung in Regionen übertragen.

Der demografische Wandel sei in der Dimension der Verteilung von Gütern und Leistungen sowie hinsichtlich von Nachfrage und Angebot bedeutsam.¹ In diesem Rahmen ist er anlassgebend für räumliche Betrachtungen.² Grundlage bildet die Anordnung der Menschen im Raum. Da fiskalische Einnahmen und Ausgaben des Staates nach der Bevölkerungszahl be-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 21, 38 und 42.

² Vgl. z. B. bei KRÖHNERT et al. (2006 und 2008) und BARTL (2011b).

messen werden und die Bevölkerung Schlüssel für Finanzierungsbedarfe, Investitionstätigkeiten und Erträge ist, ist politisches Handeln darin bestrebt, die Bevölkerung im Raum entsprechend zu verteilen. Eine Orientierung an demografischen Kennziffern in Gestalt von Kopfzahlen werde vorgenommen, um Ausgabennotwendigkeiten und Nachfragen zu kalkulieren.¹ So werde in den Kommunen und Regionen eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung in Zahl und Struktur vor allem aus finanziellen Gründen erwogen.² Das ist eine politisch reduktionistische Betrachtungsweise, die sich auf Quantitäten konzentriert. Dabei wird nicht ausreichend berücksichtigt, dass beispielsweise die Steuerkraft nicht nur an der Bevölkerungszahl gemessen wird. Sie ist insbesondere von den jeweils vorherrschenden Familienverhältnissen bzw. Lebensformen abhängig, die unterschiedlich besteuert werden.

Die demografisch relevante Verteilung von Gütern und Leistungen durch den Staat sowie die fiskalisch bedeutsame Anordnung von Menschen im Raum³ lässt Ansprüche aufbegehren, dass ein bestimmter Raum oder eine Region bewohnt und bewirtschaftet wird. Politisches Handeln definiert zwar mit seinen räumlichen Betrachtungsschwerpunkten, welche Räume und Regionen vor dem Hintergrund der anstehenden demografischen Veränderungen auch künftig als Lebensräume bewirtschaftet werden (sollen). Eine politische Zieldefinition im Umgang mit den räumlichen Auswirkungen der demografischen Veränderungen werde jedoch nicht vorgenommen.⁴ Ausgehend davon, dass die Menschen in ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Freizügigkeit grundsätzlich frei in der Entscheidung sind, in welchen Räumen und Regionen sie siedeln, leben und arbeiten möchten, geraten die planerische Intention der Raumordnungspolitik, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, und die erwarteten regionalen Auswirkungen der bevorstehenden demografischen Veränderungen in Widerspruch⁵. Ein Gesprächspartner vermutet: „Das ist ein Grundsatz [Anm. d. Verf.: die gleichwertigen Lebensverhältnisse], der sich aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft unter Umständen nicht mehr halten lassen wird. Man wird bestimmte Gebiete aufgeben müssen.“⁶ Der Widerspruch ist dem unklaren Verständnis des Begriffs ‚gleichwertige Lebensbedingungen‘ im demografiepolitischen Diskurs geschuldet. Die Erkenntnisse aus der herangezogenen Literatur und die Befragungsergebnisse lassen erkennen, dass der Anspruch, gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten, insbesondere in ländlichen Regionen angesichts von Bevölkerungsrückgang und demografischer Alterung eher in ein negatives Licht

¹ Siehe BARTL (2011b); vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 17 und 32.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 17 und 32.

³ Vgl. hierzu auch BOYLE (2003), S. 615ff.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11.

⁵ Vgl. auch BARLÖSIUS und NEU (2007), S. 77ff., sowie Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 25.

rückt. Ist von gleichwertigen Lebensbedingungen die Rede, sind allerdings vielmehr regionspezifische Charakteristika gemeint, welche die strukturellen Besonderheiten bzw. Eigenheiten der unterschiedenen Raumkategorien von Stadt und Land betonen. Dadurch fällt der Anspruch, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, nicht illusorisch aus.¹ Im demografiepolitischen Diskurs wird den ländlichen Räumen bekanntlich grundsätzlich eine besondere Betroffenheit von demografischen Veränderungen bescheinigt. Entsprechend dramatisch werden die Folgen für diese Lebensräume aufgezeigt. Dabei besäßen ländliche Räume charakteristische Eigenschaften, die nicht selbstredend dem Einfluss von demografischen Veränderungen ausgesetzt seien² und über die urbane Zentren nachweislich in der Regel nicht in vergleichbarer Ausprägung verfügen. Zu nennen seien hier beispielhaft ein stärkerer sozialer und intergenerationeller Zusammenhalt, eine stärkere Verankerung der Menschen in der Region, eine größere Heimatverbundenheit und stärkere Identität oder ein stärkeres ehrenamtliches Engagement.³ Studien belegen und Alltagserfahrungen bestätigen dies. Städtische und ländliche Räume haben für die persönliche Wahl eines Lebensmittelpunktes für Individuen jeweils sowohl ihre eigenen Vorteile als auch Nachteile. Bevölkerungsrückgang, Abwanderung und demografische Alterung haben ihren Ursprung in gewandelten Lebensentwürfen, die in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vor allem die Stadt als Lebensmittelpunkt wählten⁴. Entscheidend sei zudem, ob die Menschen für sich eine Perspektive auf dem Land sähen.⁵ Im demografiepolitischen Diskurs wird häufig der Eindruck erweckt, dass die Raumkategorien Stadt und Land das Resultat der demografischen Entwicklung seien⁶. Beide Raumkategorien existieren jedoch unabhängig vom demografischen Wandel. Der Ursprung der spezifischen Raumausstattung und Raummerkmale wurde durch soziokulturelle Praktiken und politisches Handeln begründet. Stadt und Land sind daher lediglich Schauplätze unterschiedlich ablaufender demografischer Entwicklungen; dies spricht für eine Raumaversität der Demografie. Regionsspezifische und demografische Probleme würden miteinander vermengt.⁷ Durch die Verbindung beider wird die Demografie zum Raummerkmal. Durch demografische Veränderungen Auswirkungen für die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu erwarten, stellt insofern eine reduktionistische Betrachtungsweise dar, weil Regionen weitgehend unabhängig vom demografischen Wandel ihre jeweilige spezifische Raumausstattung erhielten.⁸

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 25.

² Vgl. ebd., Nr. 56.

³ Vgl. ebd., Nr. 45.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 37.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 56.

⁶ Siehe insbesondere KRÖHNERT et al. (2006 und 2008).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 57, Wissenschaft / Politik, Nr. 59.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

Eine Unterscheidung zwischen Stadt und Land gelinge vielmehr durch die Berücksichtigung der Unterschiede von soziokulturellen Praktiken, weniger von demografischen Merkmalen.¹

„Die strukturellen Unterschiede gab es auch unabhängig von der Alterung der Bevölkerung und der Geburtenentwicklung.“²

Belegt ist, dass Städte bzw. urbane Zentren und Agglomerationen – verglichen mit ländlichen Regionen – über eine stabile demografische Entwicklung verfügen. Zudem ist bewiesen, dass diese vor allem aus Zuwanderung gespeist wird – die natürliche Bevölkerungsentwicklung spielt eine untergeordnete Rolle.³ Im demografiepolitischen Diskurs werde jedoch häufig suggeriert, dass auch das Geburtenniveau in den Städten höher sei als auf dem Land.⁴ Aufgrund der nachweislich hohen Bevölkerungskonzentration von vor allem jungen und jüngeren Menschen sowie auch von Frauen im gebärfähigen Alter in den Städten muss gegenüber dem Land eine niedrigere Kinderzahl pro Frau angenommen werden. Diese müsste auf dem Land tendenziell höher sein, weil auch weniger Frauen im entsprechenden Alter vorhanden sind.⁵ Hinzu kommt, dass die wirtschaftsstrukturelle Ausrichtung von Stadt und Land⁶ dazu führt, dass in der Stadt Karrieren Alleinlebender gegenüber traditionelleren kinderreicheren Familien- und Lebensformen in ländlichen Regionen und Dörfern dominierten⁷. Daher ist nicht nur die Zahl der Geburten auf dem Land im Verhältnis zur Stadt pro Kopf der gebärfähigen Frau höher einzustufen. Auch der Bevölkerungsrückgang auf dem Land darf nicht den Eindruck einer niedrigen Geburtenrate vermitteln. Dieser ist bekanntlich vielmehr vor allem das Resultat der starken Abwanderung in die Städte. Im demografiepolitischen Diskurs mangelt es an dieser differenzierten Betrachtung. Ländliche Räume werden mit Bevölkerungsrückgang und Alterung gleichgesetzt und Städte mit einem Wachstum und einer Verjüngung der Bevölkerung bzw. einer ausgewogenen Altersstruktur verbunden.⁸ Auf diese Weise wird die Demografie in eine Raum- und Bewertungskategorie umdefiniert. Ländlich-peripheren Regionen sind aber nicht grundsätzlich ein Bevölkerungsrückgang und eine starke demografische Alterung zu unterstellen.

In vergleichbarer Weise werden auch Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozesse als Ausdruck des demografischen Wandels gedeutet.⁹ Wohnstandortentscheidungen seien jedoch

¹ Vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 24, 35 und 37.

² Ebd., Nr. 16.

³ Vgl. ebd., Nr. 37.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 25 und 37.

⁵ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 25 und 36.

⁶ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 24.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 36.

⁸ Siehe z. B. bei KRÖHNERT et al. (2008 und 2006).

⁹ Vgl. z. B. bei ROLOFF (2003), S. 41ff., und vgl. hierzu auch STEINFÜHRER (2008), S. 2653ff.

nicht hauptsächlich demografisch gesteuert.¹ So ist vor allem im ländlichen Raum zwischen Bevölkerungsrückgängen infolge der Geburtenrückgänge pro Frau oder des großen Anteils Kinderloser oder geringen Anteile gebärfähiger Frauen, von überregionalen Fortzügen junger Familien und Paare ohne Kinder sowie infolge von Urbanisierungsbewegungen auf die städtischen Zentren einer Region und Suburbanisierungsprozessen aus dem ländlichen Raum in das nähere Stadtumland zu unterscheiden. Häufig wird den letzteren Prozessen ein demografischer Ursprung zugeschrieben, obwohl diese in Wohnstandort- und Arbeitsplatzentscheidungen sowie in weiteren soziokulturellen und sozioökonomischen Ursachen begründet lägen.² Eine stabile oder positive demografische Entwicklung werde von den Kommunen herangezogen, um Zuwanderung zu generieren. Die Ausrichtung der demografischen Entwicklung werde zum Motiv der Wohnstandortentscheidung.³ Aufgrund der wechselseitigen Verflechtungen von Stadt und Land, die in demografischer Hinsicht bestehen, und der allgemeinen Entwicklungstendenzen eines Bevölkerungsrückgangs und einer demografischen Alterung stünden heute Regionen in einem starken und künftig sich weiter verschärfenden Wettbewerb um junge Menschen.⁴ Die ländlichen Regionen brächten in der frühkindlichen und kindlichen Phase Investitionen für die Erziehung und Betreuung von Nachwuchs auf.⁵ Hier würden vor allem Investitionen in den Nachwuchs getätigt⁶, die – im Sinne der volkswirtschaftlichen Produktivität betrachtet – keinen Ertrag abwerfen würden⁷. In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen seien die Privathaushalte, „in denen das Wichtigste für die wirtschaftliche Zukunft [...], nämlich die Kinder mit ihren Bildungspotentialen auf die Beine gestellt werden, [...] Orte des Konsums.“⁸ Aus Sicht der volkswirtschaftlichen Produktivität seien weniger Kinder für die Gesellschaft zunächst nicht problematisch.⁹ Der Nachwuchs wandere in einem Lebensalter, in dem dieser als marktfähiges, ökonomisch verwertbares Humanvermögen dem Arbeitsmarkt und im Weiteren der Gesellschaft produktiv zur Verfügung stehen und selbst Güter erzeugen und Leistungen erbringen könnte, in die Städte ab, um dort als Humankapital eingesetzt zu werden.¹⁰ Dies bedeutet, dass die ländlichen Regionen für den nötigen Nachwuchs sorgen und damit auch das Humanvermögen bilden, von dem die Städte profitieren. Die den Raumkategorien Stadt und Land zugeschriebenen demografischen Charakteristika münden in

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 45.

² Vgl. ebd., Nr. 40 und 64; siehe hierzu auch BÜRKNER (2011).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 40, und vgl. hierzu BARTL (2011a), S. 351ff.

⁴ Vgl. hierzu BIRG (2006), S. 134ff., Befragung, Wissenschaft, Nr. 40, 57 und 62, sowie KRÖHNERT et al. (2006 und 2008).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 37.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 5, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁸ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

¹⁰ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 37.

einem an der Bevölkerung orientierten Marketing, durch das Regionen anhand demografischer Merkmale bzw. Zustände als Boom- und Gewinnerregion bzw. Verliererregion gekennzeichnet würden¹.

Die Betrachtung von Stadt und Land sowie von Bevölkerungswachstum und -rückgang wird im demografiepolitischen Diskurs zu den regionalen Disparitäten miteinander vermengt.² Es wird das Bild einer Ausgleichsbewegung zwischen unterschiedlichen demografischen Zustandsbildern gezeichnet. Dieses habe eine Landflucht oder Entvölkerung des ländlichen Raums und einen Zuwanderungsdruck in die Städte zum Gegenstand.³ Differenzierte Betrachtungen, zum Beispiel, dass demografische Veränderungen regional in unterschiedlichen Tempi und Qualitäten verliefen und für einen Raum zugleich sowohl Chance als auch Risiko darstellen könnten⁴, werden dabei außen vor gelassen. Das Ausmaß bzw. die Intensität von Binnenwanderungen sei ein Anhaltspunkt dafür, wie groß bzw. ausgeprägt regionale Disparitäten seien.⁵ Sie sind häufig vielmehr historisch gewachsen und politischer Natur denn demografisch bedingt. Die Ursache der heute bestehenden ausgeprägten regionalen Disparitäten sei in den Vorläufern des demografiepolitischen Diskurses der Nachwendezeit zu finden. Die Entleerung habe „eigentlich nichts mit dem Problem zu tun, das normalerweise im Rahmen der Demografiedebatte thematisiert wird“. Sie sei „eine Spätfolge der deutschen Einheit und der Umstrukturierung, dass dieser Strukturwandel nicht gelungen ist.“⁶

Die Beschäftigung mit dem demografischen Wandel verstärkte sich mit der Wiedervereinigung der ehemals voneinander getrennten Teile Deutschlands und der damit verbundenen solidarischen Struktur- und Transferpolitik. Diese hat den Blick für die demografische Entwicklung geöffnet. Das hat dazu geführt, dass sich mit den strukturellen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland auch in demografischer Hinsicht eine gedankliche Zweiteilung etablierte, die bis heute in ihren Grundsätzen erhalten geblieben ist.⁷ Ein Gesprächspartner bringt seine Verwunderung darüber wie folgt zum Ausdruck: „Das ist für mich ein absolutes Phänomen, dass es auch immer noch in diesem West-Ost-Gefälle wahrgenommen wird, obwohl die Realität mittlerweile schon viel kleinteiliger ist.“⁸ Gesellschaftsstrukturelle Veränderungen der Nachwendezeit sowie die verglichen mit den Alten Bundesländern heute immer noch bestehende Struktur- und Finanzschwäche der Neuen Bundesländer werden in einen Zu-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 61, und BIRG (2006), S. 134ff.; siehe auch bei KRÖHNERT et al. (2008 und 2006).

² Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 17.

³ Vgl. ebd., Nr. 30 und 35.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 32, 38 und 42.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 16 und 20.

⁶ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁷ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 17 und 32.

⁸ Ebd., Nr. 40.

sammenhang mit den räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels gesetzt. Die demografischen Veränderungen schafften im demografiepolitischen Diskurs Anlässe, sich mit den regionalen Disparitäten intensiver als bisher auseinanderzusetzen.¹ Die Entwicklung der demografischen Kennziffern in städtischen und ländlichen Räumen dienten dabei dazu, die regionalen Disparitäten anhand von Indikatoren, die aus den demografischen Kennziffern erzeugt bzw. hergeleitet werden, darstellbar, vermittelbar und miteinander vergleichbar zu machen.² Regionale Disparitäten würden auf diese Weise vor allem über eine veränderte demografische Entwicklung im Diskurs kommuniziert.³

Dies hat in einem Diskursklima der großen Aufgeschlossenheit gegenüber demografischen Argumenten zur Folge, dass in einer sich verselbstständigenden Betrachtung die Existenz und Intensität der regionalen Disparitäten überwiegend auf demografische Veränderungen zurückgeführt werden. Es werden kausale Zusammenhänge zwischen regionalen und demografischen Entwicklungen vermutet, die nicht überprüft werden. Andere gesellschaftliche Veränderungen, die auf die räumliche Entwicklung wirken, bleiben weitgehend unbeachtet. Stattdessen werden jene gesellschaftlichen Entwicklungen als demografische Veränderungen aufgefasst. Ein Gesprächspartner gibt zu bedenken: „Die Entwicklung in Ostdeutschland wurde ganz stark auch demografisiert nach der Wende, der Rückgang der Bevölkerung, der Wegzug der Bevölkerung [...]. Das Ganze könnte man natürlich auch anders beschreiben als mangelnde Anpassungsfähigkeit an die politischen Veränderungen.“⁴ Dies zeigt, dass Entwicklungen, die sich als Folge der Teilung Deutschlands vollziehen und weiter nachwirken, auf die demografische Entwicklung zurückgeführt werden. Es ist eine Demografisierung des gesellschaftsstrukturellen Wandels⁵ und der fehlenden wirtschaftsstrukturellen Anpassungsfähigkeit an die Auswirkungen der Wiedervereinigung in der Nachwendezeit zu konstatieren. Der (nicht vollständig gelungene) Strukturwandel wird mit einer demografischen Perspektive angereichert.⁶ Ein Gesprächspartner stellt hierzu klar: „Die strukturellen Unterschiede gab es auch unabhängig von der Alterung der Bevölkerung und der Geburtenentwicklung.“⁷ Soziokulturelle Praktiken sowie wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitische Entwicklungen der Vorwendezeit und des wiedervereinigten Deutschland wirkten aber strukturell nach⁸ und bedingen demogra-

¹ Siehe bei KRÖHNERT et al. (2006 und 2008) und BÜRKNER (2011); vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 42.

² Vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 40.

³ Siehe Bertelsmann Stiftung (2006); vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 3, 14, 17, 21, 30, 35 und 42, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

⁴ Befragung, Wissenschaft, Nr. 38.

⁵ Siehe hierzu insbesondere bei BARLÖSIUS und SCHIEK (2007).

⁶ Siehe z. B. bei KRÖHNERT et al. (2008 und 2006).

⁷ Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

⁸ Vgl. ebd., Nr. 60.

fische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Der demografische Wandel verschärfe die zu beobachtenden Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland in der Eigenschaft als Katalysator.¹

Ein demografisch bedingter Rückbau von Infrastrukturen wird heute insbesondere in den Neuen Bundesländern problematisiert.² Dass der Rückbau aufgrund von überdimensioniert geplanten und angelegten Infrastrukturen in der Nachwendezeit, in der sich die demografische Entwicklung bereits abzeichnete, notwendig sei³, findet im demografiepolitischen Diskurs keine Beachtung. Statistiken belegen, dass die 1990er Jahre in den Neuen Bundesländern durch massive Abwanderungsbewegungen in die Alten Bundesländer und durch eine vergleichsweise starke Abnahme der Geburtenrate geprägt waren.⁴ Umfangreiche Investitionen in Infrastrukturvorhaben in die Neuen Bundesländer haben dies nicht verhindern können. Es ist nachgewiesen, dass Infrastrukturen zum einen aufgrund der zentralistischen Anlage von Infrastrukturen in der ehem. DDR im neuen Osten des vereinten Deutschlands angepasst werden mussten. Darüber hinaus erforderte die euphorische Struktur-, Aufbau- und Investitionspolitik, welche die sich abzeichnende Bevölkerungsentwicklung unzureichend berücksichtigte, vielfach einen Rückbau. Rückbaunotwendigkeiten werden mit demografischen Veränderungen begründet und zeigen sich in der aktuellen Argumentation nicht als Erfordernis zur Beseitigung von Fehlplanungen und -investitionen, die aus ökologischen, technischen und wirtschaftlichen erwogen werden.⁵ Die Politik nutzt die Aufmerksamkeit der Gesellschaft für demografische Veränderungen und die große Akzeptanz, Handlungsnotwendigkeiten mit ihr zu begründen.⁶ Dadurch soll das Versäumnis verhüllt werden, dass in den Neuen Bundesländern enorme Summen öffentlicher Mittel bereitgestellt worden seien, um Infrastrukturen in Dimensionen zu schaffen, welche selbst im Falle eines außerordentlich starken Bevölkerungszuwachses nicht ausgelastet, von Beginn an finanziell kaum zu unterhalten gewesen wären und nicht erst durch die inzwischen eingetretenen demografischen Veränderungen einen Rückbau oder eine Anpassung erforderlich gemacht hätten⁷.

Die Konsequenzen des demografischen Wandels würden am Angebot an und an der Nachfrage nach Infrastrukturen bemessen.⁸ Es gehe dabei nicht „um Bevölkerung als bevölkerungsstatistische Kategorie, wie sie in der Demografie verwendet wird, sondern es geht dabei um

¹ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 42.

² Siehe z. B. bei FREVEL (2004).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34 und 38.

⁴ Vgl. destatis (2013a), S. 11f., destatis (2012), S. 6., und KRÖHNERT et al. (2006), S. 36.

⁵ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 34 und 38.

⁶ Siehe hierzu auch DORBRITZ et al. (2005).

⁷ Vgl. hierzu BARTL (2011a), S. 351ff.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 21, und BARTL (2011b).

Bevölkerung als Chiffre, Indikator für naturalwirtschaftliches Kalkulieren.“¹ Infrastrukturen würden die „Interventionsform des Staates in den Raum“² darstellen. Demografische Prognosen sind bedeutsam, damit der Staat antizipierende Investitionsentscheidungen treffen kann.³ Trotz der zweifelhaften Prognosefähigkeit von demografischen Annahmen, die keinen Wirklichkeitsgehalt entfalten können, vertrauen Politik und Wissenschaft auf die vermuteten Auswirkungen, die von den zu erwartenden demografischen Veränderungen ausgehen sollen (siehe Kap. 3.1.2). Die Politik ziehe sich dabei auf stabile „Grundverhaltensweisen des Menschen“⁴ zurück und definiere sie als jene Bedarfe, welche die Zeit überdauerten und immer nachgefragt würden⁵. Dadurch wird die demografische Entwicklung in den Stand eines Faktors gehoben, der „durch die menschliche Existenz und die menschlichen Grundverhaltensweisen definiert“⁶ wird. Dabei gerät aus dem Blick, dass eine an der Bevölkerungszahl orientierte Nachfrage nach Infrastruktur als Bemessungsgrundlage bedingt tauglich ist, weil hierbei das qualitative Nutzerverhalten nicht betrachtet wird. Mit Blick auf die Infrastruktur und das naturalwirtschaftliche Kalkulieren des Staates zeigen sich zwei Widersprüche: Zum einen könne in alternden Regionen die Nachfrage nach bestimmten Einrichtungen, die von einer alternden und damit anteilig wachsenden alten Bevölkerung genutzt werde, sehr groß sein⁷, und dennoch wird das Angebot aus finanziellen Gründen reduziert. Zum anderen kann die bestehende Nachfrage von jungen Menschen und Familien nach entsprechenden Einrichtungen nicht bedient werden, weil kein adäquates Angebot besteht, das im Zuge der Abwanderung junger Menschen und Familien oder der demografischen Alterung zurückgefahren wird. Insofern hat der Infrastruktur schaffende Wohlfahrtsstaat zielgruppenorientierte Angebote sowohl für die junge als auch die alte Bevölkerung zu schaffen. Im Umgang mit dem demografischen Wandel ist es daher relevant, zu erkennen, wo und wann in welchem Umfang je nach Zielgruppe Angebot und Nachfrage angenähert werden müssen. Die sog. demografische Rendite wird für diese bedarfsgerechte bzw. zielgruppengenaue Umnutzung von Infrastrukturen resp. die Realisierung flexibler Nutzungskonzepte in infrastrukturellen Einrichtungen aufzubringen sein.

Inwieweit eine Anpassung der Infrastrukturen tatsächlich auf eine Veränderung in der Bevölkerungsentwicklung oder auf ein verändertes Verbraucherverhalten, technologische Weiterentwicklungen und verstärkte Bestrebungen für mehr Nachhaltigkeit zurückzuführen ist,

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 21.

² Ebd.

³ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 21 und 61.

⁴ Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Vgl. SIEBERT (2002) und BIRG (2006), S. 134ff.

bleibt im demografiepolitischen Diskurs unklar, weil infrastrukturelle Anpassungen bekanntlich häufig mit Ansprüchen zur Kosteneinsparung, die auf kommunaler Ebene stark gewachsen sind, begründet werden¹. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist der Einfluss von demografischen Veränderungen geringer zu gewichten. Die Ausweisung eines demografischen Faktors, der gesellschaftliche Veränderungen beeinflusst, bei der Betrachtung dieser stets mitgedacht werden und ein politisches Handeln geradezu erzwingen², ist daher zu hinterfragen.

Schließlich kommt im demografiepolitischen Diskurs das Bewusstsein nur unzureichend zum Ausdruck, dass mit dem demografisch bedingten Rückbau von Infrastrukturen die weitere demografische Entwicklung beeinflusst werden kann, wenn ein Kapazitätsabbau auch Strukturen erfasst, die für Familien attraktiv sind. Die vielfach postulierte Selbstverstärkung und Eigendynamik des demografischen Wandels liegen daher nicht in der Natur von demografischen Veränderungen.³ Sie sind vielmehr Konsequenz einer Anpassungspolitik der Folgegestaltung.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit dem in den Neuen Bundesländern seit der Wende sich vollziehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Strukturwandel hat die Verteilung von Menschen, Gütern und Leistungen im Raum weitreichende Änderungen erfahren. Nicht immer konnte die Verteilung zeitnah und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Im demografiepolitischen Diskurs werden strukturelle Probleme ostdeutscher Bundesländer häufig in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel gesetzt. Demografische Veränderungen machen den in Folge der Wiedervereinigung bewirkten gesellschaftsstrukturellen Wandel und eine bislang noch nicht erreichte wirtschaftsstrukturelle Angleichung von Neuen und Alten Bundesländern lediglich sichtbar. Im Diskurs wird häufig der Umkehrschluss suggeriert, von demografischen Veränderungen auf wirtschafts- und gesellschaftsstrukturelle Entwicklungen schließen zu können. Ein kausaler Zusammenhang kann jedoch nicht gedeutet werden, weil dieser häufig nicht oder in sehr abgeschwächter Form besteht.

Auch regionale Disparitäten in Gestalt von Stadt-Land-Unterschieden werden mit demografischen Argumenten begründet. Binnenwanderungen werden als Maß der Intensität der Ausprägung von regionalen Disparitäten behandelt. Aus dem Blick gerät, dass Stadt-Land-Unterschiede vielmehr Ergebnis einer unterschiedlichen Anpassungsfähigkeit und Reaktions-

¹ Vgl. hierzu BARTL 2011a, S. 351ff.; siehe auch bei FREVEL (2004).

² Siehe z. B. bei ROLOFF (2003).

³ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 30 und 34, Politik / Publizistik, Nr. 52.

geschwindigkeit von Räumen darstellen. Es handelt sich um Räume ein und derselben Kategorie, die durch unterschiedliche Entwicklungsstände gekennzeichnet sind. Ländliche und städtische Räume begründen keine demografischen Betrachtungskategorien. Dem demografiepolitischen Diskurs mangelt es an der Unterscheidung von regionsspezifischen und demografiebedingten Effekten.

Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozesse werden mehrheitlich in einen demografischen Kontext gestellt, obwohl getroffene Wohnstandortentscheidungen in erster Linie mit individuellen Lebensentwürfen und soziokulturellen Praktiken einer Gesellschaft zusammenhängen. Ländliche Räume werden mit einem Rückgang und einer Alterung der Bevölkerung verbunden, Städte werden mit einem Bevölkerungswachstum und einer ausgewogenen Altersstruktur in Verbindung gebracht. Es werden allerdings nur deshalb immer mehr Menschen in den Städten geboren, weil der Anteil der Stadtbevölkerung im Zuge der global ablaufenden Urbanisierung zunimmt und nicht weil die Menschen in den Städten mehr Kinder bekommen als auf dem Land.

Regionen werben um junge Menschen, um Zuzug zu generieren. Die jeweilige regionaldemografische Entwicklung wird dabei zum Motiv der Wohnstandortentscheidung. Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzgedanken halten Einzug, welche die demografische Entwicklung als Argument zur Erschließung von ökonomischen Potentialen durch verstärkte Investitionen am Standort verstehen. Die Intention des raumordnerischen Anspruchs, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist zu hinterfragen. Eine Gleichwertigkeit von Regionen kann realistisch nur im Sinne von regionsspezifischen Charakteristika bzw. Ausstattungen gegeben sein und nicht auf die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in ländlichen wie auch städtischen Lebensräumen abzielen.

Der demografische Wandel ist in der Perspektive des naturalwirtschaftlichen Kalkulierens des Staates für die bedarfsgerechte Bereitstellung von Infrastrukturen bedeutsam. Mithilfe von demografischen Prognosen werden Investitionsentscheidungen des Staates antizipiert. Im demografiepolitischen Diskurs bleibt unterbelichtet, dass eine bedarfsgerechte Anpassung von Infrastruktur auch einen Mehrbedarf zur Ursache haben kann und insofern nicht ausschließlich mit einem demografisch bedingten Rückbau gleichzusetzen ist. Überdies wird für Regionen, die durch rückläufige Bevölkerungszahlen und/oder demografische Alterung gekennzeichnet sind, ein notwendiger Rückbau von Infrastrukturen unterstellt, obgleich infolge einer veränderten altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung auch Nachfrage erzeugt werden kann und folglich Angebote vorgehalten bzw. geschaffen werden müssen. Die pau-

schale Beurteilung von demografisch bedingten Rückbaunotwendigkeiten muss einer differenzierten Betrachtung weichen.

Darüber hinaus ist eine an der Bevölkerungszahl orientierte Nachfrage nach Infrastruktur als Bemessungsgrundlage bedingt tauglich, weil Betrachtungen zum Nutzerverhalten im demografiepolitischen Diskurs unzureichende Beachtung finden. Die Notwendigkeit, in den Neuen Bundesländern in der Nachwendezeit nicht bedarfsgerecht dimensionierte oder aufgrund veränderter Ansprüche umzugestaltende Infrastrukturen zurückzubauen, wird häufig mit demografischen Argumenten begründet. Die im demografiepolitischen Diskurs viel beredete Eigendynamik des demografischen Wandels liegt nicht in der Natur demografischer Veränderungen. Sie ist vielmehr Ergebnis einer Anpassungspolitik, die sich der Folgenbewältigung verschrieben hat.

4.2.2 Demografische Entwicklung aus globaler Perspektive

Das folgende Kapitel erweitert die Betrachtung des demografiepolitischen Diskurses im nationalstaatlichen Kontext um eine globale Sicht auf Bevölkerungsrückgang und -alterung. Es soll eine neue Sicht auf den demografischen Wandel geworfen werden, die keinen Grund zur Dramatisierung bietet. Hierfür werden demografische Veränderungen als Trendentwicklungen und großräumige Veränderungsprozesse mit der Globalisierung in Bezug gesetzt. Es wird herausgestellt, dass der demografische Wandel auch in einer globalen Betrachtung Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts und einer mit ihr einhergehenden Modernisierung ist. Mit Blick auf zivilgesellschaftliches Engagement der Industrieländer in den Entwicklungsländern wird die Stellung demografischer Entwicklungen in der Entwicklungspolitik betrachtet. Abschließend wird herausgestellt, warum die im demografiepolitischen Diskurs häufig ins Feld geführten Vergleiche zur demografischen Entwicklung und Situation in anderen europäischen Ländern kein verlässlicher Anhaltspunkt für das demografiepolitische Handeln hierzulande sein können.

Der demografische Wandel ist Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts (siehe Kap. 4.1.1). Ohne industrielle Revolution und Modernisierung wäre es nicht zu einem Bevölkerungsrückgang und einer demografischen Alterung gekommen.¹ Im demografiepolitischen Diskurs sind demografische Veränderungen daher ebenfalls als Fortschritt zu denken und positiv zu konnotieren. Deutschland trage mit seiner demografischen Entwicklung zur Minderung des weltweiten Bevölkerungsdrucks bei. Es trage somit auch Verantwortung für die Lebensgrundla-

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 10.

gen der nachwachsenden Generationen.¹ Infolge eines Bevölkerungsrückgangs würden natürliche Ressourcen grundsätzlich in geringerem Maße beansprucht.² Die demografische Entwicklung hierzulande in einem globalen Kontext zu betrachten³ und als Ausgleich zum weiterhin anhaltenden Weltbevölkerungswachstum positiv anzuerkennen, bleibt im demografiepolitischen Diskurs weitgehend unbeachtet⁴. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden globalen Vernetzung sei hierzulande eine zu starke Lokalisierung von demografischen Befunden im nationalstaatlichen Kontext gegeben.⁵ Statt Bevölkerungsrückgang hierzulande negativ zu sehen, ist er global gesehen positiv zu betrachten. Die global-demografische Entwicklung sei im demografiepolitischen Diskurs stärker zu berücksichtigen und der Diskurs stärker auf der europäischen und globalen Ebene zu führen.⁶ Es ist dafür zu sensibilisieren, dass Deutschland nur ein Industrieland von vielen ist, das durch einen Bevölkerungsrückgang und eine demografische Alterung gekennzeichnet ist, und es viele andere Länder gibt, die nach wie vor über ein sehr starkes Bevölkerungswachstum verfügen. Ziel und Strategie auf der globalen Ebene zur Gestaltung des demografischen Wandels in betroffenen Ländern sollte daher sein, für eine Umverteilung der Bevölkerung zu sensibilisieren.⁷

Ein solches Vorgehen wird mit dem Argument begründet und verteidigt, dass, ungeachtet von übergeordneten Entwicklungstendenzen, welche die jeweils vorherrschenden spezifischen Rahmenbedingungen im Kontext von Nationalstaaten nicht verallgemeinern könnten, jede Nation ihre eigene demografische Entwicklung erhalte⁸. Eine Gesprächsperson konstatiert: „Jede Gesellschaft bekommt das Geburtenniveau, was sie verdient.“⁹ Der individuelle staatliche Kontext der Entstehung und des Wirkens von demografischen Entwicklungen werde durch globale Entwicklungstendenzen einer Geburtenabnahme und demografischen Alterung überlagert¹⁰, aber nicht ersetzt. Dies spricht dafür, dass eine dem individuellen historischen und gesellschaftlichen Kontext entsprechende Politik in jedem Land selbst ausgehandelt werden müsse¹¹. Die demografische Entwicklung sei als das Resultat eines historisch bedingten, individuellen gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozesses im Kontext des Entwicklungsstandes, der Kultur und Mentalität eines jeweiligen Nationalstaates zu begreifen.¹² Wenn der

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

² Vgl. z. B. HONDRICH (2007) und Befragung, Politik, Nr. 10, Wissenschaft, Nr. 30.

³ Vgl. hierzu z. B. BIRG (2005b), S. 21ff.

⁴ Vgl. auch Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 16.

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, und hierzu auch BIRG (200b), S. 21ff.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 24.

⁷ Siehe hierzu z. B. UN (2001).

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 25, 30, 38 und 39.

⁹ Ebd., Nr. 25.

¹⁰ Vgl. ebd., Nr. 14.

¹¹ Vgl. ebd., Nr. 38.

¹² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10, Wissenschaft, Nr. 25, 38 und 39.

demografische Entwicklungszustand insofern einzigartig ist, dann sprechen für die demografische Entwicklung landesspezifische soziokulturelle Praktiken und Entwicklungen, die zu dieser Situation geführt haben. Dies würde aber auch bedeuten, dass eine Orientierung an europäischen Nachbarländern und deren Umgang mit Kindern und der demografischen Entwicklung nicht ohne Weiteres auf die Verhältnisse hierzulande übertragen und als Strategien zur Gestaltung des demografischen Wandels adaptiert werden können, weil die dadurch erhofften Effekte ausblieben. Deutlich wird dies an der im Diskurs auf europäischer Ebene angeführten Sondersituation Deutschlands, im Vergleich zu anderen Ländern aus seiner Geschichte heraus die weltweit niedrigste Kinderzahl pro 1.000 Einwohner zu haben.¹ Dennoch werden trotz dieser Sondersituation Vergleiche mit anderen Ländern geführt, die aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Zustandekommens der demografischen Entwicklung, genauer der Geburtenrate, nicht für Vergleichszwecke herangezogen werden dürften.

Eine Übertragung und Implementierung von Maßnahmen aus anderen Ländern birgt keine Erfolgsgarantie. Jene Maßnahmen, die eine höhere Geburtenrate aufwiesen und daraus schlussfolgernd auch hierzulande für eine höhere Geburtenzahl sorgen könnten, müssten vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet werden.² Sie müssten nicht in Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung stehen und könnten aus anderen Gründen implementiert worden sein.³ Die Analysen zeigen, dass in Deutschland im demografiepolitischen Diskurs nicht danach gefragt wird, warum diese Maßnahmen in jenen Ländern ergriffen worden sind, die hierzulande als geburtensteigernd erachtet werden. Sie werden in einen demografischen Kontext gestellt und demografisch gedeutet, und es wird geschlussfolgert, dass die Maßnahmen zu einer höheren Geburtenrate führen. Eine Gesprächsperson äußert das Bedenken, dass „mit Blick auf die Demografie viel auf [den] Prozess von Gebären und Sterben verlegt [wird], was eigentlich soziale Prozesse [...], Aushandlungsprozesse darüber [sind], wie wir den Wohlstand verteilen.“⁴ Darüber hinaus macht die Orientierung an europäischen Nachbarn mit einer höheren Geburtenrate deutlich, dass die Politik hierzulande sehr wohl die Zielsetzung verfolgt, die Geburtenrate zu steigern, auch wenn sie sich davon explizit distanziert (siehe Kap. 5.3.2). Eine Orientierung ist wegen der Individualität des Zustandekommens der Geburtenentwicklung nicht sinnvoll. Derartige „Importstrategien“ sind nur dann hilfreich, wenn auch das jeweilige Selbstverständnis der Gesellschaft ge-

¹ Vgl. auch bei BOSBACH (2006), S. 96ff., und Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38; siehe insbesondere auch SACKMANN und KOPYCKA (2010).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38.

⁴ Ebd., Nr. 30.

ändert wird und das entsprechende kulturelle Milieu vorhanden ist resp. geschaffen wird¹ (siehe auch Kap. 5.3.1).

Die Umverteilung der Bevölkerung auf globaler Ebene kann darüber hinaus eine geeignete Strategie sein, insbesondere bevölkerungsreichen und in demografischer Hinsicht stark wachsenden Ländern zu helfen, die aus ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen heraus nicht in der Lage sind, eine gerechte Verteilung von Gütern, Leistungen und Einrichtungen für ihre Bevölkerung sicherzustellen. In diesen Ländern wird die demografische Entwicklung eines explosiven Bevölkerungswachstums in einen humanitären Kontext zur Thematisierung von Gesundheits- und Wohlstandsaspekten gestellt.² Ein Gesprächspartner stellt den Zusammenhang zwischen der demografischen Entwicklung, dem ökonomischen Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und der Geschlechterentwicklung eindrücklich dar:

„[...] je stärker die Gesellschaften verelenden würden und je größer die sozialen Differenzen [sein] würden, könnte auf die Dauer mit normalen Geburtenraten gerechnet werden, aber solange das noch nicht extrem ist, haben wir niedrige Geburtenraten. Das ist aus systemtheoretischer Sicht ein Problem, das ganz massiv durch die Gleichberechtigung der Geschlechter gekommen ist“.³

Dies führt dazu, dass auf der globalen Ebene Forderungen der Industrie- an die Entwicklungsländer zur Familienplanung und Geburtenkontrolle gerichtet werden, welche die menschliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt zum Gegenstand haben.⁴ Der demografische Wandel wird in der Entwicklungspolitik somit mit humanitärer Hilfe gleichgesetzt. In Kontrast geraten hierbei die Diskussionen, die in entwickelten Industrienationen wie Deutschland geführt werden und angesichts der bevorstehenden demografischen Veränderungen eine Entleerung des ländlichen Raumes erwarten. Indem die Städte zum bevorzugten Lebensraum würden und ein infrastruktureller Rückbau insbesondere in ländlichen Regionen als erforderlich erachtet werde⁵ (siehe auch Kap. 4.2.1), werden letztlich lebensfähige und lebenswerte Räume aufgegeben, die in Entwicklungsländern in dieser Qualität und Quantität zum Beispiel aufgrund klimatischer Extreme und angesichts der teilweise hohen Bevölkerungskonzentrationen oftmals spärlich vorhanden sind⁶. Die Aufgabe von Ökumenen in entwickelten Ländern steht in keinem Verhältnis zu den prekären Lebensbedingungen an der Grenze zu Anökumenen in weniger entwickelten Ländern. Die Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels, gemessen an den Anstrengungen zum Erhalt von lebenswerten Regionen im ländlichen

¹ Vgl. hierzu auch ODGEN (2000), S. 627ff., und Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

² Vgl. hierzu auch BIRG (2006), S. 110ff., und Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

³ Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7.

⁴ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 4.

⁵ Siehe z. B. bei FREVEL (2004).

⁶ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 24; Zur Rolle der Bevölkerungsgeografie in der Fertilitätsforschung vgl. BOYLE (2003), S. 615ff.

Raum, sind in den Industrieländern aufgrund der allgemeinen Wohlstandssättigung und -zehrung¹ als leichter einzustufen als in den Entwicklungsländern, in denen die Menschen bekanntlich tagtäglich für ihr Dasein unter erträglichen Lebensbedingungen und in bescheidenem Wohlstand sorgen müssen. Der Umgang mit demografischen Veränderungen liefert somit auch Impulse für ein neues Verständnis für das Konzept der Ökumene und Anökumene.

ZUSAMMENFASSUNG

Der demografische Wandel wird in einer globalen Betrachtung als Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts gedeutet, weil der Bevölkerungsrückgang eines Landes zur Minderung des weltweiten Bevölkerungsdrucks beiträgt. Darüber hinaus wird mit einem Bevölkerungsrückgang grundsätzlich eine Schonung der natürlichen Ressourcen verbunden, was in Hinblick auf ein nachhaltiges Handeln zur Sicherung der Lebensgrundlagen für nachwachsende Generationen gut geheißen wird. Während ein Bevölkerungsrückgang hierzulande negativ konnotiert ist, wird er in globalen Zusammenhängen positiv betrachtet. Mit Blick auf die zunehmende globale Vernetzung ist eine zu starke Lokalisierung von (demografischen) Befunden im nationalstaatlichen Kontext festzustellen.

Durch Bevölkerungsrückgang in den einen und übermäßiges Bevölkerungswachstum in den anderen Ländern wird eine globale Umverteilung der Bevölkerung zwischen einzelnen Staaten befördert, die häufig Ländern zugute kommt, die aus ihrem gesellschaftlichen Entwicklungsstand heraus nicht dazu in der Lage sind, eine gerechte Verteilung von Gütern sicherzustellen oder funktionsfähige Infrastrukturen vorzuhalten. In diesen Ländern werden im Rahmen der globalen Entwicklungspolitik demografische Veränderungen gleichbedeutend mit der Gewährleistung von humanitärer Hilfe und menschenwürdigen Lebensverhältnissen sowie gesellschaftlichem Fortschritt behandelt.

Im demografiepolitischen Diskurs sollte das Verständnis stärker verankert werden, die demografische Entwicklung als Resultat eines historisch bedingten, individuellen gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozesses im Kontext des Entwicklungsstandes eines jeweiligen Nationalstaates zu betrachten. Dennoch werden Vergleiche mit anderen Ländern angeführt, die aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Zustandekommens der demografischen Entwicklung resp. von niedrigen Geburtenraten nicht für Vergleichszwecke herangezogen werden dürften. Eine Übertragung von erfolgversprechenden Maßnahmen aus anderen Ländern, die sich mit der Gestaltung von demografischen Veränderungen befassen, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande ist nicht möglich. Dem

¹ Siehe hierzu MIEGEL (2005a).

folgend ist ein Import von Handlungsstrategien wenig erfolgversprechend. Vielmehr ist das Selbstverständnis einer Gesellschaft zu schärfen und ein entsprechender kultureller Rahmen zu schaffen, wenn eine Veränderung der demografischen Entwicklung herbeigeführt werden soll.

4.3 Zwischenfazit

Der Mangel an einem institutionalisierten Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat die Entstehung einer Gelegenheitsdemografie ermöglicht. Immer mehr gesellschaftliche Themen wurden durch Akteure in Politik und Wissenschaft in die neue demografische Wissenschaft und Bevölkerungswissenschaft getragen und in diesem Kontext auch in der Publizistik diskutiert. Die Ursachen des demografischen Wandels und dessen Folgen für die Gesellschaft wurden sehr breit und mit großer Akzeptanz thematisiert, sodass sich eine neue Diskurskonjunktur entwickelt hat. Demografische Veränderungen werden inzwischen als Universalargument geführt. Gesellschaftliche Entwicklungen werden auf diese Weise zunehmend aus einer demografischen Perspektive betrachtet. Grund für diese Entwicklung ist die Eignung der Demografie zur Beschreibung und Erklärung von Entwicklungen in unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft und ihren zugrundeliegenden Systemen. Die Genese der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft als Konglomerat von unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen, in dem verschiedene Betrachtungsperspektiven, Kontexte und Ziele der einzelnen beteiligten Wissenschaften miteinander verschmelzen, ist zugleich Ausdruck der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft, ihrer vergangenen und zukünftigen Entwicklung und spiegelt auch das neue inter- und transdisziplinäre Wissenschaftsverständnis wider. Diese Konzentrationswirkung der Demografie resultiert selbst vielmehr aus der Genese der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft. Sie ist weniger auf nachweisbare und überprüfbare Kausalzusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen zurückzuführen. Dennoch ist die Demografie zu einem geeigneten Mittel und Argument zur Vereinfachung der gesellschaftlichen Komplexität und damit auch zur Beschreibung und Erklärung von gesellschaftlichen Entwicklungszuständen avanciert. In diesem gesellschaftlichen Klima konnte sich ein demografiepolitischer Diskurs entwickeln, in dem weitgehend frei von politischen Tabus Bevölkerungsfragen in einer gesellschaftlichen Breite leidenschaftlich diskutiert werden. Die Demografie hat ihren Platz in der Gesellschaft als Basis- bzw. Grund- und Orientierungswissen gefunden.

Für die beteiligten Akteure aus Wissenschaft, Politik und Publizistik spielen demografische Motive und Argumente eine besondere Rolle. Eine Politik mit demografischer Argumentationsbasis schafft Akzeptanz unter der Bevölkerung und sichert die Legitimation für demografisch motiviertes Handeln zur Gestaltung von gesellschaftlichen Entwicklungen. Letztere stehen jedoch häufig in keinem nachgewiesenen oder nur in einem schwachen kausalen Zusammenhang mit demografischen Veränderungen. Es handelt sich vielmehr um Kausalbehauptungen und vermutete weitreichende Implikationen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft. Diese beruhen auf gesellschaftlich breit und überzeugend kommunizierten demografischen Deutungsangeboten. Die Demografie wird vor allem zur Durchsetzung von politischen Interessen instrumentalisiert.

Mithilfe der Zuweisung von demografischen Merkmalen zu Bevölkerungsgruppen werden Generationen definiert, die der kollektiven Ansprechbarkeit und Adressierung von politischem Handeln und ökonomischer Marktfähigkeit dienen. Dabei werden neue Altersbilder vermittelt, welche die Potentiale des Alters betonen. Diese zu erschließen, soll künftig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft sicherstellen. Die demografische Entwicklung wird auf diese Weise zum Beurteilungsmaßstab einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Auch die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme, der Alterssicherung und des Arbeitsmarktes wird von der Demografie abhängig gemacht. Ein Blick auf die diskutierten räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zeigt, dass die Motivation, sich mit der demografischen Entwicklung auseinanderzusetzen, je nach dem gewählten räumlichen Bezugsrahmen ganz unterschiedlich sein kann. In regionaler Perspektive werden in Deutschland demografische Veränderungen in Form des Bevölkerungsrückgangs und einer demografischen Alterung negativ konnotiert und aus den problematisierten Konsequenzen für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von Regionen heraus diskutiert. Dabei zeigt sich, dass demografische Veränderungen die Folge von kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Regionen sind. Sie sind aber nicht die Ursache für regionale Disparitäten. Auf der globalen Ebene hingegen werden jene demografischen Veränderungen als Zeichen der gesellschaftlichen Modernisierung und einer damit verbundenen Verbesserung der humanitären Entwicklung betrachtet. In beiden Fällen werden demografische Veränderungen instrumentalisiert, indem ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung zum einen mit der Existenz und Entwicklung von bewirtschafteten Lebensräumen und zum anderen mit Modernisierung und humanitärer Entwicklung gleichgesetzt wird.

5 Politisches Handeln und Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung

5.1 Kinderwunsch-Denken in der Gesellschaft

Im Folgenden wird sich der im demografiepolitischen Diskurs wenig berücksichtigten Frage angenähert, wie viele Kinder eine Gesellschaft braucht. Es werden Maßstäbe betrachtet, die für eine Beurteilung der demografischen Entwicklung herangezogen werden. Anhand des Bestandserhaltungsniveaus zur Reproduktion eines einmal erreichten Bevölkerungsbestandes werden politische Strömungen eines Konservatismus anschaulich gemacht. Die dabei vorgetragene Argumentation der Natürlichkeit des Kinderwunsches wird auf ihren Bedeutungs- und Realitätsgehalt analysiert. Im Zentrum der Betrachtungen steht das Familienbild, das ideologisch und politisch umfochten wird. Es wird herausgearbeitet, welches Ideal bzw. Leitbild der Familie in der Gesellschaft existiert und welche Auswirkungen dies für das politische Handeln hat. In diesem Zusammenhang wird der Widerspruch im demografiepolitischen Diskurs aufgezeigt, keine demografischen Zielsetzungen zu formulieren, aber dennoch eine Prämierung von Lebens- bzw. Familienformen anhand des am Bestandserhaltungsniveau orientierten Ideals einer stabilen demografischen Entwicklung vorzunehmen.

Die Befragung hat ergeben, dass Betrachtungen zur Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung¹ die Frage aufwerfen, wie viele Kinder eine Gesellschaft eigentlich braucht und ob es ein sozialverträgliches Mindest- oder Höchstmaß an Nachwuchs gibt. Kinder hätten in der heutigen Gesellschaft, in der alles andere außer Nachwuchs selbstverständlich geworden sei, an Selbstverständlichkeit verloren.² Dennoch werde in Wissenschaft und Politik mit einem Bestandserhaltungsniveau zur Beurteilung der demografischen Entwicklung gearbeitet.³ Es beschreibe das Niveau der Geburtenrate, bei der sich die Bevölkerung 1:1 reproduziere⁴, und soll eine Vorstellung dafür liefern, inwieweit die Elterngenerationen durch die Kindergeneration ersetzt werde oder nicht⁵. Das Bestandserhaltungsniveau spiegle somit die in demografischer Hinsicht in der Gesellschaft als ideal bzw. optimal angesehene Bevölkerungszahl und Geburtenrate wider.⁶ Eine Gesprächsperson fordert: „Es müsste einen intensiven gesellschaftlichen Diskurs [darüber] geben, welche Geburtenrate wir hier in Deutschland als ideal empfinden würden.“⁷ Demografische Kennziffern werden insofern ideologisiert. Das Be-

¹ Siehe z. B. bereits bei MAYER (1999).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36, 47 und 50.

³ Vgl. ebd., Nr. 18, 32 und 40.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 17 und 38.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 5, 15, 32 und 38, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18, 32. und 40.

⁷ Befragung, Politik, Nr. 10.

standserhaltungsniveau werde – gemessen an der in Deutschland lebenden Bevölkerung – aktuell bei 2,1 Geburten pro Frau definiert¹, ohne dass die Verlängerung der niederen Lebenserwartung ausreichend berücksichtigt werde². Denn infolge der verringerten und weiterhin abnehmenden Säuglings- und Kindersterblichkeit wird künftig eine Reproduktion der Bevölkerung auch bei weniger Geburten pro Frau möglich sein.³

Die Ausweisung eines Bestandserhaltungsniveaus sei nicht realitätsnah, weil aufgrund der sich kontinuierlich verändernden demografischen und voranschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung kein Idealzustand einer Bevölkerungsentwicklung definiert werden könne.⁴ Ein Gesprächspartner hinterfragt, „warum überhaupt Ideale setzen“, und führt aus, dass „Richtschnuren des Verhaltens“ nicht durch Politik oder Wissenschaft definiert werden könnten: „Das soll jeder selbst entscheiden.“⁵ Ein anderer Gesprächspartner knüpft die Frage des Bestandserhalts an die Dialektik von Quantität und Qualität und gibt zu bedenken:

„Alle irdischen Dinge entgehen der Dialektik von Quantität und Qualität nicht. Bevölkerungsabnahme schwächt an sich funktionierende Institutionen, welche die Gesellschaft dauerhaft machen. Ob bestandserhaltende Reproduktionsmodi erhalten werden sollen, ist eine kulturelle Frage und keine wissenschaftliche.“⁶

Die Erkenntnisse in der Literatur und die Befragungsergebnisse lassen erkennen, dass die Höhe einer als ideal oder optimal angesehenen Bevölkerungszahl bzw. Geburtenrate im demografiepolitischen Diskurs an vergangenen Geburtenniveaus oder an den Bedingungen der Gegenwart orientiert wird. Beide Orientierungsmarken können nicht tauglich sein: Eine Geburtenrate, die sich an der Vergangenheit orientiert, lässt die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen außer Acht. Eine Geburtenrate, die sich an der Gegenwart orientiert, macht Vergleiche mit der Vergangenheit, aber auch Ableitungen für die zukünftige Geburtenrate bedeutungslos, weil sich die ideale Geburtenrate immer an den derzeit tatsächlich gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu orientieren hat, die erst analysiert werden müssen, um zu beurteilen, ob eine Geburtenrate zu hoch oder zu niedrig ist⁷. Da diese Analyse selbst Zeit bedarf und daher das Ergebnis nicht die zwischenzeitlich neu eingetretene Gegenwart und Realität wiedergibt, da diese zur Vergangenheit geworden ist, stellt sich die unlösbare Aufgabe, aktuelle Geburtenniveaus in Gestalt von Bestandserhaltungs- bzw. Reproduktionsniveaus in Hinblick auf ihre aktuelle gesellschaftliche Kontextualität zu beurteilen (siehe auch Kap. 3.2). Es könne nicht beurteilt werden, welche Reproduktionsrate normal, op-

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11 und 13, Wissenschaft, Nr. 14 und 38, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

³ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 50.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 5, 17, 38, 43, 50 und 68.

⁵ Ebd., Nr. 50.

⁶ Ebd., Nr. 68.

⁷ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 10.

timal, zu hoch oder zu niedrig sei, weil hierfür ein tauglicher Maßstab fehle.¹ Ein solcher könne nicht existieren oder definiert werden², denn: In dem Maße, wie die gesellschaftliche Entwicklung kontinuierlich voranschreitet und diese Teil von Veränderungen ist und diese immer wieder induziert, kann auch kein taugliches Bestandserhaltungsniveau definiert werden, an dem eine Beurteilung der Geburtenrate erfolgt. Für die heutige Gesellschaft kann eine bestimmte Geburtenrate nicht richtig oder erstrebenswert sein, wenn diese an einem einmalig ausgewiesenen Bestandserhaltungsniveau orientiert wird, dessen Bevölkerungszahl unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen zustande kam als es heute und auch künftig der Fall ist bzw. sein wird.

Daraus ergibt sich der Befund, dass sich die Geburtenentwicklung als Diskrepanz zwischen dem Festhalten an traditionellen bzw. tradierten Werten und einer fortschreitenden liberalen Gesellschaftsentwicklung zeigt. Trotzdem würden immer noch Reproduktions- bzw. Selbsterhaltungsniveaus in Gestalt einer Geburtenrate hochgehalten, die eine stabile Bevölkerungszahl und zementierte Altersstruktur sicherstellen sollten.³ Auf diese Weise werden vergangene demografische Zustände als wünschenswerten Zielzustand definiert. Belegt ist, dass an die Stelle von kinderreichen Lebensformen moderne Lebensformen getreten sind, die zunehmend kinderlos gelebt werden.⁴ Diese kaum schließbare Diskrepanz sorgt für eine weitere Dramatisierung der demografischen Entwicklung, indem sich die demografische Entwicklung und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vom Ausgangspunkt der Betrachtung, der sich an vergangenen demografischen Zustandsbildern orientiert, immer weiter entfernt. Davon zeugt die folgende Feststellung eines Gesprächspartners: „Das Problem ist, dass wir tatsächlich im Moment eine konservative Gesellschaft in dem Sinne sind, dass wir meinen, es muss alles so bleiben wie es ist, obwohl das nie der Fall war.“⁵

Eine positivere Konnotation würde der demografische Wandel erhalten, wenn das demografische Zustandsbild der jüngsten Vergangenheit oder Gegenwart als neue Bedingung definiert würde und die demografischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Zukunft mithilfe von Prognosen nicht auf die Gegenwart projiziert würden. Die Befragung hat gezeigt, dass im demografiepolitischen Diskurs Betrachtungen bevorzugt werden, die aus Prognosen zur künftigen demografischen Entwicklung umfassende Folgen für die Gesellschaft antizipieren und diese mit den gegenwärtigen demografischen Verhältnissen und gesellschaftlichen Entwick-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38 und 50.

² Vgl. ebd., Nr. 18.

³ Vgl. ebd., Nr. 5 und 43, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Politik, Nr. 11 und 13, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

⁴ Siehe z. B. BMI (2011 und 2012) und vgl. auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 34 und 50, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7.

⁵ Befragung, Politik, Nr. 10.

lungszuständen spiegeln. Indem die Prognosen und Erwartungen zu Argumenten der Politik werden, die das Handeln begründen und rechtfertigen, wird bereits den zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorherrschenden demografischen Verhältnissen ein gesellschaftliches Problempotential zugeschrieben, das in der Zukunft vermutet wird und sich mangels des Nachweises kausaler Zusammenhänge als unbestimmt erweist (siehe auch Kap. 3.1.2).

Es wird von der Politik zudem keine genaue Zielsetzung definiert; es existiert keine Orientierungsmarke in der Familienpolitik¹ (siehe hierzu Kap. 5.3.2). Eine demografische Konservationspolitik, Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungszahl bewahren zu wollen, ist im Weiteren untauglich, weil die quantitative Bedeutung bzw. der Faktor Verfügbarkeit Mensch im Zuge des technisch-gesellschaftlichen Fortschritts abgenommen hat und weiter abnehmen wird (siehe hierzu Kap. 4.1.1).

Der mit dem Bestandserhaltungsniveau versuchte demografische Konservatismus, an vergangenen Reproduktionsniveaus festzuhalten, ist problematisch, weil er die gesellschaftliche Realität verkennt und die Zukunft an der Vergangenheit bewertet.² Die Befragung hat ergeben, dass im demografiepolitischen Diskurs kaum hinterfragt wird, was dieses Selbsterhaltungs- bzw. Reproduktionsniveau eigentlich bezwecken soll. Das Bestandserhaltungsniveau als Maßstab befördert die normative Aufladung und Instrumentalisierung der Demografie, da jede Geburtenrate, die sich über diesem Niveau befindet gut und die unter dieses Niveau fällt schlecht geheißen wird.³ Es wird vielmehr als Argument zur Rechtfertigung anderer gesellschaftlicher bzw. gesellschaftspolitischer Zielsetzungen verwendet.

Das zentrale Argument ist die Natürlichkeit des Kinderwunsches⁴. Nachfolgend wird dargelegt, dass dieses keine Begründung dafür sein kann, eine bestimmte Reproduktionsrate zu erreichen bzw. eine bestimmte demografische Entwicklung in Zahl und Struktur zu erhalten. Wird die Natürlichkeit des Kinderwunsches betont, werden im demografiepolitischen Diskurs biologistische Betrachtungsweisen bemüht.⁵ Einem Gesprächspartner zufolge sei das Kinderkriegen „deshalb natürlich, weil es für das Leben eines Menschen nichts Zentraleres gibt als die Kinderfrage.“⁶ Die demografische Entwicklung wird als naturgegeben dargestellt.⁷ Sie be-

¹ Siehe z. B. MACKENSEN (2006a) und BMI (2011 und 2012); vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 58.

² Vgl. zu den Ausführungen auch BONGAARTS (2008), S. 39ff.

³ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 18.

⁴ In Anlehnung an die Auffassungen der befragten Gesprächspartner handelt es sich dann um natürliche Kinderwünsche, wenn diese von Menschen unbewusst in sich getragen werden, aus einer evolutionären Betrachtung heraus der biologischen Reproduktion der Menschen zum Selbsterhalt dienen, in dieser Dimension von existenzieller Bedeutung sind und als unbeeinflussbar dargestellt werden.

⁵ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 11, Wissenschaft, Nr. 30 und 36; siehe demgegenüber auch BECK-GERNSHEIM (2006).

⁶ Befragung, Politik, Nr. 11.

⁷ Vgl. hierzu Befragung, Publizistik, Nr. 28, Wissenschaft, Nr. 30 und 35.

schreibe eine „quasi-natürliche Entwicklung“¹. Es wird angenommen, dass bei einem Großteil der Bevölkerung ein ernsthafter Kinderwunsch vorhanden sei, der auch realisiert werden sollte². Zudem existiert die Annahme eines bei jedem Menschen, auch unter Kinderlosen, grundsätzlich vorhandenen Kinderwunsches. „Den Kinderwunsch brauchen sie gar nicht wecken“³, stellt ein Gesprächspartner klar. Es handle sich um einen unbewussten Kinderwunsch.⁴ Die Befragten und die Erkenntnisse in der Literatur verweisen dabei auf empirische Studien, in deren Rahmen die Bevölkerung nach ihren Kinderwünschen befragt wurde. Die von den Menschen als ideal empfundene Lebensform stelle demnach eine Familie mit zwei Kindern dar.⁵ Es handelt sich dabei um einen bei jedem Menschen grundsätzlich vorhandenen Kinderwunsch, der unbewusst aus der gesellschaftlichen Akzeptanz und Orientierung am Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau abgeleitet wird.⁶ Das impliziert, dass nahezu alle Menschen einen beabsichtigten Kinderwunsch in sich trügen, der nicht freiwillig unerfüllt bleibe⁷.

Das Erfragen von Kinderwünschen stellt aber eine emotionale und beeinflussende Konfrontation des Individuums mit der Gesellschaft dar und hat eine unbewusste Zustimmung zu Kindern sowie eine Formulierung eines sehr unklaren Kinderwunsches zur Folge. Die Ernsthaftigkeit eines solchen ausgesprochenen Kinderwunsches sei fraglich.⁸ Der Kinderwunsch werde formuliert, weil es sozial erwünscht sei bzw. von der Gesellschaft erwartet werde.⁹ Dem in Befragungen geäußerten grundsätzlichen Kinderwunsch wird daher eine zu große Bedeutung beigemessen. Es wird irrtümlicherweise davon ausgegangen, dass dieser durch die Befragten auch tatsächlich realisiert werden möchte. Die Bevölkerungsgruppe kinderloser Menschen¹⁰ wird vor allem über die Diskrepanz zwischen dem vorhandenen Kinderwunsch und dessen sofortige oder spätere Realisierung definiert. Die größte Gruppe stellten diejenigen dar, die einen Kinderwunsch formulierten, diesen jedoch in keiner Lebensphase realisieren könnten.¹¹ Im Diskurs wird die Bevölkerungsgruppe der Kinderlosen häufig pauschal auf eine Bevölkerungsgruppe zurückgeführt, die Schwierigkeiten habe, ihren Kinderwunsch zu realisieren¹². Davon zeugt die folgende Feststellung eines Gesprächspartners: „Dann gibt es eine dritte

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 21.

² Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 15 und 51, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 50.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 37 und 50.

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 56.

⁶ Siehe hierzu auch DORBRIETZ et al. (2005).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, Politik, Nr. 11.

⁸ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

¹⁰ Vgl. hierzu KREYENFELD (2004), S. 4.

¹¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

¹² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 14, 34, 51 und 56.

Gruppe [Anm. d. Verf.: kinderloser Menschen], die eigentlich wichtiger ist. Das sind die, die nicht intendiert kinderlos bleiben, die sozusagen mit einer Vorstellung, dass sie Kinder haben möchte, eigentlich in der Lebensplanung startet und an Punkten dann mit der Umsetzung Probleme haben.¹ Die Formulierung eines Kinderwunsches sagt aber noch nichts darüber aus, ob dieser auch realisiert werden soll. Durch eine retrospektive Befragung sei nicht verlässlich ermittelbar, ob es sich um Zufalls- oder Wunschkinder handle.² Empirisch erfassten Kinderwünschen wird daher eine zu große Erklärungskraft zugeschrieben. Grundsätzlich, stillschweigend vorhandene Kinderwünsche sind von ernstzunehmenden Entscheidungen zur tatsächlichen Realisierung von Nachwuchs zu unterscheiden.

Zweifelsohne gibt es aber Hinderungsgründe, die gegen die Realisierung der durchaus vorhandenen Kinderwünsche sprechen. Einen natürlichen Kinderwunsch anzunehmen, der bei jedem Menschen grundsätzlich vorhanden sei³, und durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie institutionalisierte Betreuungsangebote vermehrt realisiert werden könne⁴, zeugt von einem Widerspruch. Der heutige Kinderwunsch sei daher nicht natürlich vorhanden, sondern sein Zustandekommen gesellschaftlich und politisch beeinflusst bzw. erzeugt.⁵ Er werde durch die jeweils vorherrschenden strukturellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gebildet, darunter vor allem soziale Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt- und wirtschaftskonjunkturelle Entwicklungen, die eine Veränderung der Lebensformen und der soziokulturellen Praktiken herbeigeführt hätten, und sei Produkt der gesellschaftlichen Sozialisation eines Individuums.⁶ Erwiesen ist, dass der Mensch zu einem gewissen Teil das Produkt seiner Umwelt ist, und auch die gesellschaftlichen Systeme dienen dazu, Menschen bereits im Kindesalter für das Erwachsenendasein zu sozialisieren. Diesbezüglich wird im demografiepolitischen Diskurs sehr widersprüchlich und nicht schlüssig argumentiert. So wird zum einen auf das Anliegen des Staates verwiesen, den Entscheidungsprozess zum Kind zu unterstützen, und anerkennend über familienpolitische Maßnahmen gesprochen, „weil sie Familiengründung überhaupt ermöglichen“⁷. Offensichtlich wird der Politik eine Beeinflussung der demografischen Entwicklung und damit auch eine entsprechende Verantwortung zum Handeln zugesprochen, wenn darüber hinaus konstatiert wird, dass die Politik „das Problem wirklich erst

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

² Vgl. ebd., Nr. 36.

³ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Politik, Nr. 13 und 22, Wissenschaft, Nr. 14, 17, 21, 26, 34, 37, 50, 51 und 56, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10 und 22, Wissenschaft, Nr. 21, 25, 26 und 32; siehe BMI (2011 und 2012).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 21, 25 und 37.

⁶ Vgl. hierzu BECK und BECK-GERNSHEIM (1994) sowie BECK-GERNSHEIM (2006).

⁷ Befragung, Wissenschaft, Nr. 25.

relativ spät erkannt“ habe¹. Zum anderen wird versucht, sich von demografischen Zielsetzungen zu distanzieren, die das generative Verhalten beeinflussen: „Kein Mensch bekommt Kinder, weil er ein höheres Kindergeld bekommt oder weil zwei Monate länger Väterzeit gezahlt wird“.² Es ist daher fraglich, inwieweit der Kinderwunsch heute natürlich sein kann, wenn Individuen auch durch die Gesellschaft und ihre Umwelt sozialisiert werden und die Politik faktisch Einfluss auf das Geburtenverhalten ausübt. Von einem ausschließlich natürlichen Kinderwunsch kann also keine Rede sein. Folglich kann auch von formulierten Kinderwünschen nicht auf die Höhe der Geburtenrate geschlossen werden. Die Nichtrealisierung von geäußerten Kinderwünschen wird pauschal auf dafür ausschlaggebende schwierige Rahmenbedingungen zurückgeführt. Diese Erkenntnis legt der Großteil der Literatur und Befragten nahe. Vom Wunsch auf Strukturen in der Gesellschaft zu schließen, greife jedoch zu kurz. Die Einstellung der Menschen zu Kindern müsse von der Wirkung der Strukturen getrennt werden, um verlässlich ermitteln zu können, wie Kinderwünsche zustande kämen.³ Es werden heute zu viele Kinderwünsche als Ausdruck der sozialen Erwünschtheit formuliert, um sich nicht der Kritik an der eigenen persönlichen biografischen Schwerpunktsetzung auszusetzen. Dieser Eindruck ist angesichts der folgenden Darlegungen eines Gesprächspartners nicht von der Hand zu weisen: „Grundsätzlich ist das [Anm. d. Verf.: Kinder zu haben] eine ganz persönliche Lebensentscheidung, die muss es auch bleiben, aber in den Motivbefragungen stellen wir ja schon fest [...], dass der ganz überwiegende Teil der jungen Menschen sagt, Familie mit Kindern ist für sie die ideale Lebensform.“⁴

Mit den Idealvorstellungen, dass zum Leben auch eigene Kinder gehörten, die sich aus den formulierten Kinderwünschen ablesen ließen, sind weitere Konsequenzen verbunden. So werde eine Prämierung von Lebensformen in den sozialen Sicherungssystemen durch eine unterschiedliche beitragsrechtliche Behandlung von Familien und Kinderlosen vorgenommen.⁵ Die Familie wird durch die Politik als Lebensform idealisiert, weil sie den größten Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft verspricht. Immer noch werde in der Gesellschaft das „hochbürgerliche Familienideal“ hochgehalten⁶, das mit der gesellschaftlichen Realität inkompatibel geworden ist. Es sollte davon Abstand genommen werden, Lebensformen anhand ihres generativen bzw. finanziellen Beitrags für die Gesellschaft bzw. Wirtschaft zu beurteilen bzw. zu bewerten.⁷ Dies stellt eine auf demografische Merkmale reduzierte Betrachtungsweise dar.

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 25.

² Ebd.

³ Vgl. ebd., Nr. 37, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁴ Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 1, Politik / Publizistik, Nr. 52; siehe hierzu auch SINN (2007).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 25 und 50.

⁷ Vgl. hierzu auch ebd., Nr. 50.

Eine Prämierung und Bewertung von Lebensformen führt dazu, dass auf einer normativen Ebene in sozialpolitischer Hinsicht das kinderlose Dasein schlechter gestellt und ein Leben mit Kindern besser gestellt wird. Die Argumentation im demografiepolitischen Diskurs lasse unberücksichtigt, dass auch Kinderlose einen Kinderwunsch besäßen. Kinderlosen sollte es ermöglicht werden, ihre Kinderwünsche zu realisieren.¹ Nur weil die einen ihn verwirklichen konnten und die anderen nicht, dürfen aber beide in den Sozialsystemen in finanzieller oder ideeller Hinsicht nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Differenzierung nach der Kinderzahl², wie sie ein Gesprächspartner fordert, kann der grundsätzlichen Ungleichbehandlung von Eltern und Kinderlosen in den Sozialsystemen und damit einer Idealisierung oder Prämierung von Lebensformen auch keine Abhilfe verschaffen. Lebens- bzw. Familienformen sollten – wird auf die Natürlichkeit des Kinderwunsches abgestellt und an der nicht beabsichtigten und unmöglichen Beeinflussung seiner Realisierung von der Politik festgehalten (siehe Kap. 5.3.1) – grundsätzlich keinen beurteilenden Erwägungen unterzogen werden. Der Vielfalt von Lebensformen sollte wertneutral gegenüber getreten werden, ohne eine Bewertung von demografischen Merkmalen der Bevölkerung am Maßstab der Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme und des sozialpolitischen Handelns zu führen. Vielmehr sollten die Konstruktionsprinzipien der Sozialsysteme selbst auch ohne demografische Veränderungen einer Überprüfung unterzogen werden (siehe Kap. 5.3.3). Die Entscheidung, kein Kind zu haben und kinderlos zu bleiben, müsse respektiert und geschützt werden.³ Es existiert ein Anteil kinderloser Menschen, die keine Kinder haben und nicht unter Druck gesetzt werden sollten, weil diese sich andere biografische Schwerpunkte und Ziele gesetzt hätten⁴. Im demografiepolitischen Diskurs sollte das angestrebte gesellschaftliche Leitbild der Familienentwicklung hinterfragt werden. Es ist zu thematisieren, ob eine Idealisierung von leitbildhaften Familienformen in Gestalt der Zwei-Kind-Familie mit erwerbstätigen Elternteilen zur Gestaltung des demografischen Wandels sinnvoll und notwendig ist. Aus Rücksicht auf die vielfältigen Lebensformen sei eine Prämierung von Familienformen oder Schlechterstellung von anderen Lebensformen abzulegen.⁵ Es seien der gesellschaftlichen Realität entsprechende, zeitgemäße Pluralitätsvorstellungen notwendig, wenn Familien- bzw. Lebensformen betrachtet würden. Eine Konformität der Pluralitätsvorstellungen mit der bestehenden Wertordnung sei derzeit nicht gegeben⁶, da sich die idealisierte Familien- bzw. Lebensform am Bestandserhaltungsni-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 50.

² Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13.

⁵ Vgl. BECK-GERNSHEIM (2006), S. 85ff. und 145ff.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 50, und BECK-GERNSHEIM (2006), S. 145ff.

veau orientiert. Es solle eine Pluralität von gleichwertig anerkannten Familienformen angestrebt werden¹, deren Wertordnung sich nicht an der Kinderzahl bemisst.

Dies zeigt sich insbesondere in den Erwartungen, die an die Familienpolitik gerichtet werden: „Nachhaltige Familienpolitik ermöglicht den Eltern, ihre Kinderwünsche umzusetzen und trotzdem erwerbstätig zu sein.“² Dass ausschließlich reale Kinderwünsche vorhanden seien und diese mit der Absicht und Überzeugung von der Bevölkerung formuliert würden, diese auch tatsächlich zu realisieren, und dass strukturelle Rahmenbedingungen die Ursache für die ausbleibende Realisierung von Kinderwünschen, die Kinderlosigkeit und niedrige Geburtenrate seien, werde von der Politik und den Medien glaubhaft gemacht.³ Ob dies auch der demografischen und gesellschaftlichen Realität entspricht, ist eine andere Frage. Die Bevölkerungsgruppe kinderloser Menschen ist nicht nur dahingehend zu interpretieren, dass Kinder mangels Vereinbarkeit mit dem Beruf, aufgrund fehlender Anreize und Betreuungsangebote oder aus biologischen oder gesundheitlichen Gründen nicht realisiert werden könnten und so weit aufgeschoben würden, bis der Wunsch nach ihnen endgültig nicht realisierbar würde⁴. Sie könne auch für eine bewusst oder unbewusst kinderlos gebliebene Bevölkerung stehen.⁵ Es muss daher in Betracht gezogen werden, dass das Denken in Kinderwünschen selbst ein Wunschdenken der Gesellschaft ist und letztlich eine Orientierung am Bestandserhaltungsniveau darstellt.

Durch die Darstellung eines natürlichen Kinderwunsches und einer naturgegebenen demografischen Entwicklung werde auf die Unbeeinflussbarkeit des generativen Verhaltens und damit der demografischen Entwicklung verwiesen.⁶ Dennoch besitzt das demografiepolitische Handeln Konjunktur (siehe Kap. 4), in dessen Rahmen der Kinderwunsch zu einer populären Argumentation der Politik geworden ist. Mithilfe des Bevölkerungsmarketings wird für Nachwuchs unter der Bevölkerung geworben. Die Politik möchte unterstützend tätig werden und die Realisierung von vorhandenen Kinderwünschen erleichtern. Eine Generierung von Kinderwünschen sei nicht beabsichtigt.⁷ Es wird darauf verwiesen, dass der Kinderwunsch nicht um des Staates willen oder in dem Wissen verwirklicht werde, dass die individuelle Entscheidung zu dessen Realisierung Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft habe.⁸ Die Realisie-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 50, und BECK-GERNSHEIM (2006), S. 145ff.

² Befragung, Wissenschaft, Nr. 37.

³ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 14, 21, 26, 37 und 50, Politik, Nr. 22, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁴ Vgl. hierzu auch BECK-GERNSHEIM (2006), S. 101ff. und 120ff.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34; zu Datenproblemen in der Demografie bezüglich der Kinderlosigkeit in Deutschland vgl. auch KREYENFELD (2004), S. 4.

⁶ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 30.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 26, 36 und 50; siehe BMI (2011 und 2012).

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36 und 50.

nung eines Kinderwunsches sei das Ergebnis eines individuellen Entscheidungsprozesses.¹ Die Geburtenrate entziehe sich deshalb der politischen Gestaltbarkeit und sei kaum zu beeinflussen.² Selbst die vielfach angeführten strukturellen Rahmenbedingungen, die dafür gesorgt hätten, dass die Geburtenrate hierzulande so niedrig sei, werden infrage gestellt, „denn unter anderen, sehr viel schwierigeren Bedingungen, bei dem niedrigeren Wohlstandsniveau ohne so viele Hilfen für die Familien, wie es sie heute gibt, haben sich in vergangenen Jahrzehnten die Kinderwünsche in viel höherem Umfang realisiert.“³ Sicherlich gab es früher keine Konkurrenz mit Statussymbolen des Wohlstands, und auch waren diese für viele Menschen auch mit wenigen Kindern nicht erreichbar.⁴ Aber gerade dies zeigt, dass die Unterstützung der Realisierung von Kinderwünschen politisch nicht machbar sei, resümieren die Gesprächspartner⁵. Es existierten „keine wirklich überzeugenden Argumente für familienpolitische oder pronatalistische Maßnahmen, die längerfristig viel Effekt haben“.⁶ Es bestünden moralische Grenzen, die dazu führten, „dass die Kinderwünsche höher sind als die realisierten Kinderzahlen“.⁷ Politisches Handeln diene nicht vorrangig dazu, „tatsächlich einen Kinderwunsch des jeweiligen Individuums zu realisieren“ – entscheidend sei das „Hintergrundziel, ökonomisch stabile gesellschaftliche Systeme zu erhalten oder zu schaffen.“⁸ Ein anderer Gesprächspartner betrachtet die Kinderlosigkeit daher auch nicht als „biologische oder moralische Kategorie“, sondern als „wirtschaftlich-soziale Kategorie“⁹. Sozial- und familienpolitisches Handeln zur Gestaltung des demografischen Wandels werde von Erwägungen zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und Sicherstellung einer positiven Arbeitsmarktentwicklung beherrscht.¹⁰ Die demografische Entwicklung und die Familienpolitik selbst werden auf diese Weise instrumentalisiert, um die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren (siehe Kap. 5.3.2 und 5.3.3).

Indem politisches Handeln soziale Sicherungssysteme ausgestaltet und Individuen auch durch ihre Umwelt sozialisiert werden, ist mit der Unterstützung und Erleichterung der Realisierung von Kinderwünschen zugleich jedoch eine Beeinflussung des generativen Verhaltens gegeben. Es werde daher indirekt eine Steigerung der Kinderzahl resp. der Geburtenrate ange-

¹ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 28; siehe hierzu auch BIEDENKOPF (2011).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 24, Publizistik, Nr. 27.

³ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁴ Siehe hierzu bei SENNET (2005) i. V. m. BECK-GERNSHEIM (2006) sowie BECK und BECK-GERNSHEIM (1994).

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 23, Wissenschaft, Nr. 26, 34, 36 und 38.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 18.

⁷ Ebd., Nr. 26.

⁸ Ebd., Nr. 34.

⁹ Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

¹⁰ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 26, 36, 37 und 42; siehe auch bei SINN (2007).

strebt.¹ „Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb [stellt] – zumindest international gesehen – eine geburtensteigernde Politik [dar]. Diese wird üblicherweise zumindest für das Geschlechterverhältnis auch als eine modernisierende Politik angesehen.“² Der Widerspruch zwischen der Wahrnehmung im Diskurs und der Intention politischen Handelns³ wird deutlich, aber er bleibt im Verborgenen, weil keine entsprechenden demografischen Zielsetzungen durch die Politik formuliert bzw. kommuniziert werden. Diese sind offen zu diskutieren. Die folgenden Kap. 5.3.2 und 5.3.3 tragen dem Rechnung.

ZUSAMMENFASSUNG

Im demografiepolitischen Diskurs werden Biologismen bei der Betrachtung von Kinderwünschen ein breiter Raum eingeräumt. Der biologistischen Argumentation wird die Annahme eines natürlichen Kinderwunsches zugrunde gelegt, der bei jedem Menschen grundsätzlich und stillschweigend vorhanden sei. Kinderwünsche sind jedoch stets das Produkt der vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, weil Individuen durch ihre Umwelt maßgeblich sozialisiert werden. Dadurch wird auch faktisch Einfluss auf das individuelle generative Verhalten genommen. Der Kinderwunsch ist daher nicht ausschließlich ein natürlicher. Er ist vielmehr Ausdruck der sozialen Erwünschtheit in einer Gesellschaft, in der Nachwuchs an Selbstverständlichkeit verloren hat. Empirisch erfassten Kinderwünschen wird eine zu große Bedeutung und Erklärungskraft zugeschrieben.

Die Annahme, dass es natürlich sei, sich Kinder zu wünschen, geht mit der Auffassung einher, dass das Geburtenverhalten nicht beeinflussbar sei. Politik und Wissenschaft verweisen auf die Natürlichkeit und Irrationalität des Kinderwunsches. Dennoch werden politische Maßnahmen ergriffen, die demografisch begründete Handlungsnotwendigkeiten ausweisen und von der Bevölkerung akzeptiert und nicht infrage gestellt werden. Die Argumentation eines natürlichen Kinderwunsches wird instrumentalisiert, um das Geburtenverhalten als unbeflussbar darzustellen und Handlungsversäumnisse zu überspielen. Anspruch und Ziel des politischen Handelns sei zwar nicht, das Geburtenverhalten zu beeinflussen, jedoch nimmt das politische Handeln faktisch Einfluss.

Das Kinderwunsch-Denken ist selbst ein Wunschdenken der Gesellschaft, das sich am Bestandserhaltungsniveau orientiert. Das Bestandserhaltungsniveau bildet den Maßstab, um die demografische Entwicklung resp. die Geburtenrate oder die Kinderzahl zu beurteilen. Es bildet aber keine Orientierungsmarke für politisches Handeln, weil es keine demografischen

¹ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 21, 24 und 34.

² Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

³ Siehe auch MAYER (1999).

Zielsetzungen formuliert. In dem Maße, wie die gesellschaftliche Entwicklung kontinuierlich voranschreitet, selbst Teil von Veränderungen ist und diese immer wieder induziert, kann auch kein taugliches Bestandserhaltungsniveau definiert werden, an dem eine Beurteilung der demografischen Entwicklung vorgenommen werden könnte. Der Gedanke der Bestandserhaltung ist Ausdruck eines Konservativismus. Zugleich sind moderne Familien- und Lebensformen, die nicht dem Bestandserhaltungsniveau gerecht werden, gesellschaftlich anerkannt und gesellschaftsfähig geworden. Die Diskrepanz, die sich aus dem Festhalten an traditionellen Werten einerseits und einer fortschreitenden liberalen Gesellschaftsentwicklung andererseits ergibt, sorgt im demografiepolitischen Diskurs für eine weitere Dramatisierung von demografischen Veränderungen. Diese Dramatisierung befördert wiederum einen politischen Reduktionismus.

Im demografiepolitischen Diskurs herrscht ein idealisiertes Familienbild resp. ein gesellschaftliches Leitbild einer Familienentwicklung vor, das sich am Bestandserhaltungsniveau orientiert. Die von der Bevölkerung als ideal empfundene Lebensform einer Familie mit zwei Kindern entspricht diesem Niveau. Angesichts der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung sowie des Fortschritts- und Modernisierungsgedankens des demografischen Wandels kann keine Lebens- und Familienform zum Ideal werden, die sich am Bestandserhaltungsniveau orientiert. Ein Idealzustand der Bevölkerungsentwicklung existiert nicht. Es mangelt an zeitgemäßen, wertneutralen Pluralitätsvorstellungen, die dem Verständnis von Familien- bzw. Lebensformen im demografiepolitischen Diskurs zugrunde gelegt und nicht aus dem Bestandserhaltungsniveau hergeleitet werden und damit der gesellschaftlichen Realität am ehesten entsprechen.

Dies ist umso vehementer einzufordern, da im demografiepolitischen Diskurs eine Prämierung von Lebens- bzw. Familienformen nach ihrem jeweiligen generativen Beitrag vorgenommen wird. Lebensformen werden insbesondere in den Sozialsystemen durch eine beitragsrechtliche Ungleichbehandlung von Familien und Kinderlosen bewertet. Statt eine Familienform zu idealisieren, ist auch hier eine gleichmäßig anerkannte Pluralität von verschiedenen Familienformen notwendig, deren Wertordnung sich nicht an der Kinderzahl bemisst. Es sollten klare politische Zielsetzungen für den Umgang mit demografischen Veränderungen definiert und kommuniziert werden, die dies berücksichtigen.

5.2 Ursachenbehandlung oder Folgenbewältigung

Im folgenden Kapitel wird politisches Handeln, das sich mit der demografischen Entwicklung befasst, hinsichtlich der folgenden Handlungsoptionen näher betrachtet: Entweder wird sei-

tens der Politik versucht, die Ursachen von demografischen Veränderungen gezielt zu beeinflussen, oder es erfolgt eine Konzentration auf die Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels. Im Kapitel wird herausgestellt, dass eine politische Ursachenbehandlung sowohl an der Fertilität als auch an soziokulturellen Praktiken ansetzen kann, diese Unterscheidung aber nur unzureichend vorgenommen wird, da das Handeln von der Überzeugung einer Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung bestimmt wird. Die politische Folgenbewältigung zur Anpassung von Gesellschaftssystemen und Infrastrukturen an veränderte demografische Verhältnisse wird ebenfalls mit Blick auf die Voraussetzung der Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung betrachtet. Es wird aufgezeigt, dass auf diese Weise die Folgen an die demografische Entwicklung geknüpft werden, nicht aber an soziokulturelle Praktiken bzw. gesellschaftliche Entwicklungen. Prävention und Reaktion werden in den Kontext von bestehenden Idealen und Überzeugungen gestellt, die im demografiepolitischen Diskurs verbreitet werden. Eine systematische Unterscheidung zwischen Ursachen und Folgen des demografischen Wandels wird anhand von Betrachtungen der Gesellschafts- bzw. Sozialsysteme vorgenommen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden schließlich zur Bewertung der Handlungsansätze herangezogen, um zu beantworten, inwieweit die bestehenden Handlungsoptionen Ausdruck einer politischen Strategie sind. Die nachfolgenden Ausführungen setzen hierzu die bereits in den vorangegangenen Kapiteln diskutierten Sachverhalte in bislang nicht betrachtete Zusammenhänge.

Das Handeln der Politik hat zweifelsohne ein an der demografischen Entwicklung orientiertes Profil erhalten.¹ Im demografiepolitischen Diskurs mangelt es allerdings an der folgenden differenzierten Betrachtung: Es ist zu diskutieren, ob tatsächlich die Ursachen, die zum Geburtenrückgang und zu einer demografischen Alterung geführt haben und weiter führen werden, nicht beeinflussbar sind. Dabei ist zu hinterfragen, ob sich nicht inzwischen vielmehr Probleme, die anderen Gesellschaftsbereichen entstanden sind, auf vielfältige Weise auf weitere Gesellschaftssysteme ausgewirkt haben. In deren Folge kann die demografische Problematik eine solche Komplexität erlangt haben, dass eine Ursachenbehandlung schwer möglich ist. Auch aus diesem Grund kann das Handeln auf die Folgestaltung des demografischen Wandels konzentriert werden (siehe Kap. 3.1.2 und 4.1.2).² Dies kommt in der folgenden Feststellung eines Gesprächspartners zum Ausdruck: „Einige der Ursachen [Anm. d. Verf.: der demografischen Veränderungen] kann die Politik nicht verändern, es sei denn, sie wollte die ganze Gesellschaft und die ganze Wirtschaft ändern.“³ Der demografische Wandel wird –

¹ Vgl. z. B. WILKOSZEWSKI (2004), S. 3.

² Vgl. z. B. LUTZ (2007), S. 19ff.; siehe auch KREITSCH (2011).

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

dieser Argumentation folgend – von der Mehrheit der Befragten und auch im Großteil der Literatur für viele problematische gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich gemacht.¹ Entscheidend sind aber die veränderten und sich weiterhin verändernden soziokulturellen Praktiken, die nicht demografischen Ursprungs sind. Die Ursachen für den demografischen Wandel seien im Wandel der Lebensformen bzw. in den veränderten soziokulturellen Praktiken zu sehen, die durch beabsichtigte wie unbeabsichtigte Folgen der Wirkungsweise der Gesellschaftssysteme induziert worden seien² und werden. Die demografische Entwicklung ist daher selbst vielmehr Folge dieser gewandelten soziokulturellen Praktiken.³

Aus der demografischen Entwicklung kann somit auch nicht der soziokulturelle Entwicklungsstand einer Gesellschaft hergeleitet werden (siehe Kap. 4.1.4). Anhand der Entwicklungsländer ist zum Beispiel ersichtlich, dass nicht die demografische Entwicklung, insbesondere die Altersstruktur der Bevölkerung, für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft maßgeblich ist. Eine junge Bevölkerungsstruktur und eine hohe Geburtenrate an sich sind keine Voraussetzung für eine stabile gesellschaftliche, sozioökonomische Entwicklung (siehe Kap. 4.2.2). Demografische Veränderungen gehen mit Veränderungen von Lebensformen und Haushaltsstrukturen sowie beispielsweise auch mit Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozessen einher (siehe Kap. 4.2.1). Sie müssen im Gesamtkontext weiterer Entwicklungen in der Gesellschaft bzw. in einem wechselseitig wirkenden Geflecht betrachtet werden (siehe Kap. 4.1.2). Zum Beispiel werde die Nachkriegszeit häufig in demografischer Hinsicht mit einem zahlenmäßigen Männerüberschuss beschrieben, wenngleich sich dahinter biografische Lebensentwürfe und gelebte Familienbilder einer veränderten soziokulturellen Praxis verbirgen.⁴ So hätten auch die im letzten Jahrhundert eingesetzte und zunehmende Fragmentierung von Erwerbsbiografien, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Ökonomisierung des Privatlebens oder die Individualisierung von Lebensentwürfen größere Auswirkungen auf die Sozialsysteme entfaltet.⁵ Die Emanzipationsbewegung der Frau mündete bekanntlich darin, aus dem bis dahin vorherrschenden traditionellen Rollenbild als Mutter auszubrechen sowie eine vollständige Integration in den Arbeitsmarkt und Teilhabe am Erwerbsleben und an Bildungschancen einzufordern. Erwiesen ist, dass dadurch eine Familie mit Kindern als biografische Option in den Hintergrund trat. Heute wird mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen der offensichtliche Versuch unternommen, die Frau wieder stärker für ein Dasein als Mutter

¹ Siehe z. B. bei SCHIMANY (2003).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

³ Vgl. hierzu auch GAUTHIER (2008), S. 25ff.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36.

⁵ Vgl. insbesondere SENNETT (2005), BECK-GERNSHEIM (2006), BECK und BECK-GERNSHEIM (1994) sowie auch MIEGEL (2005a und b).

zu interessieren. Beide Rollenbilder miteinander zu verbinden soll dadurch gelingen, dass Familie und Beruf wieder näher zusammengeführt bzw. miteinander vereinbar gestaltet werden sollen, nachdem sich beide voneinander entfernt haben.¹ Es kann sich daher bei der demografischen Entwicklung nur um eine gesellschaftspolitisch herbeigeführte bzw. zumindest unterstützte und keine naturgegebene handeln.²

Es ist dafür zu sensibilisieren, dass, wenn über Ursachen gesprochen wird, gesellschaftliche Entwicklungen bedacht werden müssen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass unter den Folgen die demografischen Veränderungen selbst zu verstehen sind. In der Rekonstruktion bzw. Reflexion der Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge wird mehrheitlich von mittelbaren Zusammenhängen zwischen demografischen Entwicklungen und den ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Entwicklungen gesprochen.³ Dennoch werde von einer Betroffenheit von demografischen Veränderungen gesprochen, die insbesondere für die Sozialsysteme sowie die Regionen und Kommunen konstatiert werde (siehe Kap. 4.2.1 und 5.3.2).⁴ Mit dieser Betroffenheit wird die demografische Entwicklung in den Stand eines erklärenden Faktors gehoben, der zu gestalten sei. Dadurch wird die demografische Entwicklung von der Folge zur Ursache. Sie dient nicht mehr nur der Beschreibung und Diagnose der festgestellten, als problematisch erachteten Entwicklungen. Die demografische Entwicklung wird unzulässigerweise zu einem kausalen Argument (siehe Kap. 4.1.2 i. V. m. 4.1.3). Dies liegt daran, dass demografische Veränderungen zum Teil noch als eigenständige Entwicklung begriffen werden, die sich unabhängig von anderen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und zudem auch chronologisch gesehen als Folge vorangegangener gesellschaftlicher Entwicklungen vollzögen.⁵ Dies entspreche nicht den beobachteten gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen im vergangenen Jahrhundert.⁶ Sicherlich wirkt eine veränderte demografische Entwicklung wieder auf gesellschaftliche Entwicklungen zurück.⁷ Aber prioritäres Ziel sollte sein, am Ursprung anzusetzen.⁸ Damit ist die Behandlung derjenigen Ursachen gemeint, die zu der veränderten demografischen Entwicklung geführt haben. In diesem Zusammenhang wird im Diskurs unter einer Ursachenbehandlung häufig auch fälschlicherweise ein aktives Gegensteuern im Sinne eines bevölkerungspolitischen oder pronatalistischen Handlungsansatzes verstanden. Dieser werde mit Verweis auf die immer noch nachwirkende ideologische

¹ Vgl. hierzu auch BECK-GERNSHEIM (2006).

² Vgl. hierzu KAUFMANN et al. (1992).

³ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 1 und 5, Politik, Nr. 11.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16 und 20, Politik, Nr. 22.

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 9, Wissenschaft, Nr. 14 und 32.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁷ Vgl. Befragung, z. B. Wissenschaft, Nr. 30 und 36.

⁸ Vgl. ebd., Nr. 68.

Belastung der Bevölkerungswissenschaft – zurecht – gemieden (siehe Kap. 3.1.1 i. V. m. 5.3.2).

Ausgehend von einem korrekten Verständnis für die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen müsste auch ein neues Verständnis für eine Bewältigung der Folgen etabliert werden. Gegenwärtig wird darunter eine Anpassung und Gestaltung verstanden. Die demografische Entwicklung wird als unbeeinflussbar dargestellt, auf die nur reagiert werden könne. Es sollte dafür sensibilisiert werden, dass eine Folgenbewältigung nicht die von den demografischen Veränderungen ausgehenden Folgen für die Gesellschaft, die sich wechselseitig ergeben, behandeln sollte. Eine Folgenbewältigung kann unter Beachtung des richtigen Verständnisses für die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge nur eine Befassung mit der Entwicklung der demografischen Kennziffern an sich bedeuten. Das falsche begriffliche Verständnis davon, was Ursache und Folge ist (siehe Kap. 3.2) und welche Zielstellungen entsprechend konzipierte politische Handlungsstrategien ausweisen, rückt demografische Veränderungen in das Zentrum der Überlegungen, wenn über die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung verhandelt wird (siehe Kap. 5.3). Dadurch wird ein politischer Reduktionismus befördert. Gemäß diesem verbreiteten Verständnis werden im Rahmen einer aktiven, pronatalistischen Bevölkerungspolitik auch nicht die Ursachen behandelt, die zu den demografischen Veränderungen geführt haben. Handlungsziel einer solchen Politik ist, die Entwicklung von demografischen Kennziffern wie die Geburtenrate zu beeinflussen.

Dieses Verständnis trägt dazu bei, dass bevölkerungspolitische Überlegungen auch auf absehbare Zeit tabuisiert werden. Familienpolitische Maßnahmen hingegen ordnen sich nach dem herrschenden Verständnis in die Handlungsstrategie der Anpassung und Folgenbewältigung ein. Diese haben aber eigentlich die gesellschaftlichen Ursachen zum Ziel, die zu den demografischen Veränderungen geführt haben. Anders als bevölkerungspolitische Strömungen werden familienpolitische Maßnahmen dennoch befürwortet (siehe Kap. 5.3.2). Dies zeigt, dass im Umgang mit dem demografischen Wandel in der Politik heute Entwicklungen adressiert werden, die sowohl in bevölkerungs- als auch in familienpolitischen Ansätzen im Wesentlichen die gleichen Inhalte und Handlungsziele haben. Lediglich die Begriffe suggerieren einen bedeutenden Unterschied, da sie gegensätzlich konnotiert werden. Während der Begriff Bevölkerungspolitik noch immer ideologisch belastet ist und daher gemieden wird, findet die Bezeichnung Familienpolitik große Akzeptanz.

Die vorangehend dargestellten Bedeutungen der im demografiepolitischen Diskurs verwendeten Begriffe zeugen von einer mehr rhetorischen und weniger realen Politik. Diese hat das

Ziel, mittels der Demografie die Komplexität der Gesellschaft zu vereinfachen (siehe Kap. 4.1.2), und ist darin bestrebt, demografische Fakten zur Durchsetzung sachfremder Ziele zu instrumentalisieren (siehe Kap. 4.1.3). Damit diese auch von den Wählern akzeptiert wird, wird mit Dramatisierungen oder auch Verharmlosungen gearbeitet, um Emotionen zu erzeugen. Mit Verweis auf die Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung werden die Chancen betont und vermarktet, sodass die Dramatisierung geschwächt wird (siehe Kap. 4.1.1). Es wird ein Akzeptanz schaffendes gesellschaftliches Klima für demografisch motivierte politische Handlungsnotwendigkeiten geschaffen (siehe Kap. 3.1.2).¹ Dabei konzentriert sich demografiepolitisches Handeln auf gesellschaftliche Anpassungsleistungen an den demografischen Wandel, statt an den Ursachen von demografischen Veränderungen anzusetzen.² Ein demografischer Konservatismus wird damit aufgegeben. Nicht ins Bild passen will hierbei die Diskrepanz zwischen dem Diskurs, der die Anpassung fordert, und dem gesellschaftspolitischen Handeln, das immer noch um einen Konservatismus bemüht ist (siehe Kap. 5.1).

Der Konservatismus gerät auch in Widerspruch mit dem Modernisierungsaspekt des demografischen Wandels (siehe Kap. 4.1.1). Wenn Modernisierung durchaus positiv besetzt sei³, Innovationen in der Gesellschaft befördert werden und der demografische Wandel als Ausdruck der Modernisierung zu begreifen ist, ist fraglich, warum familien- und demografiepolitisches Handeln durch konservative Bemühungen, die Realisierung von Kinderwünschen zu erleichtern und damit indirekt beabsichtigt die Geburtenrate zu steigern, einen ideologischen Bruch mit der Modernisierung herbeiführen will.⁴ Eine demografische Stabilisierung würde insofern modernisierungshemmend wirken und als vergeblicher Versuch gewertet werden, dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenzuwirken. Dennoch werde nach wie vor versucht, die Geburtenrate zu beeinflussen, ohne die Ursachen der veränderten demografischen Entwicklung genau zu kennen.⁵ Ob die Geburtenrate beeinflussbar ist oder nicht, liege in der Argumentation der Politik begründet, dies zu akzeptieren oder abzustreiten. Beide Ansichten könnten vermittelt werden.⁶ Damit würde sich die Frage erst gar nicht stellen, ob eine Ursachenbehandlung oder Folgenbewältigung faktisch möglich ist. Das Geburtenverhalten in einer Gesellschaft stelle vielmehr einen sozialen und kulturellen Aspekt dar⁷, der mit Kinderwün-

¹ Siehe z. B. bei DORBRITZ et al. (2005).

² Vgl. z. B. BMI (2012).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 34, 36, 42, 45 und 50.

⁴ Vgl. in diesem Zusammenhang auch BOONGARTS (2008), S. 39ff., sowie GAUTHIER und PHILIPPOV (2008), S. 1ff.

⁵ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10.

⁶ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft, Nr. 16, 21, 24, 32 und 35.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

schen und Lebensentwürfen zusammenhänge (siehe Kap. 5.3.2).¹ Diese Aspekte würden in eine demografische Sprache gehüllt.² Dadurch wird der Eindruck erweckt, dass es sich um demografische Entwicklungen handelt, obgleich gesellschaftliche Entwicklungen ausschlaggebend sind.

Demgegenüber existiert auch die Auffassung, dass die Folgen der demografischen Veränderungen für die Gesellschaft selbst weder durch eine Steigerung der Geburtenrate noch durch eine vermehrte Zuwanderung abwendbar seien (siehe Kap. 5.3.3).³ Zudem vollziehe sich die demografische Entwicklung als „quasi-natürliche“ Entwicklung⁴, die kaum beeinflusst werden könne.⁵ Ein Bevölkerungsrückgang und eine demografische Alterung seien daher unausweichlich.⁶ Eine Konzentration des politischen Handelns auf eine Bewältigung der Folgen, welche demografische Veränderungen für die Gesellschaft mit sich bringen, stehe aber vor der Herausforderung, bereits heute ohne Anzeichen demografisch bedingter Problemlagen und damit ohne einen akuten Problemdruck zu handeln⁷ (siehe Kap. 3.1.2 und 3.2). Demografische Veränderungen beschreiben langfristige Wandlungsprozesse. Es müssten lange Zeiträume betrachtet und zudem berücksichtigt werden, dass in dem Moment, in dem gesicherte Erkenntnisse vorlägen, es häufig zu spät sei, Maßnahmen zu ergreifen, die an den Ursachen der demografischen Veränderungen ansetzten.⁸ Daher bleibt das Handeln auf das Kurieren von Symptomen beschränkt. Eine präventive, vorbeugende und vorausschauende Politik im Sinne einer echten *Demografiestrategie* wird dadurch nicht möglich. Ein Gesprächspartner konstatiert: „Es wird immer nur auf akute Engpässe reagiert.“⁹ Es handle sich folglich vielmehr um ein notwendiges Reagieren auf eingetretene gesellschaftliche Problemlagen und den steigenden Handlungsdruck.¹⁰ Vor allem für die Wirtschaft werden weitreichende Folgen in der Literatur und unter den Befragten diskutiert. Dabei ist zu hinterfragen, ob die nationale ökonomische bzw. konjunkturelle Entwicklung einfacher zu gestalten ist als die hierzulande ablaufende demografische Entwicklung. Erstere ist zunehmend global verankert und verflochten. Sie unterliegt vielen Einflussfaktoren, die außerhalb des nationalstaatlichen Kontextes gegeben sind und sich daher weitgehend dem politischen Handeln eines einzelnen Landes entziehen (siehe Kap. 4.2.2 und 5.3.3). Ursachen und Konsequenzen von demografischen

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20 und 36.

² Vgl. ebd., Nr. 30.

³ Vgl. ebd., Nr. 19.

⁴ Ebd., Nr. 21.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 20, 24, 25, 30 und 56, Politik, Nr. 22, Publizistik, Nr. 27.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19, Politik, Nr. 23.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 17, 25, 32 und 56.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

¹⁰ Vgl. hierzu insbesondere BMI (2012) i. V. m. MAYER (2012).

Veränderungen würden hingegen insbesondere auf der nationalstaatlichen Ebene ausgetragen.¹ Im Gegensatz zur ökonomischen Entwicklung kann die Politik hier souveräner im staatlichen Bezugsrahmen der in ihr lebenden Bevölkerung agieren und die demografische Entwicklung steuernd beeinflussen. Die starke globale Verflechtung der Wirtschaft und ökonomischen Entwicklung hierzulande spricht für eine geringere Beeinflussbarkeit durch politisches Handeln.

Die vorangehend formulierten Überlegungen können allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass kein Königsweg oder Masterplan als Antwort auf die mit dem demografischen Wandel assoziierten Herausforderungen für die Gesellschaft existiert.² Die Demografie ist von einem früher ideologisch in Verruf geratenen und daher undankbaren Thema (siehe Kap. 3.1.1) zu einem gewichtigen, nahezu beliebig einsetzbaren Argument zur Durchsetzung von politischen Maßnahmen geworden (siehe Kap. 4.1). Zugute gehalten werden muss dem politischen Umgang mit dem demografischen Wandel, dass er neue Handlungs- und Gestaltungsoptionen erschließe, über die ohne die demografischen Veränderungen nicht nachgedacht würde³. Insofern ist die Demografie eine Herausforderung, die Innovationen anschiebt. Innovatorische Leistungen einer Gesellschaft entstünden vor allem dann, wenn Menschen in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt würden und vor scheinbar alternativlosen Optionen stünden.⁴

In der Gesamtschau ist der demografische Wandel gleichermaßen Entschuldigung für Passivität und Grund für Aktivität. Es erscheint jene Perspektive auf den demografischen Wandel richtig, die für einen Akteur von Interesse bzw. wichtig ist. Akteure, welche die Chancen sehen, nehmen die demografische Entwicklung als gegeben und unbeeinflussbar hin. Sie verorten den Auslöser und die Verantwortung für demografische Veränderungen im individuellen Geburtenverhalten des Menschen. Akteure, welche die Risiken sehen, vertreten die Auffassung, dass der demografische Wandel zu verhindern gewesen wäre. Es existierten Handlungsmöglichkeiten, die Geburtenrate zu beeinflussen, weil Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse sowie die Gesellschafts- bzw. Sozialsysteme die Individuen in ihrem generativen Verhalten beeinflusst hätten (siehe Kap. 4.1.1).

Demografische Veränderungen würden mehrheitlich als unbeeinflussbar vermittelt und hingenommen⁵ sowie zur Rechtfertigung einer vermeintlich unüberprüfaren, nicht anfechtbaren Kausalität verhandelt. Dies zeuge von einer fatalistischen Sichtweise auf demografische Ver-

¹ Vgl. hierzu SCHIMANY (2003).

² Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 42, Politik, Nr. 69.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, Wissenschaft / Politik, Nr. 54, Wissenschaft, Nr. 56.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. MAYER (1999).

änderungen.¹ In dieser Perspektive beschränkten sie die Handlungsmöglichkeiten des Staates.² Diese Einschätzung rührt daher, dass sich zwar der bisherige Geburtenrückgang und die demografische Alterung über die kommenden Jahrzehnte auf die Gesellschaft und ihre Systeme auswirkten und die Entwicklung der demografischen Kennziffern in ihrer Tendenz nicht zu ändern sein werde.³ Dennoch bestünden im Bereich der Gesellschaftssysteme Möglichkeiten, sich den erwarteten Folgen dieser demografischen Veränderungen anzunehmen. Damit würden zugleich Gesellschaftsbereiche und auch -entwicklungen adressiert, die nicht immer etwas mit Demografie zu tun hätten.⁴ Darüber hinaus wird durch eine Konzentration auf die Betrachtung von demografischen Veränderungen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen der Blick von Entwicklungen in Gesellschaftsbereichen weggelenkt, die sich unabhängig von der Demografie vollziehen und in denen gehandelt werden könnte. Politik rechtfertigt nicht nur das demografiepolitische Handeln in diesen Bereichen mit der demografischen Entwicklung. Auch werden mit Verweis auf unbeeinflussbare demografische Veränderungen einerseits Handlungsversäumnisse gerechtfertigt (siehe Kap. 3.1.2). Andererseits wird mit der damit unweigerlich notwendigen Gestaltung der Konsequenzen, die sich aus der demografischen Entwicklung für die Gesellschaft ergeben, Handlungsdruck erzeugt. Beide Argumentationen sorgen für Akzeptanz für demografiepolitisches Handeln unter der Bevölkerung und werden für ein demografisch motiviertes Handeln genutzt.

ZUSAMMENFASSUNG

Der demografische Wandel ist von einem ehemals tabuisierten Thema zu einem gewichtigen Argument zur Durchsetzung von politischen Maßnahmen geworden. Durch den Reduktionismus und das Bevölkerungsmarketing hat die Politik ein an der demografischen Entwicklung orientiertes Profil erhalten. Die Politik steht vor der Aufgabe, bereits heute ohne Vorliegen konkreter demografiebedingter Problemlagen und damit ohne akuten Problemdruck zu handeln. Das politische Handeln ist vornehmlich auf eine Folgenbewältigung gerichtet, die Symptome kuriert, indem auf sich einstellende demografiebedingte Problemlagen reagiert wird. Bemühungen der Gesellschaft zur Anpassung an den demografischen Wandel rücken vom Bestandserhaltungsniveau ab und geben einen demografischen Konservatismus auf. Zugleich wird im Diskurs jedoch das Bestandserhaltungsniveau hoch gehalten. Die daraus resultierende Diskrepanz zwischen Diskurs und Handeln zeigt, dass der demografische Wandel sowohl Entschuldigung für Passivität als auch Grund für Aktivität ist.

¹ Vgl. ETZEMÜLLER (2007).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19, 20, 21, 24, 30, 35 und 43, Politik, Nr. 22 und 23, Publizistik, Nr. 28.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 56.

Ein präventives, vorbeugendes Handeln, das als Ursachenbehandlung zu verstehen ist und eine Änderung der demografischen Entwicklung anstrebt, ist mit dem gesellschaftlichen Fortschritts- und Modernisierungsverständnis des demografischen Wandels unvereinbar. Eine politische Strategie der Anpassung an die Konsequenzen demografischer Veränderungen verfolgt das Ziel, Gesellschafts- resp. Sozialsysteme weniger anfällig für demografische Veränderungen zu gestalten oder demografische Einflüsse in einzelnen Fällen gar gänzlich auszuschalten bzw. zu kompensieren.

Im demografiapolitischen Diskurs wird nur unzureichend differenziert, dass nicht demografische Veränderungen, sondern geänderte soziokulturelle Praktiken für viele gesellschaftliche Entwicklungen ursächlich sind und der demografische Wandel auf veränderte soziokulturelle Praktiken zurückzuführen ist. Soziokulturelle Praktiken und gesellschaftliche Entwicklungen werden mit einer demografischen Perspektive angereichert, obwohl eine demografisch junge Bevölkerung mit einer hohen Geburtenrate weder Voraussetzung für stabile sozioökonomische Verhältnisse noch Rezept gegen problematische gesellschaftliche Entwicklungen ist. Zudem kann aus der demografischen Entwicklung nicht der soziokulturelle Entwicklungsstand einer Gesellschaft hergeleitet werden. Die Funktionsfähigkeit von Gesellschafts- resp. Sozialsystemen ist nicht in besonderem Maße vor demografische Herausforderungen gestellt.

Ursachenbehandlung und Folgenbewältigung stellen Handlungsoptionen der Politik dar, die vielmehr Resultat der jeweils verfolgten politischen Strategie und daher auf einen Reduktionismus und ein Bevölkerungsmarketing zurückzuführen sind.

Es wird diskutiert, ob die Ursachen, die zu der eingetretenen und künftig sich weiter verändernden demografischen Situation geführt haben bzw. führen werden, behandelt oder die Folgen für die Gesellschaft, die von demografischen Veränderungen ausgehen, bewältigt werden können. Das Ergebnis dieser Diskussion liegt weniger in der vielberedeten naturgemäßen Eigendynamik von demografischen Veränderungen begründet, welche die tatsächliche Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung durch vergangenes und künftiges politisches Handeln in Abrede stellt. Eine Ursachenbehandlung bedient zwar Bestrebungen eines Konservatismus zum Bestandserhalt, widerstrebt jedoch dem Fortschritts- und Modernisierungsgedanken, der durch den demografischen Wandel transportiert wird. Genau umgekehrt verhält es sich mit einer Folgenbewältigung. Es existiert daher kein Masterplan oder Königsweg für politisches Handeln, solange demografischen Veränderungen kein verändertes Grundverständnis zugrunde gelegt wird. Die demografische Entwicklung ist als Resultat politisch bewusst oder unbeabsichtigt herbeigeführter gesellschaftlicher Entwicklungen zu begreifen, die ihrerseits durch die Ausgestaltung der soziokulturellen Praktiken der Menschen unter

den jeweils definierten Rahmenbedingungen der Gesellschaft und ihrer Systeme gesteuert werden. Folglich kann eine Folgenbewältigung auch nur die veränderten soziokulturellen Praktiken zum Anlass haben, die demografische Veränderungen hervorrufen, und nicht die Entwicklung der demografischen Kennziffern an sich, die weniger Ursache und mehr Indikatoren zur Abbildung schwer fassbarer gesellschaftlicher Veränderungsprozesse sind.

5.3 Zur Evaluierung und Wirksamkeit politischen Handelns

5.3.1 Vorbemerkungen

Gegenstand der Analysen in diesem Kapitel sind die Wirksamkeit und Evaluierung von politischem Handeln, das mit Verweis auf den demografischen Wandel gerechtfertigt wird. Zunächst wird hinterfragt, welche übergreifenden Ziele dieses verfolgt und welche einhelligen Erwartungen die Politik an das Handeln im Hinblick auf den Umgang mit demografischen Veränderungen stellt. Der zweite Analyseschritt stellt Ziele und Erwartungen miteinander in Bezug, um die demografische Wirksamkeit beabsichtigten wie auch unbeabsichtigten politischen Handelns zu eruieren. Dabei wird auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingegangen, die die Wirksamkeit politischen Handelns beeinflussen und ihre Evaluierung erschweren. Es wird aufgezeigt, ob Evaluierungsinstrumente bzw. -möglichkeiten bestehen, mit deren Hilfe die Wirksamkeit politischen Handelns, das auf den Umgang mit demografischen Veränderungen gerichtet ist, belegt werden kann. Darüber hinaus soll ermittelt werden, wie verlässlich diese zur Bildung und Beurteilung von Kausalzusammenhängen zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind. In weiteren Unterkapiteln werden für einzelne politische Handlungsfelder jeweils Zielsetzungen und Erwartungen betrachtet. Es werden Anhaltspunkte für die Verlässlichkeit der Evaluierung und die Messbarkeit der Wirksamkeit von Maßnahmen aufgezeigt, deren Notwendigkeit zwar mit der demografischen Entwicklung gerechtfertigt werden, die jedoch nicht die demografische Entwicklung als Ursache für ein Handeln haben und auf andere gesellschaftliche Entwicklungen zurückgehen.

Es stellt sich als schwierig heraus, mögliche Auswirkungen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft zu ergründen und zu prognostizieren. Dennoch werden auf Grundlage von unsicheren Annahmen und Vermutungen politische Handlungsnotwendigkeiten begründet, die in der Gesellschaft Akzeptanz finden (siehe Kap. 3.2 und 4.1.2). Zum einen werden die Ursachen demografischer Veränderungen nicht hinreichend berücksichtigt, und die demografische Entwicklung wird als unbeeinflussbar verhandelt.¹ Zum anderen bieten die demo-

¹ Siehe hierzu MAYER (1999).

grafisch bedingten Auswirkungen für die Gesellschaft derzeit mehr Raum für Spekulation als für konkrete Ansatzpunkte zum Handeln. Trotz dieser Befunde wird versucht, strategische Überlegungen zur Anpassung an den demografischen Wandel zu formulieren und mit politischen Maßnahmen naheliegende Vermutungen mit Aktivität zu untersetzen (siehe Kap. 3.1.2 und 4.1.2).¹ Die Evaluierung und Wirksamkeit politischen Handelns betrifft in erster Linie die dem Ziel zugrunde liegenden Erwartungen, Wirkungen und Effekte². Häufig stellen sich aber auch Wirkungen ein, die nicht beabsichtigt oder bedacht wurden. Politisches Handeln zur Gestaltung von demografischen Veränderungen könne daher allenfalls ein Übergangs- oder Krisenmanagement sein.³

Die demografische Entwicklung an sich sei nicht der zentrale Gegenstand, der auf politische Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zu untersuchen sei. Vielmehr seien die aus demografischen Veränderungen resultierenden Folgen gesellschaftspolitisch zu gestalten. Es sei daher zwischen der Beherrschbarkeit der demografischen Entwicklung und der daraus entstehenden Konsequenzen zu unterscheiden.⁴ Im demografiepolitischen Diskurs ist häufig unklar, welche dieser beiden Entwicklungen als Maßstab für die Evaluierung von politischem Handeln zur Beurteilung von dessen Wirksamkeit herangezogen wird. Im Folgenden werden Ansätze zur Evaluierung und Maßstäbe zur Beurteilung der Wirksamkeit von demografiepolitischem Handeln betrachtet. Es wird dargelegt, dass dessen Evaluierung möglich und eine Wirksamkeit gegeben ist. Dies wird im aktuellen demografiepolitischen Diskurs und Handeln der Politik allerdings nicht sichtbar. Die Gründe hierfür sind in unklaren Erwartungshaltungen der Gesellschaft gegenüber politischem Handeln und in unklar formulierten, diffusen demografiepolitischen Zielsetzungen zu suchen.

Es wird häufig darauf verwiesen, dass es rechtlich problematisch sei, das individuelle Geburtenverhalten politisch zu beeinflussen (siehe Kap. 5.3.2). Damit einhergehend würden der Politik auch Handlungsmöglichkeiten entzogen werden (siehe Kap. 5.2).⁵ Im dramatisierten demografiepolitischen Diskurs⁶ (siehe Kap. 4.1.1) werde auf diese Weise die Erwartungshaltung gegenüber politischem Handeln gesenkt.⁷ Ein Gesprächspartner konstatiert: „[...] die Dramatisierung hat [...] den Hintergrund [...], immer mehr Leute dazu zu bewegen, bereit zu sein, auf Errungenschaften zu verzichten.“⁸ Trotz der von der Politik vorgebrachten fehlenden Steue-

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

² Siehe hierzu bei KAUFMANN et al. (1992).

³ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10.

⁴ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 21.

⁶ Siehe insbesondere ETZEMÜLLER (2007).

⁷ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10.

⁸ Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

rungs- und Einflussmöglichkeiten existieren politische Bestrebungen und ideologische Strömungen, die durchblicken lassen, dass Absichten und Effekte von politischen Maßnahmen letztlich auf eine Stabilisierung der Geburten- bzw. Kinderzahlen abzielen (siehe Kap. 5.1 bis 5.3). Eine Wirksamkeit politischen Handelns zur Gestaltung des demografischen Wandels müsste – dieser Argumentation folgend – grundsätzlich abgesprochen werden; die Frage nach der Evaluierung würde sich erst gar nicht stellen.

Der Verweis auf die politische Handlungsunfähigkeit wird auch mit der Komplexität der Gesellschaft begründet (siehe Kap. 3.1.2 und 4.1.2). Der Politik gelinge damit der Selbstschutz vor unpopulären Entscheidungen in dem schwer zu überblickenden Feld der Demografiepolitik.¹ Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse der Politik (siehe Kap. 1.1.2) haben dafür gesorgt, dass demografische Veränderungen in ihren Zusammenhängen mit gesellschaftlichen Entwicklungen eine Komplexität erreicht haben, die eine Politik der kleinen Schritte unzureichend gemacht habe, um auf die mittlerweile komplexen Zusammenhänge Einfluss zu nehmen². Jene Politik habe zu einem wachsenden Problemdruck, insbesondere in den sozialen Sicherungssystemen und auf dem Arbeitsmarkt, geführt.³

Angesichts der sich zwischenzeitlich eingestellten vielfältigen Wechselwirkungen zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie zwischen einzelnen gesellschaftlichen Entwicklungen (siehe Kap. 3.1.2 und 4.1.2), ist eine zuverlässige Evaluierung von demografiepolitischen Maßnahmen aber sehr schwierig, weil die Wirkung von politischem Handeln in der Regel nicht eindeutig zugeordnet werden könne⁴. Demografiepolitischen Maßnahmen lägen überwiegend keine entsprechend geeigneten Indikatoren zugrunde, anhand denen die gesetzten Ziele verlässlich und nachvollziehbar gemessen werden könnten.⁵ Es besteht zudem die Schwierigkeit, die demografische Entwicklung aus der Perspektive der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu betrachten, da bei der Evaluierung somit auch Faktoren herangezogen werden müssten, die nicht demografisch bedingt sind bzw. sich dem Einfluss der jeweiligen Maßnahme entzögen⁶. Multiplausibilitäten der Implikationen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft⁷, die im Diskurs durch Kausalbehauptungen und Deutungsangebote ohne einen nachgewiesenen Ursache- und Wirkungszusammenhang transportiert werden, sind von Kausalitäten zu trennen (siehe Kap. 4.1.2). Sie machen aufwändige Evaluierungsinstrumente erforderlich, die bislang nicht vorhanden sind.

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 21.

² Vgl. ebd., Nr. 24.

³ Vgl. ebd., Nr. 24 und 25, sowie auch bei FREVEL (2004).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 26, 48 und 56.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 36 und 39; siehe hierzu auch bei Bertelsmann Stiftung (2006).

⁶ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 26, 48 und 56.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 1, 5, 39 und 43, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

Hinzu kommt, dass es angesichts qualitativer, nicht quantifizierbarer sog. „weicher“ Effekte auch um die Messbarkeit möglicher Wirkungen schwierig bestellt sei.¹ Rückschlüsse auf die Bedarfsgerechtigkeit von politischen Maßnahmen bzw. die Nachfrage beispielsweise nach familienpolitischen Angeboten und Unterstützungsleistungen sind erfahrungsgemäß nur nach deren angebotsseitigen Implementierung bzw. Bereitstellung möglich, so Literatur und Befragte. Zwar lassen sich somit Aussagen zur Inanspruchnahme der Angebote treffen. Welche Wirkungen diese Maßnahmen aber entfalten, kann indes nicht nachgewiesen werden.

Die Kinderwunschargumentation des demografiepolitischen Handelns (siehe Kap. 5.1) erschwert die Evaluierung von dessen Wirksamkeit zusätzlich. Zielgruppe bzw. Adressaten politischen Handelns sind innerhalb des Bevölkerungsteiles kinderloser Menschen jene, die einen Kinderwunsch in sich tragen, diesen jedoch im Laufe ihres Lebens in unbeschränkter Selbstbestimmung nicht realisieren (können). Die Ernsthaftigkeit der Realisierung von grundsätzlich vorhandenen Kinderwünschen, die in Befragungssituationen aus Erwägungen der sozialen Konformität mit idealisierten Lebensformen in der Gesellschaft formuliert werden, ist aber stark zu bezweifeln (siehe Kap. 5.1).²

Weiterhin sind nicht eindeutig definierte, unterschiedlich interpretierte, instrumentalisierte demografische Kennziffern und Begrifflichkeiten (siehe Kap. 1.1.1) kein verlässlicher Maßstab zur Ableitung und Begründung von gesellschaftlichen Handlungsnotwendigkeiten, an dem sich politische Maßnahmen evaluieren ließen. Beispielsweise handelt es sich bei den Begriffen Altern, Alter und Alterung um dynamische, prozessuale Begriffe, die im Zuge einer voranschreitenden demografischen Alterung bzw. infolge einer weiterhin steigenden Lebenserwartung selbst dem Wandel unterliegen.³ Ein Gesprächspartner führt hierzu folgenden Sachverhalt an: „Die demografische Alterung wird zwar rein formell voranschreiten, aber soziokulturell passiert eher das Gegenteil.“⁴ In der Politik wie auch im Mediendiskurs ist dennoch ein statisches Begriffsverständnis weit verbreitet, zeigt die Befragung. Eine entsprechende Aufklärung, um für Definitionsklarheit zu sorgen, fehlt bislang.

Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse der Politik, das Kinderwunsch-Denken in der Gesellschaft sowie die Instrumentalisierung demografischer Kennziffern und Begrifflichkeiten haben Bedingungen geschaffen, die eine Evaluierung der Wirksamkeit von demografiepolitischen Maßnahmen nahezu unmöglichen machen. Dadurch bleibt auch der Effekt der Maßnahmen nicht überprüfbar.⁵ Dennoch würdigt die Bevölkerung diese Maßnahmen und

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5 und 39, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

² Zur Verlässlichkeit von Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland vgl. z. B. KREYENFELD (2004), S. 4.

³ Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. hierzu auch GAUTHIER (2008), S. 25ff.

akzeptiert demografisch begründete Handlungsnotwendigkeiten.¹ Durch das Bevölkerungsmarketing hat die Politik die Akzeptanz der Bevölkerung für Maßnahmen sichern können, von denen sie selbst kaum Einflüsse erwartet, die kaum evaluierbar sind und die auf unsicheren Handlungsgrundlagen bzw. vermuteten Tatbeständen beruhen.

ZUSAMMENFASSUNG

Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse der Politik haben für eine zunehmende Komplexität der Ursachen und Wirkungen des demografischen Wandels gesorgt, die im demografiepolitischen Diskurs als wachsender demografiebedingter Problemdruck auf die Gesellschaft und ihre Systeme wahrgenommen wird. Die Komplexität, mit der sich demografische Veränderungen auf alle Bereiche der Gesellschaft auswirken, führt im demografiepolitischen Diskurs dazu, die Ursachenbehandlung als mögliche Handlungsoption auszuschließen, weil zum einen angesichts der Komplexität lediglich eine Gestaltung der Konsequenzen des demografischen Wandels für die Gesellschaft realisierbar gehalten werden; zum anderen wird der Ansatz der Ursachenbehandlung in seiner Zielrichtung der Geburtenzahlsteigerung mit einem immer noch ideologisch belasteten Verständnis eines Pronatalismus assoziiert. Politisches Handeln ist daher zum Krisen- und Übergangsmanagement geworden, dessen Aufgabe es ist, eine Anpassung der Gesellschaftsstruktur und ihrer Systeme zu leisten, um diese vom einen zum anderen demografischen Zustand zu überführen.

Politischem Handeln werden mangelnde, zuweilen fehlende Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten auf die demografische Entwicklung attestiert, obwohl dieses jedoch sehr wohl die demografische Entwicklung beeinflussen vermag und in der Vergangenheit über die Ausgestaltung der Gesellschafts- resp. Sozialsysteme faktisch Einfluss auf das individuelle generative Verhalten genommen hat. Im demografiepolitischen Diskurs sind jedoch allenfalls latente demografische Zielsetzungen überlebensfähig. Aus diesem Grund ist auch bislang keine Evaluierung der Wirksamkeit von politischem Handeln möglich (gewesen). Soll politisches Handeln eine messbare Wirkung auf die demografische Entwicklung entfalten, ist ein verändertes Selbstverständnis der Gesellschaft für Nachwuchs sowie eine öffentliche Thematisierung der beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen politischen Handelns durch Definition klarer, transparenter Zielsetzungen notwendig.

Die Versäumnisse in der Vergangenheit haben für eine zunehmende Komplexität der Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen gesorgt, die eine Politik der kleinen Schritte dann unzureichend macht, wenn ein messba-

¹ Vgl. hierzu auch bei DORBRITZ et al. (2005).

rer Einfluss auf diese komplexen Zusammenhänge genommen werden soll. Allerdings wird selbst dann eine Evaluierung von politischem Handeln wenig verlässlich sein. Angesichts der vielfältigen Wechselwirkungen zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie denen, die von teilgesellschaftlichen Entwicklungen und ihrer wechselseitigen Beeinflussung ausgehen, müsste die Wirkung von politischem Handeln, das auf die Gestaltung der Konsequenzen demografischer Veränderungen oder die Beeinflussung der demografischen Entwicklung an sich gerichtet ist, von anderen gesellschaftsentwicklungsbestimmenden Faktoren isoliert bzw. extrahiert werden, um einen messbaren Effekt erzielen zu können. Eine Erfolgskontrolle des Handelns über Indikatoren ist jedoch nicht verlässlich genug und somit wenig zielführend für die Beurteilung politischen Handelns. Eine Evaluierung unterbleibt letztlich in dem Wissen, dass eine demografische Wirksamkeit von politischem Handeln, das die in anderen Gesellschaftsbereichen bestehenden Handlungsnotwendigkeiten unzulässigerweise hauptsächlich oder gar ausschließlich mit demografischen Argumenten begründet, nicht gegeben ist.

5.3.2 Zur Familien- und Sozialpolitik – Zielsetzungen und Erwartungen

Das Kapitel behandelt ausgewählte Aspekte von familien- und sozialpolitischen Maßnahmen, die in Reaktion auf demografische Veränderungen in der Gesellschaft ergriffen werden. In den Mittelpunkt der Betrachtungen wird die angestrebte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerückt, die mittels institutioneller und monetärer Anreize und Unterstützungsangebote erreicht werden soll. Dabei werden das Spannungsfeld zwischen politischer Beeinflussbarkeit einerseits und individueller und kollektiver Verantwortung andererseits, die aus dem Geburtenverhalten resultiert, sowie die mangelnde Demografierrelevanz von unerwünschten Entwicklungen in den Sozialsystemen aufgezeigt. Aus der Perspektive der Sozialsysteme betrachtet, werden die Wirkungen und Effekte finanzieller und generativer Beiträge der Bevölkerung miteinander in Bezug gesetzt.

Politisches Handeln zur Gestaltung des demografischen Wandels, das eine Beeinflussung des generativen Verhaltens beabsichtigt, berührt eine rechtliche Grundproblematik, so äußern sich Experten.¹ Es finde dort seine Grenzen, wo die Freiheitsrechte des Menschen beschnitten würden.² Denn schließlich handle es sich um auf natürliche Weise vorhandene Kinderwünsche (siehe Kap. 5.1). Es wird auf die rechtswidrige und daher unmögliche Beeinflussung des individuellen Geburtenverhaltens verwiesen. Begründet wird dies mit den geschützten Freiheitsrechten der Individuen. Die Geburtenrate zu beeinflussen würde mit einer freiheitlich or-

¹ Siehe hierzu insbesondere WANGEN (2003) sowie auch WINGEN (2003) und BIEDENKOPF (2011).

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 51.

ganisierten Gesellschaft unvereinbar sein.¹ Diese Argumentation dient der Politik dazu, eigene Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse (siehe Kap. 3.1.2) unkenntlich zu machen bzw. zu verhüllen. Die Verantwortung werde den Individuen übertragen und damit ihr Verhalten zur Ursache für die demografischen Veränderungen erklärt.² Faktisch wird auch heute durch familienpolitische Maßnahmen versucht, das Fertilitätsverhalten steuernd zu beeinflussen, ohne dass diese Absicht bzw. eine entsprechende demografische Zielsetzung explizit formuliert wird. Es mangelt an der Aussprache dieser latenten demografischen Zielsetzung, die in familienpolitischen Maßnahmen vorhanden ist.

Kinderlose dürften jedoch durch familien- und sozialpolitische Maßnahmen nicht unter Druck gesetzt werden.³ Grundsätzlich sei das individuelle generative Verhalten Ausdruck einer freiheitlichen Entscheidung.⁴ Die verschiedenen Formen der Kinderlosigkeit⁵ sind daher zu respektieren und zu schützen. Dies gilt auch für die bewusste Kinderlosigkeit. Darunter werde eine bewusste Entscheidung gegen Kinder verstanden, die nicht geplant oder vorgesehen seien. Eine bewusste Kinderlosigkeit könne ebenso aus natürlichen, biologischen bzw. gesundheitlichen Gründen vorliegen.⁶ Die Gruppe der bewusst und unbewusst kinderlos Gebliebenen stelle aber die zahlenmäßig kleinste dar.⁷ „Gegen eine Familiengründung entscheiden sich im Grunde genommen sehr wenige.“⁸ Davon zu unterscheiden sind die Fälle einer ungewollten Kinderlosigkeit, die den Großteil darstellten. Es handle sich um nicht beabsichtigt kinderlos gebliebene Menschen, in deren Lebensplanung Kinder vorgesehen seien, aber nicht realisiert würden.⁹ Dies spricht auf den ersten Blick zwar dafür, dass der Kinderwunsch beim überwiegenden Großteil der Bevölkerung auf natürliche Weise vorhanden ist (siehe Kap. 5.1). Dennoch wird dieser in der Mehrzahl der Fälle bis zum Ende der reproduktiven Lebensphase nicht realisiert. Da die biologischen Gründe, die der Realisierung der Kinderwünsche entgegenstünden, vernachlässigbar sind, weil dies die wenigsten Menschen betreffe, muss es folglich Einflussgrößen geben, die von der Realisierung der natürlichen Kinderwünsche abhalten. Es wird auf die strukturellen Rahmenbedingungen verwiesen, die durch die Politik gestaltet und verbessert werden können, um die Realisierung von vorhandenen Kinderwünschen zu erleichtern.¹⁰ Den Anspruch familienpolitischer Maßnahmen machen die Gesprächspartner wie

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13.

² Vgl. hierzu insbesondere NELL-BREUNING (1987).

³ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 51.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17.

⁵ Vgl. hierzu KREYENFELD (2004), S. 4.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 34 und 50.

⁸ Ebd., Nr. 50.

⁹ Vgl. ebd., Nr. 34.

¹⁰ Vgl. hierzu auch Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 51.

folgt deutlich: „Nachhaltige Familienpolitik ermöglicht den Eltern, ihre Kinderwünsche umzusetzen und trotzdem erwerbstätig zu sein.“¹ „Familienpolitische Maßnahmen sollen den Familien helfen, den Familienalltag zu bestreiten.“² Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Erleichterung der Realisierung von vorhandenen Kinderwünschen ist ein wesentlicher Leitgedanke und Anspruch, der durch familienpolitische Maßnahmen verwirklicht werden soll.³

Ziel dieser Maßnahmen sei zwar nicht, einen Beitrag zur Steigerung der Geburtenzahl zu leisten.⁴ „Wenn familienpolitische Maßnahmen in erster Linie daran gemessen werden, ob die Geburtenrate steigt, ist falsch.“⁵ Dennoch werden familienpolitische Maßnahmen als Antwort auf den Umgang mit dem demografischen Wandel betrachtet. Sie greifen die durch die demografischen Veränderungen in der Gesellschaft gedeuteten Handlungsnotwendigkeiten auf. Von einer Politik zur Erleichterung der Realisierung von unerfüllten Kinderwünschen statt von einer Einflussnahme auf das individuelle Geburtenverhalten zu sprechen zeugt von einer inkonsequenten Argumentation. Beispiel für eine solche Argumentation ist die folgende Aussage eines Gesprächspartners: „Gleichwohl halte ich die Einflussmöglichkeit der Politik zu betonen dennoch für richtig, weil natürlich eine kluge Familienpolitik dazu führen kann, dass beispielsweise die Kinderzahl von zwei je Frau erreicht wird.“⁶ Damit wird das quantitative Ziel ausgewiesen, die Geburtenrate zu beeinflussen. Die Argumentation mit Kinderwünschen, die vorhanden seien, aber nicht realisiert würden und deren Realisierung erleichtert werden solle, läuft letztlich auf eine Erhöhung der Kinderzahl und somit auch der Geburtenrate hinaus. Hier zeigt sich der Widerspruch in der Argumentation der Politik: Einerseits distanzieren sie sich von der Ausweisung quantitativer Zielsetzungen, die als pronatalistisch gelten und mit Bevölkerungspolitik assoziiert würden.⁷ Andererseits versuchten institutionelle oder monetäre Fertilitätsanreize und Unterstützungsangebote insbesondere für Familien, die für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen sollen⁸, letztlich Einfluss auf das Geburtenverhalten zu nehmen⁹. Die Familienpolitik besitze überdies nach wie vor pronatalistische Elemente, die eine Beeinflussung der Geburtenrate beabsichtigten.¹⁰ Es wird argumen-

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 37.

² Ebd., Nr. 5.

³ Siehe z. B. WINGEN (2003); vgl. auch BECK-GERNSHEIM (2006), S. 101ff. und 120ff., sowie Befragung, Wissenschaft, Nr. 51.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18 und 19, Politik, Nr. 23.

⁵ Befragung, Wissenschaft, Nr. 5.

⁶ Ebd., Nr. 32.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 17 und 30.

⁸ Siehe hierzu BERTRAM und BUJARD (2012).

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 24, 34 und 37; vgl. hierzu auch WINGEN (2003) sowie RÜRUP und GRUESCU (2003).

¹⁰ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 36.

tiert, dass es seit den 1970er Jahren immer wieder Versuche gegeben habe, die Geburtenrate zu beeinflussen, und diese als pronatalistische Bevölkerungs- oder Geburtenpolitik hätten bezeichnet werden müssen.¹ Demografische Zielsetzungen in der Familienpolitik würden folglich immer noch gedanklich mit einer pronatalistischen Geburtenpolitik assoziiert.² Familienpolitische Maßnahmen würden an moralische Grenzen stoßen.³ Maßnahmen, die eine Steigerung der Geburtenrate verfolgten, würden als Handlungsmöglichkeit daher von vornherein ausgeschlossen.⁴ Darüber hinaus würden quantitative Zielgrößen nicht definiert, weil deren Erreichen unsicher sei und in dem Fall, dass die gesetzten Zielsetzungen nicht erreicht würden, dies für die Politik, ihre Mehrheits- und Regierungsfähigkeit zum Nachteil werden könne.⁵ Zudem würden sich die erwarteten Effekte erst langfristig zeigen.⁶ Dadurch wird das politische Risiko zusätzlich vergrößert.

In der Literatur wird resümiert, dass die Wirksamkeit von familienpolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihres Beitrages zur Steigerung der Geburtenzahl umstritten sei.⁷ Hierfür lassen sich zwei Argumente anführen: Zum einen wird durch die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Erleichterung der Realisierung von Nachwuchs seitens der Politik bzw. des Staates lediglich ein Angebot geschaffen. Ob dieses wahrgenommen bzw. in Anspruch genommen wird, verbleibt immer noch der Entscheidung des Einzelnen. Zum anderen stellen soziokulturelle Praktiken neben familienpolitischen Maßnahmen eine wesentlich bedeutsamere Einflussgröße auf die Geburtenrate dar. Familienpolitik allein könne nicht demografiewirksam sein – die Entwicklung der Geburten wurzle tief in der Gesellschaft und erfordere Wandlungen, die jenseits von Anreizsystemen finanzieller oder institutioneller Art lägen.⁸ Es handle sich um „sehr spezifisch deutsche Verhältnisse, die mit bestimmten kulturellen Grundmustern in Deutschland, auch mit Geschichte immer noch zu tun haben“.⁹ Ein weiterer Gesprächspartner resümiert: „[...] das [Anm. d. Verf.: die demografischen Veränderungen] sind einfach Begleitphänomene, Kollateralphänomene der technischen Zivilisation“.¹⁰ Familienpolitische Maßnahmen werden daher nur dann in nennenswertem Umfang demografiewirksam werden,

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 34.

² Vgl. auch ebd., Nr. 30, und BOONGARTS (2008), S. 39ff.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 26.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 34.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 32.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

⁷ Vgl. GAUTHIER und PHILIPPOV (2008), S. 1ff.

⁸ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 17, 19, 20, 36, 37, 38, 47, 48 und 56, Publizistik, Nr. 41, Wissenschaft / Politik, Nr. 53 und 55.

⁹ Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

¹⁰ Befragung, Wissenschaft, Nr. 36.

wenn diese auch von einem kulturellen Wandel zur Änderung der vorherrschenden soziokulturellen Praktiken begleitet werden.¹

Es zeigt sich, dass demografische Argumente für politisches Handeln instrumentalisiert werden. Die Demografie ist für die Politik Mittel zum Zweck. Das Aufzeigen von Problemlagen in der Gesellschaft und deren Dramatisierung durch Verortung ihrer Ursachen in der demografischen Entwicklung schafft Akzeptanz unter der Bevölkerung für demografisch begründete Handlungsnotwendigkeiten. Die demografische Entwicklung wird auf diese Weise zu Unrecht als Ursache für problematische gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich gemacht.² Letztere stellen vielmehr das Resultat unbeabsichtigter, nicht bedachter und daher gesellschaftspolitisch unerwünschter Effekte der Konstruktionsprinzipien der Gesellschaftssysteme dar.³ Familienpolitische Maßnahmen werden daher nur vordergründig mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenssituation von Familien ausgestaltet und mit demografisch bedingten Handlungsnotwendigkeiten begründet, um politisch mehrheits- und damit regierungsfähig zu bleiben.⁴

Die Argumentation der Politik zeigt darüber hinaus, dass im demografiepolitischen Diskurs nicht ausreichend differenziert wird zwischen dem Anspruch, die Geburtenrate zu beeinflussen oder dies nicht zu beabsichtigen, und der Beeinflussbarkeit des Geburtenverhaltens an sich. Eine nicht beabsichtigte Beeinflussung der Geburtenrate wird mit dem Argument begründet, dass das Geburtenverhalten nicht beeinflusst werden könne und auch nicht dürfe. Dies zeugt von einer kurzschlussartigen Argumentation. Von dem Anspruch, die Geburtenrate nicht beeinflussen zu wollen, wird auf eine Unbeeinflussbarkeit geschlossen. Im Diskurs bleibt weitgehend unberücksichtigt, dass eine grundsätzliche Beeinflussung möglich und gegeben ist. In welchem Umfang eine Beeinflussbarkeit gegeben ist, stellt jedoch eine andere Frage dar. Die Argumentation kommt zustande, weil vom Geburtenverhalten selbstredend auf die Geburtenrate geschlossen und ein direkter Zusammenhang zwischen beiden Kennzahlen vermutet wird. Dabei werden weitere demografische Kennziffern und Entwicklungen, soziokulturelle Praktiken und gesellschaftliche Entwicklungen als beeinflussende Faktoren nicht ausreichend berücksichtigt. Eine Demografiepolitik, die das Ziel eines Bevölkerungswachstums verfolgen würde, würde daher weder mit den geschützten individuellen Freiheitsrechten unvereinbar sein noch in den Verruf geraten, das Geburtenverhalten steuern zu wollen.

Das Bevölkerungsmarketing wird genutzt, um durch den Einsatz veränderter Begrifflichkeiten Akzeptanz für familienpolitische Maßnahmen zu schaffen, die im Grunde als pronatalistisch

¹ Siehe auch BECK-GERNSHEIM (2006).

² Vgl. hierzu auch Befragung, Wissenschaft, Nr. 56.

³ Siehe hierzu auch bei KAUFMANN et al. (1992).

⁴ Siehe hierzu auch HUMMEL (2000) und bei DORBRITZ et al. (2005).

gelten müssten, diesen Eindruck jedoch nur aufgrund der vermiedenen Formulierung und Ausweisung demografischer Zielsetzungen nicht erweckten.¹ Dies führt dazu, dass, wenn Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine spürbare Entlastung der Eltern und insbesondere der Frauen schaffen und sich trotz der verabschiedeten familienpolitischen Maßnahmen keine Änderung der Geburtenrate einstellt, dies als politischer Fehlschlag gewertet und schließlich als Fehlannahme evaluiert werden müsste. Dazu kommt es aber erst gar nicht, weil aus der nicht beabsichtigten Beeinflussung des Geburtenverhaltens auf eine Unbeeinflussbarkeit der Geburtenrate geschlossen wird. Die Befragten argumentieren demgegenüber, dass die Politik das primäre Ziel definiere, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Geschlechtergerechtigkeit zu verbessern. Demografische Nebeneffekte dieser Maßnahmen seien dabei nicht auszuschließen.² Diese werden aber nicht beansprucht. Hier wird deutlich, dass es politische Entscheidungen gibt, bei denen die Demografie zwar nicht benannt wird, die aber dennoch demografisch bedingt sind. Sie werden aus demografischen Gründen in Erwägung gezogen und haben demografische Zielsetzungen.

Die Befragung hat auch im Wesentlichen ergeben, dass die Zielsetzungen in der Familienpolitik nicht ausschließlich auf die Steigerung der Geburtenrate reduziert resp. anhand ihrer möglichen demografischen Auswirkungen und Effekte beurteilt werden dürfen. Dem muss entgegen gehalten werden, dass selbst die Schaffung von besseren beitragsrechtlichen oder gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien als Zielsetzung von familienpolitischen Maßnahmen in erster Linie demografisch wirkt, weil die Rahmenbedingungen für Familien erst im Kontext der Realisierung eines Kinderwunsches Sinn und Bedeutung erlangen. So entwickle sich ein Kinderwunsch unter den jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, auf die der Staat Einfluss habe (siehe Kap. 5.1).³ Indem die Lebensbedingungen für Familien verbessert werden sollen, ist damit eine versuchte Beeinflussung der Geburtenrate gegeben. Die Politik verkenne in ihrer Argumentation, dass gesellschaftliche Entwicklungen zu den demografischen Veränderungen geführt und somit Einfluss auf die Geburtenrate genommen hätten.⁴ Dies werde häufig in das Gegenteil verkehrt, indem die demografische Entwicklung als naturgegeben dargestellt werde, die nicht auf gesellschaftliche Entwicklungen, die politisch beeinflusst worden seien, zurückzuführen seien.⁵ Eine Politik, die es den Menschen ermöglichen solle, ihre vorhandenen Kinderwünsche zu verwirklichen⁶, und darin be-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 30.

² Vgl. ebd., Nr. 38.

³ Vgl. ebd., Nr. 21.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 56.

⁵ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 28.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38 und 50.

strebt sei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, beabsichtige eine Beeinflussung der Geburtenzahl¹. Das Ziel der Anreize ist daher letztlich in einer Steigerung der Kinderzahl zu sehen. Um diesen Eindruck nicht zu erwecken, wird eine diffuse Erwartungshaltung formuliert, dass vielmehr ein Bewusstsein für mehrere mittelbare gesellschaftliche Wirkungsdimensionen von familienpolitischen Maßnahmen zu schaffen sei (siehe hierzu auch Kap. 5.2).² Es zeigt sich, dass die politische Gestaltbarkeit der demografischen Veränderungen bejaht werde, aber messbare bzw. nennenswerte Effekte infrage gestellt würden³ bzw. unklar seien⁴. Demgegenüber werde bevölkerungspolitischen Ansätzen eine Wirksamkeit bescheinigt – gleichwohl würden sie genau aus diesem Grund abgelehnt.⁵ Die Wirkungen der Familienpolitik seien nicht an Zahlen ablesbar und entfalteteten – wenn überhaupt – nur geringfügige Effekte.⁶ Die Familienpolitik solle der menschlichen Entwicklung dienen und die Lebensumstände der Menschen verbessern. Ihr Ziel sei nicht, „demografische Parameter so anzupassen, dass sie [...] Sozialversicherungssystemen oder vermeintlichen ökonomischen Notwendigkeiten gerecht werden.“⁷ Sie müsse die Grundlage dafür bilden, „dass jeder [...] selbst über die Zahl und den Zeitpunkt der Kinder entscheidet, die er haben möchte, und alles was sich als Folge daraus ergibt [...], ist Aufgabe der Politik, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, mit den sich ergebenden Folgen bestmöglich umzugehen und nicht den Menschen Vorgaben zu machen, wie sie ihr Familienleben einzurichten haben, damit die Systeme möglichst problemlos laufen.“⁸ Diese Auffassung wird jedoch nicht von allen Gesprächspartnern geteilt. So bestehen Überzeugungen, dass die Familienpolitik vorrangig das Ziel habe, die Sozialsysteme finanziell zu stabilisieren.⁹ „Es geht [...] nicht primär darum, tatsächlich einen Kinderwunsch des jeweiligen Individuums zu realisieren, [...] [es] schwingt immer dieses Hintergrundziel mit, ökonomisch stabile gesellschaftliche Systeme zu erhalten oder zu schaffen.“¹⁰ Deutlich wird, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien und damit die Erleichterung der Realisierung von Kinderwünschen, die demografische Aspekte adressieren, Argumente zur Verhandlung von ökonomischen Interessen sind.

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 14, 32 und 38.

² Vgl. ebd., Nr. 5, 45 und 48, Wissenschaft / Politik, Nr. 55; vgl. auch BUJARD (2013), S. 123ff.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18.

⁴ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 27.

⁵ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

⁶ Vgl. ebd., Nr. 25.

⁷ Ebd., Nr. 42.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. ebd., Nr. 26.

¹⁰ Ebd., Nr. 34.

Zweifellos gehen familien- und sozialpolitische Maßnahmen in ihren Zielen und Wirkungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme ineinander über.¹ Hier werden demografische Veränderungen zum Anlass für sozialpolitisches Handeln genommen², die terminologisch in Umverteilungsdebatten zur Sozialverträglichkeit sowie zur Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit gehüllt würden³. Literatur und Befragung zeigen, dass zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme demografische Argumente eines Bestandserhaltungs- bzw. Reproduktionsniveaus bemüht werden, das als normal vorausgesetzt und an dem festgehalten wird. Dabei dürfe nicht aus dem Blick geraten, dass sich hinter einer als demografische Zielsetzung ausgegebenen Geburtenrate zur vollständigen Reproduktion eines Bevölkerungsbestandes ein Durchschnitt verberge, der grundsätzlich ein weites Spektrum unterschiedlicher Geburtenraten aufweisen könne.⁴ „Eine kollektive Einigung auf demografische Zielstellungen kann und soll nicht das Spektrum und die Vielfalt im Geburtenverhalten der Individuen beseitigen oder beeinflussen.“⁵ Will die Politik die Geburtenrate beeinflussen, darf dies nicht dazu führen, der angestrebten Pluralität von Lebensformen entgegenzuwirken (siehe Kap. 5.1).

Das Prinzip der Umlagefinanzierung in den Sozialsystemen habe aber zu einer Entkoppelung von individueller Freiheit und kollektiver Verantwortung geführt.⁶ Die Freiheit des Lebensentwurfes, die selbstverständlich sei, werde von der Verantwortung für die Folgen, die aus dem selbstgewählten Lebensentwurf resultierten, entkoppelt.⁷ Die sozialpolitische Behandlung der finanziellen Folgen der Kinderlosigkeit für die Sozialsysteme sei daher vor ein „Trittbrettfahrerproblem“ gestellt: „Ich habe nirgendwo unterschrieben, dass ich Kinder haben muss oder nicht haben muss und dass andere welche haben müssen oder nicht.“⁸ Das Risiko der Kinderlosigkeit könne von der Allgemeinheit im System der sozialen Sicherung gar nicht aufgefangen werden, weil die Entscheidung, Kinder zu haben oder keine zu bekommen, in der ganz überwiegenden Anzahl aller Fälle die Folge eines selbst gewählten, zu respektierenden Lebensentwurfs sei.⁹ „Ein Risiko, was man selbst herbeiführen kann, kann nicht versichert werden.“¹⁰ Hinzu kommt, dass Kinderlosigkeit und damit das generative Verhalten von der Politik als „individuelles Schicksal“¹¹ behandelt werde. Die politischen Bestrebungen zur fi-

¹ Vgl. hierzu insbesondere KULLER (2004) sowie auch WANGEN (2003) und BMI (2012 und 2013).

² Vgl. hierzu SCHMÄHL (2002), S. 106ff., und BIRG (2005b), S. 170ff. und 194ff.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19, 24, 30, 34, 38 und 43, Politik, Nr. 22.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12 und 52, Wissenschaft, Nr. 17, 36, 43 und 50, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

⁷ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁸ Befragung, Wissenschaft, Nr. 43.

⁹ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

nanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme, die aus demografischen Gründen erwogen würden¹, aber keinen Einfluss auf das Geburtenverhalten ausüben dürften, seien „schlicht nicht sachgerecht, weil es im Grunde dann den für alle verbindlichen Grundlagen der Finanzierung eines solchen Systems widerspricht.“² Die Freiheit individueller Lebensentwürfe und damit das generative Verhalten müssten in ihren Folgen für die Allgemeinheit individuell je nach generativem Beitrag und nicht kollektiv verantwortet werden. Ein Bewusstseinswandel sei notwendig: Kinderlose hätten die Verantwortung, ihr kinderloses Dasein selbst zu schultern; die aus der Kinderlosigkeit resultierenden finanziellen Lasten seien nicht gemeinschaftlich zu tragen, da dies auch die Familien einschließe, die bereits einen generativen Beitrag leisteten.³ Gemäß der Rechtsprechung des BVerfG im sog. „Beitragskinderurteil“ von 2001 sei der generative Beitrag der Familien dem finanziellen Beitrag der Kinderlosen gleichwertig. Dies gelte nur, wenn Kinderlose einen finanziellen Beitrag leisteten, der dem generativen Beitrag von Familien entspreche.⁴ Die Freiheit der eigenen Lebensgestaltung und des selbstgewählten Lebensentwurfes würden nicht von der Verantwortungsübernahme der Folgen entbinden, die daraus für die Gesellschaft entstünden.⁵ Auch wenn das generative Verhalten als individuelles Freiheitsrecht geschützt ist, dringten seine Auswirkungen in die Ebene der Gesellschaft und damit in den öffentlichen Raum⁶. Wenn mit dem generativen Beitrag schließlich auch ein finanzieller Beitrag gemeint ist, dann ist im Umkehrschluss angesichts der familien- und sozialpolitischen Bestrebungen für eine verstärkte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme im demografiepolitischen Diskurs anzuerkennen, dass mit dem eingeforderten finanziellen Beitrag stillschweigend auch ein generativer Beitrag erhofft wird. In diesem Zusammenhang kann daher auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich monetäre Fertilitätsanreize der Familienpolitik als beabsichtigte Beeinflussung des Geburtenverhaltens auswirken.

Durch das Bevölkerungsmarketing würden familienpolitische Maßnahmen als Hymne auf die Familie gefeiert, obgleich Familien durch die sozialen Abgabensysteme benachteiligt worden seien.⁷ Es ist von einer „Transferausbeutung“ der Familien in den Sozialsystemen die Rede. Die Familie werde in der familien- und sozialpolitischen Betrachtung als eine benachteiligte

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 37, 42, 43, 48 und 51.

² Ebd., Nr. 43.

³ Vgl. SINN (2007) und siehe insbesondere auch WANGEN (2003) zum Familienlastenausgleich im Spannungsfeld von sozialstaatlicher Sicherheit und rechtsstaatlicher Freiheit.

⁴ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁵ Vgl. ebd.; siehe hierzu auch NELL-BREUNING (1987).

⁶ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52, Wissenschaft / Politik, Nr. 54; siehe auch BIEDENKOPF (2011).

⁷ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

und besonders unterstützungsbedürftige Lebensform betrachtet.¹ Dies impliziert, dass demografiepolitisches Handeln wirksam und evaluierbar ist. Auch wird dadurch erkennbar, dass die Konstruktionsprinzipien der sozialen Sicherungssysteme sowie arbeitsmarkt- und sozialpolitische Entscheidungen und Anreize die heutigen und erwarteten Herausforderungen zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme herbeigeführt haben.² Im demografiepolitischen Diskurs wird jedoch der demografische Wandel hierfür als Ursache angeführt. Ein Gesprächspartner führt hierzu aus: In der Rentenpolitikanalyse „ist es schlicht so gewesen, dass die Rentenproblematik als Problematik von Kopfzahlen dargestellt wurde.“³ In Zusammenhang mit der Ausrichtung nach Kopfzahlen bzw. der Kinderzahl ist auch von der „Fertilitätswirkung“ der Umlagefinanzierung in den Sozialsystemen die Rede.⁴ Durch den Kopfzahlbezug würden Kinder bzw. die demografische Entwicklung zum zentralen Kriterium zur Beurteilung der Bestandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Sozialsysteme und damit auch der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.⁵ Bei der Anlage der sozialen Sicherungssysteme seien zu starke Abhängigkeiten von der demografischen Entwicklung geschaffen worden.⁶

Diese Feststellung ist zu pauschal, die Argumentation muss stärker differenziert werden. Zunächst ist festzuhalten, dass Sozialsysteme über Beiträge und Leistungen funktionieren, welche pro Kopf gezahlt bzw. bezogen werden.⁷ Insofern ist der Kopfzahlbezug notwendig. Allerdings darf dieser nicht in seiner Bedeutung weiter erhöht werden, wenn die Auswirkungen von demografischen Veränderungen auf diese Systeme aufgefangen werden sollen. Auch eine stärkere Differenzierung von Abgaben und Leistungen nach der Kinderzahl sei nicht hilfreich, weil dadurch einseitige Anreize erzeugt würden, möglichst viele Kinder zu haben.⁸ Dies löst jedoch nicht den Umstand, dass die Abhängigkeit von der Demografie, die als nicht beeinflussbar gelte, reduziert wird. Das Prinzip der Umlagefinanzierung in der Alterssicherung wirke sich auf die Geburten aus, da die finanziellen Folgen des individuellen generativen Verhaltens bzw. eines kinderlosen Daseins für die Alterssicherung des Einzelnen von der Gemeinschaft aller Beitragszahler getragen würden.⁹ Diese Abhängigkeit hat sich allerdings nicht erst mit einer veränderten gesellschaftlichen oder demografischen Entwicklung ergeben. Sie war somit im Konstruktionsprinzip der Alterssicherung bereits von Beginn an vorgesehen.

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22; siehe auch BERTRAM und BUJARD (2012) sowie BMI (2011 und 2012).

² Vgl. auch bei HEINZE et al. (1999).

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 48.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 43.

⁵ Vgl. hierzu ebd., Nr. 51; siehe auch bei KRÖHNERT et al. (2008 und 2006) und vgl. BIRG (2006).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 43 und 50.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 48.

⁸ Vgl. ebd., Nr. 43.

⁹ Vgl. ebd.

Stattdessen sollten Produktivitätsentwicklungen, Einkommensverteilung etc. bei der künftigen Ausgestaltung der Sozialsysteme stärker berücksichtigt werden.¹ Es werde nicht

„der gesamte ökonomische Prozess, die Produktivitätsentwicklung und dergleichen“ analysiert, „die dieses Problem transformieren in ein viel komplexeres Problem. Diese einfache Zahlendarstellung [Anm. d. Verf.: des Zusammenhangs zwischen der demografischen Entwicklung und der Entwicklung der finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme] ist aber über mindestens zehn Jahre lang als das zentrale Thema durch die Medien getrieben worden. Das nenne ich Überbetonung des Demografischen.“²

Aufgrund dieser Gegenüberstellungen ist zu konstatieren, dass demografische Veränderungen als Ursache für problematische Entwicklungen in den Sozialsystemen beklagt werden. Produktivitätsentwicklungen und andere nicht demografisch gesteuerte Entwicklungen entfalten aber einen großen Einfluss auf die Sozialsysteme und böten überdies nennenswerte Gestaltungsspielräume für sozialpolitisches Handeln.³ Der Reduktionismus besteht hier darin, dass angesichts des Kopfbzahlbezugs und der dadurch bedingten Anfälligkeit der Sozialsysteme für demografische Veränderungen, die Demografie zum Anlass für das Handeln genommen wird, obwohl andere gesellschaftliche Entwicklungen einen nicht minder gewichtigen Einfluss auf die Sozialsysteme nehmen. Anstatt auf diese Entwicklungen zu schauen, wird die demografische Entwicklung als Ursache und Argument ins Feld geführt. Im demografiepolitischen Diskurs ist daher für eine weitgehend fehlende Demografierelevanz der problematischen Entwicklungen in den sozialen Sicherungssystemen, vor allem in der Rentenversicherung, zu sensibilisieren.

Stattdessen wird im Diskurs auf die Demografieempfindlichkeit der Sozialsysteme hingewiesen.⁴ Diese ist dem Umstand geschuldet, dass die Sozialsysteme im Wesentlichen zu Zeiten angelegt worden sind, in denen völlig andere, noch außerordentlich günstige demografische Verhältnisse vorgeherrscht haben. Die demografische Entwicklung ist mittlerweile vorangeschritten. Dennoch beharre die Politik darauf, die Systeme im Grundsatz – unbeschadet der zwischenzeitlich vorgenommenen Anpassungen und Modifizierungen – beizubehalten.⁵ Eine Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme, welche auf die gegenwärtigen und künftigen demografischen Verhältnisse optimal abgestimmt sein könnten⁶, wird mit Verweis auf die gewachsenen Ansprüche auf das bestehende System und die – gemäß Rechtsprechung des BVerfG – erworbenen Rechte der Bevölkerung als nicht realisierbar eingestuft. Die Bevölkerung beziehe aus den sozialen Sicherungssystemen gesetzlich garantierte Ansprüche und be-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 48.

² Ebd.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7 und 8, Wissenschaft, Nr. 19, 43 und 48.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

⁵ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft, Nr. 24.

⁶ Vgl. bereits bei BIEDENKOPF (1985).

finde sich in dem Glauben, auf einmal erworbene Rechte zu vertrauen.¹ Bei dieser Betrachtung wird vernachlässigt, dass das Recht zur Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch auch Verpflichtungen und Pflichten schafft. Gemäß der geltenden Rechtsprechung müsse jeder Mensch einen generativen oder finanziellen Beitrag leisten, um in den Genuss der garantierten Leistungen zu kommen. Da die Menschen im Laufe ihres Lebens zunehmend kinderlos blieben, bedeutet dies, dass ein größer werdender Anteil an Menschen ihre Rechte zwar einfordere, jedoch nicht ihren Pflichten nachkomme², die Voraussetzung für die Wahrnehmung und Sicherung ihrer Rechte sind. Demografisch gesprochen: Wer kinderlos sei und bleibe, müsse einen finanziell bzw. ökonomisch vergleichbaren Beitrag leisten, oder der Rechtsanspruch verfalle.³

Darüber hinaus seien die Forderungen nach einer stärkeren fertilitäts- und kindbezogenen Anpassung der Sozialsysteme, die sich letztlich auf Kopffzahlen beziehen, als pronatalistische Elemente zu werten.⁴ Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese im Bereich der Sozialsysteme akzeptiert, im Rahmen der Familienpolitik jedoch verurteilt werden und unerwünscht sind. Offensichtlich wird im Diskurs mit einer sozialpolitischen Behandlung von demografischen Fragen eine Ausschließlichkeit von bevölkerungspolitischen oder pronatalistischen Elementen verbunden. Familien- und Bevölkerungspolitik stehen – historisch bedingt – ideologisch und begrifflich näher.⁵ Hier werden offenbar noch am ehesten pronatalistische Elemente vermutet, die für eine Bevölkerungspolitik sprechen.

Schließlich gerät im Diskurs aus dem Blick, dass das Prinzip der Umlagefinanzierung den sozialen Zusammenhalt zwischen einzelnen Generationen schwächen könne, statt ihn – wie beabsichtigt – zu stärken. Staatlich organisierte finanzielle Ausgleichsbehandlungen zwischen Eltern und Kinderlosen sowie zwischen der erwerbsfähigen und nicht-erwerbsfähigen Bevölkerung in den Sozialsystemen leisteten einen umfassenden Ausgleich, sodass zivilgesellschaftliches Engagement und Anreize gehemmt würden, den sozialen Zusammenhalt zwischen Generationen tagtäglich immer wieder neu zu (be-)leben.⁶ Ein Bewusstsein für mehr Generationensolidarität könne auf diese Weise nicht entstehen. Private Generationenbeziehungen würden durch staatlich organisierte Generationenbeziehungen geschwächt.⁷ Die Verantwortung wird somit von den Individuen auf die Ebene der staatlichen Sozialpolitik verlagert. Der Staat gestaltet die Solidaritäten zwischen den Generationen, die nur systemisch über

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33, Wissenschaft, Nr. 42.

³ Vgl. SINN (2005), S. 53ff., und SINN (2007).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 48.

⁵ Vgl. hierzu bei WINGEN (2003), KULLER (2004) und MACKENSEN (1998, 2004 und 2006).

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 43.

⁷ Vgl. ROLOFF (2003), S. 64ff., 70ff. und 81ff.; siehe auch bei LÜSCHER et al. (2010).

finanzielle Ausgleiche funktionieren. Eine echte Stärkung der Solidarität zwischen Eltern und Kinderlosen sowie zwischen der jungen und alten Bevölkerung erfolge dadurch nicht.¹ Ein echter sozialer Zusammenhalt der Generationen werde vor allem durch die täglich gelebte und praktizierte Auseinandersetzung und Beschäftigung zwischen Eltern und Kinderlosen sowie zwischen junger und alter Bevölkerung geschaffen.² Es existierten aber auch Auffassungen, dass der demografische Wandel dramatisiert und dafür instrumentalisiert werde, um einen Abbau des Sozialstaates zu begründen.³ Davon wird erhofft, die Rentenkassen zu entlasten und die Sozialsysteme insgesamt finanziell zu konsolidieren. Die zurückgefahrenen Sozialleistungen sollen kompensiert werden, indem ein verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement von der Politik eingefordert wird (siehe Kap. 5.3.4). Auf diese Weise würden zwar private Generationenbeziehungen gestärkt. Allerdings ändert dies nichts daran, dass es sich immer noch um einen politisch bzw. staatlich angeratenen und forcierten Zusammenhalt der Generationen untereinander handeln würde.

Der Abbau von privaten Generationenbeziehungen durch die Stärkung von staatlichen Generationenbeziehungen im Wege der umlagefinanzierten Ausgleichsbehandlungen in den sozialen Sicherungssystemen kann letztlich eine weitere Abnahme der Fertilität bewirken, weil mit der Schwächung der privaten Generationenbeziehungen auch gegenseitige Unterstützungsleistungen zwischen Eltern und Großeltern im familiären sowie auch im weiteren sozialen Umfeld wegfallen können. Die Politik konterkariert somit ihre Überzeugungen und Bestrebungen zur Förderung der Generationenbeziehungen durch die verstärkte Berücksichtigung eines demografischen Faktors in den Sozialsystemen⁴ sowie durch familienpolitische Maßnahmen, die institutionelle und monetäre Fertilitätsanreize für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorsehen. Ein Gesprächspartner resümiert: Würde sich der Staat aus seiner Wohlfahrtsaufgabe grundsätzlich und gänzlich zurückziehen, würden die Menschen wieder den existenziellen, ökonomischen und sozial-integrativen Wert von Kindern erfahren und mehr Nachwuchs zeugen.⁵ Wenn aber die Menschen Kinder bekommen, weil sie es selbst möchten und sich dahinter keine systemischen Gründe verbergen, die von der Politik mit der fertilitätsbeeinflussenden Umlagefinanzierung geschaffen wurden – wie bei der Natürlichkeit des Kinderwunsches und der Distanzierung von das Geburtenverhalten beeinflussenden politischen Maßnahmen argumentiert wird –, ist fraglich, wie eine Feststellung getroffen werden kann, wie viele Kinder benötigt werden. Der Bedarf kann nicht an den Erfordernissen zur fi-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 44.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 47; siehe hierzu auch bei LÜSCHER et al. (2010).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁴ Siehe hierzu ROLOFF (2003) und SINN (2007).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54, und BIEDENKOPF (2011).

nanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme gemessen werden, da sich sozialpolitische Argumentationen von demografischen Zielsetzungen distanzieren. Gleichwohl wird an einer an der Verfügbarkeit von Nachwuchs, kopfzahlbezogenen und finanziellen Ungleichbehandlung von Eltern und Kinderlosen orientierten Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme festgehalten. Mit Blick auf eine Ursachenbehandlung, die an die Stelle der Folgenbewältigung treten müsse, sei die Familien- und Sozialpolitik daher von dem derzeitigen Lastenausgleich auf eine Geburtenförderung umzustellen.¹

Mit Blick auf die vorangehend diskutierten Aspekte der Familien- und Sozialpolitik im Umgang mit dem demografischen Wandel ist abschließend zu konstatieren, dass eine Politik, die sich auf die Behandlung weicher Faktoren und nicht direkt messbarer Umstände konzentriert, schwierig zu evaluieren ist. Folglich kann auch die Wirksamkeit solcher politischer Maßnahmen nicht verlässlich beurteilt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass unterschiedliche Zielstellungen formuliert und teils unklare Erwartungen an familien- wie sozialpolitische Maßnahmen gestellt werden. Im demografiepolitischen Diskurs wird ausdrücklich betont, mithilfe von familien- wie sozialpolitischen Maßnahmen das Geburtenverhalten nicht beeinflussen und damit auch die Geburtenrate nicht steigern zu wollen. Zugleich ist jedoch die Überzeugung von der Wirksamkeit der Maßnahmen gegeben. Es bleibt somit fraglich, welche Wirksamkeit in Bezug auf welches erhoffte Ziel gemeint ist, wenn zum einen keine demografischen Zielsetzungen formuliert und verfolgt werden sollen und zum anderen mit der Erleichterung der Realisierung von Kinderwünschen eine Beeinflussung des Geburtenverhaltens faktisch gegeben ist und letztlich eine Steigerung der Geburtenzahl angestrebt wird. Es entsteht der Eindruck, dass es sich vielmehr um eine Gesellschaftspolitik handelt, für die nicht die demografische Entwicklung als Ursache anlassgebend ist, sondern diese lediglich mit dem Etikett und Argument der Demografie versehen ist, um dem eigentlich beabsichtigten Handeln den nötigen Nachdruck zu verleihen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die demografische Entwicklung gilt in der Familien- und Sozialpolitik als unbeeinflussbar. Prognostizierte und angenommene demografisch bedingte Auswirkungen für die Gesellschaft bieten derzeit mehr Raum für Spekulation als für konkrete Ansatzpunkte für ein familien- und sozialpolitisches Handeln. Dennoch werden strategische Überlegungen zur Anpassung an den demografischen Wandel formuliert, ohne eine hinreichende Zieldefinition vorzunehmen, was unter einer für die Gesellschaft nachhaltigen demografischen Entwicklung zu verstehen ist.

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 68.

Überdies werden mit familienpolitischen Maßnahmen naheliegende Vermutungen mit Aktivität untersetzt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Familienfreundlichkeit werden in einer Gesellschaft hoch gehalten, in der Kinder lernen, berufliche Chancen über Familienglück zu stellen, und in der Familie als benachteiligte und besonders unterstützungsbedürftige Lebensform erfahren wird.

Familienpolitische Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abzielen, unter denen die Realisierung von Kinderwünschen erleichtert wird, nehmen faktisch Einfluss auf das individuelle Geburtenverhalten. Diese Absicht wird von der Politik aus Akzeptanzgründen nicht explizit als demografische Zielsetzung formuliert, sondern in Diskursen zur Sozialverträglichkeit und Terminologien sozialpolitischer Maßnahmen gehüllt. Eine Beeinflussung war schon immer gegeben, wenngleich durch die Schaffung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zur Erleichterung der Realisierung von Nachwuchs lediglich Angebote und Anreize geschaffen werden, deren Inanspruchnahme und Wahrnehmung der Entscheidung des Individuums obliegen. Auf die Unbeeinflussbarkeit und freiheitsrechtliche Unantastbarkeit des natürlichen Geburtenverhaltens von Individuen wird verwiesen, um nicht damit konfrontiert zu werden, Handlungsversäumnisse eingestehen zu müssen.¹

Ein Recht auf Kinderlosigkeit als Ausdruck der Freiheit der eigenen Lebensgestaltung und eines selbstgewählten Lebensentwurfes entbindet nicht von der Verantwortungsübernahme für die Folgen, die für die Gesellschaft dadurch entstehen. Auch wenn das generative Verhalten als individuelles Freiheitsrecht geschützt ist, dringen seine Auswirkungen in den öffentlich-kollektiven Raum der Gesellschaft. Da in der Perspektive der Sozialsysteme mit dem generativen Beitrag eines Menschen ein finanzieller Beitrag verbunden ist, ist im Umkehrschluss angesichts der familien- und sozialpolitisch verfolgten Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme dafür zu sensibilisieren, dass, einhergehend mit dem eingeforderten finanziellen Beitrag, auch ein generativer Beitrag erhofft wird.

Die Sozialsysteme sind – von zwischenzeitlich vorgenommenen Modifizierungen und Anpassungen abgesehen – zu Zeiten konzipiert worden, in denen andere demografische Verhältnisse als heute vorherrschten. Trotz vollzogener demografischer Veränderungen wurden sie bislang im Grundsatz nicht neu ausgestaltet. Bei der Konstruktion der Sozialsysteme wurde mit dem Kopfzahlbezug der Umlagefinanzierung eine starke Fertilitätswirkung geschaffen. Aus diesem Grund wird zur finanziellen Stabilisierung der Sozialsysteme immer noch an einem Bestandserhaltungs- bzw. Reproduktionsniveau festgehalten, das als Maßstab für die Bewertung der Kinderzahl dient.

¹ Für das Verhältnis von Freiheit und Beeinflussung in der Familienpolitik vgl. BIRG (2005b), S. 64ff.

Die demografische Entwicklung ist im demografiepolitischen Diskurs zu einem zentralen Kriterium zur Beurteilung der Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme geworden. Viel mehr als demografische Veränderungen sind jedoch Konstruktionsfehler dieser Systeme für unbeabsichtigte Entwicklungen in den Sozialsystemen ursächlich. Demografische Veränderungen können nicht Ursprung einer Betrachtung sein, von der aus unerwünschte Entwicklungen abgeleitet werden. Im Mittelpunkt steht die Gesellschaft mit ihren Sozialsystemen, welche das Geburtenverhalten beeinflusst haben.

Eine Neuordnung der Sozialsysteme sei nicht ohne Weiteres möglich, da aus ihnen Ansprüche bezogen werden, die auf einmal erworbene Rechte vertrauen. Dabei wird vernachlässigt, dass gemäß der Umlagefinanzierung das Recht zur Inanspruchnahme von Leistungen auch Verpflichtungen und Pflichten schafft: Wer kinderlos ist und bleibt, muss einen (ökonomisch) vergleichbaren Beitrag in anderer Form leisten, oder der Rechtsanspruch verfällt.

5.3.3 Zur Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik – Zielsetzungen und Erwartungen

Im folgenden Kapitel werden ausgewählte strategische Aspekte der Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik zur Gestaltung der Konsequenzen des demografischen Wandels behandelt. Dabei bilden politische Strategien, die auf eine Steigerung der qualifizierten Zuwanderung setzen, um den hierzulande thematisierten Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt zu mildern, den Schwerpunkt der Betrachtung. Es werden die Ziele der Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik hinterfragt und deren Wirkungsweise analysiert. Hierzu wird die Bedeutung der demografischen Entwicklung im Geflecht von anderen gesellschaftsstrukturbestimmenden Faktoren im Kontext der politisch ergriffenen Maßnahmen zur Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eines in wirtschaftlicher Hinsicht ausreichenden Fachkräfteangebots ermittelt. Es werden Entwicklungen herausgearbeitet, die dazu dienen, eine Zuwanderungsstrategie neu auszurichten.

Im demografiepolitischen Diskurs existiert die Auffassung, dass eine Einflussnahme auf die demografische Entwicklung über die Fertilität und Mortalität zur Milderung der Folgen des demografischen Wandels für die Gesellschaft wenig erfolgversprechend sei.¹ Stattdessen wird der Gestaltung von Wanderungsbewegungen ein großes Handlungspotential zugeschrieben.² Zwar hätten in der Vergangenheit Wanderungsbewegungen häufig einen vielfach größeren Einfluss auf die demografische Entwicklung genommen als die natürliche Bevölkerungsentwicklung durch Geburten und Sterbefälle.³ Jedoch seien Geburten- und Sterberaten stärker

¹ Vgl. LUTZ (2007), S. 19ff.; siehe zudem GAUTHIER (2008) sowie GAUTHIER und PHILIPPOV (2008).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17, 18, 20, 35, 45 und 56; siehe zudem BMI (2012) und UN (2001).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 35.

beeinflussbar als Wanderungsbewegungen.¹ Zum einen seien für Migrationen nicht vorhersehbare wanderungsauslösende Ereignisse kennzeichnend.² Zum anderen werden Migrationsbewegungen – im Gegensatz zur Fertilität und Mortalität – auch durch die jeweiligen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen und Entwicklungen in den Herkunftsländern und -gebieten potentieller Zuwanderer beeinflusst. Hinzu kommen weitere sich überlagernde zwischenstaatliche Migrationsströme anderer Länder sowie länderabhängige konjunkturelle resp. volkswirtschaftliche Entwicklungen. Während sich die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle somit weitgehend im Kontext der jeweiligen Nationalstaaten vollziehe, unterlägen die Wanderungsbewegungen vielschichtigeren Abhängigkeiten und Einflüssen, die über den Horizont von Nationalstaaten hinaus gingen.³ Daher sei das Geburtenverhalten, das sich weitgehend in einem nationalstaatlichen Rahmen vollziehe und auch dort behandelt werde, leichter zu beeinflussen als Migrationen, die Bezüge zu Entwicklungen in anderen Ländern in einen europaweiten bis internationalen Maßstab besäßen.⁴ Auf Wanderungsbewegungen im Umgang mit den demografisch bedingten Folgen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme zu setzen, sei wenig erfolgversprechend.⁵

Dies werde unter Verweis auf die Erfahrungen der Gastarbeiter- und Spätaussiedlerwanderungen sowie die Wanderungsbewegungen entlang von bekannten kolonialen Routen und Netzwerken, die das Wanderungsgeschehen kalkulierbar machen würden, vereinzelt anders gesehen.⁶ Mit Blick auf die Steuerbarkeit von Wanderungsbewegungen ist dem entgegenzuhalten, dass allenfalls Auswahlkriterien für eine qualifizierte Zuwanderung gesetzt und damit die Zuwanderung insofern gelenkt werden könne, dass diese für den hiesigen Arbeitsmarkt und damit die Sozialsysteme einen ökonomischen bzw. finanziellen Nutzen entfalte.⁷

Die politische Handlungsfähigkeit ist im Kontext des Nationalstaates dennoch am größten, da auf einer übergeordneten räumlichen Ebene viele weitere Einflussgrößen hinzukommen, die zum einen nicht gesteuert werden können und zum anderen in ihrer Wirkung gegenüber Dritten von zweifelhaftem, widersprüchlichem Nutzen sind und von wenig Nachhaltigkeit zeugen. So setzen politische Handlungsstrategien, die auf eine gesteigerte Zuwanderung abzielen, offensichtlich auf regionale Disparitäten. Sie machen sich bestehende Wirtschaftsgefälle zunutze, die im Zuge der faktisch voranschreitenden Angleichung des sozioökonomischen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder im Rahmen der Globalisierung abgebaut werden

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17, 18, 20, 35, 45 und 56; siehe zudem destatis (2013b).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

³ Vgl. ebd., Nr. 17; vgl. für eine kritische Betrachtung zur Zuwanderung ROLOFF (2003), S. 27ff.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 34.

⁶ Vgl. ebd., Nr. 45.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 32.

(sollen). Dies bedeutet, dass die sozioökonomische Ungleichheit als Quelle und Antrieb für Wanderungsbewegungen künftig versiegen und den Menschen keinen Anlass mehr bieten kann, ihr Heimatland zu verlassen. Zudem wird im Zuge der zu beobachtenden zunehmenden Demokratisierung der Welt eine konflikt- und gewaltfreie Befriedung der Zivilgesellschaft angestrebt, die ebenso wie der sich annähernde sozioökonomische Entwicklungsstand das Wanderungspotential künftig grundsätzlich senken kann. Mit der Abwanderung entlang des sozioökonomischen Gefälles verbunden ist darüber hinaus ein sog. *brain drain*. Produktive und innovative Köpfe bzw. qualifizierte Fachkräfte werden aus den Herkunftsländern der Migranten abgeworben.¹ Die Quellregionen der Zuwanderer bringen Investitionen zur Qualifizierung des Humanvermögens auf, von denen die Zielregionen der Zuwanderer profitieren. Die Liberalisierung der Grenzen von Nationalstaaten und die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die das Wanderungspotential grundsätzlich erhöhen, gerieten heute unter dem Begriff des Neokolonialismus in die Kritik.² „Das führt im Grunde auf Dauer dazu, dass man nicht jeden gebrauchen kann, sondern die hochqualifizierten Fachkräfte für unsere Industrie. Das heißt, dass wir die besten Köpfe abziehen, die dann bei uns wieder wenige Kinder bekommen, und das führt [...] zu einer globalen Verdummung. Man wird ein solches Land zurück in die Steinzeit beamen.“³

Politische Handlungsstrategien, die auf eine gesteigerte qualifizierte Zuwanderung setzen, sind mit weiteren Unsicherheiten behaftet. Zuwanderung werde heute als probates Mittel erachtet, um Mangelerscheinungen und Bedarfslagen auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu behandeln bzw. zu bedienen.⁴ Damit wird die Zuwanderung zwar zunehmend nicht unbedingt aus einer demografischen Perspektive gesehen. Den Ursprung des demografiepolitischen Diskurses zur Steigerung der qualifizierten Zuwanderung bildet aber der demografische Wandel, mit dem unerwünschte und problematische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt begründet werden. Andere Entwicklungen, die sich unabhängig von den demografischen Veränderungen vollzögen, hätten hierbei einen größeren Einfluss auf die Gesellschaft gehabt und seien für die derzeit beobachteten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ursächlich.⁵ So führt ein Gesprächspartner beispielsweise an: „Wenn wir ganz viele Leute gar nicht oder schlecht ausbilden, dann hat die Demografie keine negativen Folgen für den Arbeitsmarkt, sondern eine schlechte Ausbildung.“⁶ Anfangs waren Forderungen nach einer gesteigerten Zuwanderung

¹ Siehe hierzu auch BMI (2011 und 2012).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Wissenschaft, Nr. 45.

³ Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7.

⁴ Vgl. Befragung, Publizistik, Nr. 5; siehe auch z. B. BMI (2011 und 2012), HÜTHER und NAEGELE (2013) sowie bei WALLA et al. (2006).

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr.8, Publizistik, Nr. 41; siehe auch z. B. bei FREVEL (2004).

⁶ Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

demografischer Natur zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl und -struktur.¹ Die Befragungsergebnisse zeigen, dass das Bestreben, eine demografische Stabilisierung der Gesellschaft zu erreichen, auf die Zielsetzungen der Zuwanderungspolitik durchgeschlagen hat. Inzwischen habe die Wirtschaft das Potential der Steigerung der qualifizierten Zuwanderung zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung und Stärkung der Binnennachfrage erkannt.² Der demografische Aspekt schwingt aber weiterhin mit: Qualifizierte Zuwanderung gelte als geeignetes Mittel, um demografisch begründete Arbeitsmarktprobleme wie den Fachkräftemangel zu behandeln. Von Maßnahmen für eine gesteigerte qualifizierte Zuwanderung werde eine Milderung bis hin zur Kompensation eines demografisch bedingten Fachkräftemangels erhofft.³ Dass gleichzeitig auch die Bevölkerung in Zahl und Struktur stabilisiert werde, sei umstritten, weil auch Zuwanderer alterten und somit den Anteil der Alten zusätzlich steigerten, ausländische Frauen ihr Geburtenverhalten an das der einheimischen Frauen schnell anpassten, ein Teil der Zuwanderer wieder in ihr Heimatland zurückwandere sowie zunehmend weniger Familienwanderungen bzw. Familienzusammenführungen und hingegen mehr Bildungs- und Arbeitsmarktwanderungen von zumeist alleinstehenden und kinderlosen Menschen mit chancenreichen Erwerbs- und Berufsaussichten stattfänden.⁴

Allerdings ist im demografiapolitischen Diskurs häufig unklar, wie es um die Integrationsfähigkeit des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft hierzulande bestellt ist.⁵ Ein Gesprächspartner argumentiert: „Die Wegbrüche innerhalb der erwerbstätigen Generation durch Migration auffangen zu wollen, würde eine Zuwanderungsquote von jährlich bis zu eine Million Menschen bedeuten.“⁶ Zudem wird angeführt, dass Zuwanderung im Weiteren „viele Nachfolgeprobleme“⁷ schaffe, zum Beispiel für die politische Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppen. Mit einer verstärkten Zuwanderung würden eine zunehmende Internationalisierung der Bevölkerung und damit auch eine zunehmende soziale Differenzierung der Gesellschaft einhergehen. Die Vielfalt der sich hinter den kulturellen und sozialen Unterschieden verbergenden Interessen könne durch eine Großparteienlandschaft nicht abgebildet werden.⁸ Ein Gesprächspartner konstatiert, dass „ein Fünf-Parteien-Spektrum diese Differenziertheit der Gesellschaft nicht abdeckt“.⁹ Damit qualifizierte Zuwanderung keine zu hohen Integrationskos-

¹ Siehe hierzu z. B. UN (2001).

² Vgl. SINN (2007) und SINN (2005), S. 53ff.

³ Vgl. hierzu Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

⁴ Vgl. HELLER (2007), S. 197f.; siehe auch bei KREITSCH (2011), S. 67ff., 91ff., 143ff. und 283ff.

⁵ Vgl. hierzu HELLER (2007), S. 197f.

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 24.

⁷ Ebd., Nr. 36.

⁸ Vgl. ebd., Nr. 36, 40 und 45.

⁹ Ebd., Nr. 40.

ten verursache, müsse eine Angleichung der sozialen Lagen angestrebt werden.¹ Dies kann gelingen, wenn qualifizierte Zuwanderung nicht nur als Arbeitsmarktzuwanderung verstanden wird. Sie müsse mehr beinhalten und so auch den gesellschaftlichen wie kulturellen Rückhalt sowie entsprechende Integrationssysteme und -mechanismen finden.² Im demografiepolitischen Diskurs wird bislang nicht thematisiert, ob eine Steigerung der qualifizierten Zuwanderung das Ziel einer reinen Arbeitsmarktzuwanderung verfolgen oder auch mit dem Ziel einhergehen soll, dass die Zuwanderer hierzulande Familien gründen bzw. Kinder bekommen sollen.³ Es mangelt an der Klarstellung, ob infolge der Zuwanderung neben der Bereitstellung von qualifizierten Fachkräften für den Arbeitsmarkt auch ein Anstieg der Geburtenrate angestrebt wird. In diesem Zusammenhang wird im demografiepolitischen Diskurs vernachlässigt, dass die derzeitige Ausrichtung von familienpolitischen Maßnahmen vor allem auf die einheimische Bevölkerung abstelle – Fachkräfteinitiativen und -offensiven der Bundesregierung adressierten indes Zuwanderer aus dem Ausland⁴.

Letztlich sei die Integrationsfähigkeit der Zuwanderer entscheidend.⁵ Politische Maßnahmen zur Steigerung der qualifizierten Zuwanderung entbehren nicht der Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Integration der Immigranten zu gewährleisten. Im demografiepolitischen Diskurs werde mit einer qualifizierten Zuwanderung zugleich jedoch automatisch eine höhere Integrationsfähigkeit der Zuwanderer bescheinigt⁶, wobei diese Integration nicht nur einmalig zum Zeitpunkt der Zuwanderung, sondern immer wieder aufs Neue initiiert, geleistet und gelebt werden muss, damit Zuwanderung nachhaltige gesellschaftliche wie ökonomische Effekte entfaltet. Würde eine Zuwanderung dem Ziel dienen, die Bevölkerungszahl zu stabilisieren, sei eine Integration der Zuwanderer angesichts der sehr hohen Anzahl an jährlichen Zuwanderern, die dafür benötigt würden, ohnehin nicht realistisch.⁷ Selbst eine qualifizierte Arbeitsmarktzuwanderung, wie sie von der Politik beabsichtigt werde, um den absehbaren Rückgang der Erwerbsbevölkerung abzumildern und dadurch die Sozialsysteme finanziell zu stabilisieren, übersteige die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft.⁸

Qualifizierte Zuwanderung stelle einen Handlungsansatz dar, um angesichts des demografischen Wandels qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl für den Arbeitsmarkt bereitzu-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 45.

² Vgl. ebd., Nr. 24, und auch bei FREVEL (2004).

³ Siehe hierzu auch Enquête-Kommission (2002), BMI (2011 und 2012) und Befragung, Wissenschaft, Nr. 17.

⁴ Vgl. HONDRICH (2007).

⁵ Vgl. HELLER (2007), S. 198.

⁶ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Enquête-Kommission (2002) und BMI (2011 und 2012).

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, und HELLER (2007), S. 198.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 24, und HELLER (2007), S. 198.

halten und damit eine gute konjunkturelle Entwicklung zu gewährleisten.¹ Neben der Sicherung und Akquise von Fachkräften durch Zuwanderung oder Nachwuchs wird im demografiepolitischen Diskurs darüber hinaus eine vermehrte Alters- und Frauenbeschäftigung gefordert, um demografisch bedingte Folgen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme abzumildern. Dabei nähmen die Ausgestaltung des Bildungssystems² und die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt³, darunter die Frauenbeschäftigung⁴ und Beschäftigung im Alter⁵, einen größeren und direkteren Einfluss auf das Angebot an Fachkräften als die demografische Entwicklung⁶. So wird auf eine unzureichende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt bzw. die noch nicht vollständig erreichte Gleichstellung von Mann und Frau verwiesen.⁷ Auch die ehemals in großem Stil praktizierte Frühverrentungspolitik wird benannt.⁸ Arbeitgeber scheuten sich davor, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. Dies spreche einerseits für nicht mehr zeitgemäße Altersstereotypen und tradierte Altersbilder.⁹ Andererseits seien die Potentiale einer vermehrten Altersbeschäftigung begrenzt, da dies für die Mehrheit der Rentner keine Option darstelle.¹⁰ Zudem wird eine geringe Zahl an Neueinstellungen¹¹ und eine schwierig zu realisierende Work-Life-Balance angeführt¹². Darüber hinaus bestünden zum einen Defizite im Bildungssystem, durch die junge Menschen einen schwierigen Einstieg in den Arbeitsmarkt hätten.¹³ Zum anderen sei die Bereitschaft zur Weiterbildung, insbesondere für das lebenslange Lernen, häufig nicht vorhanden oder zumindest zu schwach ausgeprägt.¹⁴ Die Befragten stellen weiterhin eine unzureichende Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt fest (siehe Kap. 4.1.4). Branchenentwicklungen sowie technologische Entwicklungen führten zum einen dazu, dass sich die demografische Entwicklung sehr unterschiedlich auf das Angebot an und die Nachfrage nach Fachkräften auswirke.¹⁵ Die Betroffenheit der Unternehmen von einem demografiebedingten Fachkräftemangel stelle sich in der Realität daher sehr differenziert da. Es handle sich keinesfalls um eine flächendeckende

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 32 und 45, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7 und 8, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 20, 26 und 34.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16, 18, 20 und 34.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 25.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Wissenschaft, Nr. 19.

⁶ Siehe auch FREVEL (2004).

⁷ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22, Wissenschaft, Nr. 39.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 19, 20 und 34.

⁹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 39.

¹⁰ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39.

¹¹ Vgl. ebd., Nr. 19.

¹² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13.

¹³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

¹⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 13, Wissenschaft, Nr. 20.

¹⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20, 26 und 39.

Entwicklung¹, wie im demografiepolitischen Diskurs häufig dramatisierend suggeriert wird. Zum anderen wird argumentiert, dass nicht zu wenige Köpfe existierten. Vielmehr besitze der vorhandene Nachwuchs vielfach Qualifikationen, die der Arbeitsmarkt nicht fordere bzw. für die die Nachfrage bereits gedeckt sei.² Andererseits werden auf dem Arbeitsmarkt Qualifikationen nachgefragt, die hierzulande nicht in einer ausreichenden Zahl aufgebaut und vermittelt werden. Diesen Sachverhalt belegen auch Statistiken: Der Anteil der Erwerbspersonen ist weitaus kleiner als der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung.³ Nicht jeder, der erwerbsfähig ist, geht auch tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nach. Unter der Arbeitslosigkeit sei die hierzulande vergleichsweise stark ausgeprägte Langzeitarbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung.⁴ Dieses Erwerbspersonenpotential gilt es, verstärkt zu erschließen, und dadurch den Anteil der Erwerbstätigen zu steigern.

„Es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen Demografie und Fachkräftemangel. Das wird aber immer kolportiert, und auch der demografische Wandel wird mit Fachkräftemangel eins zu eins gesetzt.“⁵ Dies findet im demografiepolitischen Diskurs unzureichende Beachtung. Zwar habe die Demografie auch einen Effekt.⁶ Allerdings wirke sie allenfalls als „Katalysator“⁷ und Sorge dafür, dass das Fachkräftethema in gesellschaftlicher Breite diskutiert werde⁸. Auf einen gewichtigen kausalen Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung und Fachkräfteentwicklung kann nicht geschlossen werden. Die oben genannten Faktoren entfalten einen gleichen und teils größeren Einfluss auf die Fachkräfteentwicklung. Sie müssen im Diskurs stärker berücksichtigt werden. Durch die demografische Entwicklung werden die oben skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen erst sichtbar, die für das diskutierte Fachkräfteproblem sorgen. Sie kann diese Entwicklungen jedoch nicht als ein kausaler Faktor erklären, wie im Diskurs häufig suggeriert wird. Aus diesen Befunden resultieren die politischen Bestrebungen, Familie und Beruf künftig besser vereinbar zu gestalten, ein modernes Verständnis für die Geschlechterrollen zu etablieren sowie die Potentiale eines längeren Lebens bei guter Gesundheit zum Wohl der Gesellschaft zu nutzen. Deutlich wird, dass auch hier mit Demografie argumentiert wird, wenn es darum geht, politisches Handeln gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren. Der Demografie wird unzulässigerweise ein Prob-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 16, 19, 20, 26 und 39, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8, Politik, Nr. 22, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39 und 43, Publizistik, Nr. 41.

³ Siehe z. B. destatis (2013b).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5 und 48, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

⁵ Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Befragung, Publizistik, Nr. 41.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39.

lemcharakter zugesprochen. Diesen erhält sie jedoch aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen, die für die demografischen Veränderungen ursächlich sind.

Die Verlängerung der Lebenserwartung, der Geburtenrückgang und die demografische Alterung werden als Argumente genutzt, die Potentiale der älteren Bevölkerung für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu kommunizieren. Demografische Kennziffern werden zu demografischen Merkmalen, die der Beschreibung von Bevölkerungsgruppen dienen. Bevölkerungsgruppen werden als Zielgruppen politischen Handelns über demografische Merkmale angesprochen. Auf diese Weise wird ein an demografischen Profilen orientiertes Marketing betrieben. In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich der Forderung nach einer vermehrten Frauenbeschäftigung anzumerken, dass die Debatte um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht durch eine Sensibilisierung der Gesellschaft für den Missstand von erwerbstätigen Müttern und deren unerfüllten Kinderwünschen entfacht worden ist. Die demografische Entwicklung habe den Vereinbarkeitsaspekt auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung gehoben.¹ Die Thematisierung sei nicht aus Erfahrungen der Wirtschaftsunternehmen gewachsen, die eine fehlende Integration von erwerbstätigen Müttern auf dem Arbeitsmarkt beklagt hätten. Unternehmen nähmen keine Rücksicht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus demografischen Gründen.² Dennoch ist der demografische Wandel zum Argument in dieser politischen Debatte geworden.

Im Weiteren besteht die Auffassung, einen demografisch bedingten Mangel an Humankapital durch eine verstärkte Finanzkapitalbildung bzw. eine höhere volkswirtschaftliche Produktivität kompensieren zu können.³ Eine höhere Produktivität könne die Nachfrage nach Arbeitskräften senken.⁴ Dabei wird vernachlässigt, dass der Ersatz von Humankapital durch Finanzkapital insbesondere in Form von Investitionen für einen höheren Automatisierungsgrad auch zu einem erhöhten Bedarf an qualifiziertem Humankapital führen könne. Ein Ersatz sei in der unternehmerischen Praxis häufig unmöglich – im Gegenteil: Die notwendige Bedienung, Überwachung und Instandhaltung der implementierten Technik könne neue qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.⁵ Verallgemeinernde Einschätzungen könnten jedoch nicht getroffen werden und bedürften differenzierter Betrachtungen. So sei die weitere Entwicklung der Produktivität ungewiss, da die Zusammenhänge mit demografischen Veränderungen unklar seien.⁶ Es herrschen auch Auffassungen, die eine abnehmende Produktivität für möglich halten.⁷

¹ Vgl. z. B. bei BECK-GERNSHEIM (2006), S. 101ff. und 120ff.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 20.

³ Vgl. ebd., Nr. 18, 26 und 43, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33; siehe auch SINN (2007).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 25.

⁵ Vgl. ebd., Nr. 26.

⁶ Vgl. ebd., Nr. 6 und 50, Politik, Nr. 10.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7.

Infolge der demografischen Veränderungen könne nur dann eine steigende Produktivität erreicht werden, sofern auch vermehrt die Konsumgewohnheiten einer alternden Bevölkerung genutzt würden.¹ Da Kinder im volkswirtschaftlichen System nicht als Produktionsfaktoren geführt würden und damit auch die Produktivität nicht an Köpfen gebunden sei², erhöhe sich infolge des Geburtenrückgangs die Produktivität sogar vorübergehend³. „Produktiv ist nichts verloren gegangen – für die Gesellschaft geht durch weniger Kinder daher nichts verloren, und sind daher an sich erst mal kein Problem.“⁴ In einer globalen Betrachtung stellt ein Gesprächspartner rhetorisch überspitzt dar, wie unbedeutend der Zusammenhang zwischen der nationalen ökonomischen Produktivität einer exportorientierten Wirtschaft, die von einem wachsenden globalen Markt profitiert, und nationalen demografischen Veränderungen ist, die global gesehen kaum ins Gewicht fallen: „Die Welt hat keinen Mangel an Menschen. Im weltweiten Maßstab ist Menschenleben so billig wie Dreck.“⁵

ZUSAMMENFASSUNG

Es werden verschiedene Strategien zur Gestaltung der Konsequenzen des demografischen Wandels im Bereich der Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik diskutiert. Zur Sicherung und Akquise von Fachkräften sind Maßnahmen der Geburtenförderung, eine vermehrte Alters- und Frauenbeschäftigung, gesteigerte qualifizierte Zuwanderung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt denkbar. Aus dem Spektrum möglicher Handlungsansätze hat sich die Zuwanderung besonders hervorgetan.

Politische Strategien, die auf eine gesteigerte qualifizierte Zuwanderung setzen, sind allerdings mit mehreren Unsicherheiten behaftet: Die sich angleichende sozioökonomische Entwicklung zwischen einzelnen Ländern senkt das Wanderungspotential entlang bestehender Wirtschaftsgefälle, wenngleich die weiter voranschreitende Globalisierung und Liberalisierung der Grenzen dieses erhöhen. Hinzu kommen eine fehlende Steuerbarkeit und Planbarkeit von Migrationen, die nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse im eigenen Land, sondern auch jene, die im Kontext der Quellregionen von Zuwanderern und deren Zuwanderungspolitiken bestehen, berücksichtigen müssen.

Maßnahmen einer gesteigerten qualifizierten Zuwanderung werden zur Kompensation eines demografisch bedingten Fachkräftemangels diskutiert, obwohl im demografiepolitischen Dis-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

³ Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

⁴ Befragung, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 8.

⁵ Befragung, Wissenschaft, Nr. 36.

kurs häufig unklar ist, wie es um die Integrationsfähigkeit des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft hierzulande bestellt ist. Qualifizierte Zuwanderung darf nicht auf eine Arbeitsmarktzuwanderung reduziert werden; sie muss auch den gesellschaftlichen und kulturellen Rückhalt bzw. entsprechende Integrationssysteme und -mechanismen finden.

Im demografiepolitischen Diskurs wird die Zuwanderungsstrategie nicht mit einer demografischen Stabilisierung der Gesellschaft begründet. Gleichwohl soll sie unerwünschte Entwicklungen in den Gesellschafts- resp. Sozialsystemen kurieren, für welche demografische Veränderungen verantwortlich gemacht werden. Der demografische Wandel wird als Ursache für Arbeitsmarktprobleme herangezogen, obwohl Konstruktionsmängel und andere gesellschaftliche Entwicklungen einen größeren Einfluss entfalten und als Ursache für Defizite im jeweiligen Gesellschaftssystem heranzuziehen sind. Die Ausgestaltung des Bildungssystems, von beruflichen Anreizstrukturen und gesellschaftlichen Integrationssystemen besitzen einen größeren und direkteren Einfluss auf das Fachkräfteangebot als demografische Veränderungen.

Im Diskurs wird bislang auch nicht thematisiert, ob die Steigerung der qualifizierten Zuwanderung das Ziel einer reinen Arbeitsmarktzuwanderung verfolgt oder mit dem Ziel einhergehen soll, dass Zuwanderer hierzulande Familien gründen sollen. In diesem Zusammenhang wird ebenso vernachlässigt, dass die derzeitige Ausrichtung und Ansprache familienpolitischer Maßnahmen vor allem auf die einheimische Bevölkerung gerichtet ist bzw. im nationalen Kontext betont wird – indes zielen Fachkräfteinitiativen und -offensiven der Bundesregierung auf Zuwanderer aus dem Ausland ab. Wird der Blick im demografiepolitischen Diskurs nicht auf den nationalen Kontext eingeeengt, bereiten Zuwanderungsstrategien im Weiteren den Weg dafür, eine international begreifbare Aufgabenteilung zu konsolidieren. Diese besteht darin, dass in den Zielregionen der Zuwanderer qualitativ hochwertige Arbeitsplätze vorhanden sind und angeboten werden und in den Herkunftsregionen der Zuwanderer ausreichend junge Menschen nachkommen und qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden.

5.3.4 Handlungsansatz einer Demografiepolitik

Im folgenden Kapitel wird der Anspruch von Wissenschaft und Politik untersucht, ein umfassendes, interdisziplinäres und querschnittorientiertes Maßnahmenprogramm zur strategischen Gestaltung des demografischen Wandels aufzulegen. Im Diskurs wird dieses politische Handeln unter dem Begriff der Demografiepolitik behandelt. Es soll analysiert werden, welche Bereiche der Gesellschaft Gegenstand der Demografiepolitik sind und welche Ziele und Handlungsfelder bestehen.¹ Hier wird näher darauf einzugehen sein, dass zwar die derzeitige

¹ Siehe hierzu insbesondere HÜTHER und NAEGELE (2013).

Situation analysiert, eine Bestandsaufnahme erstellt wird und Prognosen aufgestellt werden, aber nicht diskutiert wird, welches Ziel verfolgt werden soll und welche Handlungsmöglichkeiten – in Szenarien betrachtet – bestehen. Die gesellschaftliche Erwartungshaltung und Überzeugung sowie die politische Legitimation für ein solches Handeln wird darauf untersucht, ob die von einer Demografiepolitik ausgehenden handlungsgenerierenden Effekte auch handlungsverändernde Wirkung entfalten. Dabei wird zur Ideologie des Wachstumsgedankens in der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft Bezug genommen und diese mit dem Wachstumspostulat in der Wirtschaft kontrastiert.

Der demografische Wandel ist auf der politischen Agenda angekommen. Es besteht ein politischer Auftrag, die Gesellschaft für demografische Veränderungen zu sensibilisieren.¹ Die Politisierung der demografischen Entwicklung hat für eine Diskurskonjunktur gesorgt, in deren Rahmen ein bevölkerungsorientiertes Marketing der Durchsetzung von Partikularinteressen dient. Dennoch herrscht auf der gesellschaftspolitischen Ebene eine Scheu davor, sich mit der nach wie vor unbeantwortet gelassenen Frage zu beschäftigen, welche Bevölkerungsentwicklung hierzulande angestrebt wird und wie diesbezüglich eine Entscheidung – der *political correctness* zum Trotz² – in moralischer Hinsicht zu begründen wäre. Tabus und nachwirkende ideologische Belastungen, sich nicht mit quantitativen Zielgrößen oder einem Bevölkerungswachstum auseinanderzusetzen, zeigten moralische Grenzen in der politischen Behandlung von demografischen Veränderungen auf (siehe Kap. 3.1.1).³

Tabus bestehen hinsichtlich der Fragen, ob ein Bevölkerungsrückgang gewollt ist und wie eine veränderte demografische Entwicklung behandelt werden sollte: Welche Geburtenrate wird angestrebt? Wie stark darf sie sinken oder wie hoch soll sie steigen? Wie sehen Etappen- bzw. Zwischenziele aus? Es wird zwar analysiert, wo die Geburtenrate je Frau etwa liegt und wie hoch sie sein müsse, um den erreichten Bevölkerungsbestand zu erhalten und mögliche demografische Folgen für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft und ihrer Systeme abzuwenden. Die Formulierung der Steigerung der Geburtenrate auf eine bestimmte Ziffer wird jedoch nicht vorgenommen. Es kann durchaus der unter Repression liegende Wunsch der Gesellschaft sein, konkrete demografische Zielsetzungen zu thematisieren. Es mangelt daher an einer klaren Zielstruktur und klaren strategischen Zielvorstellungen zur Weiterentwicklung der Gesellschaft und ihrer Systeme. Dies hat zur Folge, dass die demografische Wissenschaft bzw. die Bevölkerungswissenschaft und der demografiepolitische Diskurs ohne handlungs-

¹ Siehe BiB (2013) und BMI (2013).

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10 und 13, Wissenschaft, Nr. 20.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 26 und 47.

verändernde Wirkung und daher spürbare Konsequenzen blieben¹. Unklare demografiepolitische Zielformulierungen und ein unzureichender Dialog mit der Bevölkerung² über ungeklärte Zielsetzungen führen dazu, dass Debatten und Forschung wenig ziel-, handlungs- und umsetzungsorientiert verliefen³. Dem demografiepolitischen Diskurs muss der moralische Raum gegeben werden, die Ursachen und Folgen von demografischen Veränderungen und mögliche Handlungsoptionen ohne Tabus zu diskutieren.

Es bedarf einer politischen Zieldefinition sowie der Planung eines strategischen Vorgehens. Auf der politischen Ebene seien Handlungsziele aufzustellen. Dies sei bislang nicht geschehen und werde auch nicht offen thematisiert.⁴ Zudem wird nicht offen diskutiert, welche Instrumente für das Erreichen der gesteckten Handlungsziele zum Einsatz kommen sollen. Stattdessen finden Instrumente Anwendung, ohne vorher eine konkrete Zielsetzung zu setzen und nach dieser zielgerichtet zu handeln. Von einer echten „Demografiestrategie“, wie sie die Bundesregierung aufbauend auf dem Demografiebericht im Zuge des Dialogprozesses entwickelt habe, könne daher keine Rede sein.⁵ Hinzu kommt, dass die Ausgestaltung der Gesellschaft und ihrer Systeme hauptsächlich an demografischen Kennziffern ausgerichtet wird. Die Gesellschaftssysteme werden auf eine besondere Anfälligkeit für demografische Veränderungen reduziert⁶, ohne Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse in der Politik, Wissenschaft und den Medien zu erkennen. Die von diesen Systemen wiederum ausgehenden Wirkungen auf die Demografie werden hingegen nicht betrachtet.

Indirekt ist das Ziel vorhanden, das Geburtenverhalten und damit auch die Gesellschaftssysteme in ihrer Funktionsfähigkeit zu stabilisieren (siehe Kap. 5.3.2 und 5.3.3).⁷ Der Staat hat sich in Art. 6 des Grundgesetzes dem besonderen Schutz der Familie verpflichtet und führt die Pflege und Erziehung von Kindern als natürliches Recht der Eltern. Eine kinderunfreundliche Gesellschaft könnte eine verfassungsrechtliche Dimension erlangen, wenn die Ausübung dieses natürlichen Rechts behindert würde. Es stellt sich daher die Frage, ob mangels der Formulierung klarer, konkreter demografischer Zielsetzungen und angestrebter demografischer Verhältnisse eine Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels ausreichend sein kann. Hinterfragt werden müsste zudem, ob nicht stattdessen eine aktive Ursachenbehandlung der demografischen Entwicklung voranzutreiben ist, ohne in die freiheitsrechtlich geschützte Sphäre des individuellen Geburtenverhaltens einzudringen (siehe Kap.

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11 und 66.

² Siehe hierzu BiB (2013), BMI (2013) und bei DORBRITZ et al. (2005).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11.

⁵ Vgl. MAYER (2012).

⁶ Vgl. z. B. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17 und 37.

⁷ Siehe BMI (2011 und 2012).

5.1 und 5.3.2). Dabei ist dafür zu sensibilisieren, dass jeder Anreiz, auch in Form der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Kinderwünsche leichter realisierbar werden, zugleich eine Beeinflussung des individuellen Geburtenverhaltens nach sich zieht. Er müsste somit – wie alle familienpolitischen Maßnahmen – als beabsichtigte Beeinflussung der Geburtenrate qualifiziert werden.¹ Die Bevölkerungs- oder Geburtenpolitik ist in der Wissenschaft und Politik inzwischen angekommen. Sie wird nur sprachlich in die Terminologie einer Demografiepolitik gehüllt, die im Grunde sektorale Maßnahmen der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs-, Familien- und Gesellschaftspolitik als vertraute und akzeptierte Handlungsinstrumente führt und miteinander vereint.²

In der Literatur und unter den Befragten ist in weiten Teilen die Auffassung vertreten, dass ein Bevölkerungswachstum nicht (mehr) verfolgt werden könne und solle. Die Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung und Machtlosigkeit der Politik wird mit Verweis auf den Vorbehalt geführt, dass das individuelle Geburtenverhalten nicht beeinflusst werden dürfe. Es werden rechtlich nicht haltbare Eingriffe des Staates in die Privatsphäre der Menschen und eine fehlende, auf die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen begrenzte Einflussnahme auf das individuelle Geburtenverhalten angeführt (siehe Kap. 5.1 und 5.3.2).³ Die Bevölkerung hat für diese Argumentation Verständnis entwickelt und signalisiert Akzeptanz. Unberücksichtigt bleiben hierbei jedoch folgende Entwicklungen und Zusammenhänge: Die Anzeichen für einen sich abzeichnenden Bevölkerungsrückgang und eine demografische Alterung hätten bereits lange vor markanten gesellschaftlichen Entwicklungen mit offensichtlichem Einfluss auf die Geburtenrate – so auch der sog. „Pillenknicke“ – vorgelegen, stellen die Befragten fest.⁴ Zudem ist die zunehmende Diskrepanz zwischen einer stabilen Bevölkerungsentwicklung und rückläufigen Geburtenzahlen auf Wahrnehmungsdefizite und politische Handlungsversäumnisse zurückzuführen (siehe Kap. 3.1.2). Diese haben heute insofern vollendete Tatsachen geschaffen, als dass ein erneutes Bevölkerungswachstum als aussichtslos resümiert wird. Bevölkerungswachstum ist demnach nicht deshalb eine unrealistische Zielgröße, weil das Geburtenverhalten der Menschen nicht beeinflusst werden könne und der Staat sich aus diesem Bereich heraushalten solle. Vielmehr haben die Versäumnisse zu einer Dimension der Änderung der demografischen Entwicklung beigetragen, die ein politisches Gegensteuern zur Initiierung eines neuerlichen Bevölkerungswachstums aussichtslos macht.

¹ Vgl. hierzu BIRG (2005b), S. 64ff.

² Davon zeugen die ressortpolitischen Betrachtungen und Bezeichnungen der Politiken, die sich mit dem demografischen Wandel befassen, bei RÜRUP und GRUESCU (2003), WINGEN (2003) sowie HÜTHER und NAEGELE (2013).

³ Vgl. z. B. auch WANGEN (2003).

⁴ Vgl. z. B. auch BIRG (2005a).

Zudem werde es nicht als erforderlich erachtet und sei auch nicht gewünscht. Die Befragten verweisen dabei auf das qualitative Wachstum. So sei trotz Geburtenrückgang und demografischer Alterung ein Wirtschaftswachstum möglich. Infolge der verlängerten Lebenserwartung würden insbesondere die sich bietenden Chancen genutzt, ältere Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder in die Gesellschaft auf andere Weise sinnvoll einzubinden (siehe Kap. 5.3.3). Qualitatives Wachstum stelle einen intelligenten Ansatz zur Weiterentwicklung der Gesellschaft dar und sei Bestandteil des Modernisierungsbestrebens (siehe Kap. 4.1.3).¹

Die Politik hat es durch Instrumente des Bevölkerungsmarketings geschafft, dass anfängliche Versäumnisse als Ergebnis eines nicht beeinflussbaren individuellen Geburtenverhaltens der Menschen aufgefasst werden. Das Geburtenverhalten der Bevölkerung, das den Einflüssen der politisch gestalteten Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterliegt, wird für die demografischen Veränderungen verantwortlich gemacht. Um sowohl gesellschaftlich akzeptierte demografiepolitische Zielsetzungen zu formulieren als auch eine mögliche Rechtsverletzung des individuellen generativen Verhaltens als Ausdruck der persönlichen Freiheitsrechte zu vermeiden, sollten die Zielsetzungen nicht planartig durch harte Vorgaben einer höheren Kinderzahl quantifiziert werden. Sie sollten vielmehr als weiche Strategie formuliert werden, die das Kinderkriegen ermögliche (siehe Kap. 5.3.2).² Dies schließt ein, dass in der Gesellschaft bzw. unter der Bevölkerung die Erkenntnis vermittelt werden und reifen müsste, dass politisches Handeln stets latente Einschränkungen der Freiheiten zur Folge habe³, die als Regularien dem gesellschaftlichen Zusammenleben dienen. In gleicher Weise beeinflussen von der Gesellschaft befürwortete und akzeptierte politische Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels die individuellen Lebensentwürfe der Menschen. Sie werden nur nicht als solche empfunden und daher auch nicht registriert – ein Resultat des steuernden Bevölkerungsmarketings.

Demografische Veränderungen unterliegen einem Systemzwang, der aus dem Kopfbzahlbezug der sozialen Sicherungssysteme entsteht (siehe Kap. 5.3.3). Während die ökonomische Entwicklung, die ebenfalls unter einem Systemzwang stehe, vom Wachstumspostulat beherrscht werde⁴, sei der Wunsch nach Bevölkerungswachstum trotz des auf stabile demografische Verhältnisse angewiesenen umlagefinanzierten und kopfbzahlbezogenen Wohlfahrtsstaates weitestgehend aufgegeben worden⁵. Ein Grund hierfür ist, die problemorientierte Sichtweise

¹ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 10, Wissenschaft, Nr. 25, 29 und 38, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

² Vgl. Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 12.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 17.

⁴ Vgl. ebd., Nr. 6 und 40, Politik / Publizistik, Nr. 12, Wissenschaft / Politik / Publizistik, Nr. 33.

⁵ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 6 und 40, Politik, Nr. 67, sowie BIRG (2005b), S. 53ff., und SCHMÄHL (2002), S. 106ff; siehe auch BMI (2012), HÜTHER und NAEGELE (2013), SIEBERT (2002) und HONDRICH (2007).

der Bevölkerungsentwicklung im nationalen Kontext auf die räumliche Perspektive einer Globalbetrachtung auszuweiten, die den Bevölkerungsrückgang und die demografische Alterung als gesellschaftlichen, humanitären Fortschritt würdigt und daher als Chance begreift (siehe Kap. 4.2.2).¹ Zugleich wird in umgekehrter Weise eine Stabilisierung oder leichte Steigerung der Geburtenrate hierzulande positiv – ohne eine entsprechende demografische Zielsetzung gesellschaftlich zu thematisieren und politisch zu formulieren – und ein weiteres Wachstum der Weltbevölkerung negativ betrachtet. Der Widerspruch besteht darin, dass dennoch der Wachstumsgedanke in der Bevölkerungsentwicklung aufgegeben wurde und die demografischen Veränderungen als chancenreiche Optionen für die Gesellschaft verhandelt werden (siehe Kap. 4.1.3). Dem muss zugute gehalten werden, dass sich Art und Ausrichtung des forcierten Wachstums inzwischen geändert haben: Während in der Vergangenheit ein quantitatives Wachstum verfolgt worden sei, sei heute das qualitative Wachsen bestimmend.² Die Befragung hat ergeben, dass es darum gehe, Wachstum in geordnete, beherrschbare Bahnen zu lenken, sozialverträglich und ökologisch zu gestalten.³ Eine Lesart dieses qualitativen Wachstums im Umgang mit dem demografischen Wandel und des damit einhergehenden Bevölkerungsrückgangs und der demografischen Alterung ist auch das „intelligente Schrumpfen“⁴. Die Überzeugung, dass es keines Bevölkerungswachstums bedürfe, hat aufgrund des nach wie vor gegebenen Wirtschaftswachstums Bestand.⁵ Eine stabile demografische Entwicklung sei keine Voraussetzung für ökonomisches Wachstum.⁶ Es ist allerdings vorstellbar, dass diese Betrachtung im Falle einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung im demografiepolitischen Diskurs die zu diskutierende Notwendigkeit einer Steigerung der Bevölkerungszahl oder Verjüngung der Altersstruktur aufkommen lassen wird, insbesondere dann, wenn – wie im Diskurs praktiziert – der demografische Wandel für eine abflauende konjunkturelle Entwicklung und unerwünschte Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht wird (siehe Kap. 5.3.3). Es bestehe die „Grundschwierigkeit, dass in den Köpfen [...] vieler verantwortlicher Politiker nach wie vor die großen Wachstumspfadparadigmen im Kopf sind.“⁷ Unabhängig davon, in welchem Beziehungsverhältnis Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung zueinander stehen, wird die Bevölkerung als Marke etabliert: Bevölkerungswachs-

¹ Vgl. hierzu auch Befragung, Publizistik, Nr. 4.

² Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54; siehe hierzu bereits BIEDENKOPF (1985).

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, Politik, Nr. 10, Wissenschaft, Nr. 20, 24, 36, 38 und 42, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁴ Unter diesem Anspruch stand bereits die Tagung des damaligen Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. November 2003 im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau West“ zur Städtebauförderung.

⁵ Vgl. BIRG (2005b), S. 42ff. und 53ff.

⁶ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 16.

⁷ Ebd., Nr. 56.

tum wird mit ökonomischem Wachstum assoziiert und der demografische Wandel mit Möglichkeiten für eine weitreichende, intelligenterere Umgestaltung der Gesellschaft in Verbindung gebracht.¹

Infolge der Aufgabe des Wachstumspostulats akzeptiert die Gesellschaft einen Bevölkerungsrückgang und eine demografischen Alterung. Eine alternative Perspektive wird nicht vermittelt, da die demografische Entwicklung als unbeeinflussbar dargestellt wird. Die Erwartungshaltung würde anders, wenn sich die Bevölkerung der Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse bewusst wäre. Eine veränderte Erwartungshaltung kommt nicht zustande, weil die Politik über die Wissenschaft und Medien kommuniziert, dass das eigene individuelle Verhalten für die veränderte demografische Entwicklung ausschlaggebend sei. Anders wäre es, wenn bekannt würde, dass die Entwicklung vor allem auf politische Handlungen zur Gestaltung der Gesellschaftssysteme zurückzuführen ist. Eine Beeinflussung der demografischen Entwicklung kann über sozial- und gesellschaftspolitische Maßnahmen bewirkt werden. Wie andere geburtenstarke europäische Länder zeigten, müsse eine demografische Stabilisierung nicht primäres Ziel einer Gesellschaft sein; sie könne sich als Begleiterscheinung oder Nebeneffekt zeigen (siehe Kap. 4.2.2).² Es ist daher zwischen einer an demografischen Zielsetzungen orientierten Politik und einer an gesellschaftlichen Zielsetzungen orientierten Politik zu unterscheiden.

Im demografiepolitischen Diskurs wird mit Blick auf die zu gestaltenden Herausforderungen des demografischen Wandels zunehmend die Demografierelevanz politischen Handelns überprüft.³ Im Mittelpunkt steht hierbei das Verfahren eines sog. Demografie-Checks, durch dessen Implementierung im Verwaltungshandeln, bei fachlichen Abwägungsprozessen, politischen Entscheidungen, Beschlussvorlagen und der Verabschiedung von Gesetzen ein beabsichtigtes Handeln auf seine Demografierelevanz überprüft werden sollte⁴. Der Demografie-Check unterstellt von vornherein mögliche demografische Auswirkungen von Gesetzen und Verordnungen und macht die Demografie zu einem wesentlichen Beurteilungskriterium für politisches Handeln. Damit wird der Demografie auch eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft eingeräumt. Der in 2014 durch das BMI veröffentlichte Prüffragenkatalog zum Demografie-Check zeugt davon.⁵ Die im Jahr 2009 herausgebrachte Arbeitshilfe zur Gesetzesfolgenabschätzung trug der demografischen Entwicklung noch keine Rechnung⁶, obwohl der

¹ Siehe auch BMI (2011 und 2012).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 38.

³ Vgl. z. B. ebd., Nr. 48.

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

⁵ Vgl. BMI (2014).

⁶ Vgl. BMI (2009).

bundes- und gesellschaftspolitische Diskurs bereits seit Jahren in vollem Gange war. Ein demografischer Zentrismus wird auf diese Weise befördert. Da der Demografie-Check die Demografierrelevanz messen soll, wird das Ergebnis des Checks sogleich vorweggenommen. Das Handeln wird nicht auf seine Demografierrelevanz untersucht. Dem Handeln wird eine demografische Komponente zugebilligt und daher grundsätzlich eine Demografierrelevanz bescheinigt; das Ergebnis des Checks wird somit vorweg genommen. Für eine möglichst hohe Durchsetzungs- und Umsetzungsfähigkeit politischer Maßnahmen ist eine hohe Demografierrelevanz notwendig. Der Demografie-Check ermuntert dazu, in demografischen Kategorien zu denken und das Handeln demografisch auszulegen. Dadurch wird ein politischer Reduktionismus befördert. Die Sinnhaftigkeit und der Nutzen eines solchen Verfahrens sind deshalb zu bezweifeln.

Weiterhin solle der Demografie-Check eine Evaluierung der Wirksamkeit (demografie-)politischen Handelns ermöglichen.¹ Er stelle jedoch kein „hartes Verfahren“ dar². Damit liefert er auch keine klaren Aussagen. Stattdessen wird zur Ermittlung und Beurteilung einer Demografierrelevanz, bzw. zur Beantwortung der Frage, inwieweit ein Handeln oder eine beobachtete Entwicklung tatsächlich demografierrelevant ist, mit Annahmen und Spekulationen gearbeitet. Das Ergebnis des Checks beruht zudem auf subjektiven Einschätzungen und Sichtweisen derjenigen Akteure, die den Check bei ihrer Aufgabenerledigung anwenden. Eine Wirkungsorientierung des auf Demografierrelevanz geprüften Handelns und somit auch dessen korrekte Evaluierung auf Wirksamkeit werden auf diese Weise erschwert. Der Demografie-Check entfaltet eine Sensibilisierungsfunktion, die darin mündet, neue Zusammenhänge zwischen der demografischen Entwicklung und anderen gesellschaftlichen Entwicklungen aufzuzeigen. Diese Spurensuche nach der Demografierrelevanz befördert einen politischen Reduktionismus.

Demografiepolitisches Handeln setze zunehmend auf eine verstärkte Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements.³ Dass diese Bemühungen zugleich Ausdruck der abnehmenden Handlungsfähigkeit des Staates sind, findet kaum Berücksichtigung. Denn die Befragung hat ergeben, dass ein verstärktes ehrenamtliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement gefordert werde, um die aus dem demografischen Wandel resultierenden Folgen beherrschen resp. zuweilen kompensieren zu können⁴. Ein Befragter führt hierzu aus: „Das ermutigende [...] ist dabei, dass es schon erste Initiativen gibt, zu versuchen, die Verluste an Infrastruktur, die es

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 49.

² Ebd.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 15, 42, 56 und 57, Wissenschaft / Politik, Nr. 53 und 55; siehe BMI (2011 und 2012) sowie HÜTHER und NAEGELE (2013).

⁴ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 42.

zweifelsohne gibt, zu kompensieren über bürgerschaftliches Engagement.“¹ Da staatliche und kommunale Leistungen immer schwerer zu erbringen sein würden, müsse das bürgerschaftliche Engagement erschlossen werden.² Damit einhergehen kann, dass Aufgaben des Staates auf den Einzelnen übergehen und somit auch politische Verantwortung delegiert wird. Die Grenze zur Entledigung von Aufgaben des Staates sei fließend³, insbesondere wenn private Generationenbeziehungen staatlich gefordert und durch die Menschen nicht selbst gestiftet würden⁴. In der Bevölkerung wird die stärkere Beteiligung und Partizipation an der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens als Wertschätzung erfahren. Die Politik schafft Akzeptanz, indem argumentiert wird, das eigene individuelle Geburtenverhalten habe zu den demografisch bedingten Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten geführt. Damit wird die kollektive Verantwortung für die Kinderlosigkeit, die in den umlagefinanzierten Sozialsystemen eine sozialpolitische, staatlich diktierte Ausgleichsbehandlung gefunden hat, wieder auf das Individuum zurückgeführt.⁵ Das abstrakte, in den Sozialversicherungssystemen wurzelnde und unbeachtet gebliebene Konstruktionsprinzip wird auf diese Weise wieder personifiziert und für den Einzelnen aufgrund der Konfrontation mit Emotionen und Ängsten, zum Beispiel wegen der eigenen Alterssicherung⁶, konkret erfahren.

In gleicher Weise setze das Bevölkerungsmarketing vor allem auf die mit der steigenden Lebenserwartung einhergehende Juvenilisierung der alten Bevölkerung und Dynamisierung später Lebensphasen⁷: Die alte Bevölkerung wird zu einer politisch adressierbaren und marktfähigen Zielgruppe, indem ihr verstärkt sozioökonomische Handlungsoptionen bis ins hohe Lebensalter zugeschrieben werden. Diese Bedeutung nimmt jene Bevölkerungsgruppe wertschätzend an und schafft zugleich die nötige Akzeptanz für demografisch motiviertes politisches Handeln. Demografische Argumente könnten Handlungsnotwendigkeiten, die aus anderen Gründen gegeben sind, den nötigen Nachdruck verleihen, weil sie sich aufgrund der großen Akzeptanz für demografisch motivierte Handlungsansätze hierzu auch sehr gut eignen.⁸ „Deswegen sind die Debatten alle schon viel älter, nur die handelnden Akteure erkennen jetzt, dass sie mit [...] dem Demografie-Argument in den Themenbereichen [Anm. d. Verf.: der Gesellschaft] auch schneller vorankommen.“⁹ Im Umgang mit den demografischen Veränderun-

¹ Befragung, Wissenschaft, Nr. 25.

² Vgl. ebd., Nr. 30.

³ Vgl. ebd., Nr. 35.

⁴ Vgl. Befragung, Politik, Nr. 22.

⁵ Siehe z. B. auch NELL-BREUNING (1987) und SINN (2007).

⁶ Vgl. z. B. SCHMÄHL (2002), S. 106ff.

⁷ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 19; siehe hierzu auch die Berliner Altersstudie von LINDENBERGER et al. (2010).

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 18, 19 und 39.

⁹ Ebd., Nr. 39.

gen würden Wirtschaftlichkeitsargumente und soziale Argumente entwickelt, um Handlungsnotwendigkeiten zu begründen.¹ Dies zeigt, dass der demografiepolitische Diskurs derzeit zwar viel handlungsgenerierende Wirkung entfalte, aber noch eine vergleichsweise geringe handlungsverändernde Wirkung besitze.² Ein Gesprächspartner schlussfolgert in Zusammenhang mit einer nicht verlässlich prognostizierbaren weiteren demografischen Entwicklung und den Bestrebungen, die gesellschaftliche Komplexität durch demografische Kennziffern abzubilden: „Ich glaube, dass ein ganz großes Gestochere in der Unsicherheit [Anm. d. Verf.: gegeben ist], was eigentlich vor sich geht. Deshalb sind es Vereinfachungsmechanismen, die da stattfinden, aber nicht wirklich eine ziel- und zweckgerichtete Aktivität.“³

Durch den politischen Reduktionismus sowie die Darstellung der Einfachheit des demografischen Wandels und dessen vermutete Konsequenzen für die Gesellschaft wird die Komplexität des demografischen Wandels reduziert (siehe Kap. 4.1.2). Die diskutierten vielfältigen gesellschaftlichen Implikationen, die demografische Veränderungen entfalten sollen⁴, bieten ein ebenso breites Spektrum für demografisch motivierte Handlungsansätze (siehe Kap. 4.1.2). Beides zusammen bewirkt, dass Handlungsbereitschaft in der Gesellschaft erzeugt wird. Der Politik gelingt es, für demografisch begründete Maßnahmen gesellschaftliche Gestaltungsspielräume zu finden, die unter den jeweiligen Generationen in der Bevölkerung zum Zeitpunkt ihrer Ankündigung und Durchsetzung keine Betroffenheit auslösen und daher widerstandslos akzeptiert werden. Selbst wenn der Leidensdruck, der aus der derzeit noch fehlenden Betroffenheit von diesen Maßnahmen resultiert, noch nicht vorhanden ist, besteht dennoch die Überzeugung von der Richtigkeit des Zeitpunktes und der Konzeptionierung der Maßnahmen sowie Akzeptanz. Für Überzeugung sorgten Projektionen und Prognosen, die Emotionen weckten und Ängste erzeugten.⁵ Hierin liegt auch die Prognosegläubigkeit für demografische Annahmen begründet (siehe Kap. 3.1.2). Demografiepolitisches Handeln steht grundsätzlich vor der Herausforderung, Maßnahmen jetzt ohne einen konkreten oder akuten Handlungsbedarf bzw. -druck zu initiieren, um langfristig eintretende demografisch bedingte Folgen für die Gesellschaft abzuwenden oder abzumildern.

ZUSAMMENFASSUNG

Der demografische Wandel ist in der politischen Agenda angekommen. Es existiert ein politischer Auftrag, die Gesellschaft für demografische Veränderungen zu sensibilisieren. Die Dis-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 39.

² Vgl. Befragung, Politik, Nr. 11 und 66.

³ Befragung, Wissenschaft, Nr. 48.

⁴ Vgl. hierzu SWIACZNY (2010), S. 193ff.

⁵ Vgl. BOSBACH und KORFF (2011).

kurskonjunktur wird durch die Politisierung der Bevölkerungsentwicklung befördert. Hinter einer Demografiepolitik verbirgt sich eine Bevölkerungs- und Geburtenpolitik. In ihr gehen Handlungsinstrumente der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik auf. Die Politik ist gefordert, ohne akuten Handlungsdruck Maßnahmen zu initiieren. Dabei wird politisches Handeln darin bestärkt, in demografischen Kategorien zu denken und zu handeln. In der Folge werden die Gesellschaftssysteme auf eine besondere Demografieanfälligkeit reduziert. Der Wachstumsgedanke in der Bevölkerungsentwicklung wird unter Verweis auf den fehlenden Systemzwang der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft aufgegeben – der Kopfbildbezug in den Sozialsystemen wird dabei verkannt. Bevölkerungswachstum wird nicht als ernsthafte politische Handlungsoption und gesellschaftliches Ziel gehandelt. Dem Diskurs mangelt es an der politischen wie gesellschaftlichen Formulierung einer strategischen Zielrichtung, um Klarheit darüber zu schaffen, welche Bevölkerungsentwicklung und welches Familienbild hierzulande angestrebt werden sollen. Die Zielrichtung sollte nicht durch harte Vorgaben für zu beeinflussende demografische Kennziffern quantifiziert, sondern als weiche Strategie formuliert werden, die das Kinderkriegen ermöglicht. Schlüssel zur Beeinflussung der demografischen Entwicklung sind sozial- und gesellschaftspolitische Weichenstellungen. Die demografische Entwicklung sollte nicht primäres Ziel, sondern Nebenprodukt einer an gesellschaftlichen Zielsetzungen orientierten Politik sein.

Die Argumentation mit demografischen Veränderungen verleiht Handlungsnotwendigkeiten den nötigen Nachdruck, da eine hohe Akzeptanz für demografisch begründete Handlungsansätze besteht. Der demografische Wandel besitzt zwar große handlungsgenerierende Wirkung, entfaltet aber eine vergleichsweise geringe handlungsverändernde Wirkung. Demografiepolitisches Handeln versucht, einem umfassenden Anspruch gerecht zu werden, der aus der Interdisziplinarität des demografischen Wandels hergeleitet wird. Die Interdisziplinarität führt zur Abstraktion, Generalisierung und damit zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung, wodurch letztlich die Spezifik verdrängt wird, die das Verhältnis der demografischen Entwicklung zu den erwarteten Folgen für die Gesellschaft bzw. den vermuteten gesellschaftlichen Implikationen prägt. Im Ergebnis werden im demografiepolitischen Diskurs vermutete Implikationen zu Kausalitäten, deren Realitätsgehalt fraglich bleibt, und multikausale Zusammenhänge auf monokausale Ursache- und Wirkungszusammenhänge zwischen Demografie und Gesellschaft reduziert.

Demografische Veränderungen sind als langfristige, schleichend ablaufende und schwer vermittelbare Prozesse durch Orientierungsmarken sichtbar zu machen, indem Zwischenziele oder Meilensteine definiert werden, die zugleich Ansatzpunkt und Voraussetzung für eine Eva-

lierung politischen Handelns sein können. Für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaftssystemen sind insbesondere systembedingte Inkompatibilitäten zwischen Demografie und Gesellschaft ausschlaggebend. Sie sind auf eine fehlerhafte politische Steuerung, verzerrte mediale Vermittlung sowie interessegeleitete Argumentation und Handlung zurückzuführen.

5.4 Demografie und Gesellschaft – Systembedingte Inkompatibilitäten

In diesem Kapitel werden Betrachtungen zum Verhältnis von demografischen Veränderungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen in den Mittelpunkt gerückt. Von Interesse sind insbesondere die Wechselwirkungen zwischen zu beobachtenden Entwicklungen in den Gesellschafts- resp. Sozialsystemen und demografischen Veränderungen. Es wird herausgestellt, unter welchen Bedingungen die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften mit der demografischen Entwicklung in Einklang gebracht und somit gesichert werden kann. Aufgezeigt werden soll, dass ein verändertes Verständnis für das Zustandekommen des demografischen Wandels im demografiepolitischen Diskurs zu implementieren ist. Ein neues Verständnis für demografische Veränderungen wird anhand des Modernisierungs- und Fortschrittsgedankens herausgearbeitet. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob und inwiefern Gesellschafts- resp. Sozialsysteme nach Lesart und Argumentation im Diskurs „demografiesicher“ bzw. „demografiefest“ ausgestaltet werden können.

Die demografische Entwicklung ist insoweit für einen Staat unproblematisch, sofern sich diese in Entsprechung der jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vollzieht, welche die demografische Entwicklung stützen bzw. ermöglichen. Beschreiben demografische und gesellschaftliche Veränderungen divergente Entwicklungen, stellen sich demografisch bedingte Auswirkungen ein, welche für die Gesellschaft zum Problem werden können. Es bedürfe somit einer tragfähigen gesellschaftlichen Grundlage, damit der demografische Wandel nicht zu einem Problem für die Gesellschaft werde.¹ Es seien zwischenzeitlich demografische Veränderungen und Verhältnisse eingetreten, die mit den im Wesentlichen vor Jahrzehnten geschaffenen Grundlagen und Konstruktionsprinzipien der Gesellschaft und ihrer sozialen Sicherungssysteme inkompatibel geworden seien.² Die Gesellschaftssysteme selbst sind zu einem Problem geworden und haben zu den beobachteten demografischen Veränderungen beigetragen.³

Im Diskurs wird häufig die Eigendynamik des demografischen Wandels als eine Eigenschaft der Wirkung von Geburtenentwicklung und weiteren demografischen Kennziffern beschrie-

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54; siehe hierzu auch MIEGEL (2005a und b).

² Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 24 und 25.

³ Zum Verhältnis von Demografie und Gesellschaft siehe auch GANS (2011).

ben. Diese sei jedoch vielmehr eine Folge der Diskrepanz zwischen der Beweglichkeit der Gesellschaft und ihrer Menschen einerseits und den nicht Schritt haltenden institutionellen Rahmenbedingungen und rechtlich geregelten Ordnungsrahmen der Gesellschaft andererseits.¹ Ein Gesprächspartner macht die behäbige Reaktionsgeschwindigkeit, geringe parteipolitische Flexibilität und Alternativlosigkeit politischen Handelns dafür verantwortlich:

„Normalerweise [finden] in einer offenen beweglichen Gesellschaft die Leute viel schneller als politische Gestalter Alternativen, und was sie dann erfahren ist, dass die vorhandenen rechtlich geregelten Ordnungen in der Regel nicht mehr auf die neue Wirklichkeit passen, aber gleichwohl verteidigt werden.“²

Jene Konfliktherde, die aus den Inkompatibilitäten entstehen, werden unter den Generationen ausgetragen. Die politisch verfolgten Anpassungen in den umlagefinanzierten Sozialsystemen gehen daher mit Bestrebungen einher, den Generationenvertrag neu auszugestalten.³

Die Identifizierung von problematischen Entwicklungen in der Gesellschaft und den jeweiligen Teilsystemen setzt voraus, einen Maßstab anhand einer angestrebten Entwicklung zu definieren, um diese Einschätzung vornehmen zu können. Als zentraler Maßstab wird die demografische Entwicklung herangezogen.⁴ Demografische Veränderungen könnten aber nicht als zentraler Maßstab zur Beurteilung der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme herangezogen werden⁵, weil sich der demografische Wandel als Teil des gesellschaftlichen Wandels und Fortschritts vollzieht (siehe Kap. 4.1.1 und 4.1.4). Demografische Veränderungen werden als „Begleitphänomene, Kollateralphänomene der technischen Zivilisation“⁶ betrachtet sowie mit humanitären Entwicklungen und sozioökonomischem Aufstieg in Verbindung gebracht⁷ (siehe Kap. 4.2.2). Die Befragung zeigt, dass die demografische Entwicklung zur Randbedingung von Nachhaltigkeitspolitik verhandelt wird.⁸ Da die demografische Entwicklung das Resultat des gesellschaftlichen, medizinischen wie technischen Fortschritts ist, kann sie keine Randbedingung eben dieser gesellschaftlichen Entwicklung sein. Fortschritts- und Modernisierungsentwicklungen finden – von verschiedenen Ausgangssituationen ausgehend und in unterschiedlichen Tempi verlaufend – unabhängig von den jeweils herrschenden demografischen Verhältnissen statt. Demografische Veränderungen sind vielmehr selbst Resultat dieses Fortschritts.

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54, und MIEGEL (2005b).

² Befragung, Wissenschaft / Politik, Nr. 54.

³ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 58; siehe auch bei LÜSCHER et al. (2010).

⁴ Vgl. z. B. BIRG (2005a) und SWIACZNY (2010), S. 193ff., sowie Befragung, Politik, Nr. 67.

⁵ Vgl. BIEBER (2011) sowie BARLÖSIUS und SCHIEK (2007).

⁶ Befragung, Wissenschaft, Nr. 36.

⁷ Vgl. ebd., Nr. 19 und 51, Wissenschaft / Politik, Nr. 55.

⁸ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 5, 19, 24, 32, 35, 37, 38, 39, 40, 42, 48 und 61, Wissenschaft / Publizistik, Nr. 7, Politik, Nr. 67.

Aus diesem Verständnis heraus sind auch die politischen Bestrebungen im Umgang mit dem demografischen Wandel zu hinterfragen, die das Ziel einer „demografiefesten“ oder „demografiesicheren“ finanziellen Ausgestaltung der Sozialsysteme verfolgten¹. Die Chiffre der Demografiesicherheit ist auf den Kopfzahlbezug der umlagefinanzierten Sozialsysteme zurückzuführen und zugleich Ausdruck der in Politik und Gesellschaft vorherrschenden demografischen Konservatismusbestrebungen. Für die Finanzausstattung der sozialen Sicherungssysteme ist nicht unerheblich, welche Geburtenverhältnisse vorherrschen. Kinder, die geboren und das künftige Erwerbspersonenpotential stellen werden, werden zum Bestandteil der Umlagefinanzierung in den Sozialsystemen. Politische Bestrebungen einer vermehrten Altersbeschäftigung oder einer zeitigeren Aufnahme einer Erwerbstätigkeit lassen aus finanzieller Sicht daher zugleich den Bedarf in den sozialen Sicherungssystemen größer werden, dass wieder mehr Kinder geboren werden, um einen einmal erreichten Bestand an Beschäftigten als Beitragszahler und Leistungsempfänger aufrechtzuerhalten. Das heißt: Das Ziel, die Sozialsysteme demografiefest zu gestalten, kann nur vorübergehend Abhilfe verschaffen, da die politisch verfolgten systemischen Anpassungen, die zu dieser Demografiesicherheit führen sollen, auf mittel- bis langfristige Sicht erneute Anpassungen an einen neuerlich, aus der Betrachtung der Gesellschafts- und Sozialsysteme heraus, induzierten demografischen Wandel erforderlich machen. Das Ziel einer Demografiefestigkeit oder Demografiesicherheit in den Sozialsystemen wird daher realistischerweise auf Dauer nie erreicht werden können, sofern nicht der bislang eingeschlagene Weg, Anpassungen der bestehenden Systeme zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels für die Gesellschaft zu verfolgen, verlassen und stattdessen eine Ursachenbehandlung betrieben oder politisches Handeln zumindest um eine solche ergänzt wird. So lange verbleibe die Demografie lediglich als „Chiffre für politische Quacksalberei“².

ZUSAMMENFASSUNG

Institutionelle Rahmenbedingungen und rechtlich geregelte Ordnungsrahmen der Gesellschaft, darunter insbesondere die Sozial- und andere Gesellschaftssysteme, sind mit der gesellschaftlichen Realität inkompatibel geworden. Die demografische Entwicklung ist für ein Land insoweit unproblematisch, als sie sich in Entsprechung der gesellschaftlichen Gegebenheiten vollzieht, die diese demografische Entwicklung stützen bzw. ermöglichen. Daraus erwächst die Konsequenz, dass nicht der demografische Wandel das Problem für die Gesellschaftssysteme ist, sondern die Gesellschaftssysteme an sich zum Problem geworden sind und

¹ Vgl. Befragung, Wissenschaft, Nr. 45 und 48, SINN (2005), S. 53ff., und BMI (2011 und 2012).

² Befragung, Politik / Publizistik, Nr. 52.

zu der beobachteten demografischen Entwicklung beigetragen haben. Der Anspruch politischen Handelns kann daher nicht sein, in finanzieller Hinsicht demografiesichere oder demografiefeste Gesellschafts- bzw. Sozialsysteme zu schaffen. Vielmehr bedarf es einer tragfähigen gesellschaftlichen Grundlage, damit der demografische Wandel nicht zu einer als Problem erfahrenen Entwicklung für die Gesellschaft wird.

Im Diskurs wird häufig die Eigendynamik des demografischen Wandels als eine Eigenschaft der Wirkung von Geburtenentwicklung und weiteren demografischen Kennziffern beschrieben. Dabei wird demografisiert, ohne ausreichend zu berücksichtigen, dass die Gesellschaftssysteme in einer Zeit geschaffen wurden, die mit der heutigen Realität im demografischen wie auch gesellschaftlichen Sinne wenig gemein haben, und als Katalysator der demografischen Entwicklung wirken.

Darüber hinaus vollziehen sich demografische Veränderungen als Folge des gesellschaftlichen Wandels und Fortschritts. Als Modernisierungsaspekt wird die Demografie zu einer Randbedingung von Nachhaltigkeitspolitik. Andererseits werden gerade ihretwegen politische Maßnahmen angedacht, die auf eine demografische Stabilisierung abzielen und somit einen Konservativismus anstreben.

5.5 Zwischenfazit

Die neue Diskurskonjunktur hat den Boden für eine umfassende und gesellschaftlich akzeptierte Demografiepolitik bereitet. Diese stützt sich insbesondere auf finanzielle und institutionelle familienpolitische Unterstützungsangebote zur Erleichterung der Realisierung von Kinderwünschen, die aufgrund einer diskutierten Unvereinbarkeit von Familie und Beruf nicht realisiert werden können. Sie ist zudem auf gerechte Ausgleichsbehandlungen von Eltern und Kinderlosen in den sozialen Sicherungssystemen gerichtet.

Politisches Denken und Handeln wird von der Argumentation eines Kinderwunsches geleitet, der häufig nicht konkret existiert, sondern allenfalls grundsätzlich vorhanden sein kann. Zum einen orientieren sich Kinderwünsche sehr stark an politischen Konservativismusbestrebungen, indem eine Geburtenrate von 2,1 Geburten je Frau als Maßstab für eine optimale gesellschaftliche Entwicklung angelegt wird. Jene Geburtenrate würde eine stabile Bevölkerungsentwicklung gewährleisten und folglich keine gesellschaftlichen Konsequenzen, die von demografischen Veränderungen im Falle einer weiteren Abnahme der Kinderzahl ausgingen, nach sich ziehen. Zum anderen werden Individuen in heutigen Gesellschaften durch ihr Umfeld maßgeblich sozialisiert. Beide Entwicklungen sprechen dafür, dass es sich um keinen rein natürlichen Kinderwunsch handeln kann. Die zunehmend geringe Natürlichkeit von Kinder-

wünschen, die immer mehr von rationalen Erwägungen bestimmt werden, steht im Widerspruch zur von der Politik postulierten Unbeeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung. Faktisch hat politisches Handeln in der Vergangenheit in Gestalt der Familien- und Sozialpolitik sowie der Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik stets Einfluss auf das individuelle Geburtenverhalten genommen. In den kommunizierten Zielsetzungen und Erwartungen dieser Politiken kam und kommt dies auch heute noch nicht zum Ausdruck.

Die heutige Demografiepolitik konzentriert sich auf die Anpassung der Gesellschaft und ihrer Systeme an die vermuteten und gedeuteten Folgen der demografischen Veränderungen. Ob die Ursachen behandelt werden sollen, die zu den demografischen Veränderungen geführt haben und führen, oder die Folgen bewältigt werden sollen, ist eine Frage der zugrunde gelegten politischen Strategie. Die Handlungsoptionen werden nicht durch eine fehlende oder gar unmögliche Einflussnahme der Politik auf die demografische Entwicklung eingeschränkt. Sie sollten vielmehr von der Evaluierung der Wirksamkeit politischen Handelns bestimmt sein. Eine solche Wirksamkeit kann jedoch aus zwei Gründen nicht evaluiert und demnach auch nicht nachvollzogen werden: Zum einen existieren in den Handlungsfeldern einer Demografiepolitik, die sich als koordinierendes Instrument und übergeordnetes Dach einzelner Ressort- bzw. Fachpolitiken versteht, keine geeigneten, übergreifenden Evaluierungsinstrumente. Zum anderen wird eine Evaluierung der Wirksamkeit politischen Handelns erschwert, weil dieses indirekt eine Beeinflussung der demografischen Entwicklung beabsichtigt, diese jedoch in gesellschaftlich akzeptierte Zielsetzungen umformuliert. Eine genaue Zuordnung der Wirkungen und Effekte zu den Zielsetzungen und Erwartungen des demografiepolitischen Handelns wird dadurch nahezu unmöglich. Dennoch wird stillschweigend eine Wirksamkeit vermutet, obwohl politisches Handeln selbst keine Beeinflussung des Geburtenverhaltens und damit der demografischen Entwicklung beabsichtigt und diesem auch nicht zugestanden wird. Die Demografiepolitik ist in sich nicht widerspruchsfrei: Bevölkerungsrückgang und demografische Alterung werden mehrheitlich dramatisiert und als Risiken begriffen. Es wird versucht, faktisch Einfluss auf die demografische Entwicklung und das individuelle Geburtenverhalten zu nehmen. Damit widerstrebt die aktuelle Ausrichtung und Intention der Demografiepolitik – gleich welche Strategie verfolgt werden mag – dem Modernisierungs- und Fortschrittbestreben westlicher Gesellschaften. Das Verhältnis von Demografie und Gesellschaft ist durch systembedingte Inkompatibilitäten gekennzeichnet. Es bedarf nicht einer veränderten demografischen Entwicklung, sondern vielmehr einer neuen gesellschaftlichen Grundlage, die mit der inzwischen eingetretenen demografischen Realität kompatibel ist. Das heißt letztlich auch, dass nicht die demografische Entwicklung die Ursache für die in der Gesellschaft

vermuteten negativen Folgen und gestaltbaren Herausforderungen in ihren Systemen ist, sondern die demografischen Veränderungen vielmehr als Resultat der Wirkungsweise der sozialen Sicherungssysteme und des Systems der Marktwirtschaft in modernen Gesellschaften zu begreifen sind. Unbeschadet davon bestehen selbstverständlich weitreichende Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und demografischen Veränderungen, denen mehr Beachtung zukommen sollte.

6 Schlussbetrachtung

6.1 Zusammenfassung und Fazit

Im vorliegenden Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse aus der Analyse der empirischen Erhebungen und der Literaturlauswertung zusammenfassend dargestellt. Dabei wird auf die Abfolge der einzelnen Kapitel und die Argumentationszusammenhänge zwischen diesen eingegangen. In einem Fazit werden anhand der Ergebnisse aus den Analysen die aufgeworfenen Forschungsfragen beantwortet. Die aufgestellten Thesen und Hypothesen werden auf ihre Gültigkeit überprüft und bewertet.

Der demografische Wandel gilt als großräumiger, tiefgreifender Veränderungsprozess und als zentrale Herausforderung für Gesellschaften im ausgehenden 21. Jahrhundert. Die Bundesregierung hat die Gestaltung des demografischen Wandels zur Chefsache gemacht; er ist auf der politischen Agenda angekommen und von dort nicht mehr wegzudenken. Des Weiteren gilt er als Zukunftsaufgabe jedes Einzelnen in der Gesellschaft. Diesen Gestaltungsaufgaben nehmen sich Bund, Länder und Kommunen intensiv an. Infolge der politischen Aktivitäten sind neue Netzwerke entstanden, und es haben sich bestehende Institutionen ein an den Herausforderungen des demografischen Wandels orientiertes Profil gegeben. Zahlreiche Veranstaltungen, die sich den Herausforderungen demografischer Veränderungen widmen, sowie die Beteiligung vielfältigster Akteure an diesen zeugen davon. Die politischen Aktivitäten behandeln auf allen räumlichen Ebenen im Wesentlichen die gleichen Kernthemen, die in Bezug auf die Gestaltung demografischer Veränderungen als besonders wichtig erachtet werden. Die Betonung liegt dabei auf der Vielfalt des demografischen Wandels. Die Themen verbindet die Suche nach messbaren Einflussgrößen, um zu messbaren Handlungsprogrammen und spürbaren Erfolgen im Umgang mit demografischen Veränderungen zu gelangen.

Der demografische Wandel ist zu einer zentralen Größe bei der Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften geworden. Zudem ist er zu einem Etikett für vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen und zu einem Selbstläufer für die Erklärung tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse avanciert. Die gesellschaftliche Komplexität wird auf vermutete demografische Einflüsse und Implikationen reduziert, die in formelhafter Gesetzmäßigkeit als Kausalitäten behandelt werden. Eine Unterscheidung zwischen und Trennung von vermuteten Implikationen des demografischen Wandels für die Gesellschaft, Kausalbehauptungen und Deutungsangeboten sowie faktisch bestehenden Kausalzusammenhängen zwischen Demografie und Gesellschaft wird im Diskurs kaum vorgenommen. Stattdessen werden sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungen als demografische Entwicklungen aufgefasst. Dass von einer Inter- und Transdisziplinarität der demografischen Wissen-

schaft bzw. Bevölkerungswissenschaft nicht automatisch auf eine gesamtgesellschaftliche Relevanz des demografischen Wandels geschlossen werden kann, wird nicht reflektiert. Demografische Veränderungen sind von einer Entwicklung zu einem Argument geworden und haben dazu beigetragen, dass eine Gelegenheitsdemografie entstehen konnte. Der demografische Wandel sowie demografiepolitische Diskurse sind anfällig für Gelegenheitsargumentationen. Letztere finden in einem den demografischen Diskurs befördernden gesellschaftlichen Klima statt, das durch eine große öffentliche Aufmerksamkeit für die Argumentation mit Demografie gekennzeichnet ist. Eine Instrumentalisierung der Demografie bestimmt das Denken und Handeln von Politik und Gesellschaft.

Die Existenz demografisch bedingter Entwicklungen in der Gesellschaft ist aber nicht grundsätzlich und gänzlich infrage zu stellen. Vielmehr ist für das Ausmaß, den Umfang und die Intensität demografischer Argumentationen sowie für die Bedeutung und das Geflecht von nicht weniger bedeutsamen, anderen entwicklungsbestimmenden Faktoren in der Gesellschaft zu sensibilisieren. Ein reflektierter, kritischerer Umgang mit demografischen Veränderungen ist in der Politik, Wissenschaft und Publizistik erforderlich.

Nachfolgend werden die wesentlichen Erkenntnisse aus den Analysen kapitelweise wiedergegeben:

- Inter- und Transdisziplinarität der Demografie: Infolge der unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft wird der demografische Wandel in der Gesellschaft, Wissenschaft und Politik als großes gesellschaftliches Querschnittsthema vom Spezialisten- zum Lienthema. Die fachliche Transdisziplinarität des demografischen Wandels steht zugleich für eine Disziplinlosigkeit der Akteure in Wissenschaft und Politik im demografiepolitischen Diskurs. Die Demografie wird mit manipulierender Absicht als Allgemeingut der Gesellschaft verhandelt – ein Zustand, der als demografischer Ubiquitarismus zu betrachten ist.
- Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse: Infolge der unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft der Nachkriegszeit und Gegenwart sind Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse entstanden. Trotz Vernachlässigung hat sich dennoch ein beachtlicher Meinungs- resp. Medienkurs entwickelt, der für eine gesteigerte Aufmerksamkeit für den demografischen Wandel gesorgt hat. Das Thema Demografie ist hochaktuell und nahezu in alle Bereiche der Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gedrungen. Kennzeichen dieses als Diskurskonjunktur geprägten Zustands der Gesellschaft ist eine Instrumentalisierung der Demografie. Die Diskurskonjunktur ist nicht wissenschaftlich gewachsen, sondern durch ein politisches

und medial inszeniertes Bevölkerungsmarketing erzeugt worden. Die Demografie ist zur Projektionsfläche für unbestimmte Zukunftsängste der Gesellschaft geworden. Sie dient in dieser Eigenschaft dazu, politisches Handeln zu legitimieren. Die Gesellschaftssysteme sind dabei Ankerthema und Medium zur Verhandlung und Adressierung von Demografie in Gesellschaft. Für etwaige Zukunftsprobleme der Gesellschaft birgt der demografische Wandel vielmehr perspektivisches denn kausales Potential.

- Gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels: Die formale Demografie ist aufgrund der unzureichend institutionalisierten Demografielandschaft aus dem Blick geraten. In vielen gesellschaftlichen Sachverhalten und individuellen Erfahrungshorizonten des Lebens werden demografische Grunderfahrungen bzw. demografisch begründete Tatbestände angeführt. Dramatisierung und Verharmlosung im Diskurs sowie die zugrundeliegenden polarisierenden Argumentationsmuster resultieren aus den unterschiedlichen Phasen der Thematisierung des demografischen Wandels, der sehr lange unterthematziert war und seit der Jahrtausendwende überthematziert wird. Die interessegeleitete Instrumentalisierung der demografischen Entwicklung bildet den Kern einer Diskurskonjunktur, die viele Gelegenheiten schafft, um mit Demografie zu argumentieren. Der demografische Wandel ist Ausdruck einer konjunkturellen Entwicklung resp. Resultat von Aufmerksamkeitswellen im Diskurs und damit Spiegel von Interessen, die in der Gesellschaft vorherrschen. Nicht die demografische Entwicklung ist das eigentliche Problem, sondern vielmehr der gesellschaftliche Kontext, innerhalb der sie sich vollzieht.
- Rahmenbedingungen und Promotoren der Gelegenheitsdemografie: Dramatisierung und Fatalismus kennzeichnen den demografiepolitischen Diskurs und sind zum einen als Resultat der Vernachlässigung von demografischen Veränderungen zu betrachten. Zum anderen werden Dramatisierung und Verharmlosung im Diskurs als dialektische Reaktionen gesehen. Chancen und Risiken des demografischen Wandels äußern sich an augenfälligster Stelle im demografiepolitischen Diskurs in der Vermittlung eines ambivalenten Altersbildes. Die Dialektik von Dramatisierung und Verharmlosung als Wechselspiel von Überzeichnen und Nivellieren zeugt in ihrem Verständnis als Ursache-Wirkung-Zusammenhang von einer normativen Aufladung des demografiepolitischen Diskurses, der durch Wertungen, Deutungen und Stimmungslagen geprägt ist. Im demografiepolitischen Diskurs verhindern demagogische Einflüsse, die emotionale aufgeladene und der starke normative Eintrag einen objektiven resp. objektivierten Umgang mit demografischen Veränderungen in der Gesellschaft. Die konjunkturelle

Behandlung der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft ist Zeugnis dafür, dass die Demografie ihre aus der Zeit des Nationalsozialismus anhaftende Tabuisierung verloren hat und die ideologische Belastung der Vergangenheit zunehmend in geringerem Maße nachwirkt. Es sind viele Gelegenheiten entstanden, mit Demografie zu argumentieren. Wo Forschungsbedarf und Wissenslücken vorhanden sind, ergeben sich Gelegenheiten, eine demografiebezogene Argumentation bzw. Erklärung durch demografische Veränderungen anzubringen.

- Demografie zur Vereinfachung der gesellschaftlichen Komplexität: Durch Vernachlässigung ist die demografische Entwicklung zu einem gesellschaftlichen Problem komplexen Ausmaßes herangewachsen. Die Komplexität liegt zudem in der durch Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik gedeuteten Inter- und Transdisziplinarität der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft begründet. Inter- und Transdisziplinarität tragen einerseits dazu bei, Themen und Akteure unterschiedlicher Fachrichtungen und Professionen zusammenzubringen, und sind als Konzentrationswirkung der Demografie zu qualifizieren. Die Konzentration der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf demografische Probleme führt zur unzulässigen Simplifizierung der gesellschaftlichen Komplexität. Gesellschaftliche Entwicklungen werden durch den Glauben, einen universellen Erklärungsansatz gefunden zu haben, aus einer demografischen Perspektive betrachtet. Die Demografie ist zur Gesellschaftsperspektive geworden und wird als universelles Erklärungsmoment geführt. Die gesellschaftliche Komplexität wird auf eine demografische Gleichung gebracht bzw. auf leicht verständliche demografische Kennziffern reduziert. Der politische Reduktionismus ist daher Resultat der zunehmenden Komplexität in der Gesellschaft, in der verstärkt Orientierung und Vereinfachungen gesucht und daher Generalisierungen vorgenommen werden. Kennzeichen des politischen Reduktionismus ist eine weitgehend auf die demografische Entwicklung beschränkte Argumentation. Dem Wunsch nach Wirklichkeitswahrnehmung, -darstellung und Differenzierung steht der Wunsch nach Verständlichkeit entgegen.
- Demografie zur Durchsetzung von Interessen: Demografische Veränderungen und die von ihnen erwarteten, ausgehenden Konsequenzen für die Gesellschaft werden zur Begründung von politischen Handlungsnotwendigkeiten herangezogen. Die Entwicklung demografischer Kennziffern ist zum Argument geworden, um Handlungsbedarf aufzuzeigen, Handlungsdruck zu erhöhen und Handlungsbereitschaft zu erzeugen. Die Gesellschaft ist hierbei demografieaffin geworden. Die Bevölkerung ist leicht für de-

mografische Sachverhalte und Handlungsprogramme der Politik einzunehmen, weil der demografische Wandel weniger als Problem und zunehmend als eine neue Möglichkeit für ein gesellschaftlich nachhaltiges Handeln verhandelt wird. So hat das Denken in demografischen Wandlungsprozessen zu einer ausgeprägten vergleichenden Generationenbetrachtung geführt und die kommerzielle, mediale und politische Vermarktung einzelner Bevölkerungs- und Altersgruppen befördert. Zielgruppenbildung und Marktadressierung äußern sich in den dem demografiepolitischen Diskurs zugrundeliegenden Altersbildern. Das Bevölkerungsmarketing liegt in der Logik der Marktwirtschaft bzw. Marktrelevanz und in der Legitimierung politischen Handelns begründet. Neue Altersbilder werden als Lebensgefühl vermarktet, neue Zielgruppen als Konsumenten angesprochen und neue Generationen als Marke etabliert. Den demografischen Wandel als Chance zu betrachten bedeutet somit, ihn als Resultat einer Marketingstrategie zu begreifen, die alte und alternde Bevölkerungen als politisch und wirtschaftlich interessante Zielgruppen instrumentalisiert.

- Demografie als Beurteilungsmaßstab: Der demografische Wandel wird in der Perspektive der Gesellschaftssysteme in Debatten zu sozialen Ungleichheiten und materiellen Verteilungskonflikten hinsichtlich des Gerechtigkeits- und Verteilungsaspekts diskutiert. Die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme wird von der demografischen Entwicklung abhängig gemacht. Auch Überlegungen zur Leistungs-, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft werden aus demografischen Erwägungen vorgenommen. Eine Unterscheidung zwischen system- und demografiebedingten Effekten unterbleibt hierbei. Die demografische Entwicklung ist zum Beurteilungsmaßstab der gesellschaftlichen Entwicklung avanciert, durch den Nachwuchs mit der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft gleichgesetzt und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit von demografischen Veränderungen abhängig gemacht wird. Die demografische Wissenschaft und die Bevölkerungswissenschaft besitzen aber eine geringe Erklärungskraft zur Erklärung gesellschaftlicher Notstände. Demografische Veränderungen können in ihrer Eigenschaft als Katalysator für gesellschaftliche Veränderungen allenfalls Indikatoren sein. Zur Diagnose von gesellschaftlichen Veränderungen sind sie untauglich.
- Demografische Entwicklung aus regionaler Perspektive: Dem demografiepolitischen Diskurs mangelt es an der Unterscheidung zwischen regionsspezifischen und demografiebedingten Effekten. Mit dem in den Neuen Bundesländern seit der Wende sich vollziehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Strukturwandel hat die Verteilung von Menschen, Gütern und Leistungen im Raum weitreichende Änderungen erfahren.

Die demografischen Veränderungen schaffen im demografiepolitischen Diskurs Anlässe, sich mit den regionalen Disparitäten intensiver als bisher auseinanderzusetzen. Der demografische Wandel verschärft die zu beobachtenden Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland in der Eigenschaft als Katalysator. Es ist eine Demografisierung des gesellschaftsstrukturellen Wandels und der fehlenden wirtschaftsstrukturellen Anpassungsfähigkeit an die Auswirkungen der Wiedervereinigung in der Nachwendezeit zu konstatieren. Zudem werden regionale Disparitäten, in Gestalt von Stadt-Land-Unterschieden, mit demografischen Argumenten begründet. Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozesse werden in einem demografischen Kontext gedeutet. Bei Binnenwanderungen zwischen Regionen wird die jeweilige regionaldemografische Entwicklung zum Motiv der Wohnstandortentscheidung.

- Demografische Entwicklung aus globaler Perspektive: Der demografische Wandel transportiert in einer globalen Betrachtung einen Fortschrittsgedanken, indem angenommen wird, dass der Bevölkerungsrückgang eines Landes zur Minderung des weltweiten Bevölkerungsdrucks beiträgt. Darüber hinaus kann ein Bevölkerungsrückgang einen verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen für nachwachsende Generationen befördern. Im Rahmen der globalen Entwicklungspolitik werden demografische Veränderungen gleichbedeutend mit der Gewährleistung von humanitärer Hilfe und menschenwürdigen Lebensverhältnissen sowie gesellschaftlichem Fortschritt behandelt. Davon zu unterscheiden ist das im demografiepolitischen Diskurs fehlende Verständnis, die demografische Entwicklung als Resultat eines historisch bedingten, individuellen gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozesses im Kontext des Entwicklungsstandes des jeweiligen Nationalstaates zu betrachten.
- Kinderwunsch-Denken in der Gesellschaft: Im demografiepolitischen Diskurs finden Biologismen bei der Betrachtung von Kinderwünschen breite Anwendung. Grundsätzlich vorhandene Kinderwünsche sind Ausdruck der sozialen Erwünschtheit in einer Gesellschaft, in der Nachwuchs an Selbstverständlichkeit verloren hat. Empirisch erfassten Kinderwünschen wird eine zu große Bedeutung und Erklärungskraft zugeschrieben. Die Annahme, dass es natürlich ist, sich Kinder zu wünschen, resultiert aus der Annahme, dass das Geburtenverhalten nicht beeinflussbar ist. Ein Kinderwunsch kommt aber immer unter den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zustande, die durch die Politik gestaltet werden. Zudem sozialisiert das gesellschaftliche Umfeld das Individuum. Somit ist das generative Verhalten zugleich Ausdruck der herrschenden Gegebenheiten in der Gesellschaft. Erwartungen der Gesellschaft, Wirt-

schaft und Politik spielen bei der Formulierung und Realisierung von vermeintlich individuellen und natürlichen Kinderwünschen eine große Rolle. Das Denken in Kinderwünschen ist selbst ein Wunschdenken der Gesellschaft. Das Kinderwusch-Denken entstammt einer konservativen Politik, die sich am Bestandserhaltungsniveau der Bevölkerung orientiert. Dieses Denken markiert einen ideologischen Bruch mit der fortlaufenden gesellschaftlichen Modernisierung.

- Demografiepolitisches Handeln zwischen Ursachenbehandlung und Folgenbewältigung: Der demografische Wandel ist von einem ehemals tabuisierten Thema zu einem gewichtigen Argument bei der Durchsetzung von politischen Maßnahmen geworden. Er ist sowohl Entschuldigung für Passivität als auch Grund für Aktivität. Ein präventives, vorbeugendes Handeln, das als Ursachenbehandlung zu verstehen ist und eine Änderung der demografischen Entwicklung anstrebt, muss als unvereinbar mit dem Fortschritts- und Modernisierungsverständnis der Gesellschaft und des demografischen Wandels erachtet werden. Eine politische Strategie der Anpassung an die Konsequenzen demografischer Veränderungen verfolgt das Ziel, Gesellschafts- resp. Sozialsysteme weniger anfällig für demografische Veränderungen zu gestalten oder demografische Einflüsse gänzlich auszuschalten. Im demografiepolitischen Diskurs wird dabei übersehen, dass nicht demografische Veränderungen, sondern geänderte soziokulturelle Praktiken für viele gesellschaftliche Entwicklungen ursächlich sind. Die Funktionsfähigkeit von Gesellschafts- resp. Sozialsystemen ist nicht in besonderem Maße vor demografische Herausforderungen gestellt. Es existiert kein Masterplan oder Königsweg für politisches Handeln, solange demografischen Veränderungen kein verändertes Grundverständnis zugrunde gelegt wird, das die demografische Entwicklung als Resultat gesellschaftlicher Entwicklungen begreift, die wiederum durch die Ausgestaltung soziokultureller Praktiken gesteuert werden.
- Evaluierung und Wirksamkeit demografiepolitischen Handelns: Politisches Handeln ist zum Krisen- und Übergangsmanagement geworden, dessen Aufgabe es ist, Gesellschaftsstruktur und -systeme so anzupassen, dass sie von dem einen zum anderen demografischen Zustand überführt werden. Politischem Handeln werden mangelnde, zuweilen fehlende Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten auf die demografische Entwicklung attestiert, obwohl dieses jedoch sehr wohl die demografische Entwicklung zu beeinflussen vermag und in der Vergangenheit über die Ausgestaltung der Gesellschafts- resp. Sozialsysteme faktisch Einfluss auf das individuelle generative Verhalten genommen hat. Für die Evaluierung der Wirksamkeit von demografiepoliti-

schem Handeln existieren keine geeigneten Evaluierungsinstrumente, weil die beabsichtigte Beeinflussung der demografischen Entwicklung in breite gesellschaftliche Zielsetzungen umformuliert wird. Eine Wirksamkeit wird aber dennoch vermutet. Der Erfolg des demografiepolitischen Handelns ist angesichts von dessen unklaren Wirkungsweise schwer messbar. Die Wirksamkeit kann daher nicht verlässlich ermittelt werden. Es fehlen geeignete Indikatoren, um demografiepolitisches Handeln zielführend zu beurteilen.

- Systembedingte Inkompatibilitäten von Demografie und Gesellschaft: Institutionelle Rahmenbedingungen und rechtlich geregelte Ordnungsrahmen der Gesellschaft, darunter insbesondere die Sozial- und andere Gesellschaftssysteme, sind mit der gesellschaftlichen Realität inkompatibel geworden. Nicht der demografische Wandel ist zum Problem für die Gesellschaft geworden. Die demografischen Veränderungen sind das Resultat der Wirkungsweise der Gesellschafts- bzw. Sozialsysteme und des Systems der Marktwirtschaft. Anspruch politischen Handelns kann nicht sein, demografiesichere oder demografiefeste Gesellschafts- bzw. Sozialsysteme zu schaffen. Vielmehr bedarf es einer tragfähigen gesellschaftlichen Grundlage, damit der demografische Wandel nicht zu einer als Problem erfahrenen Entwicklung für die Gesellschaft wird. Der demografische Wandel vollzieht sich als Teil des gesellschaftlichen Wandels und Fortschritts. Als Effekt und Begleiterscheinung der Modernisierung wird die Entwicklung der Bevölkerung zu einer Randbedingung von Nachhaltigkeitspolitik.

Die nach Kapiteln wiedergegebene Darstellung der wesentlichen Erkenntnisse wird im Folgenden zusammengeführt, um den roten Faden des Argumentationszusammenhangs der vorliegenden Arbeit sichtbar zu machen.

Es mangelt an einem institutionalisierten Bevölkerungsdiskurs. Dadurch bedingte disziplin-historische Defizite haben Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse entstehen lassen, die eine gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels befördert haben. Damit einhergehend werden Akteuren in Politik, Publizistik und auch Wissenschaft viele Gelegenheiten geboten, mit Demografie zu argumentieren. Im Zuge dieser Gelegenheitsdemografie ist die Demografie zum Universalargument avanciert; sie wird bei nahezu jeder Gelegenheit zur Durchsetzung sachfremder Ziele und Interessen instrumentalisiert. Angesichts des unzureichenden institutionellen Rückhalts der demografischen Wissenschaft bzw. Bevölkerungswissenschaft kann dem derzeit kaum etwas entgegengesetzt werden. Die fortschreitende Kontextualisierung und die sich immer wieder aufs Neue bietenden Gelegenheiten haben für eine außerordentlich starke Konjunktur des Themas Demografie gesorgt.

Mit dieser Konjunktur einhergehend wird der demografische Wandel von der Politik mit zweifelhaftem gesellschaftlichen Rückhalt und großem medialen Interesse als eine gestaltbare Herausforderung anerkannt. Gleichwohl gerät die Beeinflussbarkeit der demografischen Entwicklung in Widerspruch zur Natürlichkeit des Kinderwunsches und Individualität des Geburtenverhaltens. Eine Evaluierung politischen Handelns unterbleibt trotz der fragwürdigen Wirksamkeit. Diffuse Zielsetzungen und hohe Erwartungen kennzeichnen die Demografiepolitik, die nicht mehr als eine demografische Perspektive auf das gesellschaftspolitische Dach der sektoral angelegten Familien- und Sozial- sowie Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik ist. Systemische Inkompatibilitäten von Demografie und Gesellschaft geraten aus dem Blick und zeigen Konstruktionsfehler der gesellschaftlichen Teilsysteme auf.

Der demografische Wandel ist Argument, Etikett, Instrument und Prozess zugleich in einer demografieaffin gewordenen Gesellschaft. In solch einer Gesellschaft mutiert der Diskurs zur Spurensuche nach der Demografierelevanz und neigt zur Konstruktion von demografischen Ursache- und Wirkungszusammenhängen. Diese sind häufig nicht mehr als Kausalbehauptungen und Deutungsangebote. Um sich in einer komplexen Gesellschaft orientieren zu können und deren Konstruktionsmechanismen verständlich zu machen, wird auf einfache, griffig aufbereitete demografische Kennziffern verwiesen. Der demografische Wandel entfaltet eine Konzentrations-, Breiten- wie auch Detailwirkung. Er ist zum Katalysator, Indikator und universellen Erklärungsansatz in einer Gesellschaft geworden, in der die demografische Wissenschaft und die Bevölkerungswissenschaft eine Lobby bekommen haben. Es zeigt sich, dass der demografische Wandel vor allem eine Betrachtungsperspektive ist.

Mit Blick auf die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit sind die in den aufgestellten Thesen und Hypothesen formulierten Forschungsfragen wie folgt zu beantworten:

Die Diskursanalyse der Demografiepolitik konnte einen politischen Reduktionismus nachweisen, in dessen Rahmen ein Bevölkerungsmarketing betrieben wird. Die in These 1 aufgestellte Behauptung, die Demografisierung und die Gelegenheitsdemografie haben einen politischen Reduktionismus hervorgebracht, kann verifiziert werden. Die der These 1 zugrunde gelegten Hypothesen können ebenfalls verifiziert werden. Die unterstellten Zusammenhänge zwischen dem Institutionalierungsgrad der Demografielandschaft und der Ausprägung der Gelegenheitsdemografie konnten anhand des demografiepolitischen Diskurses bewiesen werden. Richten die betrachteten Akteure im Diskurs ihre Aufmerksamkeit auf Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen, erfahren Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Entwicklungen untereinander sowie die soziokulturellen Ursprünge einer veränderten demografischen Entwicklung eine geringere Beach-

tung. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass komplexe gesellschaftliche Problemlagen ausschließlich durch demografische Veränderungen erklärt werden und dem demografischen Wandel eine entscheidende Bedeutung für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften bescheinigt wird.

Die in These 2 formulierte Annahme, die Demografiepolitik und die Diskurskonjunktur haben ein Bevölkerungsmarketing befördert, kann auch verifiziert werden. Die der These 2 zugrunde gelegten Hypothesen haben sich ebenso als gültig erwiesen. Wachsende Bestrebungen für ein Bevölkerungsmarketing verstärken den politischen Reduktionismus. Das Bevölkerungsmarketing setzt eine Demografisierung gesellschaftlicher Entwicklungen voraus. Es wird durch ein gesellschaftliches Klima und eine Diskurskultur befördert, in denen der demografische Wandel als Thema in seinen Eigenschaften als Argument, Etikett, Instrument und Prozess Konjunktur besitzt. Für die Konnotation und Bewertung von demografischen Veränderungen, diese als Chance oder Risiko zu begreifen, ist die Vermarktung von Bevölkerungsgruppen als Generationen ein wichtiges Instrument.

6.2 Empfehlungen und Ausblick

Aus den festgestellten Diskursdefiziten leiten sich Kommunikations- und Forschungsbedarfe für den künftigen Umgang mit demografischen Veränderungen in der Gesellschaft ab. Im Mittelpunkt der Kommunikation steht ein notwendiger Bewusstseinswandel bzw. ein zu wandelndes Verständnis für das Zustandekommen, den Ablauf und die Wirkungsweise von demografischen Prozessen. Mithilfe von weiterer Forschung gilt es, Erfahrungen im Umgang mit dem demografischen Wandel und somit Referenzsituationen zu generieren. Wo Forschungsbedarf vorhanden ist, wird gegenwärtig versucht, Wissenslücken mit Annahmen der Demografisierung zu füllen. Dabei werden ungerechtfertigterweise auf die Demografie bezogene Kausalzusammenhänge vorausgesetzt.

Im Folgenden werden Empfehlungen als Vorschläge und Forderungen formuliert, die darlegen, woran es dem heutigen und künftigen demografiepolitischen Diskurs mangelt:

- Die richtigen Akzente in der Forschung setzen: Die demografische Wissenschaft sollten ihre Forschung stärker auf die Eruierung tatsächlicher Kausalzusammenhänge zwischen Entwicklungen in einzelnen Gesellschaftsbereichen resp. -systemen und demografischen Veränderungen ausrichten. Insbesondere sind von demografischen Veränderungen ausgehende Effekte, von denen widersprüchliche Entwicklungen in einzelnen gesellschaftlichen Teilsystemen erwartet werden, eingehend zu analysieren. Hierzu gehört, eine intensive Ursachenforschung der Faktoren zu betreiben, die tat-

sächlich Einfluss auf das Geburtenverhalten und somit auf die Kinderzahl entfalten. Eine ausgewogene Ursachen- und Folgenforschung kann helfen, offenzulegen, was faktisch Ursachen und Folgen von demografischen Veränderungen sind. In diesem Rahmen sollten vor allem die Natürlichkeit des Kinderwunsches, die Demografierelevanz von gesellschaftlichen Entwicklungen sowie die aufgestellten Kausalbehauptungen, akteursbezogenen und interessegeleiteten Deutungsangebote sowie vermuteten Implikationen von demografischen Veränderungen für die Gesellschaft einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Ein modernisierungstheoretisches Verständnis für demografische Veränderungen als Teil des gesellschaftlichen Fortschritts ist zu etablieren. Es sind Forschungsansätze zu diskutieren, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland angestrebt wird bzw. gewollt ist und wie eine an demografischen Zielsetzungen orientierte Politik moralisch zu begründen wäre. Die Wirksamkeit von politischen Maßnahmen und Möglichkeiten der zuverlässigen Evaluierung von Familienpolitik bzw. Messbarkeit der Wirksamkeit von Demografiepolitik sind noch eingehender zu betrachten als dies bisher gemacht wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Inanspruchnahme und Bedarfsgerechtigkeit von familienpolitischen Angeboten als Bestandteil demografiepolitischer Maßnahmen fortlaufend zu ermitteln. Während Umfragen bislang nur zur Akzeptanz von familienpolitischen Maßnahmen durchgeführt wurden, sollte durch empirische Studien ermittelt werden, wie es um die Akzeptanz für den politischen Diskurs zum demografischen Wandel und das demografiepolitische Handeln der Bundesregierung im Rahmen der Demografiestrategie unter der Bevölkerung bestellt ist bzw. wie sich das Meinungsbild dort darstellt.

- Ein Diskursklima für eine transparente Kommunikation, ein verändertes Bewusstsein und Aufklärung schaffen: Die Gesellschaft ist dafür zu sensibilisieren, dass mit dem demografischen Wandel kein Wandel im wörtlichen Sinne oder ein gesellschaftlicher Umbruch im übertragenen Sinne zu verstehen ist. Vielmehr ist unter dem Begriff eine kontinuierlich und stetig ablaufende Veränderung des Zustandes der Bevölkerung in Zahl und Struktur zu verstehen, die keinen Ausgangs- und Endzustand besitzt. Das Begriffsverständnis für den demografischen Wandel ist daher zu schärfen. Mit tradierten Assoziationen für Bevölkerungswachstum und -rückgang ist aufzuräumen; aufgestellte Wachstumspostulate und Konservatismusbestrebungen sind zu hinterfragen. Die Diskurskonjunktur des demografischen Wandels ist von dessen tatsächlicher Bedeutung für die Gesellschaft zu trennen; hierfür ist eine gesellschaftliche Kontextuali-

sierung demografischer Veränderungen anzuerkennen. Wahrnehmungsdefizite und Handlungsversäumnisse, darunter insbesondere Konstruktionsfehler in den Sozialsystemen, sind offen zu thematisieren. Für den weiteren Umgang mit der demografischen Entwicklung als gestaltbare Aufgabe der Gesellschaft sind noch bestehende Tabus zu brechen bzw. vorhandene Ressentiments abzubauen. Das Denken in demografischen Entwicklungstrends ist aufzugeben. Dies setzt voraus, dass Betrachtungen zu demografischen Veränderungen von einer quantitativen stärker auf eine qualitative Betrachtungsebene geführt werden. Hier bietet der Diskurs bereits einige gute Ansätze.

- Mehr Objektivität im Diskurs sicherstellen: Eine Instrumentalisierung demografischer Kennziffern für politische und wirtschaftliche Interessen ist kritisch zu reflektieren und künftig zu vermeiden. Das politische Kalkül, die demografische Entwicklung und Folgen von demografischen Veränderungen mit Emotionen und Ängsten der Bevölkerung zu beladen, ist abzulegen. Der normative Eintrag im demografiepolitischen Diskurs ist abzubauen. Hierzu ist ein gesundes Kritikvermögen an demografischen Prognosen aufzubauen. Vermutete Zusammenhänge zwischen demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind zu überprüfen, indem in den Darstellungen des demografiepolitischen Diskurses zwischen Korrelation und Kausalität unterschieden wird. Zudem sollte eine stärkere Differenzierung und Differenziertheit der Betrachtungen zum demografischen Wandel angestrebt werden.
- Dem demografiepolitischen Diskurs eine breitere institutionelle Basis geben: Die disziplinhistorischen Defizite der Bevölkerungswissenschaft sind weiter aufzuarbeiten. Sie ist von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik als eigenständige Wissenschaft mit formalqualifikatorischer Expertise vollständig anzuerkennen. Auf diese Weise kann es gelingen, die demografische Entwicklung vom Universal- wieder zum Fachargument zu entwickeln und somit vom derzeit populärwissenschaftlichen Laien- zum angemessenen Sach- bzw. Spezialistenthema aufleben zu lassen. Im Zuge dieser Bestrebungen ist ebenfalls die Pflege der Definitionen von demografischen Begriffen und Kennziffern notwendig. Zugleich sind eine weitere gesellschaftliche Kontextualisierung des demografischen Wandels zu unterbinden sowie demografische Theorien und Modellvorstellungen auf ihre Aktualität und Anwendbarkeit zur Beschreibung und Erklärung der Entwicklung von Gesellschaften in Gegenwart und Zukunft zu prüfen. Im Hinblick auf das demografiepolitische Handeln zur Gestaltung demografischer Veränderungen in der Gesellschaft ist eine stärkere Koordinierung und Bündelung von ressort-

politischen (Einzel-)Aktivitäten notwendig. Wechselwirkungen und Synergien zwischen Ressortpolitiken sind dabei zu bedenken, erkennen und zu nutzen.

- Leitbilder und Ideale im demografiepolitischen Diskurs aufgeben und Pluralitätsvorstellungen stärker anerkennen: Eng mit dem Verständnis des demografischen Wandels als gestaltbare politische und gesellschaftliche Aufgabe verbunden ist die längst überfällige Diskussion, die sich kritisch damit auseinandersetzt, dass zwar unterschiedlichste Lebens- bzw. Familienformen existieren, das familien- und sozialpolitische Handeln dennoch den Versuch unternimmt, die Familie mit (zwei) Kindern als Lebensform zu idealisieren. Die soziokulturellen Praktiken sollten dahingehend thematisiert werden, um in gesamter Breite der Gesellschaft zu klären, welche Erwartungen an die Lebensführung und die Lebensziele des Einzelnen wie auch hinsichtlich des angestrebten Zukunftsbildes der Gesellschaft insgesamt bestehen. Es sollte eine gleichmäßig anerkannte Pluralität von Lebensformen angestrebt werden. Dazu gehört auch, vom immer noch vorherrschenden und normgebenden Bestandserhaltungsgedanken abzurücken. Im Weiteren sind mit Blick auf die Vereinbarkeitsdebatten von Familie und Beruf sowie auf das Selbstverständnis von Kindern in der Gesellschaft beispielsweise die Leistungen von Eltern und Kinderlosen im volkswirtschaftlichen Sinne anzuerkennen sowie Familienarbeit als wirtschaftlich produktive Leistung zu begreifen.
- Konkrete und messbare Zielsetzungen für demografiepolitisches Handeln entwickeln und kommunizieren: Eine offene und transparente Diskussion zu verfolgten Zielsetzungen von demografiepolitischem Handeln ist in Gang zu bringen. Gesellschaftspolitische, demografiepolitische und demografische Zielsetzungen sind in ein nachvollziehbares Verhältnis zueinander zu bringen und dementsprechend in einer klaren Differenzierung zu formulieren. Die (versuchte) Beeinflussbarkeit des Geburtenverhaltens ist anzuerkennen. Mögliche verdeckte demografische Zielsetzungen in der Familienpolitik sind offen zu diskutieren und bestehende Ideale hinsichtlich ihres Einklangs mit der gesellschaftlichen Realität zu hinterfragen. Qualitative Aspekte der Nachfrage und Bedarfsgerechtigkeit von familienpolitischen Maßnahmen, z. B. das Verhalten und die Entscheidungsprozesse potentieller Familien betreffend, sind durch empirische Studien zu ermitteln. Aktuelle Zuwanderungsstrategien sind in ihrer Wirkung auf die demografische Entwicklung einzuordnen sowie hinsichtlich der Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaften zu überprüfen. Evaluierungsmöglichkeiten für

demografiepolitisches Handeln sind zu schaffen, um ein Monitoring für eine verlässliche Erfolgskontrolle betreiben zu können.

Zum Abschluss der Arbeit werden in einem Ausblick persönliche Denkanstöße für eine neue Betrachtungsdimension demografischer Veränderungen formuliert. Es werden vier Entwicklungen in Deutschland herausgestellt, deren Beachtung für den weiteren Umgang mit dem demografischen Wandel in der Gesellschaft von essentieller Bedeutung sein müssen, die bislang jedoch weitgehend unberücksichtigt geblieben sind.

- Räumlichen Betrachtungen zum demografischen Wandel mangelt es an einer psychologischen Sichtweise, die aus dem Wirken von politischen und gesellschaftlichen Herrschaftsregimen, dem Vorhandensein spezifischer Gebietscharakteristika sowie aus dem Heimatempfinden der Menschen entwickelt werden kann. Eine Gegenüberstellung der Neuen und Alten Bundesländer zeigt Folgendes: In den ehemals durch das sowjetische Regime geprägten Neuen Bundesländer war die Entscheidungsfreiheit, über viele Aspekte der eigenen Lebensführung selbst und ohne Vormundschaft oder Einschränkung befinden zu können, erheblich eingeschränkt. Dies führte zu einer großen Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsteile, die – nicht zuletzt – die politische Wende herbeiführten. Die wiedererlangte Entscheidungsfreiheit der Menschen in den Neuen Bundesländern und die damit geschaffenen Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben, welches insbesondere die Freizügigkeit im gesamten Bundesgebiet einschließt, löste intensive räumliche Wanderungsbewegungen aus, die aus den Neuen in die Alten Bundesländer gerichtet waren. Bis heute sind diese Abwanderungstendenzen – wenn auch inzwischen in abgeschwächtem Maße – vorhanden.

Der für die Neuen Bundesländer charakteristische ländliche Raum ist in großen Teilen strukturschwach. Dies äußert sich mehrheitlich in unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten, unterdurchschnittlichen Lohnniveaus und im demografisch bedingten Niedergang oder Zerfall von Orts- und Versorgungsinfrastrukturen. Der im ländlichen Raum geborenen Bevölkerung bleibt angesichts der wenigen und in großer Entfernung zur Heimat befindlichen urbanen Zentren und Agglomerationen für eine berufsqualifizierende Bildung und den Berufseinstieg sowie für die Familiengründung vielfach nur der Umzug vom Land in die Stadt. Hier sind vielfältige Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen, bedeutende Unternehmen als Träger von Innovation und Technologietransfer in unterschiedlichsten Branchen sowie potentielle Lebenspartner mit vergleichbaren Lebensentwürfen vorhanden. Für die jungen Menschen des mehrheit-

lich ländlich geprägten Raumes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bringt die erfolgreiche Beendigung der Schulzeit häufig eine Abwanderung mit sich. Die Familie und das sozial bekannte Umfeld mit den geknüpften Freundschaften wird verlassen. Die Familienangehörigen bleiben häufig bis ins hohe Lebensalter oder bis zu ihrem Lebensende zurück, und Freunde haben bildungsbedingt in der Regel nicht die gleichen Wanderungsziele. Da den vergleichsweise wenigen dynamischen urbanen Zentren in den Neuen Bundesländern eine größere Auswahl an attraktiven Bildungs-, Studien- und Lebensorten in den Alten Bundesländern gegenübersteht, kann die Abwanderung daher zunächst oder dauerhaft mit einem Verlust an sozialen Interaktionsmöglichkeiten verbunden sein. Der Verlust kann zu einer Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation führen und sich durchaus manifestieren. Diese Unzufriedenheit kann sich auf die soziale Interaktion mit anderen Menschen und daher auf die Partnerwahl negativ auswirken und letztlich auch eine angestrebte Familiengründung erschweren. Verdeutlicht werden kann dies anhand der von städtischen Agglomerationen und eine Strukturstärke geprägten Alten Bundesländer, in denen junge Menschen in nahezu jeder Lebensphase mit ihrer Heimat, der Familie und ihren bereits während des Kindes- und Schulalters geknüpften Freundschaften eng verbunden bleiben können. Die kürzeren räumlichen Entfernungen, der höhere Ausstattungsgrad an Infrastruktur und Einrichtungen zur Daseinsvorsorge sowie die größeren beruflichen Möglichkeiten im sozial bekannten Umfeld sprechen dafür. Dies schafft eine Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation, welche sich positiv auf die Partnerwahl und die eigene Familiengründung auswirken kann.¹

- Die zweite Entwicklung betrifft den durch die Bundesregierung forcierten Ausbau der Betreuungseinrichtungen und -plätze für Kinder und Kleinkinder. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Kernziel der heutigen, modernen Familienpolitik. Über die Schaffung von Betreuungskapazitäten für Kinder und die Bereitstellung von Personal zu deren Erziehung soll den Eltern die Weiterführung ihres Berufslebens bzw. der Wiedereinstieg in ihr Berufsleben nach Inanspruchnahme der Elternzeit ermöglicht werden. Dabei gerät jedoch aus dem Blick, welche Folgen die institutionalisierte Kinderbetreuung durch Dritte für die Eltern-Kind-Beziehung haben kann. Die Entwicklungstendenzen zu einer Ganztagesbetreuung und einer Betreuung für unter Dreijährige wird als politischer Erfolg gewertet. Dass infolge dieser Betreuungsmodelle

¹ Die vorangehend gemachten Ausführungen sollen lediglich den Möglichkeitsraum für Betrachtungen dieser Art eröffnen, der im Weiteren durch entsprechende Forschung anhand von konkreten raum- wie auch personenbezogenen Beispielen zu untersuchen ist. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit schöpft bei seinen Ausführungen aus Alltagserfahrungen in seinem Freundeskreis.

bereits frühzeitig und auf Dauer keine enge Bindung zwischen den Eltern und dem Kind entstehen bzw. diese erheblich gestört oder geschwächt werden kann, bleibt bislang weitgehend ausgeblendet. Hinzu kommt, dass häufig die Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten nicht gut genug sei, wie DIE ZEIT vom 16. Januar 2014 in einem Interview mit dem Bindungsforscher und Kinderpsychiater Karl Heinz Brisch berichtet.¹ Werde an dieser Situation nichts geändert, könne eine emotional brüchige, bindungsunfähige, missverstanden gefühlte junge Folgegeneration heranwachsen, so Brisch.² Diese kann in ihren Fähigkeiten zu einer eigenständigen Lebensführung unterentwickelt bleiben – mit allen damit in Zusammenhang stehenden absehbaren Konsequenzen für die Gesellschaft und die Wirtschaft.

- Die dritte Entwicklung ist eng mit der zweitgenannten verbunden. Es existiert bislang kein politischer Diskurs über die langfristigen Folgen der institutionalisierten Kinderbetreuung durch Dritte für die Persönlichkeitsentwicklung des Nachwuchses. Die moderne Familienpolitik ist darauf bedacht, Familie für verschiedene Zielgruppen unter der Bevölkerung bzw. für unterschiedlichste Lebensentwürfe von Individuen gesellschaftsfähig und attraktiv zu machen. Die Familie ist zu einem Konstrukt und Etikett avanciert, mit deren Hilfe die berufliche Karriere, der Wohlstand und das Eigentum als Interessen des Einzelnen verhandelt werden können. Die Politik bietet passende „Schablonen“ mit Wiedererkennungswert zur Inanspruchnahme von familienpolitischen Leistungen an, die dem Leistungsdenken der Gesellschaft entstammen. Die Ausbildung und Stärke des Kindes stehen im leistungsorientierten Wettbewerbsdenken dabei im Vordergrund³ – die Zufriedenheit und Gesundheit des Nachwuchses als wertvollste Güter einer freien Persönlichkeitsentfaltung geraten zur Nebensache.
- Eine vierte, besorgniserregende Entwicklung geht von der gesellschaftspolitisch angestrebten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gleichstellung von Mann und Frau nicht nur im Erwerbsleben, sondern zunehmend auch die biologischen Funktion, Geschlechterrollen und das häusliche Dasein als Eltern betreffend aus. Sie hat weitreichende Folgen für die Organisation des Familienlebens und nimmt Einfluss auf die Natürlichkeit von Mutterschaft und des Stillens.

Die Demografiepolitik formuliert aus systemischen Gründen das Ziel, die Realisierung unerfüllter Kinderwünsche zu erleichtern. Nachwuchs ist in der Perspektive der Gesellschafts- resp. umlagefinanzierten Sozialsysteme ein systemischer Faktor, der eine

¹ Vgl. ZEIT ONLINE (2014).

² Vgl. ebd.

³ Siehe hierzu auch HEINZE und SCHMID (1999).

monetäre Bedeutung besitzt und an Geldwerten gemessen wird. Es geht zwar nicht darum, dem Staat ein Kind zu schenken. Allerdings ist der Staat auf Nachwuchs aus systemischen Gründen angewiesen, weil er positive fiskalische Effekte für Gesellschaft und Wirtschaft hat. Würde wirklich das Kindeswohl im Vordergrund stehen, würde nicht versucht, Mütter ersetzbar zu machen. Denn institutionalisierte Betreuungsangebote schaffen eine kollektive Verantwortlichkeit der Gesellschaft und ihrer Systeme für die Erziehung des Nachwuchses. Entsprechende Angebote, Unterstützungsleistungen und Hilfen zielen darauf ab, das mütterliche Dasein zu erleichtern, die Mutter von ihren Erziehungsaufgaben zu entlasten und jene auf mehrere Köpfe zu verteilen. Mütter werden dadurch ersetzbar, und die Mutterrolle wird auf die Geburt reduziert. Für das Kindeswohl kann eine solche Politik nicht optimal sein. Es kommt nicht darauf an, dass eigene Kinderwünsche in Erfüllung gehen, sondern dass deren Realisierung den Müttern nicht dabei im Weg stehen soll, ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Mutter soll damit dem Staat und der Wirtschaft angesichts der von den demografischen Veränderungen erwarteten Folgen für den Arbeitsmarkt als dringend gebrauchtes produktives gesellschaftliches Mitglied zur Verfügung zu stehen, sofern sie dies beabsichtigt.

Mit der versuchten Gleichschaltung der Geschlechter wird zudem ein Eindringen des Mannes in die Mutterrolle ermöglicht. Elternzeit für Väter, industriell hergestellte Ersatzmilch als Flaschennahrung, die dem Nachwuchs von Vätern verabreicht wird, oder den Nachwuchs an der männlichen Brust in einem Bauchgurt zu tragen, zeugen ebenfalls von einer versuchten Ersetzbarkeit der Mutter. Politik, Gesellschaft und Ernährungsindustrie vermitteln werdenden Müttern, dass die Entwicklung des eigenen Nachwuchses gekauft werden kann. Sie wollen den Müttern eine hilfreiche Stütze sein, bewirken aber letztlich, dass die Natürlichkeit der Mutterschaft und das Stillen in den Hintergrund gedrängt werden. Mütter bzw. Eltern sind heute gefordert, die Natürlichkeit des Kinderkriegens, des Stillens und der Erziehung immer wieder aufs Neue gegenüber äußeren Einflüssen zu verteidigen. Gelingt es nicht, den Nachwuchs in den ersten Lebensmonaten und -jahren von den Müttern im eigenen familiären Umfeld zu erziehen, zu betreuen und durch Muttermilch zu ernähren – was die optimalen Voraussetzungen für eine gesunde kindliche Entwicklung und intakte Eltern-Kind-Beziehung seien¹ –, droht eine junge Generation heranzuwachsen, die in ihrer emotio-

¹ Vgl. BIER et al. (2013) und KRÄUTER (o. J.). Siehe weiterführend hierzu den Vortrag von Dr. Michael Scheele, Mitglied der Nationalen Stillkommission der Bundesregierung (NSK), Chefarzt der Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Asklepios Klinik Nord – Heidberg, Hamburg, auf dem Symposium „Stillen und Bindung“ der

nenalen Bindungsfähigkeit, ihrem Verantwortungsbewusstsein und ihrer Fürsorge eingeschränkt sein wird. Sie wird folglich auch nicht in gleicher Weise zu einer mündigen und eigenständigen Lebensführung, die auch Elternschaft einschließt, fähig sein können. Dies kann im Weiteren weitreichende Folgen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft haben.

NSK am 28. September 2009 in Berlin zur Stillförderung für ein kindgerechtes Deutschland unter http://www.bfr.bund.de/cm/343/stillen_und_bindung.pdf (Zugriff: 13. November 2014). Siehe im Weiteren auch das Informationsangebot der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) unter <http://www.familienplanung.de/schwangerschaft/nach-der-geburt/eltern-kind-bindung/> (Zugriff: 13. November 2014).

Literaturverzeichnis

- BARLÖSIUS, E.; NEU, C. (2007): „Gleichwertigkeit – Ade?“ Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. In: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 146, S. 77-92.
- BARLÖSIUS, E.; SCHIEK, D. (Hrsg.) (2007): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden.
- BARTL, W. (2011): Counting with Demography. The In-Kind Calculation of Public Services. In: Public Administration of the Future. Presented Papers from the 19th NISPAcee Annual Conference in Varna 2011. Hrsg.: Network of Institutes and Schools of Public Administration in Central and Eastern Europe (NISPAcee), Bratislava. (zit. als Bartl 2011b)
- BARTL, W. (2011): Demografisierung der Kommunalpolitik? Bevölkerung als Schema kommunaler Selbstverwaltung. In: Soziale Welt: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Jg. 62, H. 4, S. 351-369. (zit. als Bartl 2011a)
- BECK-GERNSHEIM, E. (2006): Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang. München.
- BECK, U.; BECK-GERNSHEIM, E. (Hrsg.) (1994): Riskante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.
- BERGER, P.; LUCKMANN, T. (2004): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2006): Demographiemonitor. Bd. 1: Indikatoren-Katalog des demographischen Wandels. Bd. 2: Handlungsoptionen im demographischen Wandel. Gütersloh.
- BERTRAM, H.; BUJARD, M. (Hrsg.) (2012): Zeit, Infrastruktur, Geld – zur Zukunft der Familienpolitik. Baden-Baden. (= Soziale Welt, Sonderband 19)
- BIEBER, D. (2008): Grundlagen des Demografiediskurses – eine kritische Würdigung. Saarbrücken. (= Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e. V., Projekt: Perspektiven auf den demografischen Wandel)
- BIEBER, D. (Hrsg.) (2011): Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist. München.
- BIEDENKOPF, K. (1985): Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung. München.
- BIEDENKOPF, K. (2011): Wir haben die Wahl. Freiheit oder Vater Staat. Berlin.
- BIER, A; NINDL, G.; KUSSMANN, G. (2013): Bindung und Stillen – ein Thema für die Kinder- und Jugendtherapie? In: Verhaltenstherapie mit Kindern und Jugendlichen – Zeitschrift für die psychosoziale Praxis. Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V., Jg. 9, Nr. 2, S. 69-78.
- BINGLER, K.; BOSBACH, G. (2004): Kein Anlass zu Furcht und Panik. Fakten und Mythen zur „demographischen Katastrophe“. In: Deutsche Rentenversicherung, H. 11-12, S. 725-749.

-
- BIRG, H. (2005): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München. (zit. als Birg 2005b)
- BIRG, H. (2006): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München.
- BIRG, H. (Hrsg.) (2005): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Münster et al. (zit. als Birg 2005a)
- BONGAARTS, J. (2008): What can fertility indicators tell us about pronatalist policy options? In: Vienna Yearbook of Population Research 2008, S. 39-55.
- BOSBACH, G. (2006): Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren! In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 55, H. 2, S. 96-103.
- BOSBACH, G.; KORFF, J. J. (2011): Lügen mit Zahlen: Wie wir mit Statistiken manipuliert werden. München.
- BOYLE, P. (2003): Population geography: does geography matter in fertility research? In: Progress in Human Geography, Jg. 27, Nr. 5, S. 615–626.
- BRETZ, M. (2001): Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, H. 11, S. 906-921.
- BROCKE, B. v. (1998): Bevölkerungswissenschaft Quo vadis? Möglichkeiten und Probleme einer Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland. Opladen.
- BUJARD, M. (2013): Elterngeld und Elternzeit in Deutschland: Ziele, Diskurse und Wirkungen. In: Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 25, Nr. 2, S. 123-131.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.) (2013): Online-Dialog zur Demografiestrategie der Bundesregierung. Zusammenfassung der Diskussion auf www.demografieportal.de. Oktober 2012 bis März 2013. Wiesbaden.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2009): Arbeitshilfe zur Gesetzesfolgenabschätzung. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2012): Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2013): Jedes Alter zählt. Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2014): Prüffragenkatalog Demografie-Check. Berlin.
- BÜRKNER, H.-J. (2011): Demographic framing of the social and of space: A critical reassessment. (unveröff. Manuskript)
- DEMENY, P. (2003): Die bevölkerungspolitischen Dilemmata in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 8, H. 1, S. 91-117.

-
- DIAZ-BONE, R. (2006): Zur Methodologisierung der Foucaultschen Diskursanalyse. In: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 7, Nr. 1, Art. 6. (<http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs060168>, Zugriff: 11. März 2015).
- DORBRITZ, J.; LENGERER, A.; RUCKDESCHEL, K. (2005): Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. (Hrsg.) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden.
- EHMER, J. (2013): Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800-2010. 2., erw. u. akt. Aufl. München.
- EHMER, J.; HÖFFE, O. (Hrsg.) (2009): Bilder des Alterns im Wandel. Historische, interkulturelle, theoretische und aktuelle Perspektiven. Halle (Saale).
- Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages (2002): Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Schlussbericht. Berlin. (zit. als Enquête-Kommission 2002)
- ETZEMÜLLER, T. (2007): Ewig wählender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Bielefeld.
- FOUCAULT, M. (1973): Archäologie des Wissens. Frankfurt a. M.
- FOUCAULT, M. (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.
- FREVEL, B. (Hrsg.) (2004): Herausforderung demographischer Wandel. Wiesbaden.
- GANS, P. (2011): Bevölkerung – Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. Darmstadt.
- GAUTHIER, A. H. (2008): Some theoretical and methodological comments on the impact of policies on fertility. In: Vienna Yearbook of Population Research 2008, S. 25–28.
- GAUTHIER, A. H.; PHILIPPOV, D. (2008): Can policies enhance fertility in Europe? In: Vienna Yearbook of Population Research 2008, S. 1–16.
- HEINZE, R. G.; SCHMID, J.; STRÜNCK, C. (1999): Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsmark- und Sozialpolitik in den 90er Jahren. Opladen.
- HELLER, W. (2007): Die demographische Lage Deutschlands. Ein Überblick. In: Romanian Journal of Population Studies. Cluj-Napoca. Jg. 1, Nr. 1, S. 189-218.
- HENBLER, P.; SCHMID, J. (2007): Bevölkerungswissenschaft im Werden. Die geistigen Grundlagen der deutschen Bevölkerungssoziologie. Wiesbaden.
- HITZLER, R.; HONER, A. (Hrsg.) (1997): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen.
- HONDRICH, K. O. (2007): Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt a. M.
- HUMMEL, D. (2000): Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Opladen.
- HÜTHER, M.; NAEGELE, G. (Hrsg.) (2013): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden.

-
- JÄGER, S. (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden. Hrsg.: Keller, R., Hirsland, A., Schneider, W. und Viehöfer, W. Opladen. S. 81-112.
- JÄGER, S. (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 6., überarb. Aufl. Münster.
- KAA, D. van de (2004): Ist the Second Demographic Transition a useful research concept? In: Vienna Yearbook of Population Research 2004, S. 4-10.
- KAUFMANN, F.-X. (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt a. M.
- KAUFMANN, F.-X.; STROHMEIER, K. P.; FEDERKEIL, G. (1992): Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozess. Wiesbaden. (= Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Hrsg.: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Bd. 21).
- KELLER, R.; HIRSELAND, A.; SCHNEIDER, W.; VIEHÖFER, W. (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden. Opladen.
- KISTLER, E. (2006): Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird. München, Wien.
- KRÄUTER, A. (o. J.): Bindungsförderung durch Stillen. Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen (AFS) Bundesverband e. V. o. O.
- KREITSCH, T. (2011): Nachwuchsschwäche und Nachwuchssicherung in Deutschland – Staat in der Verantwortung für eine aktive Bevölkerungspolitik? Ein Handbuch zur Bevölkerungspolitik. Potsdam. (= Praxis Kultur- und Sozialgeographie, Bd. 50)
- KREYENFELD, M. (2004): Politikdiskussion fehlt verlässliche statistische Grundlage. Datenprobleme in der Demografie am Beispiel der Kinderlosigkeit in Deutschland. In: Demografische Forschung aus erster Hand, Jg. 1, Nr. 3, S. 4.
- KRÖHNERT, S.; HÖBMANN, I.; KLINGHOLZ, R. (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. (Hrsg.) Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- KRÖHNERT, S.; MEDICUS, F.; KLINGHOLZ, R. (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? (Hrsg.) Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- KULLER, C. (2004): Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949-1975. München.
- LINDENBERGER, U.; SMITH, J.; MAYER, K. U.; BALTES, P. (Hrsg.) (2010): Die Berliner Altersstudie. 3., erw. Aufl. Berlin.
- LIU, Z. (2005): Mapping interdisciplinarity in demography: a journal network analysis. In: Journal of Information Science, Jg. 31, Nr. 4, S. 308–316.
- LÜDERS, C.; MEUSER, M. (1997): Deutungsmusteranalyse. In: Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Hrsg.: Hitzler, R. und Honer, A. Opladen. S. 57-80.
- LÜSCHER, K. (2003): Warum Familienpolitik? Argumente und Thesen zu ihrer Begründung. (Hrsg.) Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF). Bern.

-
- LÜSCHER, K.; LIEGLE, L.; LANGE, A.; HOFF, A.; STOFFEL, M.; VIRY, G., WIDMER, E. (2010): Generationen, Generationenbeziehungen, Generationenpolitik: Ein dreisprachiges Kompendium. Bern. (= Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften)
- LUTZ, W. (2007): Adaptation versus mitigation policies on demographic change in Europe. In: Vienna Yearbook of Population Research 2007, S. 19–25.
- LUTZ, W. (2008): What should be the goal of population policies? Focus on ‘Balanced Human Capital Development’. In: Vienna Yearbook of Population Research 2008, Jg. 6, Nr. 1, S. 17-24.
- MACKENSEN, R. (2006): Demographie, Statistik, Soziologie: Der Bedarf an empirischen Informationen und das Verhältnis zur Politik. In: Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert. Hrsg: Mackensen, R., Wiesbaden. S. 181-201. (zit. als Mackensen 2006b)
- MACKENSEN, R. (Hrsg.) (1998): Bevölkerungsfragen auf Abwegen der Wissenschaften. Zur Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Opladen.
- MACKENSEN, R. (Hrsg.) (2004): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen.
- MACKENSEN, R. (Hrsg.) (2006): Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert. Wiesbaden. (zit. als Mackensen 2006a)
- MACKENSEN, R.; REULECKE, J.; EHMER, J. (Hrsg.) (2009): Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts „Bevölkerung“ vor, im und nach dem „Dritten Reich“. Zur Geschichte der deutschen Bevölkerungswissenschaft. Wiesbaden.
- MAYER, T. (1999): Die demographische Krise: eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung. Frankfurt a. M.
- MAYER, T. (2012): Working Paper „Demografiepolitik“ anlässlich des Berliner Demografie Forums 2012 zum Themenkreis „Familie – Kinder – Gesellschaft“. o. O.
- MIEGEL, M. (2005): Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. 4. Aufl. Berlin. (zit. als Miegel 2005a)
- MIEGEL, M. (2005): Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? 2. Aufl. Berlin. (zit. als Miegel 2005b)
- NELL-BREUNING, O. von (1987): Unsere Verantwortung: für eine solidarische Gesellschaft. Freiburg.
- OEVERMANN, U. (2001): Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung. In: sozialersinn – Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung, Jg. 2, Nr. 1, S. 35-81. (zit. als Oevermann 2001a)
- OEVERMANN, U. (2001): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern. In: sozialersinn – Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung, Jg. 2, Nr. 1, S. 3-33. (zit. als Oevermann 2001b)
- OGDEN, P. E. (2000): Weaving demography into society, economy and culture: progress and prospect in population geography. In: Progress in Human Geography, Jg. 24, Nr. 4, S. 627-640.

-
- PÖRKSEN, B. (2008): Die Gewissheit der Ungewissheit. Gespräche zum Konstruktivismus. 2. Aufl. Heidelberg.
- RAMSDEN, E. (2009): Confronting the Stigma of Eugenics: Genetics, Demography and the Problems of Population. In: *Social Studies of Science*, Jg. 39, Nr. 6, S. 853-884.
- REULECKE, J. (2006): Bevölkerung denken: Herausforderungen einer neuen Wissenschafts- und Mentalitätsgeschichte. In: *Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert*. Hrsg.: Mackensen, R., Wiesbaden. S. 13-21.
- RIORDAN, C. M.; WAYNE, J. H. (2008): A Review and Examination of Demographic Similarity Measures Used to Assess Relational Demography Within Groups. In: *Organizational Research Methods*, Jg. 11, Nr. 3, S. 562-592.
- ROLOFF, J. (2003): Demographischer Faktor. (Hrsg.) Christina Knüllig. Hamburg.
- ROSENTHAL, G. (2011): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim.
- RÜRUP, B.; GRUESCU, S. (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. (Hrsg.) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- SACKMANN, R.; BARTL, W. (2008): Demographisierung: Bewältigungsform von Krisen der "zweiten" Natur des Menschen? In: *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Teilbd. 1 u. 2. Hrsg.: Rehberg, K.-S. und Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Frankfurt a. M. S. 2627-2642.
- SACKMANN, R.; KOPYCKA, K. (2010): International anti-ageist policy versus national context? Halle. (= *Der Hallesche Graureiher*, Nr. 2)
- SCHIMANY, P. (2003): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt a. M.
- SCHIRRMACHER, F. (2004): Das Methusalem-Komplott. 33. Aufl. München.
- SCHMÄHL, W. (2002): Alterssicherungspolitik in einer alternden Bevölkerung – Anmerkungen zur Situation in Deutschland. In: *Politische Studien*, Jg. 53, Sonderheft 2 Antworten auf die demografische Herausforderung, S. 106-127.
- SCHNELL, R.; HILL, P. B.; ESSER, E. (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. 8., unv. Aufl. München.
- SCHWAB-TRAPP, M. (2006): Diskursanalyse. In: *Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Ein Wörterbuch*. Hrsg.: Bohnsack, R., Marotzki, W. und Meuser, M. Opladen. S. 35-39.
- SENNETT, R. (2005): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
- SIEBERT, H. (Hrsg.) (2002): *Economic Policy for Aging Societies*. Berlin.
- SINN, H.-W. (2005): Das demographische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen. In: *Auswirkungen der demografischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Plenarvorträge der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld*. 4. März 2004. Hrsg.: Birg, H., Münster. S. 53-90.

-
- SINN, H.-W. (2007): *Can Germany Be Saved? The Malaise of the World's First Welfare State*. Cambridge.
- Statistisches Bundesamt (destatis) (Hrsg.) (2009): *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (destatis) (Hrsg.) (2012): *Geburten in Deutschland*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (destatis) (Hrsg.) (2013): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)*. Wiesbaden. (zit. als destatis 2013a)
- Statistisches Bundesamt (destatis) (Hrsg.) (2013): *Statistisches Jahrbuch*. Wiesbaden. (zit. als destatis 2013b)
- STEINFÜHRER, A. (2008): "Demographisierung" als Chance: Überlegungen aus stadtsoziologischer Perspektive. In: *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Teilbd. 1 u. 2. Hrsg.: Rehberg, K.-S. und Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Frankfurt a. M. S. 2653-2662.
- STEINFÜHRER, A. (2011): *Die vergangene Zukunft Europas. Bevölkerungsforschung und -prognosen im 20. und 21. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien. (unveröff. Sonderdruck)
- SWIACZNY, F. (2010): Implications of demographic change for civil society in Germany. In: *Journal of Population Research*, Jg. 27, Nr. 3, S. 193-211.
- United Nations (UN), Department of Economic and Social Affairs, Population Division (Hrsg.) (2001): *Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?* New York.
- WALLA, W.; EGGEN, B.; LIPINSKI, H. (2006): *Der demographische Wandel. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft*. Stuttgart.
- WANGEN, M. (2003): *Der Familienlastenausgleich im Spannungsfeld von sozialstaatlicher Sicherheit und rechtsstaatlicher Freiheit. Familienlastenausgleich oder Familiengerechte Ausgestaltung der Alterssicherung und der Einkommensbesteuerung*. Konstanz. (= Konstanzer Schriften zur Rechtswissenschaft, Bd. 201).
- WILKOSZEWSKI, H. (2004): Einfluss auf die Bevölkerungsalterung im Mittelpunkt. Wie sich die Politik in Deutschland mit dem demografischen Wandel auseinander setzt. In: *Demografische Forschung Aus erster Hand*, Jg. 1, Nr. 2, S. 3.
- WINGEN, M. (2003): *Bevölkerungsbewusste Familienpolitik. Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen*. Wien. (= Publikationen des Instituts für Ehe und Familie, Nr. 14).
- ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2014): *Kinderbetreuung: Das Krippenrisiko*. Hamburg. (<http://www.zeit.de/2014/04/kinderbetreuung-krippen-qualitaet-karl-heinz-brisch>, Zugriff: 29. Januar 2015).

Anlagen

A.1 Anschreiben für die Gesprächspartner

Sehr geehrte(r) Frau / Herr,

die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, in einem interministeriellen Ausschuss unter Federführung des Bundesministeriums des Innern einen Demografiebericht bis Herbst 2011 zu erarbeiten und eine Demografiestrategie im Jahr 2012 auf den Weg zu bringen, um den wachsenden Herausforderungen des demografischen Wandels in der Gesellschaft zu begegnen.

Mit meinem Promotionsvorhaben möchte ich nicht nur einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erforschung des demografischen Wandels leisten, sondern mich vor allem in der demografischen Politikberatung engagieren. In meiner Magisterarbeit befasste ich mich mit der Nachwuchsschwäche und Nachwuchssicherung in Deutschland und untersuchte, ob der Staat in der Verantwortung für eine aktive Bevölkerungspolitik steht. Die Arbeit wurde durch den Universitätsverlag der Universität Potsdam publiziert.

Die Promotion wird an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam unter Betreuung von Herrn Prof. em. Dr. Dr. Wilfried Heller, Professur für Human-geografie an der Universität Potsdam, Schwerpunkt Sozial- und Kulturgeografie sowie Migrationsforschung, und Herrn Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner, Professur für Wirtschafts- und Sozialgeografie an der Universität Potsdam sowie Leiter der Stabsstelle Exzellenzstrategie am IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner, durchgeführt.

Die Dissertation untersucht Eigenschaften demografischer Diskurse und ihrer Akteure in Wissenschaft, Politik und Publizistik sowie die Verankerung demografischer Veränderungen in der Gesellschaft in Deutschland. Die Betrachtung erstreckt sich vorrangig auf

- die Bedeutung und Aussagekraft von demografisch orientierten Argumentationen,
- die Art und Weise des Umgangs mit demografischen Kennziffern,
- den Einfluss der Demografie auf andere Wissenschaftsdisziplinen, politische Handlungsprogramme und die öffentliche Berichterstattung,
- den Querschnittcharakter des demografischen Wandels und
- die Grenzen der Bevölkerungsforschung.

Sie wurden durch eine umfassende Literatur- und Medienrecherche für die Befragung ausgewählt. Gern möchte ich Sie für ein Telefoninterview gewinnen. Es ist vorgesehen, die Befragungen bis 31.12.2011 abzuschließen.

Für Ihre Unterstützung wäre ich Ihnen sehr dankbar und stehe für Rückfragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

Thomas Kreitsch (M. A.)

A.2 Gesprächsleitfaden

Sehr geehrte(r) Frau / Herr,

vielen Dank für Ihre Rückmeldung und Ihre Bereitschaft, mein Vorhaben zu unterstützen.

Das Telefoninterview dauert mindestens 30 Minuten, maximal eine Stunde.

Gern möchte ich mit Ihnen die Inhalte des nachfolgenden Gesprächsleitfadens thematisieren:

- Demografie als Raummerkmal und Bewertungskategorie
- demografische Ursachen- und Folgenforschung
- demografische Kennziffern, Begriffs- und Argumentverwendung
- demografische Argumentationsmuster

Den Gesprächsleitfaden untersetze ich mit konkreten Fragestellungen, die ich vor dem Hintergrund Ihres Tätigkeitsschwerpunkts entwickle. Dabei kommt es mir auf Ihre Einschätzung und Ihre Perspektive auf den demografischen Wandel und dessen Diskurse an.

Ziel der Dissertation ist eine Diskursanalyse, welche die Art und Weise des Umgangs mit dem demografischen Wandel in Wissenschaft, Politik und Publizistik eruiert und bewertet sowie Handlungs- und Forschungsbedarfe identifiziert.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Kreitsch

A.3 Transkription der Gespräche aus der leitfadenorientierten Befragung

Die transkribierten Gespräche und deren Audioaufzeichnungen sind auf einem digitalen Datenträger der vorliegenden Arbeit beigelegt. Sie dürfen ausschließlich nur nach ausdrücklicher Zustimmung der jeweiligen befragten Gesprächspartner sowie des Autors dieser Arbeit auszugsweise oder gänzlich zitiert bzw. veröffentlicht werden. Daher sind sie auch nicht Bestandteil dieser Veröffentlichung.

A.4 Schriftliche Befragung

Eine Dokumentation der schriftlichen Befragung, die in den Fällen durchgeführt wurde, in denen kein persönliches oder telefonisches Gespräch mit den für eine Befragung vorgesehenen Personen zustande kam, ist auf einem digitalen Datenträger der vorliegenden Arbeit beigefügt. Die Dokumentation darf ausschließlich nur nach ausdrücklicher Zustimmung der jeweiligen schriftlich befragten Personen sowie des Autors dieser Arbeit auszugsweise oder gänzlich zitiert bzw. veröffentlicht werden. Sie ist daher auch nicht Bestandteil dieser Veröffentlichung.